

DAS ARGUMENT 96

Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen (II) / Ausbildung

Editorial	179
Holger Jeske Das Weltbild von Biologie-Schulbüchern	181
Falk Rieß Technik und Naturwissenschaften im Unterricht	200
Udo Schagen Gesellschaftliche Zielsetzungen ärztlicher Ausbildung	211
Gerd Lau Computersysteme und menschliche Sprechfähigkeit	228
W. Köhler, J.-W. Landsberg, Ch. Pulvermacher Ist Intelligenz erblich?	236
* * *	
Christoph Kievenheim Zur Diskussion der Klassenstruktur	251
Fidel Castro Von der persönlichen Führung zur sozialistischen Massenkultur	272
Bund demokratischer Wissenschaftler Fachtagung „Umwelt und industrielle Entwicklung“	280
Besprechungen	281
Schwerpunkte: Historisches Wörterbuch der Philosophie; Industriesozio-logie; Gesundheitswesen; Probleme der Entwicklungsländer; Jura; Sozialistische Ökonomie; Mathematik und Naturwissenschaften	

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Hans Dieter Boris (Marburg), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Peter Furth (Berlin/West), Manfred Hahn (Bremen), Heinz-Joachim Heydorn † (Frankfurt/Main), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Kurt Steinhaus (Düsseldorf), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Christof Müller-Wirth, 75 Karlsruhe 21, Postfach 21 0730,
Telefon 0721 / 55 59 55, Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Dr. W. F. Haug,
Dieter Krause, Prof. Dr. Friedrich Tomberg, Gerhard Voigt

Redaktionssekretariat:

Rolf Nemitz

Redaktionsanschrift: 1 Berlin 33, Altensteinstraße 48 a
Telefon 030 / 8 31 49 15

Besprechungen

Philosophie

Ritter, Joachim (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 1 (R. Zimmermann) 281
(Fortsetzung auf S. VII)



ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1976 in 6 Heften (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von insgesamt 1056 Seiten Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis des Doppelheftes 9,— DM; Schüler und Studenten 7,— DM (Im Abonnement 7,50 DM bzw 6,— DM). — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin-Karlsruhe. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 105114, Postscheckkonto Karlsruhe 136360-759. — Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerel und Verlag GmbH, 75 Karlsruhe 21 Rheinstraße 122, Telefon 0721/55 59 55.
1.—12. Tausend April 1976

Beilagenhinweis

Diese Ausgabe enthält 1 Bestellkarte des Argument-Verlages sowie einen Prospekt vom VSA-Verlag, Berlin, und vom Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart.

Editorial

Nach bald zehn Jahren Hochschulreform hat die Studienreform kaum begonnen, obwohl die allgemeine Universitätskrise derzeit besonders als Ausbildungskrise akut wird. Entsprechendes gilt auch im außeruniversitären Bereich, wie die Krise des beruflichen Ausbildungswesens und der Konflikt um die Berufsbildungsreform zeigen. Die Gründe liegen nur zum Teil in der Wirtschaftskrise und in der als Finanzkrise auf die Bildung abgewälzten Wirtschaftspolitik der kapitalkonformen „Stabilisierung“. Vielmehr stehen überall veraltete Ausbildungsinhalte und veraltete Vermittlungsformen den erforderlichen neuen Qualifikationen und der erforderlichen Effektivität im Wege. Der Staat versucht, durch Erhöhung der Lehrdeputate zuungunsten der Forschung kostenlos zusätzliche Lehrkapazitäten hervorzuzaubern. Und überall beginnt er, in das konkrete Lehrangebot, in Studienpläne und Bildungsinhalte hineinzuregieren.

Die Entwicklungen im Ausbildungsbereich sind durchaus ambivalent zu werten. Die Anforderung neuer Inhalte und Vermittlungsformen sind Ausdruck neuer Qualifikationsanforderungen auf Grundlage entwickelterer Produktivkräfte und sozialer Strukturen¹. Um so wichtiger ist es, daß die fortschrittlichen Kräfte in der Studentenschaft und im Lehrkörper ihr Interesse verstärkt konkreten Fragen der Studienreform zuwenden. Dazu gehören nicht nur Fragen des Lehrplans und der unmittelbaren Fachdidaktik, sondern auch Fragen der wissenschaftstheoretischen Grundlagen. Zu den Grundlagen, die am meisten reformbedürftig sind, gehört die traditionelle Spaltung der Wissenschaften in Natur- und Gesellschaftswissenschaften. Sie wird weithin als selbstverständlich hingenommen; allenfalls ist man bereit, vom Naturwissenschaftler Verantwortungsbewußtsein zu fordern gegenüber der Verwendung seiner Ergebnisse. Die Beiträge zum Themenschwerpunkt dieses Heftes wie auch die Rezensionen in der erstmals aufgenommenen Rubrik „Mathematik und Naturwissenschaften“ zeigen, daß der Zusammenhang sehr viel enger gesehen werden muß.

1 Vgl. Projekt Automation und Qualifikation: Bildungsreform vom Standpunkt des Kapitals, in: Das Argument 80, Schule und Erziehung (V), Berlin/West 1973, S. 13—54; und: Projektgruppe Automation und Qualifikation: Automation in der BRD. Problem der Produktivkraftentwicklung (II). Argument-Sonderband 7. Berlin/West 1975.

Es wird oft übersehen, daß die Naturwissenschaften immer schon Bestandteil umfassender Weltbilder sind, an deren Konstruktion sie auch aktiv beteiligt sind². Das Begreifen der Gesellschaft als „Natur“ ist ein Kernstück bürgerlicher Ideologie. Neben mehr oder weniger esoterischen Weltbildern³ existieren vulgäre für die Massen, wie das von H. Jeske am Beispiel des Biologieunterrichts belegte.

Zum anderen sind die Naturwissenschaften von vornherein durch ihren Verwendungszweck in die gesellschaftliche Bewegung verwickelt. Der spätbürgerliche Staat beginnt inzwischen zu erkennen, daß die Ignoranz der Wissenschaftler gegenüber der Anwendung ihrer Ergebnisse zu einem Hemmnis der Produktivkraftentwicklung zu werden droht. Das Begreifen der sozialen Zusammenhänge, in denen die Naturwissenschaften stehen, ist zu einem Erfordernis der Ausbildung geworden: F. Riess zeigt dies für den naturwissenschaftlich-technischen, U. Schagen für den medizinischen Bereich⁴.

Falsch und erkenntnishemmend ist die Spaltung aber auch für die Sozialwissenschaftler. Der Zusammenhang von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen wird inzwischen zwar oft beschworen, aber nur selten einer konkreten Analyse für würdig befunden. Für die Sprachwissenschaft z. B. ist es schon ein großer Schritt vorwärts gewesen, daß sie sich überhaupt auf die Gesellschaft eingelassen hat. Ohne eine darüber hinausgehende detaillierte Analyse der technischen Entwicklungen können jedoch, wie G. Lau nachweist, neuere Anforderungen an die Sprachbeherrschung nicht verstanden werden.

Schließlich läßt sich der Mensch selbst nur begreifen, wenn seine natürliche und seine soziale Entwicklung nicht auseinandergerissen, sondern in ihrem konkreten Zusammenhang analysiert werden⁵. Am Beispiel der in der gegenwärtigen Bildungskrise wieder auflebenden Debatte über die Erblichkeit von Intelligenz zeigen M. Köhler, W. Landsberg und Ch. Pulvermacher, wie die Wissenschaften vom Menschen in endlose Scheingenauigkeiten flüchten müssen, solange ihnen die notwendige biologisch-soziale Universalwissenschaft fehlt. R. N.

2 Vgl. Friedrich Tomberg: Bürgerliche Wissenschaft. Begriff, Geschichte, Kritik. Frankfurt/M. 1973.

3 Einige neuere Varianten solcher naturwissenschaftlicher Weltbilder sind Hauptgegenstand von Das Argument 88, Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen (I).

4 Dieser Beitrag verweist auf die Verbindung dieser Reihe zu den „Argumenten für eine soziale Medizin“.

5 Vgl. hierzu auch die Rezension von Klaus Holzkamp: Sinnliche Erkenntnis, in diesem Heft.

Holger Jeske

Zum Weltbild von Biologie-Schulbüchern

I. Zur Bedeutung der Biologie für das Weltbild

Die Biologie ist zunächst Anschauung der belebten Natur und damit gleichzeitig Teilbereich der Anschauung der Welt, also der Weltanschauung. Sobald von den Beziehungen, den Ursachen und Wirkungen und den Gesetzmäßigkeiten die Rede ist, wird über die rein biologischen Fakten hinaus ein Weltbild vermittelt, in das sich der Schüler einordnet. Er erhält ein bestimmtes Selbstverständnis, das Einfluß auf sein Handeln sowohl in der Schule als auch im späteren Leben hat.

Der Charakter der Biologie hat sich in den letzten 100 Jahren vollständig geändert. Ihre Entwicklung läßt sich als Prozeß der Lösung von idealistischen hin zu materialistischen Konzeptionen beschreiben. Seit Darwin wurde konsequent nach Gesetzmäßigkeiten in der belebten Natur gesucht und damit der religiöse, mystische Schleier aufgerissen. Der oftmals unter den Tisch gekehrte anti-religiöse und antiteleologische Charakter der Darwinschen Lehre hatte insofern Konsequenzen, als hiermit die Materialität der biologischen Strukturen und Prozesse sowie deren Erkennbarkeit bekundet wurde. Mit der Erkenntnis der Gesetze aber wurde die Biologie anwendbar auf die Produktion, zuerst auf die Landwirtschaft. Es wurde möglich, bewußt verändernd in die Entwicklung des Lebens einzugreifen. Die Biologie wurde zu einer unter vielen Produktivkräften. Aufgrund der Komplexität der belebten Materie waren aber Denkweisen nötig, die über mechanische Erklärungsmodelle hinausgingen. Die dialektische Betrachtungsweise fand dadurch Anwendung und gleichzeitig Bestätigung. Ohne die Beachtung der steten Wechselwirkung, ohne das historische Herangehen an die Probleme wären Gebiete wie die Biokybernetik heute undenkbar. Die Biologie hatte somit Einfluß auf die gesellschaftliche Theoriebildung überhaupt (z. B. stochastische Prozesse, statistische Gesetze, Struktur-Funktions-Beziehungen, Abschätzung von Entwicklungstendenzen). Sie wirkt in einem breiten Maße auf gesellschaftliche Prozesse ein. Damit geht einher die Bedeutung der Biologie für Moralnormen. Die Beherrschung der Sexualität ist nur ein Beispiel. In breiter Linie vermehrt sich die Verantwortlichkeit des Biologen gegenüber der Gesellschaft. Mit dem Einsatz bakteriologischer Waffen, mit der Umweltgefährdung usw. erhält nicht nur der Biologe, sondern jeder, der mit biologischer Erkenntnis in Berührung kommt, neue Aufgaben für gesellschaftliches Handeln.

Was bedeuten diese Erläuterungen für den Schüler, für die allgemeinen Lernziele eines fortschrittlichen Biologieunterrichts? Der Schüler soll lernen, daß die Biologie eine Wissenschaft ist, daß sie wie jede Wissenschaft eine Geschichte hat, und daß sie wie jede Wissenschaft eine gesellschaftliche Erscheinung ist. Daraus leiten sich Konsequenzen für das Weltbild ab: Der Schüler begreift, daß jede Erkenntnis bedingt richtig ist, daß sie im Zuge des Wissenschaftsprozesses vervollkommenet wird, woraus sich die Forderung nach „life-long-learning“ ableitet; daß keine neue Erkenntnis möglich ist, ohne daß die vorhergegangenen Erfahrungen verarbeitet werden (Abgrenzung gegen Spekulation); daß aufgrund der ungelösten Probleme eine Fülle von Aufgaben für die Zukunft bestehen (Anleitung zu selbständiger aktiver Arbeit); daß alle Erkenntnis gesellschaftlich gewonnen wurde, und daß es deshalb nötig ist, kollektiv zu arbeiten.

Hat der Schüler gelernt, nach den gesellschaftlichen Notwendigkeiten, die zur Heranreifung eines Problems führen, sowie nach den gesellschaftlichen Interessen zu fragen, die zur Lösung eines Problems führen, lernt er weiter die Mittel kennen, die eine Gesellschaft bereithält, so wird er in die Lage versetzt, verantwortungsbewußt gesellschaftlich tätig zu werden. Gesellschaftliche Zustände sind dann nicht mehr als Naturnotwendigkeiten hinzunehmen, sondern mittels der Erkenntnis sozialer und biologischer Gesetzmäßigkeiten zu verändern.

Im folgenden werden nun die an den Westberliner Schulen am häufigsten vertretenen Schulbücher¹ daraufhin untersucht, welche Antworten sie auf die folgenden Fragen geben: Wie kann Leben erkannt werden? Was ist Leben, wie ist es entstanden und wie entwickelt es sich weiter? Wie kann die belebte Natur dem Menschen dienstbar gemacht werden? Wie kann der Schüler die Erkenntnis biologischer Zusammenhänge für sich selbst nutzen?

1 Blume, Fels, Homolka, Kuhn, Liesenfeld: Der Mensch. Klett Verlag, Stuttgart 1975 (Klett, M/G) — Garms: Lebendige Welt, 2. Halbband. Westermann Verlag, Braunschweig 1971 (Garms/H) — Lange, Strauß, Dobers: Biologie, Bd. II u. III. Schroedel Verlag, Hannover 1972 (Lange u. a./R, G) — Heiligmann, Janus, Lange: Die Pflanze, Bd. II u. III. Klett Verlag, Stuttgart 1975 (Klett, P/G, R) — dies.: Das Tier, Bd. I u. II. Klett Verlag, Stuttgart 1975 (Klett, T/R, G) — Kruse, Stengel: Das Leben, Bd. II u. III. Klett Verlag, Stuttgart 1974 (Kruse/Stengel / H, R) — Linder, Hübler: Biologie des Menschen. J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1975 (Linder/Hübler/R, G) — Schmeil: Pflanzenkunde. Quelle & Meyer und Diesterweg Verlag, Heidelberg und Frankfurt/M. 1973 (Schmeil, Pk/R, G) — ders.: Tierkunde. Quelle & Meyer und Diesterweg Verlag, Heidelberg und Frankfurt/M. 1973 (Schmeil, Tk/R, G).

Die erste Angabe in der Klammer bezieht sich auf die im Text verwendeten Kürzel, die zweite auf den Schultyp in dem das Buch vorwiegend verwandt wird. G = Gymnasien, R = Realschulen, H = Hauptschulen.

II. Methodische und fachwissenschaftliche Gesichtspunkte

1. Strukturierung des Stoffs

Eine der schwierigsten Aufgaben des Biologie-Unterrichts dürfte darin bestehen, dem Schüler klarzumachen, daß das Leben, auch ohne geschaffen worden zu sein, nach bestimmten Gesetzen entstanden ist, sich reproduziert und sich weiterentwickelt. Um dies zu erreichen, wäre es durchaus sinnvoll, zunächst bei der Formenvielfalt zu beginnen und sie nach und nach auf Gesetzmäßigkeiten zurückzuführen. Dazu müßte aber schon von Anfang an neben der Beschreibung der Vielfalt von Erscheinungen die Anleitung zur Verallgemeinerung stehen. Wie sieht es nun damit aus?

„Hauskatzen werden etwa 40—50 cm lang und an der Schulter 25 cm hoch, der Schwanz mißt 20—30 cm.“ Der Haushund „wird etwa 1 m lang und an der Schulter 60—70 cm hoch“ (Klett, T, 12).

Dieses Zitat ist durchaus typisch. Auch im Schmeil, bei Kruse/Stengel und bei Garms dominiert die Einzelbeschreibung gegenüber dem Vergleich. Die Tendenz zum Nebeneinanderstellen von Fakten zeigt sich auf anderen Gebieten ebenso. Stoffwechsel, Reizbarkeit, Bewegung und Reproduktion werden nacheinander in getrennten Kapiteln behandelt, bleiben additiv und machen letztendlich „Leben“ aus. Selbst in zusammenfassenden Kapiteln werden nur Fakten aneinandergereiht:

„Woher der Mensch mutmaßlich stammt. Die Vorstufen zum Menschen liegen im Tertiär, wo vor etwa 20 Millionen Jahren der Proconsul lebte, eine Art aus der Gruppe der Uraffenmenschen. Sie gelten als die gemeinsamen Vorfahren der Menschenaffen und Menschen. Links (Abb M/74) führt der ‚Affenstamm‘ (blaue Linie) zu dem Menschenaffen. Die rechte Abzweigung steigt stufenweise zum Jetztmenschen auf. In einem ‚Tier-Mensch-Übergangsfeld‘ (gelb-orange) trennte sich der Stamm der Menschen vom Tierreich. Die Formen des Menschenstammes (rot) lernten im Verlauf von rund 10 Millionen Jahren, aufrecht zu gehen...“ (Garms, 74).

Diese Darstellung, die am ehesten einer Verkehrsdurchsage der Polizei ähnelt, ist sicherlich nicht dazu angetan, das Verständnis dafür zu schärfen, wie aufgrund der Veränderungen der Eigenschaften des Tieres und deren Wirkungsgefüge letztlich der Mensch entstand.

Von dieser Art des Vorgehens unterscheiden sich im wesentlichen nur Klett, M, und die beiden Bände von Lange u. a. Bei Lange u. a. wird ein größeres Maß an Struktur dadurch vorgegeben, daß von Biotopen ausgegangen wird und Eigenschaften von Tieren und Pflanzen auf die Umwelt bezogen werden. Dementsprechend werden ökologische Fragen in ihrem Zusammenhang mit Verhaltensforschung und Entwicklungsbiologie gesehen und letztlich zur Evolutionstheorie verdichtet. Welch andersartige Darstellung der Realschüler gegenüber dem Volksschüler (Garms) erhält, soll folgendes Beispiel aus der Evolution des Pferdes zeigen:

„Die bisher dem Wald angepaßten Laubfresser sind dem im Oligozän und Miozän auftretenden Grasfressern der Steppe unter-

legen. Die Waldformen durchlaufen in den folgenden Jahrillionen eine eigene Entwicklung, wandern zum Teil von Nordamerika nach Europa ein und sterben schließlich aus“ (230).

In Klett, M (für Gymnasien) schließlich ist die Strukturierung noch wesentlich ausgefeilter. Begonnen wird mit einem Kapitel über die Stellung des Menschen im Tierreich. Die Fragestellung wird bewußt gemacht, und in jedem der folgenden Kapitel wird darauf Bezug genommen. Am Schluß des Buches wird die zentrale Frage nochmals aufgenommen und ausführlich behandelt. Die Abstammungslehre wird nicht, wie bei Garms, als Mutmaßung hingestellt, sondern als Ergebnis wissenschaftlicher Arbeit. Während der Hauptschüler in einem mysteriösen Dunkel über die Entstehung des Lebens und des Menschen gelassen wird, haben die Gymnasialbücher die Mitte des vorigen Jahrhunderts in der Geschichte der Biologie zum Teil schon erheblich überschritten.

2. Prozeß der Erkenntnisgewinnung

Auch in der Biologie gibt es eine Unzahl von Tatsachen, die gegenwärtig nicht erklärbar sind. Die heute verbreiteten Theorien müssen relativiert dargestellt werden, da gerade die Biologie immense Fortschritte macht. Wollten die Schulbuchautoren ein Bild von der Relativität der Erkenntnis vermitteln, so müßten sie versuchen, den Schülern Kriterien in die Hand zu geben, um die Erkenntnisse beurteilen zu können. Sie müßten die Gewinnung der Einsichten darstellen und die Schüler soweit als möglich daran teilhaben lassen. Beides ist nur ganz selten der Fall.

Das dargelegte Wissen wird in Form einer Faktensammlung angeboten, die nie entstanden ist und kaum problematisiert wird. Der Schüler erfährt bestenfalls, daß es künstliche Düngung erst nach Justus von Liebig gab u. ä. Ausnahmen finden sich in der Regel nur in Kapiteln über die Abstammungslehre. Der eigentliche Prozeß der Wissenschaftsentwicklung wird jedoch auch hier nicht durchschaubar. Er wird bei Lange u. a. und bei Kruse/Stengel als das Ersetzen falscher Theorien durch richtige beschrieben, das bei Darwin bzw. Muller endet. Tatsächlich hat der Prozeß sehr widersprüchlich stattgefunden. So hat Linné zwar richtig die Verwandtschaft und Ordnung im Tierreich erkannt, falsch jedoch die Konstanz der Arten; Cuvier suchte nach Ursachen einer Veränderung der Arten, zwar einer falschen, aber doch nach Veränderung. Lamarck brachte den Entwicklungsgedanken ein, aber eben seiner Zeit entsprechend verkehrt in Form der Theorie der Vererbung erworbener Eigenschaften usw. Es gab also nicht einfach früher falsche Theorien und heute richtige, sondern es gibt Anschauungen, die die Realität nur bedingt richtig widerspiegeln; im Prozeß der Erkenntnis bildet sich das heraus, was wir heute wissen. Auch die „falsche“ Theorie Linnés hat dazu ihren Beitrag geliefert.

Zur Vermittlung der Möglichkeiten und Grenzen der Biologie reicht es zudem nicht aus, lediglich den Gang der Wissenschaftsgeschichte nachzuvollziehen. Die Probleme des Wissenschaftsprozesses

ses selbst müssen dem Schüler erfahrbar gemacht werden. Der Stellung des Schülerexperiments ist deshalb besondere Beachtung zu schenken. Bei Lange u. a. werden methodische Fragen besonders berücksichtigt (226—240). Es wird eine Vielzahl von Schülerexperimenten angegeben und auch von Versuchen, die zu bestimmten Ergebnissen führten, berichtet. Eine echte Problematisierung, eine Kritik eigener und fremder Versuchsergebnisse ist jedoch nicht zu finden. Kein Hinweis geht darauf ein, daß bei Experimenten unterschiedliche Ergebnisse herauskommen könnten.

Wird so Wissenschaftsgläubigkeit produziert, so fehlt auch das Gegenstück nicht: Erkennen wird als so subjektiv dargestellt, daß die Vermutung naheliegt, daß wir die Dinge nicht wirklich erkennen können. Diese Anschauungen finden sich vorwiegend in den Kapiteln über Nervenphysiologie:

„Daher hat auch jedes Tier von der Gesamtwelt einen eigenen Eindruck; es hat also gewissermaßen seine eigene Umwelt. Das gilt auch für den Menschen. Für ihn bleibt es daher immer schwierig, zu erkennen, wie die Umwelt den einzelnen Tieren erscheint“ (Kruse/Stengel, 48).

So richtig es ist, auf die Schwierigkeiten bei der Auswertung von Beobachtungen hinzuweisen, um Anthropomorphismen zu vermeiden, so falsch ist es, dies ohne Angabe von Kriterien zu tun, ohne auf den Prozeß des Eindringens in die „Welt des Tieres“ einzugehen. Auch bei Klett, M, finden wir eine Abwandlung dieser subjektivistischen Auffassung wieder. Dort heißt es:

„Wir tragen in unsere Wahrnehmung etwas (?) hinein“, wobei „besondere seelische Faktoren aktiv sind, die wir physikalisch und biologisch nicht verstehen können“ (77).

Solange das Bewußtsein von der Relativität bestimmter Aussagen nur rein auf dem Gefühl beruht, nicht aber auf dem Wissen um die Methoden und den Entwicklungsumfang einer Theorie, verkommt dieses Gefühl zu Relativismus.

3. Begriffsbildung

Voraussetzung für ein Verständnis der ungeheueren Vielfalt von Erscheinungen des Lebens ist vor allem die Herausbildung fester einheitlicher Begriffe, die als Instrumentarium zur Erforschung von Gesetzen dienen können. Diese Begriffe müssen verschiedenen Anforderungen genügen. Sie müssen eineindeutig sein, d. h. einen definierten Sachverhalt benennen und keine falschen Assoziationen zulassen. Es sollen so wenig Begriffe wie möglich gebildet werden. Die Begriffe müssen den biologischen Wissenschaften entstammen. Wo das nicht möglich ist, wenn z. B. Begriffe aus dem „Volksmund“ oder aus anderen Wissenschaften übernommen werden („Trieb“, „Regelkreis“), muß der neue Inhalt klar definiert sein und dem Schüler bewußt gemacht werden. An ausgewählten Beispielen soll nun untersucht werden, inwieweit diese Kriterien erfüllt werden.

„Struktur“ und „Funktion“: Bei Klett, M, wird das Verhältnis von „Bau“ und „Leistung“ (23) geschildert, später die „Leistung“ als „Funktion“ präzisiert (37). Es wird auf die „Widersprüchlichkeit von Auge und Tastsinn“ (76) und auf „Antagonismen“ (16) hingewiesen. „Struktur“ und „Funktion“ werden hier aufeinander bezogen und stellen Grundbegriffe des gesamten Buches dar. Ähnlich sind die Probleme bei Lange u. a. dargestellt. Dem steht die Mehrzahl der anderen Werke entgegen, in denen „Struktur“ und „Funktion“ als Tatbestände voneinander getrennt und mit den unterschiedlichsten Bezeichnungen belegt werden. Der grundsätzliche Zusammenhang wird nirgendwo ins Bewußtsein gerufen. Die Begriffe werden lediglich beschreibend entwickelt. Für „Funktion“ wird vor allem „Leben“ bzw. „Aufgabe“ verwendet (Schmeil, Pk, 52, 85, 172, 30 ff.; Kruse/Stengel II 12 ff., 16, 22, 24). Mit „Aufgabe“ wird jedoch gleichzeitig im Bewußtsein der Schüler ein „Aufgeber“ induziert.

„Anpassung“ und „Auslese“: „Anpassung“ wird zumeist als funktionale Übereinstimmung von Strukturen verstanden (Schmeil, Pk: Blütenbau — Bestäuber, Pflanze — Standort, 7, 36, 172; Schmeil, Tk, 68, 79, 85, 93; Garms, 13, 94), also vom Ergebnis her. Der Prozeß der „Anpassung“ im evolutionären Sinne fällt dabei unter den Tisch (Ausnahme: Klett, M; Lange u. a.). Bei Klett, P und Klett, T wird das Anpassungs- und Auslese-Problem vollständig unterschlagen. Die ursächliche Behandlung zur Erklärung der Formenvielfalt findet sich nur an wenigen Stellen. Dabei wird meist von der „Zuchtwahl“ ausgegangen. Obwohl es einige Argumente für diesen Einstieg gibt, birgt er die Gefahr in sich, daß Auslese nicht in ihrer objektiven Gesetzmäßigkeit verstanden wird, sondern letztlich immer ein Auswählender unterstellt wird. Bei Kruse/Stengel geht diese Tendenz so weit, daß Veränderungen im Biotop kurzerhand als „Schöpfungen“ hingestellt werden:

„Garten und Feld sind im vollen Umfang Schöpfungen des Menschen“ (III, 64, vgl. auch 38 ff., 48, 92).

Der zweite wesentliche Evolutionsfaktor — die Mutation — tritt demgemäß stark in den Hintergrund oder wird beziehungslos neben die Selektion gestellt. Bei Linder/Hübler (176) tritt sie überhaupt nur in der Form von Strahlenschäden auf. Die Ursachen der Anpassung bleiben verborgen.

„Verwandtschaft“ und „Ähnlichkeit“: Analog zur fehlenden evolutionären Betrachtung wird „Verwandtschaft“ häufig mit „Ähnlichkeit“ identifiziert (z. B. Schmeil, Tk, 35; Schmeil, Pk, 10, 36, 55, 56). Nur an einer Stelle wird bei Schmeil, Pk (148) darauf hingewiesen, daß ähnliche Pflanzen nicht immer nah verwandt sein müssen. Daraus wird dann aber nur geschlossen, daß man genauer hinsehen müsse, um die Verwandtschaft zu erkennen. Lediglich bei Klett, M und bei Lange u. a. wird methodisch korrekt Verwandtschaft im evolutionären Sinne hergeleitet.

Auswahl der Begriffe: Betrachtet man die Vielzahl der verwendeten Bezeichnungen, so ist häufig nicht einsichtig, welchen erkennt-

nisträchtigen Wert diese haben sollen, zumal ihre Einführung oft ungeschickt ist. So werden in Kruse/Stengel, III auf einer halben Seite Plasmaströmung, Zellteilung, Kernteilung, Kerngerüst, Kernschleifen, Chromatingerüst, Chromosomen (14) aufgeführt, ohne die Funktionen der Bestandteile auch nur anzusprechen. Solche Aufzählungen werden den Schüler eher verwirren, als sein Verständnis fördern. Allgemein läßt sich feststellen, daß eine Auswahl unter didaktischen Gesichtspunkten in den vorliegenden Biologiebüchern kaum geleistet wird.

Anthropomorphismen: Der entscheidenste Bruch mit der Wissenschaftlichkeit liegt wohl im Gebrauch von Anthropomorphismen. Trotz der Forderung vieler Rahmenpläne nach Abbau von anthropomorphen Anschauungen reicht die Palette heute noch vom „klugen Hund“ (Klett, T, 12) und „edlen Pferd“ (ebd., 19) bis zum „Tyranen unter den Pavianen“ (Lange u. a., II, 212). Als eklatantes Beispiel mag eine Textstelle über Ameisen gelten:

„Es gibt unter ihnen Wanderameisen, die auf ihren Heerzügen andere Insekten erbeuten, seßhafte Jäger, ... Viehzucht treibende Völker, ... Gärtner, ... Pilzzüchter, ... ferner Weber, die zum Nestbau ihre Larven als Spinnrocken gebrauchen, Maurer usw. Wie sorgfältig ... wird die Brut gepflegt und mit welchem Opfermut das Volk verteidigt! Die Ameisen haben aber auch ihre ‚Schattenseiten‘! Da gibt es Diebe ...“ (Kruse/Stengel, II, 75).

Selbst bei neueren Büchern hat sich die Tendenz zum Abbau von Anthropomorphismen nicht vollständig durchgesetzt. Werden nicht-biologische Begriffe („Sprache“, „instinktiv“, „Trieb“ usw.) verwendet, so wird in den seltensten Fällen der neue Sinngehalt diskutiert. So lernen die Schüler, biologische Vorgänge mit sozialen Gesetzmäßigkeiten zu interpretieren. Vergleicht man nun Haupt-, Real- und Gymnasialbücher miteinander, so ist auch hier wieder mit zunehmendem Qualifikationsniveau eine größere Sorgfalt bei der Begriffsbildung festzustellen.

4. „Leben“

Obwohl die Biologie sich spätestens seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts aus der Umklammerung von Philosophie und Religion gelöst hat und nach dem Todesstoß, den die Entwicklungsphysiologie dem Vitalismus versetzt hat, nun endgültig zu einer materialistischen Wissenschaft mit steigendem Exaktheitsgrad geworden ist, weht dieser frische Wind doch meist an den Schulen vorbei. Die Frage nach dem Wesen und der Entstehung des Lebens wird immer noch in allen möglichen Farben schillernd beantwortet, nicht aber stringent auf die materiellen Grundlagen zurückgeführt. Dabei werden bestimmte Hauptwege beschritten.

Mit Ausnahme von Lange u. a. werden in sämtlichen vorliegenden Schulbüchern molekularbiologische Fragen ausgeklammert. Das mag daran liegen, daß man meint, dieses Gebiet sei zu schwierig für Kinder dieser Altersstufe — jedenfalls wird nirgendwo die belebte der

unbelebten Materie gegenübergestellt. Der Schüler lernt zwar viele Tiernamen, aber nicht, daß Vererbung ihr *materielles Substrat* hat oder aus welchen Bausteinen sich Lebewesen zusammensetzen. Er lernt vielleicht noch, daß im Gehirn Ströme fließen, aber das Verhältnis von Reflexen und Abstraktionen wird ihm nie klar gemacht. Es wird von „Trieben“ gesprochen, das materielle Substrat „Hormone“ wird eher beiläufig abgehandelt. Kybernetische Modelle, die dieses Verständnis erleichtern würden, kommen lediglich bei Lange u. a. und bei Klett, M, vor. Kurz: Was fehlt, ist, daß bei jeder biologischen Erscheinung immer wieder nach der materiellen Grundlage gefragt wird.

In der Mehrzahl der hier diskutierten Fälle wird das Ganze als Summe der Einzelteile genommen: Zelle + Zelle = Gewebe. Gewebe + Gewebe = Organ. Organ + Organ = Lebewesen. Instinkt + Instinkt = Tier. Geist + Geist = Mensch. Dies, obwohl jedem Biologen klar ist, daß Eiweiß + Eiweiß = Leben ist. Dem Schüler werden also Denkweisen beigebracht, mit denen er die verschiedenen Eigenschaften der unterschiedlichen Systemebenen nicht begreifen kann, da er nie gelernt hat, zwischen unterschiedlichen *Systemebenen* zu trennen. Auch da, wo von einem geordneten Wirkungsgefüge gesprochen wird, wird diese *Ordnung* nicht begreifbar gemacht. *Ordnung* bleibt ein metaphysisches Etwas, das zu den Elementen hinzukommt. Daß durch verschiedene Kombination von Elementen unter neuen Bedingungen neuartige Wechselwirkungen entstehen können, die sich in qualitativ anderen Gesetzmäßigkeiten äußern, wird weder plausibel gemacht noch überhaupt erwähnt. Damit bleibt der Übergang von der unbelebten zur belebten Natur, vom Wasser- zum Landleben, vom Tier zum Menschen dem Verständnis des Schülers unzugänglich.

Gewöhnlich werden zur Erklärung des Systemcharakters *mechanische Modelle* herangezogen. „Die Zelle ist der Baustein des Organismus.“ Trotzdem kommen die Autoren nicht umhin, zu erkennen, daß auf verschiedenen Systemebenen verschiedene Gesetze herrschen. Also wird eine Ebene unverbunden neben die andere gestellt. Das Tier ist Instinktwesen, der Mensch Geisteswesen. Wie man die Dinge auch dreht und wendet, es bleibt immer ein unerklärlicher Rest, der mit „Trieben“, „Willen“, gar mit „Schöpfung“ oder schlicht gar nicht gefüllt wird. Diese Leerstelle mechanistischer Auffassungen ist andererseits Angriffspunkt *vitalistischer Strömungen*, die sich heute allerdings nicht so äußern wie vor 100 Jahren. Sie leben jedoch beispielsweise in einer Triebkonzeption weiter, die eine nicht näher definierte Kraft, genannt Trieb, hinter den Instinkten vermutet (Kruse/Stengel, III, 49; Garms, II, 8; Lange u. a., II, 27; Schmeil, Tk, 307; Klett, T, passim; Schmeil, Pk, 47; Linder/Hübler, 150). Der Rückgriff auf ein immaterielles Prinzip geht soweit, daß Kruse/Stengel über den Menschen behaupten: „Sein Schmuck- und Gestaltungsbedürfnis wurde zur Kunst, und das Denken über sich selbst und seine Umwelt schuf Sitten und Gebräuche, Ordnungen und Gesetze, Philosophie und Wissenschaften“ (190).

Darwin war sich dessen bewußt, daß er die *Teleologie* in der Biologie vernichtet hatte. Jeder Biologe bemüht sich mittlerweile, seine Sätze so zu konstruieren, daß „Ziele“ und „Zwecke“ ausgeklammert sind. Doch in den Schulbüchern heißt es etwa: „Im Frühjahr braucht der Baum viel Wasser, das Kambium erzeugt daher weite Gefäße“ (ebd., 21). Woher soll das Kambium wissen, daß der Baum Wasser braucht? könnte der Schüler zu Recht fragen. Auch der Begriff „zweckmäßig“ ist selbst bei Lange u. a. nicht verbannt (76, 77). Den Bemühungen in der Gefolgschaft Darwins zum Trotz wird sich auch weiterhin in den Köpfen teleologisches Denken festsetzen, solange nicht die „unerkklärlichen Reste“ getilgt und durch materialistische Erklärungen ersetzt werden.

III. Funktion von Biologie in der Gesellschaft

Obwohl die Biologie in alle Lebensbereiche hineinragt, wird in den Schulbüchern extrem wenig über das allgemeine Verhältnis von Biologie und Gesellschaft gesagt. Weder die Rolle, die sie in der Kriegsrüstung hat, noch die als Produktionskraft wird benannt. Es wird kaum etwas über die Verantwortung des Biologen, geschweige denn über seine Geldgeber und deren Motive gesagt. Die Rolle der Biologie als Wissenschaft wird also nicht reflektiert. Anders ist es mit den konkreten Auswirkungen, die bestimmte biologische Entdeckungen nach sich zogen.

1. Biologie und Produktion

Bei Kruse/Stengel ist biologische Kenntnis von Nutzen für Wald, Feld und Garten, in Andeutungen für die Hygiene. Der „Landmann“ wird bei Düngung und Schädlingsbekämpfung gezeigt. Es wird auf Züchtung, Medizin und Umweltschutz eingegangen. Die Beispiele von Garms bewegen sich in derselben Spanne. Bei Schmeil erfolgt die Erörterung nur auf der Stufe „Die Bedeutung des Schweins für den Menschen“. Auf die Bedeutung bestimmter biologischer Erkenntnisse für den Menschen wird nicht eingegangen. Ähnlich ist dies bei Klett, P: „Kartoffelernte“ (18), „In der Mühle“, „Beim Bäcker“ (56 ff.), Steigerung der Hektarerträge (57), Arbeit des Bauern (60), wirtschaftliche Bedeutung des Waldes mit Preisangabe (102) und Düngung (111) sind die Themen. Die humanbiologischen Bücher behandeln das Problem noch eingeschränkter. Bei Linder/Hübler werden die biologischen Kenntnisse hauptsächlich in der Medizin angewandt (V, 34, 154, 159). An einer Stelle wird sogar für den Markt produziert („Berechne die Marktpreise der Nahrungsmittel“, 39) und auf die Ernährung eingegangen (46 ff.). Im Klett, M, dagegen sind die Beispiele vielfältiger. Die Bereiche umfassen: Ernährung, Gesundheit, Arbeitsmedizin, Städteplanung, Psychologie. Am umfangreichsten ist jedoch die Fülle von Beispielen, die bei Schmeil, Pk, wiedergegeben sind. Die Schwerpunkte reichen weiter als Feld, Wald und Wiesen, indem außer landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Gartenbau auch Zellulose- und Textilindustrie, Kautschukgewinnung, Parfüm- und Seifenindustrie sowie Schädlingsbekämpfung be-

handelt werden. Damit werden Auswirkungen der Biologie auf die industrielle Produktion benannt. Es wird weiter auch der volkswirtschaftliche Nutzen erwähnt. Dieser bleibt aber von der Gebrauchswertseite, nicht so sehr von der Tauschwertseite bestimmt. Dagegen untersuchen Lange u. a. auch die Wirkung biologischer Erkenntnisse auf die Ökonomie. So wird ausführlich auf die Verwertung von Fisch und seinen Tauschwert eingegangen (II, 54). Die Technisierung der Landwirtschaft und ihre Bedeutung für die Arbeitszeit wird diskutiert (122 ff.) und auf die wirtschaftliche Seite bezogen:

„Heute versucht man, durch Zusammenlegen von Grundstücken (Flurbereinigung) und Neuanlagen von Rebflächen, den Weinbau konkurrenzfähiger zu gestalten. Dazu gehört auch, daß viele Winzer heute genossenschaftlich organisiert sind. — Begründe die Veränderung im Weinbau! Denke dabei an Rationalisierung, Beratung, Arbeitskräfte, Löhne, Absatz...!“ (II, 142)

Die Begriffe „Arbeit“, „Arbeitskraft“ und „Arbeitszeit“ werden jedoch durcheinandergebracht, so daß schließlich die Maschinen die Arbeit leisten und die Werte schaffen. Im Klett, P, wird dieser Tatbestand sogar soweit verkehrt, daß der Wald für den Lebensunterhalt sorgt und nicht die menschliche Arbeit:

„Diese Menschen und ihre Angehörigen verdanken dem Wald ihren Lebensunterhalt“ (102).

Betrachtet man die vorliegenden Bücher insgesamt, so muß festgehalten werden, daß die Entwicklung der Biologie als Produktivkraft in den letzten 70 Jahren in der Mehrzahl der Bände keinen Niederschlag gefunden hat. Speziell den Hauptschülern wird die Biologie eines Landmannes, Försters und Gärtners vorgesetzt. Der Einfluß, den die Biologie auf die Produktion und damit auf alle Lebensbereiche, auch des Schülers, ausübt, wird kaum erwähnt. Dadurch wird dem Schüler die Möglichkeit versperrt, zu begreifen, warum der Erwerb biologischer Kenntnisse für ihn wichtig sein sollte.

2. *Geschichte der Biologie, Rolle des Forschers*

Eines der gemeinsamen Kennzeichen der vorliegenden Schulbücher ist es, daß Wissenschaftsgeschichte, wenn überhaupt, betrieben wird, indem Forscherpersönlichkeiten und Jahreszahlen genannt werden. Unkritisiert wird z. B. K. v. Frisch zitiert, der schreibt:

„Ich traute meinen Augen nicht... Das war wohl die folgenreichste Beobachtung meines Lebens“ (Lange u. a., II, 31).

Das „Aha“-Erlebnis des individuellen Forschers wird als Methode wissenschaftlichen Erkennens dargestellt, ohne die langwierigen und schwierigen Versuche zu erwähnen, und ohne auf die systematische Kleinarbeit einzugehen. Der Eindruck wird erweckt, als sei Wissenschaft eine Sammlung von Gedankenblitzen. So fügte es bei Kruse/Stengel der „Zufall“, „daß im Jahre 1900 die von Mendel gefundenen Vererbungsgesetze wiederentdeckt wurden“ (145).

Die Betonung der Einzelpersönlichkeiten ist die eine Seite; auf der anderen Seite treten neue Erkenntnisse anonym auf. So gibt es plötzlich die Dreifelderwirtschaft (Kruse/Stengel, II, 51) und Maschinen und Motoren (49). Nur in wenigen Fällen wird benannt, daß auch andere Menschen an der Erkenntnisgewinnung teilhatten als Forscher. Wenn schon nach materiellen Ursachen der Entwicklung der Biologie gefragt wird, wird zunächst der Bedarf genannt.

Viel differenzierter wird dagegen den Gymnasiasten im Klett, M, der Entwicklungsprozeß der Wissenschaft vorgeführt. Relativ häufig gehen die Autoren auf die Rolle von Technik und Werkzeugherstellung als besonderem Merkmal der Kulturentwicklung ein. Zum einen wird die Rolle der Werkzeugherstellung und der Arbeit bei der Menschwerdung diskutiert, zum anderen wird gezeigt, wie die Entwicklung der Produktivkräfte in alle Bereiche menschlichen Lebens, eben auch in die Wissenschaft, hineingreift. Es wird sogar verallgemeinernd festgestellt,

„daß jeder, der etwas produziert, geprägt wird durch das, was er produziert“ (191).

Die Bedeutung des Sozialgefüges für den Menschen wird hervorgehoben (185 ff.), obwohl auf der anderen Seite Behauptungen auftreten, die das Individuum ins Zentrum rücken:

„Alle Fortschritte der Werkzeugherstellung werden wir uns als Leistungen von einzelnen vorstellen müssen“ (184).

Der gesellschaftliche Charakter des Fortschritts wird damit negiert und ideengeschichtlichen Theorien Vorschub geleistet. Bernal hat in seinem Werk „Wissenschaft“ eine Fülle von Beispielen angeführt und systematisiert, worin nicht nur gezeigt wird, wie die Produktion die Entwicklung der Wissenschaft bedingt, sondern auch umgekehrt die neuen Entdeckungen wiederum die gesellschaftliche Entwicklung umwälzten. Genau um diese Dialektik müßte es gehen, wollte man das Verhältnis des Einzelwissenschaftlers zum gesellschaftlichen Fortschritt erläutern. Damit wären die Grundlagen für das Bewußtsein beim Schüler geschaffen, zwar durch objektive Gesetzmäßigkeiten in den Möglichkeiten begrenzt zu sein, aber andererseits aus der Erkenntnis eben dieser Zusammenhänge heraus die Entwicklung vorantreiben zu können. Wie der Prozeß in den vorliegenden Büchern aber beschrieben ist, sind es zwar Einzelpersönlichkeiten, die alles vorwärtsbringen, mit diesen Einzelpersönlichkeiten jedoch kann sich die Mehrzahl der Schüler nicht identifizieren. Im Verein mit den weiter oben beschriebenen agnostizistischen Haltungen wird dem Schüler jegliches wissenschaftliche Instrumentarium vorenthalten, mit dem er diese Veränderung angehen könnte. Der Relativismus, das hilflose Warten auf Genies, Zufälle und Gedankenblitze vereinigen sich zu einer Theorie der Resignation.

IV. Darstellung gesellschaftlicher Fragen

Sollte diese These stimmen, daß in den vorliegenden Schulbüchern die Tendenz besteht, die Schüler als spätere Lohnabhängige von der

aktiven Umgestaltung ihrer Gesellschaft abzuhalten, so müßte sich das in der Behandlung gesellschaftlicher Grundfragen ganz besonders deutlich zeigen.

1. Intelligenz und Kriminalität ²

Wohl am deutlichsten offenbart sich das Verhältnis von Biologischem und Sozialem, von Ererbtem und Erworbenem im Komplex Intelligenz — Kriminalität. Hier ist es eine der Grundfragen, wie sich in der Auseinandersetzung von Umwelt und Subjekt Eigenschaften der Menschen herausbilden. Wie wird nun dieser Bereich vorgetragen?

Eines der Hauptkennzeichen ist die Betonung des Faktors „Erbe“. Kruse/Stengel führen das Problem folgendermaßen ein:

„Wird irgendeine Begabung musikalischer, bildnerischer oder mathematischer Art, Humor und Ernst, Jähzorn oder Geduld bei einem Menschen festgestellt, so folgt unmittelbar die Frage, ob diese Eigenschaften von Vater- oder Mutterseite stammen. Die Fülle der Erfahrungen, die jeder einzelne damit macht, läßt keinen Zweifel an der Erbllichkeit geistiger und seelischer Eigenschaften aufkommen“ (III, 166). „Aus einem mittelmäßig begabten Menschen kann durch noch so harte Arbeit kein hochintelligenter werden... Die Vererbung prägt die Grundlage unseres Wesens und die Erziehung formt die Persönlichkeit“ (III, 167).

Etwas weniger platt schildern Lange u. a. die Bedeutung der Vererbung. Mit der Ahnentafel Darwins wird die Erbllichkeit naturwissenschaftlicher Begabung suggeriert, ohne die Fragwürdigkeit dieser Methode zu problematisieren. Ausgeklammert bleiben die Stammbäumer jener „Genies“, die aus „einfachen Verhältnissen“, von Arbeitern, Handwerkern, Buchhaltern und Lehrern abstammen wie Stevenson, Gauß, Kant, Rembrandt, Chopin, Gutenberg usw. Statt dessen wird die Autorität eines nicht genannten „Wissenschaftlers“ herangezogen:

„Unter den 496 Nachkommen des gesunden Zweiges findet man nur zwei Trinker und einen sittlich Entgleisten... Von den 480 Nachkommen des von der Schwachsinnigen ausgehenden Zweiges sind nur 46 völlig normal, sonst finden wir 143 Schwachsinnige, 33 Dirnen, 24 Alkoholiker, 3 Epileptiker, 3 Verbrecher...“ (III, 219).

Zu folgern wäre hieraus, daß es ein Gen gibt, das für das Schlechte schlechthin verantwortlich ist. Wie sollte es sonst zu verstehen sein, daß derart verschiedene Merkmale wie Prostitution, Alkoholismus und Kriminalität sich ausmenden? Ist hier das Problem aber noch relativ zurückhaltend beschrieben, so überschlägt sich die Begrifflichkeit bei Linder/Hübler. Das Erbe ist grundsätzlich, wie die Triebe, „schicksalhaft“ (z. B. II, 175; IV, 125). Soziale Einflüsse werden ihm bestenfalls „aufgeprägt“.

2 Vgl. hierzu auch den Aufsatz von Köhler, Landsberg und Pulvermacher in diesem Heft.

„Schlechte Erbanlagen durch entsprechende Wahl des Ehepartners von seinen Kindern fernzuhalten, ist seine höchste sittliche Pflicht“ (175).

Diesen Pflichten sind offenbar bestimmte Menschen besser nachgekommen als andere:

„Eine hervorragende technische Begabung besaß der Erfinder der Dynamomaschine und des elektrischen Telegraphen, Werner von Siemens. Auch seine beiden Brüder zeichneten sich durch technische Begabung und Organisationstalent aus. Dieselben Fähigkeiten traten in der Familie Krupp bei Großvater, Vater und Sohn auf“ (170).

2. Familie und Rolle der Frau

In den Kapiteln über Sexualität wird die Geschlechtlichkeit in der Regel im Hinblick auf die Fortpflanzung, die Familie und die Rolle der Frau untersucht. Dabei bleibt es nicht aus, daß über soziale Probleme Aussagen getroffen werden, die jedoch für die einzelnen Bücher sehr viel heterogener sind als für den Bereich „Intelligenz“. Dabei geht die Entwicklung bei den neueren Werken (z. B. Klett, M u. Lange u. a.) dahin, die Probleme aufgeklärt, sachlich zu behandeln, während die älteren stark in überholten Vorstellungen verhaftet sind oder das Problem ganz ausklammern. Bei Klett, M, werden auch psychische Konflikte im Zusammenhang mit der frühen sexuellen Reifung bei Jugendlichen aufgeführt und die Ehe als gesellschaftliche Institution benannt.

„Religiöse Vorschriften sowie staatliche Ehegesetze haben den Sinn, die Partnerbindung zu festigen und zu schützen. Werden Regeln in einem Gemeinschaftsleben anerkannt, spricht man von einer Institution“ (157).

Auf dieser Stufe bleibt die Diskussion aber stehen, und es wird nicht auf Widersprüche zwischen den Regeln und der Realität eingegangen. Im Kontrast dazu stehen einige andere Bücher. Im Klett, T, beispielsweise wird der Unterschied von Mann und Frau folgendermaßen gesehen:

„Das Handeln des Mannes wird mehr vom Verstand, das der Frau mehr vom Gefühl bestimmt“ (8a).

Eine Aussage, die bestenfalls dem Volksmund entstammt, wird hier als wissenschaftliche Erkenntnis verkauft. Bei Garms wird das Problem einer angeblichen „Versachlichung“ unterworfen:

„Als 1969 ein Meinungsforschungsinstitut mehrere tausend Jugendliche befragte, wie sie sich ihre Zukunft vorstellen, beschäftigten sich die meisten Jungen mit ihrer Berufswahl; 70 % der Mädchen dagegen dachten an Verlobung, Heirat und das Heim, welches sie einmal gründen möchten. Viele von ihnen sehen also in der eigenen Familie und in Kindern die Erfüllung ihres Lebens“ (25).

Zunächst erscheint dies wie die Beschreibung eines Faktes. Da dieses „Fakt“ aber überhaupt nicht untersucht, sondern nur beschrieben wird, wirkt es normenbildend. Ganz besonders deutlich wird diese Art von Normenbildungsprozeß bei folgendem Beispiel:

„Im Bürgerlichen Gesetzbuch steht, daß Männer nicht vor dem vollendeten 21. Lebensjahr, Frauen nicht vor dem vollendeten 16.

Lebensjahr eine Ehe eingehen sollen. Versuche dies zu begründen!“ (22)

Anstatt die Gesetze in ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit greifbar zu machen, wird der Schüler angehalten, sie zu rechtfertigen.

Tritt die Frau hier nur als Mutter auf, wird sie bei Kruse/Stengel ein einziges Mal als Berufstätige gezeigt; dabei aber so entstellt, daß die traditionelle Rolle der Frau bestehenbleibt:

„Die leichteren Arbeitsmöglichkeiten in der Stadt führen häufig dazu, daß sogar die Mütter zur Arbeit gehen“ (202).

Sehen wir einmal davon ab, daß Frauen in der Landwirtschaft nicht gerade wenig arbeiten, daß die Frauenarbeit andere Ursachen hat als die Mühelosigkeit der Fließbandarbeit, so ergibt sich folgende Logik: Die Frauen sind eher Gefühls- als Verstandesmensch — daher arbeiten im wesentlichen die Männer — zu leichterem (minderwertiger) Arbeit taugen aber auch die Frauen — naheliegende Schlußfolgerung: Warum sollten dann die Frauen nicht geringer bezahlt werden? Zur Begründung des Satzes „Die Frau sei dem Manne untertan“ reichen Priesterreden nicht mehr aus. Die Biologie spielt den Lückenbüßer.

3. Verhaltensforschung

Im Bereich Verhaltensforschung ist eine Kritik insofern erschwert, als hier schon zum großen Teil die Wissenschaftler selbst, besonders in populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen, die Systemebenen von Biologie und Sozialwissenschaft durcheinanderwerfen³. Wie oben unter „Anthropomorphismus“ gezeigt, besteht eine Tendenz, menschliche Verhaltensweisen in der Natur „wiederzufinden“. Wird an vielen Stellen im Tierreich auf die Bedeutung der Hackordnungen und Rivalitätskämpfe eingegangen, so ist es später ein Leichtes, das Verhalten von Menschenkindern zu erklären:

„Später gerät das Kind in Positionskämpfe um den Rangplatz in einer Spielgruppe oder in einer Schulklasse“ (Klett, M, 124).

Die *Biologisierung* hat jedoch noch ein anderes Gesicht. Bei Klett, M, fehlt zwar die Triebkonzeption der Aggression. An ihre Stelle tritt die Frustrations-Aggressions-Hypothese. Das ist aber nur bedingt ein Fortschritt, denn wieder werden psycho-physische Prozesse des Individuums zur Erklärung von gesellschaftlichen Zuständen herangezogen. Als Kommentar zu einem Bild einer Demonstration findet sich folgender Absatz:

„Blockierte aggressiv-motivierte Menschengruppen in sozialer Konfliktsituation. Konflikte aller Art werden in der modernen Welt immer häufiger. Ursachen sind u. a. Leistungsdruck, Zusammenballung von Menschenmassen auf engem Raum, Lärm und Hast... Konflikte stellen Belastungssituationen (Streß) dar“ (110).

3 Vgl. hierzu Goldau, Jeske, Landsberg, Schmitt: Biologische Argumente gegen Lorenz' Aggressions-Konzept, in: Das Argument 88, Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen (I) (1974), S. 819 ff.

Von Streß und Überbevölkerung ist bekannt, daß sie auch bei Mäusen Aggressivitäten fördern. — Der sich hier wiederfindende Biologismus hat zwei Seiten: Er überschreitet die Systemgrenze erstens von Tier zu Mensch und zweitens von Individuum zur Gesellschaft. Erklärungsmodelle, die auf der einen Ebene bedingt nötig sind, werden ohne Begründung und Diskussion auf andere Ebenen übertragen. Es müßte statt dessen der Zusammenhang von biologischen und gesellschaftlichen Gesetzen hergestellt werden. Es müßte deutlich gezeigt werden, daß der Mensch zwar der natürlichen Evolution unterliegt, aber sich gleichzeitig der Natur entfremdet hat, und daß nun kulturelle Gesetze zu beachten sind. So wie hier die Biologie verwandt wird, dient sie nicht zur Aufklärung, sondern zur Rechtfertigung gesellschaftlicher Mißstände als „naturgewollt“.

4. Ernährung

Die Welternährungskrise wird auf die Zunahme der Populationsdichte zurückgeführt. Dabei wird die Theorie von Malthus oftmals mit wechselnder Akzentuierung zu Rate gezogen (Lange u. a., III, 265; Klett, M, 179). Zwar wird betont, daß der Lösungsversuch kein rein wissenschaftliches Problem sei (Klett, M, 180), aber die positive Wendung bleibt abstrus:

„Der politische Wille, eine Aufgabe anzupacken, und die wirtschaftlichen Möglichkeiten eines Staates spielen hier die größere Rolle. Oft sind die Völker nicht fähig, langfristig zu planen“ (ebd.).

Der Argumentationszusammenhang ist bei Lange u. a. (264 ff.) nicht wesentlich anders. Nur wird der Schüler aufgefordert, sich über die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer zu informieren, Arbeitsplatzzahl mit Geburtenziffer zu vergleichen. Es wird vor dem Bevölkerungsdruck und seinen politischen Konsequenzen gewarnt (III, 265) und darauf hingewiesen, daß Industrialisierung die Voraussetzung einer Lösung ist. Die Ursachen der Bevölkerungsexplosion bleiben jedoch rein biologisch. Das, obwohl die UNO-Konferenz zu diesem Thema festgestellt hat, daß es gerade soziale Probleme sind, die diesen Zustand bewirken⁴. Niemand wird bezweifeln, daß das Bevölkerungswachstum Mit-Ursache für die Ernährungskrise ist, aber warum wird verschwiegen, daß Monokulturbildung in der Kolonialwirtschaft das Gleichgewicht der Ernährung zerstört hat, daß die Ausbeutung der Rohstoffe für die kapitalistischen Industrieländer profitabler ist als der Aufbau umfangreicher Industrieanlagen, daß ein ganzes System von Herrschaftsmechanismen inländischer und ausländischer Herkunft ein Erwerben der unterentwickelten Länder verhindern soll, daß nicht ein „Überangebot“ von Lohnarbeitern die Löhne senkt usw. Die gesellschaft-

4 Vgl. W. Hintzke: Bevölkerungspolitik eine Klassenfrage. Zur Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest, in: IPW-Berichte, Heft 11, 1974, S. 68—71.

lichen Mechanismen der Katastrophe werden verschwiegen, und die Reduktion des Problems auf biologische Determinanten hilft, die Ursachen zu verschleiern.

„Aus all diesen Gründen kann man das Welternährungsproblem nicht optimistisch sehen, obwohl es grundsätzlich lösbar wäre“ (Klett, M, 180).

Es bleibt: Resignation.

5. Medizin

Dieser Bereich nimmt relativ großen Raum ein. Zur Vorbeugung von Krankheiten scheint das sinnvoll zu sein. Auf die gesellschaftlichen Bedingungen von Krankheiten wird allerdings in der Regel nicht eingegangen. Statt dessen heißt es, daß die „moderne Welt“ mit ihrer „Verstädterung, dem Großstadtklima, der Unterbeanspruchung von Organen“, andererseits der „Überbeanspruchung und Reizüberflutung“ (Kruse/Stengel, 64) zu allen möglichen Störungen führt. Als Gegenmaßnahmen werden empfohlen:

„eine geregelte Lebensführung, sportliche Übungen ohne Übertreibungen und genügende Erholung nach körperlichen Anstrengungen“ (ebd., 102).

Nach den Realisierungschancen solcher Vorschläge wird nicht gefragt. Für die übrigen Bücher ließen sich ähnliche Beispiele finden. Der Zusammenhang zwischen Krankheit und Arbeitsprozeß wird keiner näheren Betrachtung gewürdigt. Bei Linder/Hübler z. B. fallen unter dem Thema „Schädigung der Atmung“ auf einer Seite ganze 20 halbe Zeilen à 7 Worten (94) auf Fabriken und Staublungen. Den Goßteil nehmen „Öfen, Auspuffgase“ und „Luftverschmutzung“ ein. Bei Klett, M, wird die Darstellung der Arbeit als Krankheitsursache sogar noch einen Schritt weitergetrieben:

„Vertretungen der Arbeitnehmer wachen darüber, daß die Arbeit unter den bestmöglichen arbeitshygienischen Bedingungen verrichtet wird. Arbeitsbedingungen und Arbeitsatmosphäre müssen so beschaffen sein, daß der Arbeitende das Gefühl der Leistung und des Erfolges haben kann. Das Erlebnis der Abhängigkeit und des Versagens verdirbt die Lebensfreude, schädigt die Gesundheit und stört das Verhalten gegenüber den Mitmenschen in Beruf und Familie“ (120).

Und das angesichts der Tatsache, daß 1969 2359956 Arbeitsunfälle gemeldet wurden⁵.

6. Umweltschutz

„Umweltschutz“ und „Medizin“ ähneln sich in der Art ihrer Behandlung außerordentlich. Vier Methoden können grob unterschieden werden, nach denen auf gesellschaftliche Probleme eingegangen wird:

⁵ H. U. Deppe: Zur Morphologie von Unfällen bei der Arbeit, in: Das Argument 69 (1971), S. 929.

Unterschlagung der Probleme überhaupt; Darstellung einer harmonischen Idylle; „Versachlichung“ und Abstraktion; Individualisierung.

Die „*Unterschlagung*“ ist besonders typisch für Klett, T, weitgehend auch für Schmeil, Tk, und Klett, P. Wird dennoch ein soziales Problem aufgenommen, so erscheint es als schon fast gelöst. *Harmonie und Idylle* finden sich in den Schrebergärten, die der Erholung dienen (Kruse/Stengel, II, 36); die chemische Industrie sorgt für die Schädlingsbekämpfung (ebd., 39). „Unsere Wälder“ (wessen Wälder?) wachsen und gedeihen (67 ff.).

„Die Sozialhygiene umfaßt alle Maßnahmen, ohne die ein gesundes Miteinanderleben der Menschen nicht möglich ist. Sie sorgt dafür, daß ... die Abwässer von Industrie und Haushaltungen keinen nachteiligen gesundheitlichen Einfluß ausüben“ (ebd., 164).

Die häufigste Methode der „Verarbeitung“ gesellschaftlicher Probleme ist jedoch die „Versachlichung“. Dabei wird versucht, unleugbare Mißstände auf sogenannte sachliche Ursachen zurückzuführen, die mitunter den Charakter von Naturnotwendigkeiten haben. Menschliche Verursacher bleiben anonym oder abstrakt nach dem Muster von: „Der Mensch schädigt die Umwelt.“ Bei Klett, M, treten zwar „wirtschaftliche Interessen“ auf (177), sie werden aber eher als Unwetter beschrieben denn als Ergebnis des aktiven Handelns konkreter Menschen. Obwohl die Benennung solcher Interessen überhaupt ein Fortschritt ist, haftet ihnen weiterhin der Schein der Sachgesetzlichkeit an. Statt dem Schüler die gesellschaftlich handelnden Subjekte vorzuführen, tritt eine *Individualisierung* ein:

„Daß der Staat die Natur durch Gesetze schützt, geschieht zu unserem eigenen Besten. Wir selbst sollten aber auch alles tun ... Papier, leere Konservendosen und leere Flaschen nimmt man mit ...“ (Schmeil, Pk, 51).

Bei Linder/Hübler findet sich eine Vielzahl solcher Hinweise. Auch Krankheiten, z. B. die Tuberkulose, sind individuelles Schicksal, keine soziale Erscheinung (Kruse/Stengel, III, 102)⁶. Kommt trotzdem ein Schüler auf den Gedanken, psychische Konflikte etwa könnten etwas mit der Gesellschaft zu tun haben, so muß er sich eines besseren belehren lassen:

„Es wäre eine Illusion zu glauben, die Gesellschaft im Ganzen könne solche Probleme beseitigen oder könne gar ein konfliktfreies Leben ermöglichen“ (Klett, M, 125). „Aus dem Konflikt von Wollen und Können entsteht ein innerer Konflikt. Der Betreffende gibt der Umwelt die Schuld... Sie ‚verkennen‘ und ‚verleumden‘ ihn“ (ebd., 111).

So wird durchgängig gezeigt, wie jeder seines Glückes Schmied ist, er muß es nur verstehen, sich sein Leben mit Hilfe der Biologie einzurichten.

6 Vgl. H.-H. Abholz: Tuberkulosehäufigkeit und soziale Lage, in: Das Argument 78 (1973), S. 52 ff.

War der Wissenschaftsprozess durch den Einzelforscher bestimmt, wurde der Mensch als isoliertes Geisteswesen betrachtet, so zeigt sich hier in der Individualisierung die Fortsetzung. Die Schulbuchwirklichkeit steht damit diametral den Anforderungen des Westberliner Schulgesetzes entgegen, in dem es heißt:

„Ziel muß die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, die vollständige Umgestaltung der deutschen Lebensweise auf demokratischer und friedlicher Grundlage zustande zu bringen“ (§ 1).

Statt zur Veränderung anzuleiten, wird so getan, als sei alles in Ordnung.

„Die Industrien mußten bereits Milliardenbeträge investieren, um z. B. durch Einbau geeigneter Filteranlagen ... einen wesentlichen Beitrag zur Reinhaltung der Luft zu leisten ... Alle Maßnahmen haben das Ziel, dem Menschen eine gesunde Umwelt zu schaffen oder zu erhalten, die als die wichtigste Voraussetzung für seine Gesunderhaltung angesehen werden muß“ (Lange u. a., II, 275). „Man hat deshalb die Industrie verpflichtet, wenigstens einen Teil des Wasserbedarfs aus den verschmutzten Flüssen zu decken, auch wenn dafür teure Kläranlagen notwendig sind. Außerdem fängt die Industrie gebrauchtes Wasser wieder auf, reinigt es und leitet es in den Produktionsprozeß zurück“ (Klett, M, 174).

Resümee: „Der Mensch“ macht den Schmutz, die Industrie macht alles wieder sauber.

V. Resümee

Wie gezeigt wurde, wird mit einigen Ausnahmen weder auf die Materialität des Lebens überhaupt noch auf die Materialität der Entstehung des Lebens oder der biologischen Evolution, noch auf die Materialität der ontogenetischen Prozesse, der Differenzierung und Ordnung lebender Systeme, noch auf die materiellen Grundlagen von Denken, Trieben usw. eingegangen. Damit und mit dem Einfluß einer „Schöpferideologie“ sind die Grundvoraussetzungen für das genannte System von Lernzielen nicht gegeben. Statt dessen schwingen alle möglichen Konzeptionen (vitalistische, mechanistische, religiöse usw.) mit, ohne daß sie weltanschaulich reflektiert und offen verteidigt würden.

Aufgrund der mangelnden Einführung von Gesetzmäßigkeiten wird nicht nur die Erkenntnis behindert, es werden zudem eindeutig agnostizistische, relativistische Positionen unterstützt. Damit sind aber die Voraussetzungen für das aktive Handeln der Schüler genommen. Das äußert sich in der Behandlung des Wissenschaftsprozesses als einer Folge von genialen Einfällen, in der Unterschlagung der Produktion und bei der harmonisierenden „versachlichenden“ und individualisierenden Behandlung der gesellschaftlichen Fragen.

„Man versteht sich selbst auf dem Umweg über ... das Ergebnis seiner Arbeit ... Bisher hat noch keine Gesellschaft die Arbeitswelt für alle ihre Mitglieder so gestalten können, daß ihnen Arbeit nicht nur eine Last, sondern ein Bedürfnis ist. Aber das sollte ihr Ziel sein“ (Klett, M, 189 f.).

Dies ist in 3126 vorliegenden Buchseiten die einzige Stelle, in der ein Zusammenhang zwischen der aktiven Umgestaltung, der Arbeit und gesellschaftlichen Zielvorstellungen hergestellt wird. „Arbeit“ taucht hier jedoch nur als eines unter vielen Momenten der Menschwerdung auf, nicht aber als Voraussetzung und vorantreibender Faktor. In Klett, *Der Mensch*, zeigt sich am deutlichsten, wie materialistische Anschauungsweisen langsam beginnen, sich breit durchzusetzen, daß sie aber noch von einer Reihe idealistischer Merkmale behaftet sind. Es ist das einzige Werk, wo Begriffe wie „Gewinnstreben“, „Tausch“ (191), „Besitzende und Abhängige“ (ebda), „Weltfriedensordnung“ und „soziale Kämpfe“ (ebda) überhaupt erwähnt werden.

Wie kann aber jemals ein Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Gesellschaft gefördert werden, wenn Unternehmen und Staat als treusorgende Väter auftauchen, die alles ohnehin schon richten; wenn partielle Interessen, die nun schon oft genug zum Mißbrauch biologischer Erkenntnisse geführt haben, in einem Einheitsbrei verschwimmen? Erst recht können daraus aber keine Handlungskonzeptionen für den Kampf gegen Umweltverschmutzung, „Urbanisierung“, Ernährungskrise, die Anwendung biologisch-technischer Waffen sowie alle möglichen biologistischen (besonders sozialdarwinistischen) Ideologien gewonnen werden. Wer die Materialität der Strukturen und den Systemcharakter der Natur nicht begriffen hat, wird auch niemals zwischen biologischen und sozialen Gesetzmäßigkeiten unterscheiden können. Für ihn entsteht der Vietnamkrieg aus dem Aggressionstrieb, die Herrschaftsstrukturen aus der Rangordnung sowie der Kolonialismus aus dem „struggle for life“. Diese Theorien waren aber schon immer Nährboden für sozialdarwinistische Anschauungen, die noch vor kürzerer Zeit verheerende Folgen in der „Rassenhygiene“ nach sich zogen. Hier leben Züge weiter, die dem „jüngeren Sozialdarwinismus“⁷ zuzurechnen sind. Angesichts der „Naturgewolltheit“ gesellschaftlicher Mißstände sind dann dezidiert zukunfts pessimistische Anschauungen sowie hilflose Appelle nur konsequent. So lebt nicht nur die „Gottheit“ im Begriff „Natur“ sondern auch der „Teufel“ in der „Weltuntergangsstimmung“ weiter. Für das Selbstverständnis des Schülers bedeutet das Resignation und Individualisierung, Perspektivlosigkeit und Handlungsunfähigkeit.

7 H. G. Zmarzlik: *Der Sozialdarwinismus in Deutschland — Ein Beispiel für den gesellschaftspolitischen Mißbrauch naturwissenschaftlicher Erkenntnisse*, in: G. Altner: *Kreatur Mensch*. München 1973, S. 296.

Falk Rieß

Zur Integration von technischem und naturwissenschaftlichem Unterricht

I. Zur Reform der Sekundarstufe II

Nachdem sich in den vergangenen Jahren die Reformmaßnahmen im Bildungswesen vor allem auf die Sekundarstufe I bezogen, rückt nun in zunehmendem Maße die Sekundarstufe II in das Blickfeld¹. Die Sekundarstufe II ist nach wie vor ein schlagendes Beispiel für den Klassencharakter des Bildungswesens. 20 % der Jugendlichen dieser Altersgruppe genießen das Privileg, sich im Gymnasium auf ein Studium vorzubereiten, das hohes Einkommen, hohe soziale Position und Dispositionsspielraum am Arbeitsplatz garantiert. Die restlichen 80 % sind bereits fast alle gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen; zum größeren Teil absolvieren sie eine Lehre, zum kleineren Teil bleiben sie ohne Ausbildungsvertrag. Das *Gymnasium* ist die Schule der Oberschicht: lediglich 17 % der Schüler stammen aus Arbeiterfamilien²; der Anteil in der Sekundarstufe II liegt noch darunter, da die Selektion im Verlauf der Sekundarstufe I stark mit der sozialen Herkunft korreliert³. Die *Berufsschule* ist gegenüber dem Gymnasium in vielerlei Hinsicht im Hintertreffen: Lehrermangel, Stundenausfall⁴, hohe Klassenfrequenzen, veraltete Lehrpläne, ungenügende materielle Ausstattung⁵ und kaum weiterführende Bildungsmöglichkeiten sind die Merkmale eines Schultyps, der die überwältigende Mehrheit der Lohnabhängigen auf ihre berufliche Tätigkeit vorbereiten soll.

1 Bereits seit einiger Zeit sind in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Bremen entsprechende Reformvorhaben, Modellversuche und Gesetzesinitiativen im Gange.

2 Erziehung und Wissenschaft 9/1974, S. 4.

3 Vgl. z. B. N. Weber, Privilegien durch Bildung, Frankfurt/M. 1973, S. 31 f.

4 1967 erhielten zum Beispiel lediglich 7 % der Berufsschüler Nordrhein-Westfalens, wo die Berufsschulsituation keineswegs schlecht ist, den dort gesetzlich vorgeschriebenen Unterricht von 9 Wochenstunden (Bildungsbericht '70, Bonn 1970, S. 59). 1970 mußte sich fast jeder zweite Berufsschüler mit einer Wochenstundenzahl von weniger als 8 zufriedengeben (Sachverständigenkommission Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung — Kosten und Finanzierung der außerschulischen beruflichen Bildung [Abschlußbericht], Bielefeld 1974, S. 34).

5 So wurden 1967 pro Gymnasiast 2053 DM, pro Berufsschüler jedoch nur 611 DM aufgewendet (Deutscher Bildungsrat, Strukturplan für das Bildungswesen, Stuttgart 1970, S. 333).

Daß die Reform der Sekundarstufe II erst seit kurzem in das Blickfeld der Bildungspolitiker und dann auch der Erziehungswissenschaftler geraten ist⁶, hat mehrere Gründe:

- Allgemeine Bildung, insbesondere gymnasiale Bildung, wird als prinzipiell höherwertig angesehen als berufliche Ausbildung; diese Ideologie ist der Reflex der Herrschaft der Kopfarbeit über die Handarbeit im kapitalistischen Produktionsprozeß⁷.
- Die Bildungsökonomien und -politiker verfielen in den sechziger Jahren der Illusion, die wirtschaftliche Potenz einer Gesellschaft sei eine direkte Funktion der Anzahl ihrer akademisch ausgebildeten Intelligenz. Folge war eine Abiturienten- und Studentenschwemme.
- Die Einzelkapitale konnten ihren Arbeitskräftebedarf weitgehend auf dem internationalen Arbeitsmarkt decken. Staatliche Reformmaßnahmen waren unnötig.
- Die tatsächlichen Verhältnisse (Qualifikationsentwicklung, drohender Akademikerüberschuß, Lehrstellenrückgang) wurden erst zu Anfang der siebziger Jahre bekannt oder beachtet⁸.

Die Widersprüche, in die die Klassenstruktur des Ausbildungssektors der Sekundarstufe II geraten ist, lassen sich auf diesem Hintergrund folgendermaßen charakterisieren:

1. Die Qualifikationsentwicklung läßt sich weder als stetige Höherqualifizierung im Sinne einer Verwissenschaftlichung bzw. Akademisierung noch als stetige Dequalifizierung beschreiben. Der automatisierte Produktionsprozeß benötigt technische Kader (Forschung/Entwicklung, Wartung/Instandhaltung, Kontrolle) auf dem Techniker/Ingenieur-Niveau als auch nach Anweisung vorgehende Massenarbeiter (automatisierte Fließfertigung, Maschinen- und Automatenführung) auf dem Angelernten-Niveau (ähnlich verhält es sich im kaufmännischen und verwaltenden Bereich). In jedem Falle sind tiefgreifende Umqualifizierungsprozesse vonnöten, die der gegenwärtigen Struktur handwerklich oder akademisch orientierter Berufsausbildung widersprechen⁹.

6 1970 setzte die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats einen Ausschuß „Berufliche Bildung“ ein; 1971 folgte ein weiterer: „Lernprozesse (Sekundarstufe II)“. Diese legten 1974 eine Empfehlung „Zur Neuordnung der Sekundarstufe II“ vor. Ende 1973 veröffentlichte die Bundesregierung ihre „Markierungspunkte“ unter dem Titel „Grundsätze zur Neuordnung der beruflichen Bildung“.

7 Zur Entstehung dieser Ideologie in der bürgerlichen Gesellschaft siehe etwa B. Voigt, Bildungspolitik und politische Erziehung in den Klassenkämpfen, Frankfurt/M. 1973.

8 So erschien 1973 die Studie des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung „Produktion und Qualifikation“ (Baethge u. a.).

9 An dieser Stelle kann nur auf die — teilweise stark kontrovers geführte — wissenschaftliche Diskussion verwiesen werden: Kern/Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt/M. 1970. — Baethge/Gerstenberger/Kern/Schumann/Stein/Wienemann, Produktion und Qualifikation, Göttingen 1973. — D. Otten, Kapitalentwicklung und Qualifikationsentwicklung, Berlin/West 1973, besonders S. 91 ff. — Projektgruppe

2. Die Vorstellung vom kontinuierlichen Ausbau des Bildungssystems erwies sich angesichts der Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte als Illusion¹⁰. Die prinzipielle Knappheit der Ressourcen für das Bildungswesen ist auf die ökonomische Funktion der Bildungsausgaben als *faux frais* und auf die Rolle des bürgerlichen Staates als ideeller Gesamtkapitalist zurückzuführen¹¹. Die gegenwärtige konjunkturelle Krise treibt nun gerade im Bildungsbereich Rationalisierungsmaßnahmen voran (sogenannte „kostenneutrale Reformen“, wie sie etwa im Hochschulrahmengesetz angelegt sind), die zwar einerseits die Stromlinienförmigkeit des Systems erhöhen, andererseits jedoch neue Widersprüche hervorbringen.

3. Folge der Bildungspolitik der 60er Jahre, die ihren Ausdruck in den Ideologien von der wachsenden „Chancengleichheit“ und der „Emanzipation durch Bildung“¹² fand, war das Anwachsen der individuellen Bildungsnachfrage in der Bevölkerung. Diese Entwicklung wurde gestützt durch die Hoffnung, durch individuellen Aufstieg drohender Dequalifizierung zu entgehen.

4. Der gegenüber den Planungen zurückgebliebene Ausbau der Hochschulen und der daraus resultierende *numerus clausus* sowie der durch den Strukturwandel der Industrie bzw. die rückläufige Entwicklung des Handwerks verursachte Lehrstellenrückgang führt einerseits zu einer zunehmenden Zahl resignierter und unqualifizierter Gymnasiasten und Abiturienten, andererseits zu einer zunehmenden Zahl resignierter und unqualifizierter Jungarbeiter, die ein soziales Unruhepotential darstellen und nicht bruchlos in den Verwertungsprozeß der Arbeitskraft integriert werden können.

Diese Widersprüche langfristig zu lösen, ist der Anspruch der vorliegenden Konzepte zur Verbindung allgemeiner und beruflicher Ausbildung in einer integrierten Sekundarstufe II¹³. Um den staat-

Automation und Qualifikation, Bildungsreform vom Standpunkt des Kapitals, in: *Das Argument* 80, Berlin/West 1973. — Projektgruppe Automation und Qualifikation: Automation führt zur Höherqualifikation, in: *Demokratische Erziehung* 4/1975. — F. Haug, Zum Streit um die Bildungsökonomie, in: *Das Argument* 88, 1974. — F. Brand, Die Lage der arbeitenden Klasse in Deutschland, Hamburg 1974. — J. Mendner, Technologische Entwicklung und Arbeitsprozeß, Frankfurt/M. 1975.

10 M. Baethge, Abschied von Reformillusionen, in: *erziehung* 11/1972, S. 19 ff. — Vgl. hierzu C. Ohm, I. Schütte, G. Zimmer: Ist die Bildungsreform zu Ende? Die Verbreitung von Resignation in der Bildungsreform durch M. Baethge, in: *Demokratische Erziehung* 6/1975.

11 Siehe hierzu ausführlich: F. Huisken, Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Bildungsökonomie, München 1972, besonders das 3. Kapitel.

12 Ein schlagendes Beispiel dafür lieferte der Deutsche Bildungsrat in seinem Strukturplan (Stuttgart 1970) im Kapitel I.4.5 „Lernen und Leisten“, S. 35 f.

13 Die beiden wichtigsten sind dokumentiert in: *Kollegstufe NW*, Heft 17 der Schriftenreihe des Kultusministers „Strukturförderung im Bildungswesen des Landes NRW“, Ratingen 1972; und: *Deutscher Bildungsrat, Zur Neuordnung der Sekundarstufe II, Konzept für eine Verbindung von allgemeinem und beruflichem Lernen*, Bonn 1974.

lichen Zugriff zu den bisher verwirrend differenzierten Bildungsinstitutionen der Sekundarstufe II (Berufsschule, Berufsfachschule, Berufsaufbauschule, Fachschule, Fachoberschule, Technisches und Wirtschaftsgymnasium, verschiedene Formen des Gymnasiums) zu sichern und somit Planung und Lenkung möglich zu machen, soll eine einheitliche Sekundarstufe II für alle Schüler der betreffenden Altersstufe geschaffen werden. Die möglichen Abschlüsse sollen ebenfalls vereinheitlicht und dem Qualifikationsbedarf des „Beschäftigungssystems“ angepaßt werden: Facharbeiterabschluß, Techniker-/Fachwirtabschluß, studienberechtigender Abschluß. Um Sackgassen zu vermeiden und die Forderung nach Chancengleichheit aufrecht erhalten zu können, soll durch zusätzlich zu absolvierende Lehrgänge jeder Abschluß in Richtung auf jeden anderen erweiterungsfähig sein. Die Forderung nach Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Ausbildung wertet die unmittelbar berufsqualifizierenden Abschlüsse auf: der Drang zur Universität soll gestoppt werden. Dem gleichen Ziel dient die obligatorische Einführung einer beruflichen Grundbildung für jeden Schüler der Sekundarstufe II.

Diese technokratische Reform, die darauf abzielt, eine reibungslose Anpassung des Bildungssystems sowohl an die beschränkten Finanzmittel für den Bildungsbereich als auch an die Qualifikationsanforderungen des wirtschaftlichen Systems zu schaffen, trägt jedoch fortschrittliche Elemente in sich. Gelingt es, diese Elemente in der Zusammenarbeit fortschrittlicher Schüler, Eltern und Lehrer gegenüber den in großem Umfang enthaltenen restaurativen und technokratischen Tendenzen (die etwa in der Beibehaltung unterschiedlich qualifizierter Abschlüsse sowie in den Lenkungs- und Manipulationsmöglichkeiten in Kurswahl, Bildungsberatung und Prüfungsanforderungen bestehen) durchzusetzen, so kann die Integration der Sekundarstufe II ein Schritt hin zur Verwirklichung traditioneller Ziele der Arbeiterbewegung im Bildungsbereich sein: zur einheitlichen und allseitigen Erziehung und Ausbildung aller Jugendlichen und zur Verbindung von produktiver Arbeit und Lernen.

Die Bedingungen und Inhalte der Reform der Sekundarstufe II wurden relativ breit dargestellt, um zu zeigen, vor welchem Interpretationshintergrund didaktische Überlegungen für den Teilbereich angestellt werden müssen, der neben dem kaufmännisch-verwaltenden eine zentrale Stellung in der integrierten Sekundarstufe II einnehmen wird: den technisch-naturwissenschaftlichen.

II. Zur Integration von Technik und Naturwissenschaften in der Sekundarstufe II

Der Begriff der Integration wird hier nicht nur auf die Zusammenfassung bisher voneinander getrennter Schulformen bezogen, sondern auch auf den Unterricht. Die traditionelle Fächertrennung hat sich inzwischen — insbesondere im naturwissenschaftlichen Be-

reich — sowohl vom wissenschaftssystematischen als auch vom wissenschaftsdidaktischen Standpunkt her als revisionsbedürftig erwiesen¹⁵. Um die Aufgaben einer inhaltlichen Integration von Technik und Naturwissenschaft im Unterricht der Sekundarstufe II bestimmen zu können, soll zunächst auf das Verhältnis dieser beiden Bereiche zueinander eingegangen werden. Der Unterordnung der Hand- unter die Kopfarbeit korrespondiert die grundsätzliche Höherbewertung der „reinen“ Naturwissenschaft im Gegensatz zu ihrer „bloßen Anwendung“ in der Technik; sie spiegelt sich sowohl in der öffentlichen Meinung bezüglich der Einschätzung der sozialen Positionen von Naturwissenschaftlern und Technikern als auch in der betrieblichen Hierarchie, wo Naturwissenschaftler oft höher rangieren als Techniker. Ähnliche Einstellungen findet man in Technischen Hochschulen, wo Hochschullehrer wie Studenten der Ideologie des Vorranges der Wissenschaft vor der Technik aufsitzen. Schließlich wird in philosophischen Auslassungen von Naturwissenschaftlern die Ambivalenz der Anwendung von Wissenschaft beklagt: Technik gilt als „Heilbringerin oder Gottesgeißel“¹⁶.

Ein entsprechendes Bild ergibt sich, überprüft man die gebräuchlichen Physiklehrbücher für die Oberstufe. Von elf untersuchten Werken gehen fünf auf das Problem technischer Verwertung und Anwendung naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeiten weder in Vorwort oder Einleitung ein, noch sind im Text in relevantem Maße Anwendungsbereiche beschrieben¹⁷. Drei weitere beschränken sich auf lapidare Feststellungen wie: „Die Anwendung der physikalischen Forschungsergebnisse führt zur Technik, die eine wesentliche Grundlage unserer heutigen Kultur und Zivilisation ist.“¹⁸ Bei Höfling findet sich an zwei Stellen eine relativ ausführliche Auseinandersetzung mit dieser Frage:

„Wenn die Behandlung technischer Anwendungen physikalischer Erkenntnisse auch nicht Selbstzweck und Endziel des Unterrichts sein kann, so darf auf der anderen Seite eine enge Verflechtung der Physik mit allen Lebensbereichen des Menschen nicht übersehen werden. Es wird deshalb in diesem Buche versucht, die Beziehungen der behandelten physikalischen Erscheinungen und Gesetze zur Praxis des täglichen Lebens und der Technik aufzuzeigen. Aber auch dabei liegt der Schwerpunkt auf der geistigen Durchdringung

15 Vgl. dazu die Beiträge in: Frey/Häubler, Integriertes Curriculum Naturwissenschaft: Theoretische Grundlagen und Ansätze, Weinheim 1973; Frey/Blänsdorf, Integriertes Curriculum Naturwissenschaft der Sekundarstufe I: Projekte und Innovationsstrategien, Weinheim 1974.

16 E. Buchwald, *Bildung durch Physik*, Göttingen o. J. (1956), S. 44 ff.; ähnliche Argumentationen finden sich bei W. Heitler, *Der Mensch und die naturwissenschaftliche Erkenntnis*, Braunschweig 4 1966.

17 Es handelt sich hier um die Lehrbücher von Kuhn, Fock/Weber, Hammer, Ruprecht und Grimsehl.

18 L. Roth/M. Treu, *Physik Oberstufe*, Bamberg 6 1967, S. 11. Ähnlich Brenneke/Schuster und Dorn.

der technischen Errungenschaften... Diese (physikalischen, F. R.) Gesetze zu erkennen und zu verstehen, ist deshalb für den jungen Menschen wichtiger als die Beherrschung dieser oder jener technischen Einzelheit.“¹⁹ „Die Physik ist also in erster Linie eine reine Wissenschaft, deren Wurzel und Triebkraft das menschliche Streben nach Erkenntnis ist. Erst in zweiter Linie steht die Anwendung physikalischer Erkenntnisse in der Technik, durch die es dem Menschen möglich wird, die Naturvorgänge zum Nutzen oder bisweilen auch zum Schaden der Menschheit zu beherrschen. Wir werden die Physik hier vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Gewinnung von Erkenntnissen betreiben und die praktischen Verwendungsmöglichkeiten nur am Rande behandeln.“²⁰

Lediglich in zwei Unterrichtswerken werden Anwendungen in eigenen Kapiteln behandelt, z. B. die technische Erzeugung elektrischer Energie, die nachrichtentechnischen Anwendungen Rundfunk und Fernsehen und die Wirkungen und Folgen einer Kernwaffenexplosion²¹.

Schon diese kurzen Hinweise zeigen, daß ein entscheidender Wandel im Bewußtsein der am Aufbau der integrierten Sekundarstufe II beteiligten Lehrer und Didaktiker im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich eintreten muß, soll nicht durch die Tradierung überkommener Strukturen, Einstellungen und Privilegien das Experiment von vornherein zum Scheitern verurteilt sein. Die bürgerliche Gymnasialdidaktik wird sich neue Grundlagen erarbeiten, neue Forschungsansätze entwickeln und sich schließlich auch mit dem die sogenannte „Arbeitswelt“ strukturierenden Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital auseinandersetzen müssen. Stärker als bisher werden die Didaktiker gezwungen sein, gesellschaftliche und technische Realität in ihre Überlegungen zum naturwissenschaftlichen Unterricht zu berücksichtigen, um etwa den Ansprüchen des Bildungsrates zu genügen, der fordert, „die technisch-ökonomische Nutzung der Wissenschaft im gesellschaftlichen Verwertungsprozeß kritisch miteinzubeziehen“ sowie „die methodologischen Probleme der Wissenschaften, Charakteristika wissenschaftlichen Verhaltens und politische Funktion der Wissenschaft im gesellschaftlichen Zusammenhang“ als „didaktisch grundsätzlich“ bezeichnet²².

Die revolutionäre technische Basis der großen Industrie eröffnet die Möglichkeit, den gesamten Produktionsprozeß für jeden durchschaubar und beherrschbar zu machen sowie durch die Aneignung der Natur auch die geistigen Potenzen der Produktion sich anzueignen und „die Ungeheuerlichkeit einer elenden ... disponiblen Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die absolute Disponibilität des Menschen

19 O. Höfling, Physik Band II, Teil 1, Bonn 10 1973, S. VI.

20 Höfling, a.a.O., S. 1.

21 G. Christlein, Elektrizität (Physik 2), München 1971; W. Schraml, Atomphysik (Physik 3), München 1969.

22 Deutscher Bildungsrat, a.a.O. (Anm. 13), S. 51 f.

für wechselnde Arbeitserfordernisse; das Teilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Teilfunktion, durch das total entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Betätigungsweisen sind“²³. Die Wissenschaft, insbesondere die Naturwissenschaft und die Technologie, erobert den Arbeitsprozeß. Eine in Klassen geteilte Gesellschaft, deren Produktionssystem an der Erzielung maximaler Profite orientiert ist, ist allerdings nicht in der Lage, die emanzipatorischen Potenzen von Technologie und Wissenschaft zu entwickeln. Gleichwohl ist sie gezwungen (bei Strafe des eigenen Untergangs), die Keimformen neuer Produktionsweisen hervorzubringen²⁴: Diese Widersprüchlichkeit und die damit verknüpften politischen, sozialen und ökonomischen Kämpfe sind die Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus.

Aus der Funktion der verwissenschaftlichten Produktion für den Emanzipationsprozeß des Menschen leitet Marx die Notwendigkeit des polytechnischen Unterrichts (oder, wie es ursprünglich hieß, des „technological training“²⁵) ab, der „die allgemeinen Prinzipien aller Produktionsprozesse vermittelt und gleichzeitig das Kind und die junge Person einweiht in den praktischen Gebrauch und in die Handhabung der elementaren Instrumente aller Arbeitszweige“²⁶. Gleichzeitig erkennt er, daß erst „die unvermeidliche Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse auch dem technologischen Unterricht seinen Platz in den Arbeiterschulen erobern wird“²⁷. Für Marx ist also der Gegensatz zwischen Naturwissenschaft und Technologie in der vergesellschafteten Produktion der Industrie prinzipiell aufgehoben, er setzt sogar „allgemeine wissenschaftliche Arbeit“ mit „technologischer Anwendung der Naturwissenschaften“²⁸ gleich. Die im Kapitalismus künstlich und zwanghaft aufrechterhal-

23 K. Marx, Das Kapital, Erster Band (KI), MEW 23, S. 512.

24 Siehe hierzu etwa Gülden/Krutz/Krutz-Ahrling, Humanisierung der Arbeit? Ansätze zur Veränderung von Form und Inhalt industrieller Arbeit, Berlin/West 1973.

25 G. Krapp, Marx und Engels über die Verbindung des Unterrichts mit produktiver Arbeit und die polytechnische Bildung, Frankfurt/M. o. J., S. 138.

26 K. Marx, Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, MEW 16, S. 195. — Es sei noch darauf hingewiesen, daß entgegen vielfältigen bürgerlichen Mißverständnissen das Marxsche Konzept der polytechnischen Erziehung nicht auf die Erzeugung spezialisierter technischer Einzelkenntnisse und -fertigkeiten abzielt, sondern auf den Erwerb der allgemeinen wissenschaftlichen Grundlagen der Technologie als Umwälzungsferment der Produktion. Siehe dazu auch Krapp, a.a.O., S. 137 ff.

27 Marx, KI, S. 512.

28 K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt/M. o. J., S. 587.

tene Trennung steht sowohl der allseitigen Entwicklung der Individuen als auch der vollständigen Aneignung der Produktivkräfte durch die sich allseitig entwickelnden Individuen entgegen.

III. Vorschläge für den Lernbereich Technik/Naturwissenschaften

Diese Zusammenhänge zwischen der Emanzipation der menschlichen Gattung und der gesellschaftlichen Form ihrer Produktion müssen als Ausgangspunkt für die didaktischen und curricularen Entwicklungen einer integrierten Sekundarstufe II im Lernbereich Technik/Naturwissenschaften genommen werden²⁹. Das bedeutet, daß die der organisatorischen notwendig korrespondierende inhaltliche Integration sich nicht auf die Bereiche Naturwissenschaften und Technik beschränken darf, sondern auch den Bereich Politik/Ökonomie mit umfassen muß. Die folgenden Vorschläge sind also nur in enger Kooperation von Kollegen der genannten Fächergruppen realisierbar.

Als allgemeines Ziel der integrierten Sekundarstufe II könnte formuliert werden:

- umfassende Vorbereitung der Schüler auf ihre gesellschaftliche Rolle als Produzenten und Konsumenten;
- Vermittlung von historischen und aktuellen Strategien zur Veränderung der Produktionsverhältnisse.

Daraus ergibt sich ein Katalog von Lernzielen für den technisch-naturwissenschaftlichen Bereich:

1. Fähigkeit zur Analyse des Verhältnisses von Ausbildung und Beruf

Die Schüler sollen einen Beruf nach ihren Fähigkeiten und nach dem gesellschaftlichen Bedarf (der sich sowohl nach der aktuellen Arbeits„markt“situation als auch nach objektiven gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen bestimmt) ergreifen können. Dazu brauchen sie umfassende Informationen über Qualifikationsanforderungen und -entwicklungen, zu erwartende technische Veränderungen der Arbeitsplätze, betriebliche Hierarchien, Weiterbildungsmöglichkeiten. Sie müssen auf den kritischen und souveränen Umgang mit den staatlichen Berufsverteilungs- bzw. -lenkungsinstitutionen vorbereitet werden. Die Kenntnisse von Arbeitsplätzen, Arbeitsweisen und geforderten Qualifikationen müssen im praktischen Vollzug vermittelt werden (Betriebspraktika).

2. Fertigkeiten und Kenntnisse in grundlegenden Produktionstechniken

Eine möglichst breite berufliche Grundbildung umfaßt die wissenschaftlichen Grundlagen der Produktion, den Prozeß der Anwen-

²⁹ Zweifellos würde die Durchführung eines polytechnischen Unterrichts die Mehrzahl der Schüler weit über die Anforderungen des kapitalistischen Produktionsprozesses hinaus qualifizieren. Es handelt sich hier nicht um einen „Bildungsvorlauf“, der spätere Umschulungsmaßnahmen erleichtern soll, sondern um das gesellschaftlich notwendige Wissen zur Selbstverwaltung und Selbstorganisation der Produktion durch die Produzenten.

derung naturwissenschaftlicher Ergebnisse auf neue Technologien sowie die praktische Einübung in grundlegende Methoden der Naturveränderung. Dabei ist vom jeweils höchst entwickelten Stand der Produktivkräfte auszugehen. Hier handelt es sich also nicht um eine herkömmliche Einführung in manuelle Fertigkeiten, sondern um den Beginn eines Aneignungsprozesses der modernen Technologien. Grundlegend sind sie dann, wenn ihre Anwendung den Produktionsprozeß und die Verwendung der menschlichen Arbeitskraft in ihm strukturiert.

3. Fähigkeit zur Analyse des Zusammenhangs zwischen gesellschaftlicher Entwicklung, Wissenschaft und Technik

Die am Prinzip der Profitmaximierung orientierte Produktion ist im Hinblick auf den Gebrauchswert ihrer Produkte sowie die Arbeitsplatzbedingungen hin zu analysieren. Dabei muß die kapitalistische Technologie unter dem Gesichtspunkt der Förderung und Entwicklung der gesellschaftlichen Möglichkeiten (etwa Befreiung von harter körperlicher Arbeit, Verkürzung von Produktionszeiten und damit potentiell von Arbeitszeit), aber auch unter dem Gesichtspunkt der Hemmung und Zerstörung von gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen (etwa durch Verschleißproduktion, Arbeitshetze und Zunahme der Arbeitsunfälle, Ausbeutung der Natur durch Rohstoffverschwendung) dargestellt werden. Die realen technischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten müssen der kapitalistischen Begrenztheit und Fesselung der Produktivkräfte gegenübergestellt werden.

4. Fähigkeit zur Realisierung alternativer Technologien³⁰

Die Schüler sollen über die erwähnte Technologie- und Konsumkritik hinaus in der Lage sein, die technischen und wissenschaftlichen Bedingungen für Produkte und Produktionsweisen zu erarbeiten, die den Ansprüchen an eine humane Gesellschaft genügen: umweltfreundliche Technologien, bedürfnisorientierte, haltbare Produkte, Beendigung hemmungsloser Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, Schaffung von Arbeitsplätzen ohne Arbeitshetze und Gesundheitsschädigung. Dazu muß die Fähigkeit zur technologischen Phantasie entwickelt werden.

5. Kenntnisse über den Zusammenhang von Technologie und ökonomischem Klassenkampf

Die technologischen Umwälzungen in der Produktion verändern stets die Bedingungen der ökonomischen Auseinandersetzungen. Die Schüler müssen über die Zusammenhänge zwischen den Veränderungen im Produktionsprozeß (Mechanisierung, Rationalisierung, automatisierte Fließfertigung, neue Formen der Kooperation und Arbeitsteilung), den korrespondierenden sozialen Folgen (Veränderung des Dispositionsspielraums, Veränderung der physischen und

³⁰ Vergleiche dazu die Ansätze im angelsächsischen Raum, wie sie etwa in den Zeitschriften „Science for people“ und „Undercurrents“ entwickelt werden; insbesondere sei auf den problematisierenden Artikel von Peter Harper „What's left of Alternative Technology?“, in: Undercurrents 6 (1974) hingewiesen.

psychischen Belastung, neue Entlohnungsformen, Veränderungen in der betrieblichen Hierarchie) und den Kampfmöglichkeiten der Arbeiterklasse (neue Streikformen, Ansätze zur Selbstorganisation und -verwaltung, neue Bündnispartner) aufgeklärt werden³¹. Die Analyse internationaler Erfahrungen der Arbeiterklasse³² kann die Handlungsfähigkeit der Schüler in ihrer zukünftigen Position als Lohnabhängige erhöhen helfen.

Abschließend sollen einige Inhalte angegeben werden, die dem Anspruch auf Verbindung von allgemeiner und beruflicher Ausbildung gerecht werden, die zur Erreichung der obigen Lernziele geeignet erscheinen und Gegenstand von Unterricht in der Sekundarstufe II sein können:

- Qualifikations- und Berufsprognosen auf dem Hintergrund des technischen und gesellschaftlichen Wandels;
- wissenschaftliche Grundlagen der Produktion (Polytechnik);
- Herstellung, Bearbeitung und Verwendung von Werkstoffen;
- Konstruktionslehre einschließlich der Kritik betriebswirtschaftlicher Kostenrechnungen (Qualitätsmaximierung versus Kostenminimierung);
- Gestaltung und Planung von Arbeitsplätzen und Produktionsabläufen (Arbeitsorganisation);
- Geschichte der Technologie und der Arbeiterbewegung.

In Zukunft wird es darauf ankommen, die Curricula gegen staatliche Formierungsversuche und direkte Eingriffe des Kapitals so offen zu halten, daß für Ziele und Inhalte, wie sie oben beschrieben wurden, ein genügend großer Spielraum bleibt. Die zitierte Empfehlung des Deutschen Bildungsrats bietet dazu einige Ansätze. Die Aufgabe fortschrittlicher Lehrer und Didaktiker wird es sein, Unterricht an den objektiven und subjektiven Interessen der Schüler auszurichten und erste konkrete Entwürfe für eine umfassende techno-

31 Die angeführten Zusammenhänge sind noch wenig analysiert; erste Ansätze solcher Untersuchungen bringen Schumann/Gerlach/Gschlößl/Milhofer, Am Beispiel der Septemberstreiks — Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse? Frankfurt/M. 1971. — Besser aufgearbeitet sind die Verhältnisse in Italien, jedoch nicht ohne weiteres übertragbar: M. Cacciari, Qualifikation und Klassenbewußtsein, Frankfurt/M. 1970; Quaderni Rossi, Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion, München 1972. (Vgl. hierzu die Besprechung von J. Rohbeck, in: Gewerkschaften im Klassenkampf, Argument-Sonderband 2, Berlin/West 1974, S. 280 ff.) — R. Alquati, Klassenanalyse als Klassenkampf, Frankfurt/M. 1974.

32 Z. B. M. Regini/E. Reyneri, Akkord, Lohn, Qualifikation als Kampfinhalte italienischer Arbeiter, München 1973; D. Albers/W. Goldschmidt/P. Oehlike, Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek 1971; Gewerkschaften im Klassenkampf, a.a.O.; Gülden/Krutz/Krutz-Ahling, Humanisierung, a.a.O.

logische und naturwissenschaftliche Ausbildung *aller* Jugendlichen, die auch soziale und politische Qualifikationen umfaßt, vorzulegen und zu erproben³³.

33 Der Versuch, einige wenige der angeführten Ziele und Prinzipien ansatzweise in einer Unterrichtseinheit zu konkretisieren, findet sich bei Drost/Hirsch/Rieß/Tetens, Entwicklung und Durchführung einer Unterrichtseinheit „Einführung in die Halbleitertechnik“ in der Berufsschule, in: Dahncke (Hrsg.), Zur Didaktik der Physik und Chemie (GDGP-Tagungsband 1975), Hannover 1976.

Udo Schagen

Gesellschaftliche Zielsetzungen ärztlicher Ausbildung

*Zehn Jahre lang, heißt es
Hast du in schönen Schulen
Die auf Kosten des Volkes errichtet wurden
Gelernt, zu heilen, und für deine Wissenschaft
Ein Vermögen ausgegeben.
Du mußt also heilen können.
Kannst du heilen?* Bertolt Brecht

I. Ziele und Inhalte der Ausbildung als Ausdruck des Systems der Gesundheitsversorgung

Die Diskussion um Inhalte und Formen ärztlicher Ausbildung ist in Westdeutschland erst spät in Gang gekommen¹ und hat bis heute nicht die notwendige Breite in der Beteiligung der Dozenten, der Ärzte- und Studentenschaft sowie der betroffenen Verbände und staatlichen Institutionen gefunden. In der Amtlichen Begründung zur neuen Ausbildungsordnung heißt es allerdings: „Schon zu Anfang der 60er Jahre hatte sich herausgestellt, daß die ärztliche Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland einer Reform bedurfte“²; die bis dahin und weiter bis 1970 gültigen Ausbildungsvorschriften „gewährleisten eine modernen Auffassungen gewachsene ärztliche Ausbildung nicht mehr. Eine Rationalisierung, Intensivierung und — vor allem — stärkere praktische Ausrichtung der Ausbildung erweisen sich als dringend notwendig“³. Die Approbationsordnung von 1970, in der die Voraussetzungen für die Erlangung der Approbation als Arzt und damit für die berufliche Tätigkeit als Arzt überhaupt geregelt sind, ändert dementsprechend die Ausbildung auch in einem Umfang, wie es keine der vorangehenden Ausbildungsreformen seit Einführung der ersten reichseinheitlichen

1 Als einer der ersten vgl. Fritz Hartmann: Zur Didaktik des Medizinstudiums, in: Hochschulunterricht im Wandel, Göttingen 1967, S. 39.

2 Amtliche Begründung, I. Allgemeiner Teil, zur Approbationsordnung für Ärzte vom 28. Oktober 1970. S. auch Anm. 8.

3 Ebd.

Prüfungsordnung im Jahre 1894 getan hat⁴. Im folgenden sollen zwei Aspekte der Diskussion um die Veränderung der Mediziner- ausbildung untersucht werden. Der eine ist die Frage nach dem Ausbildungsziel. Er wird unter dem Gesichtspunkt diskutiert, wieweit ein Verständnis der Abhängigkeit curricularer Zielvorstellungen von allgemeinen, die Gesellschaft als Ganzes bestimmenden Faktoren besteht. Der andere Aspekt ist die Frage nach den konkreten Ausbildungsinhalten.

1. Die Widersprüchlichkeit der Ausbildungsziele als Ergebnis gegensätzlicher Vorstellungen von der Organisation der Gesundheitsversorgung

„Eine befriedigende Bestimmung des Ausbildungsziels der neuen Ärzteordnung ist bisher nicht gegeben worden. Auch im Verlauf unserer Diskussionen wurde deutlich, wie differenziert und divergent unsere Zielvorstellungen sind und wie wenig wir im Grunde von jenem ‚Arzt‘ wissen, den wir auszubilden haben.“⁵ Dies war das von H. Schipperges zusammengefaßte Ergebnis einer „Konferenz zu ärztlichen Grundsatzfragen“ mit einem ausgewählten Teilnehmer-

4 Die Auseinandersetzung mit der Frage, ob die derzeit in Kraft tretenden Bestimmungen der neuen Approbationsordnung Möglichkeiten zur Verbesserung der ärztlichen Ausbildung gegenüber dem vorher bestehenden Zustand nur theoretisch in sich tragen oder ob es gelingt, diese auch praktisch fruchtbar werden zu lassen, muß einer späteren Arbeit vorbehalten werden. Der zeitliche Zusammenhang mit anderen die Hochschulen und insbesondere die Studenten formierenden Maßnahmen sollte nicht übersehen werden. S. dazu z. B.: Kritik des Regierungsentwurfs für ein Hochschulrahmengesetz des Bundes demokratischer Wissenschaftler, als Manuskript gedruckt, Marburg 1974. — Modellversuche zur Lehrerausbildung, ein Lehrstück für Staatseingriffe, Dokumentation FU Berlin Nr. 1 (1974). — St. Freiger, B. Nagel, Chr. Rabe (Hrsg.): Was wird aus der Studienreform, Studienreformkongreß der GEW Juni 1973 in Bonn, Frankfurt/M. 1974. — Zur Diskussion um die „Vorgeschichte“ der neuen Approbationsordnung sei auf folgende Arbeiten hingewiesen, die entweder die Positionen der wesentlich an der Formulierung Beteiligten markieren oder zusammenfassende Übersichten geben: 1. Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen, Tübingen 1966. — 2. Fritz Hartmann, a.a.O. — 3. Th. v. Uexküll (Hrsg.): Probleme des Medizinunterrichts, München 1968. — 4. Hans Werner Pia (Hrsg.): Ärztliche Ausbildung, Weiterbildung und Fortbildung, Stuttgart 1969. Darin vor allem H. W. Pia: Reform des Medizinstudiums. Und: L. v. Manger-König: Ärztliche Bestallungsordnung und Studienreform. — 5. Paul Lüth: Lehren und Lernen in der Medizin, Stuttgart 1971. — 6. Fritz Hartmann: Einleitung in das Studium der Heilkunde, Hannover 1975.

5 Heinrich Schipperges auf S. 2 der Einleitung des von ihm herausgegebenen Buches: Ausbildung zum Arzt von morgen, 2. Konferenz zu ärztlichen Grundsatzfragen, Schloß Hugenpoet September 1970, Stuttgart 1971. Der Herausgeber schreibt im Vorwort: „... Dank gilt der Dr. Karl Thomae GmbH und der von ihr für Deutschland vertretenen J. R. Geigy AG, Basel, die ebenso freizügig die Themenstellung angenommen wie großzügig den äußeren Rahmen gestaltet haben.“

kreis — dreizehn Hochschullehrern, fünf Vertretern der Industrie, drei niedergelassenen Ärzten, einem Amtsarzt und zwei Standesfunktionären im Jahre 1970. Im Nachwort⁶ wird festgehalten, daß „die Experten“ ... „bewußt aus extrem verschiedenen methodischen und fachlichen Lagern heraus zu ihrer Stellungnahme gebeten“ wurden. Die Vertreter der Studenten und der Assistenten, der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften sowie der Gewerkschaften, die gewiß auch einiges zur Frage der Ausbildung des Arztes von morgen hätten sagen können, sind für den Autor offenbar nicht dem Kreis der „Experten“ zuzurechnen. Wenn sich also selbst eine relativ homogene Gruppe von Experten nicht einigen konnte, so liegt die Ursache dafür vielleicht nicht nur in der Verschiedenheit der Köpfe.

Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen helfen bei der Definition des Ausbildungsziels für Ärzte ebenfalls nicht weiter. Die Bundesärzteordnung, die die Reichsärzteordnung vom 13. 12. 1935 erst im Jahr 1962 endgültig abgelöst hatte, unterscheidet sich auch hier von den entsprechenden früheren Bestimmungen nur unwesentlich. Nach P. Lüth werden „dennoch vorhandene Unterschiede wenigstens in der von der Ärzteschaft selbst verabschiedeten Berufsordnung ausgeglichen“⁷. § 1 der Bundesärztekammer lautet: „(1) Der Arzt dient der Gesundheit des einzelnen Menschen und des gesamten Volkes. (2) Der ärztliche Beruf ist kein Gewerbe; er ist seiner Natur nach ein freier Beruf.“⁸

6 Ebd., S. 190.

7 Paul Lüth, a.a.O., S. 140.

8 „Erst auf Vorschlag des BT-(Bundestags-, d. Verf.)Ausschusses für Gesundheitswesen (BT-Drucks. 2810 S. 1) ist in Abs. 2 der zweite Halbsatz eingefügt worden, um klarzustellen, daß grundsätzlich die Freiheit ärztlichen Tuns gewährleistet sein muß, unabhängig davon, in welcher Form der Beruf ausgeübt wird“. Der Wortlaut dieser Begründung, nicht jedoch der Gesetzeswortlaut, stellt klar, daß mit dem zweiten Halbsatz der persönliche Geltungsbereich der BÄO (Bundesärzteordnung, d. Verf.) nicht auf die im freien Beruf praktizierenden Ärzte beschränkt werden darf, sondern, daß dieser Halbsatz berufsethische Gesichtspunkte zum Ausdruck bringen soll. Die verantwortungsbewußte Freiheit der Entscheidung als Vorbedingung jedes ärztlichen Handelns bleibt verbindliches Berufsprinzip, gleichviel in welcher Berufsstellung der Arzt seine ärztliche Tätigkeit ausübt.“ Diese Passage (S. 24) sowie die Bundesärzteordnung und die Ausbildungsordnungen sind hier und im folgenden zitiert nach F. Etmer, D. Schumacher, H. Schwaiger: Bundesärzteordnung und das Recht der übrigen Heilberufe mit Approbations- und Berufsordnungen, Kassenarztrecht, dem Recht der Kammern und der Berufsgerichtsbarkeit, Kommentar, Stand: 15. November 1975, Band I und II, Loseblattausgabe in zwei Ganzleinenordnern, ca. 1100 S., Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See 1975, 38,— DM. Es handelt sich hier um eine vollständige Sammlung aller Gesetzestexte zum Recht der Heilberufe. Der ausführliche und übersichtlich gegliederte Kommentar ermöglicht Vergleiche mit früheren Gesetzestextformulierungen und verweist in zahlreichen Abhandlungen zu Einzelproblemen auf die für die Auslegung heranzuziehenden Gerichtsurteile.

Die Ausbildungsordnung (Bestellungsordnung für Ärzte) aus dem Jahre 1953 sagte zwar in § 3: „Das Ziel der ärztlichen Ausbildung ist die Heranbildung eines zur Erfüllung seiner Aufgaben befähigten Arztes“, aber schon Lüth wies darauf hin, daß die Vorstellung vom „praktischen Arzt“ die Formulierung der Ordnung bis in Einzelheiten prägte. So wurde im Zusammenhang mit dem Prüfungsstoff der einzelnen Fachgebiete mehrfach von den „... für einen praktischen Arzt erforderlichen Kenntnissen“ gesprochen⁹. Die nun in Kraft tretende neue Ausbildungsordnung (Approbationsordnung für Ärzte vom 28. 10. 1970) kennt aber eine solche Definition nicht mehr. Es wird in der neuen Approbationsordnung nur noch vom „Arzt“ gesprochen. Von einer Ausbildungszieldefinition wird sogar ausdrücklich abgesehen¹⁰. Der Bezug auf die Bundesärzteordnung in der Amtlichen Begründung wiederum weist darauf hin, daß das Ausbildungsziel ein Arzt sein müsse, der zur selbständigen Ausübung seines Berufes berechtigt ist, woraus logischerweise folgt, daß er von seiner Ausbildung her dies auch können muß.

Nachdem der Gesetzgeber mit seinem ersten Entwurf einer Neufassung der Bestellungsordnung 1964 keinen Erfolg hatte, wurde 1966 ein zweiter und mit Hilfe einer sogenannten kleinen Kommission 1969 ein dritter Entwurf vorgelegt¹¹. Für die neue Ausbildungsordnung waren zunächst verschiedene Formulierungsvorschläge für eine Ausbildungszieldefinition diskutiert worden:

1. Westdeutscher Medizinischer Fakultätentag. „Der wissenschaftlich gebildete Arzt ist, der die Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten erworben haben soll, die ihn befähigen, sich für den praktischen ärztlichen Beruf oder andere ärztliche Berufe weiterzubilden.“¹²

2. Wissenschaftsrat. Die Ausbildung hat „die für den Arzt erforderlichen allgemeinen naturwissenschaftlichen, medizinischen, psychologischen und soziologischen Erkenntnisse zu vermitteln, am Krankenbett in die diagnostischen und therapeutischen Methoden einzuführen und zur selbständigen Bewertung dieser Kenntnisse und Fähigkeiten bei Ausübung der ärztlichen Tätigkeit zu erziehen“¹³.

3. Rohentwurf der Approbationsordnung von 1969. „Ziel der ärztlichen Ausbildung ist die wissenschaftliche Heranbildung zu einem

9 Paul Lüth, a.a.O., S. 142 f.

10 Allgemeiner Teil der Amtlichen Begründung, Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 98, S. 1458 ff. v. 3. 11. 1970.

11 L. v. Manger-König: Ärztliche Bestellungsordnung und Studienreform. In: H. W. Pia, a.a.O. Die „kleine Kommission“ bestand aus Vertretern der Ländergesundheits- und -kultusministerien, der Bundesministerien für wissenschaftliche Forschung und für Gesundheitswesen, des Wissenschaftsrates, der Medizinischen Fakultäten, der Repräsentanten der Ärzteschaft und zuletzt auch einigen Studenten.

12 Ebd., S. 39.

13 Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen. Bonn 1966, S. 61.

Arzt, der mit den Grundlagen der Methoden des ärztlichen Denkens, Wissens und Handelns so weit vertraut ist, daß er zur selbständigen Ausübung des ärztlichen Berufes im Dienste der Gesellschaft befähigt ist.“¹⁴

Keine dieser Definitionen fand Eingang in den Gesetzestext. Die erste Definition und auch noch die zweite hätten die Einigung darauf bedeutet, daß im Studium nur Grundkenntnisse vermittelt werden können und die Fähigkeit zur selbständigen Arbeit erst in der Weiterbildung erworben werden kann — bei dem Umfang des heute auch für den Allgemeinarzt notwendigen Fachwissens und der ebenso notwendigen praktischen Erfahrung eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die dritte Definition geht von einem am Ende seines Studiums fertig ausgebildeten Arzt aus, der keinerlei reglementierter Weiterbildung mehr bedarf. Obwohl auch diese Ausbildungszieldefinition nicht Gesetzestext geworden ist, wird de facto so verfahren: „Mit der Approbation erhält der Arzt das dem Grundsatz nach nicht befristete und nicht widerrufliche Recht zur Ausübung der gesamten Heilkunde.“¹⁵ Die jahrelange und von den Beteiligten teils erbittert geführte Auseinandersetzung wird so erst verständlich, wenn der ihr zugrunde liegende Widerspruch offenbar wird: auf der einen Seite wird als Ziel der Ausbildung der nach der Bundesärzteordnung seinen ärztlichen Beruf selbständig ausübende Arzt gesehen, während auf der anderen Seite schon aus der Diskussion um die Ausbildungsordnung hervorgeht, daß eigentlich der sogenannte „Basisarzt“ das angestrebte Ausbildungsziel war. Dieser ist inzwischen an der Universität Ulm in folgender Weise definiert worden: „Als Basisarzt wird ein Arzt bezeichnet, der nach dem Staatsexamen zu selbständiger Weiterbildung und Spezialisierung ohne Verlust des Überblicks über die allgemeinen Zusammenhänge theoretischer und praktischer ärztlicher Fähigkeiten befähigt ist und der in begrenzten Bereichen ärztliche Verantwortung übernehmen kann.“¹⁶ Der hier zutage tretende Widerspruch zwischen zwei grundsätzlich verschiedenen Ausbildungszielen entspricht den beiden Hauptpositionen in der Diskussion um die optimale Struktur des Gesundheitswesens überhaupt. Die Vorstellung vom Arzt, der das „Recht zur Ausübung der gesamten Heilkunde“ hat, noch dazu unbefristet und unwiderruflich und ohne Einhaltung bestimmter Auflagen hinsichtlich seiner Fortbildung, muß sich durchsetzen, wenn ein System von vielen, isoliert in ihren Praxen arbeitenden Ärzten,

14 Zitiert nach H. Kapuste: Die große Reform des Medizinstudiums läßt auf sich warten. Kritischer Kommentar zum Entwurf der neuen Approbationsordnung, Wirtschaft und Wissenschaft (Hrsg.: Stifterverband für die deutsche Wissenschaft e. V.) 17 (Heft 5), S. 24, 1969.

15 Josef Stockhausen: Der ärztliche Beruf in der Bundesrepublik Deutschland 1973, Köln 1973, S. 10.

16 Das Studium der Humanmedizin an der Universität Ulm. Rahmenplan für die ärztliche Ausbildung nach der neuen Approbationsordnung, in: Uni Ulm Intern, Mitteilungen des Rektors der Universität Ulm, Nr. 31/15. 6. 73, S. 14.

die allein die ambulante Versorgung der Bevölkerung tragen, trotz seiner offenkundigen Nachteile aufrechterhalten werden soll; im ambulanten Bereich werden ca. 95 % aller Kranken, die überhaupt einen Arzt aufsuchen, behandelt, im stationären Bereich die restlichen 5 %.

Die Vorstellung vom sogenannten Basisarzt, der während seines Studiums lediglich die Grundlagen für seine Ausbildung legen konnte, ist als Zielvorstellung für die Ausbildung dann unproblematisch, wenn ein Gesundheitssystem angestrebt wird, in dem der Arzt auch nach seinem Examen der ständigen Kontrolle durch das Team oder Kollektiv, dem er angehört, unterworfen ist. D. h., daß diese Art der Ausbildung einem System des Gesundheitswesens adäquat ist, in dem die ganze Krankenversorgung, nicht nur die stationäre, sondern auch die ambulante wie auch alle Maßnahmen der Prävention, Früherkennung, Rehabilitation und Nachsorge durch Gruppen von medizinischem Personal, in denen jeweils alle notwendigen Spezialisten vertreten sind, getragen wird. Dieser untrennbare Zusammenhang von Ausbildungszieldefinition und der Organisation des Gesundheitssystems scheint den meisten sich mit Ausbildungsfragen beschäftigenden Wissenschaftlern entgangen zu sein oder von ihnen verschwiegen zu werden¹⁷.

So einleuchtend also zunächst die Forderung nach einer a priori-Definition des Ausbildungszieles ist, so selbstverständlich erscheint auch die Unmöglichkeit der Festschreibung, solange nicht das ihr übergeordnete Modell zukünftiger Gesundheitsversorgung formuliert ist. Dieses müßte als erste allgemeine Voraussetzung auf dem erreichten Stand der medizinischen Wissenschaft und der dazugehörigen Technik — beide in der allgemeinen Anwendung ohne kooperative Arbeit nicht denkbar — aufbauen. In direkter Abhängigkeit von dem erreichten Stand der Auseinandersetzungen zwischen den politischen Kräften, die das allgemeine Interesse an einer Verbesserung der Versorgung vertreten, und denjenigen, die ihr spezielles Interesse an der Gestaltung eines bestimmten Status, der nur ihnen nützt, muß die Realisierbarkeit eines solchen Modells gesehen werden. Eine weitere Voraussetzung wäre vor allem, daß die Gesellschaft der Gesundheitsversorgung mit Verbindlichkeit für alle und für einen langfristigen Zeitraum einen umfangmäßig bestimmten Platz in der Prioritätenliste ihrer Gesamtausgaben gibt. Eine solche Festlegung muß aber in einem staatlichen System, in dem sich letztlich jeweils blindwütig und zufällig die eben stärkste Gruppe der Produktionsmitteligner mit ihren Interessen durchsetzt und sich offenbar vom

17 S. z.B. Hans Uwe Feldmann: Integrierte Gesamthochschule — Stätte „kritischer Reflexion“. Deutsches Ärzteblatt 70 (1973), Heft 11: 703 f. — Thure von Uexküll: Das Problem der Ausbildung zum Arzt in der modernen Welt. Deutsches Ärzteblatt 68. Jg., 10/71, S. 710 f. — Jürgen Dahmer: Ausbildungsziel: Arzt, Stuttgart 1973, S. 3.

Himmel fallende Wirtschaftskrisen direkt auch auf das Gesundheitswesen auswirken¹⁸, auf unüberwindbaren Widerstand stoßen.

Solange also ein neues, allgemein akzeptiertes Modell zukünftiger Gesundheitsversorgung nicht existiert, solange wird es auch kein allgemein durchsetzbares Ausbildungsziel für Ärzte geben können. Im Bereich des Gesundheitswesens stoßen private Interessen vertretende Ärzteverbände, die zumindest den für ihre Funktionäre profitablen status quo aufrecht halten wollen, die ebenso privaten Interessen der Arzneimittelkonzerne, für die das derzeitige System ein Maximum an Absatz und damit Profit garantiert, auf die Vertreter des allgemeinen Interesses an einer vernünftigen Organisation des Systems und damit besseren Gesundheitsversorgung, die Arbeiterorganisationen und die diese unterstützenden Kräfte¹⁹. Diese konkurrierenden Interessen schlagen sich letztlich, wenn auch häufig nicht mehr direkt hierauf zurückführbar, in den verschiedenen Angeboten für eine Ausbildungszieldefinition nieder²⁰.

18 So lautet der § 7 Abs. 1 des Berliner Haushaltsgesetzes 1976 wie folgt: „Einschränkung der Stellenwirtschaft (1) Neue Stellen, die nicht für die Inbetriebnahme neuer Einrichtungen vorgesehen sind, dürfen frühestens am 1. Juli 1976 besetzt werden. Jede zweite innerhalb des Bereichs einer Personalwirtschaftsstelle freie oder freiwerdende Stelle darf frühestens sechs Monate nach Freiwerden wiederbesetzt werden; dies gilt jeweils besonders für Stellen, die mit vollbeschäftigten und die mit nicht-vollbeschäftigten Dienstkräften besetzt waren.“

19 Als Ausfluß dieser widersprüchlichen Interessenlage, die nicht für die westdeutsche, sondern für die Situation aller entwickelten kapitalistischen Länder gilt, kann z. B. in einem Bericht für den Europarat über das Medizinstudium in Frankreich 1973 gesagt werden: „Offizielle Organe haben zur Zeit keine klaren und eigenen Vorstellungen von den Zielen und Inhalten medizinischer Ausbildung. Das bedeutet nicht, daß es keine Vorstellungen darüber gäbe; im Gegenteil, es gibt genug, aber sie sind widersprüchlich und von ihrer Absicht her sehr verschieden“. S. dazu Jean-Claude Salomon: France. In: Council for Cultural Cooperation, Council of Europe (Hrsg.): Reforms and New Trends in Medical Undergraduate Education, Strasbourg 1973, S. 34. Übersetzung aus dem Englischen vom Verf.

20 Tendenziell formiert wird diese Ausbildungszielanarchie nun allerdings durch die Herausgabe von langfristig verbindlich werdenden, bundeseinheitlichen Gegenstandskatalogen des Instituts für medizinische Prüfungsfragen in Mainz, an denen alle medizinischen Fachbereiche und Fakultäten sich de facto orientieren müssen. Tun sie es nicht, so werden sie im überregionalen Vergleich der Prüfungsergebnisse schlecht abschneiden. Bei diesem Institut handelt es sich allerdings um alles andere als eine demokratische Instanz, die in der Lage wäre, dem allgemeinen Interesse an einer qualifizierten Arztausbildung Ausdruck und Richtung zu geben. Es arbeitet völlig unkontrolliert von Ärzten, Hochschullehrern und Studenten und ist darüber hinaus durch seine Konstruktion als eine die Bundesländer übergreifende Institution nicht einmal direkt einem Parlament rechenschaftspflichtig. Also bleibt auch hier alles dem „Zufall“, d. h. auch in diesem Fall letztlich demjenigen, der seine Interessen am nachdrücklichsten vorzubringen in der Lage ist, überlassen.

2. Die Sicherung der allgemeinen Anwendung medizinischen Wissens als erste Aufgabe

Wenn nun eine Ausbildungszieldefinition, die weder den Möglichkeiten der Fakultäten noch den Verhältnissen im Gesundheitswesen widerspricht, aus den vorgenannten Gründen derzeit nicht erwartet werden kann und andere Zieldefinitionen aus eben diesen Gründen nicht mit einer allgemeinen Anerkennung rechnen können, so erhebt sich die Frage, auf was hin denn überhaupt Reformen der Ausbildung orientiert werden könnten? Die offensichtlichen Mängel der Ausbildung und die zahlreichen Probleme der Gesundheitsversorgung geben hier auf einer sehr pragmatischen Ebene genügend Hinweise. Allerdings ist die Frage der Schwerpunktsetzung für den Beginn umstritten. Diese ist aber, auch im Vergleich zu der oben behandelten Frage, von zentraler Bedeutung.

An dieser Stelle soll und kann selbstverständlich nicht umfassend auf die verschiedenen Kenntnisse und Fähigkeiten eingegangen werden, deren Erlernen Inhalt des Medizinstudiums sein sollte²¹. Es soll aber geprüft werden, wieweit die derzeit aus dem vorgeschriebenen Prüfungsstoff ableitbaren Ausbildungsinhalte dem jungen Mediziner die Voraussetzungen schaffen, um dazu beizutragen, daß wenigstens das längst vorhandene Wissen zur Prophylaxe, Linderung oder Heilung von zahlenmäßig bedeutsamen Krankheitsbildern (wie z. B. Diabetes, Hypertonus oder der Herzinsuffizienz) generell angewandt wird und um in die öffentliche Diskussion der Probleme der Gesundheitsversorgung aktiv und als Sachverständiger eingreifen zu können. Folgende Sachverhalte — als Beispiele für andere — fordern immer wieder die öffentliche Kritik heraus, ohne daß bisher im einzelnen überzeugende Lösungsvorschläge angeboten werden konnten:

Psychische und soziale Krankheitsfaktoren: Man findet zwar heute kaum noch Publikationen, die die Bedeutung psychischer und sozialer Faktoren (z. B. wie bei Pflanz²² für die Entstehung des Hochdrucks zusammengestellt) abstreiten. Aber obwohl dies schon aus Arbeiten der ersten Nachkriegsjahre bekannt ist, hat die Erforschung der ursächlichen Faktoren bis heute kaum Fortschritte gemacht. Daß die Säuglingssterblichkeit direkt korreliert mit der „sozio-ökonomischen“ Lage, ist erst neuerdings wieder nachgewiesen worden²³. Diese Tatsache ist aber schon seit langem bekannt.

21 Auch auf „Die Studienmotivation von Medizinstudenten — Struktur und Bedingungen“, deren Betrachtung Aufschluß über Vorkenntnisse und Erwartungshaltungen geben könnte, an denen anzuknüpfen wäre, kann hier nicht eingegangen werden. Dazu s. Horst Krähe, in: *Gewerkschaften und Medizin 5 — Entscheidung und Motivation zum Medizinstudium*, Berlin/West 1975.

22 Manfred Pflanz: *Psychische und soziale Faktoren bei der Entstehung des Hochdrucks*, Internist 15. Jg., 1974, S. 124—128.

23 Eberhard Schmidt, Werner Guthoff, Horst Müntefering: *Säuglingssterblichkeit 1973*, München 1974, S. 41.

Die Säuglingssterblichkeit, die in der BRD 1970 immer noch 23,4 auf 1000 Lebendgeborene betrug, stand schon im Jahre 1930 in außergewöhnlich gut situierten sozialen Gruppen, nämlich in deutschen Fürstenhäusern, bei nur 8 auf 1000²⁴.

Krankenstand bei Kindern und Jugendlichen: Bei Vorsorgeuntersuchungen von Kindern im vierten Lebensjahr wurde festgestellt, daß 39,1 % (!) der untersuchten Kinder an behandlungsbedürftigen Krankheiten litten²⁵. Da ein Impfzwang gegen die Poliomyelitis nicht besteht, sind weniger als 50 % der in Frage kommenden Kinder ausreichend vor Ansteckung geschützt. Die Zahl der „stummen Infektionen“ ist hoch. Jährlich erkranken immer noch 14 bis 20 Personen²⁶. Selbst nach Ansicht des Bundesgesundheitsministeriums, das aber nichts für die Einführung einer Impfpflicht unternimmt, gibt es „alarmierende Anzeichen“ für das Wiederkehren der epidemischen Form der Kinderlähmung²⁷.

Konzernpolitik und Gesundheitsschäden: Als 1973 durch eine Reihenuntersuchung des Butjadinger Ärztevereins an 1600 Kindern in Nordenham, Niedersachsen, publik wurde, daß mehr als ein Viertel dieser Kinder zu hohe Bleiwerte im Haar aufwiesen, akute Krankheitsfälle zwar nicht ermittelt werden konnten, aber eine größere Zahl als „prä-morbide“ bezeichnet werden mußte, fragte sich die beunruhigte Öffentlichkeit, wie diese chronische Bleibelastung zustande kommen konnte. In Nordenham existiert seit vor dem Ersten Weltkrieg eine Bleihütte. Seitdem gibt es Tierschäden in dieser Gegend. 1972 verendeten 130 Rinder. Dies geschah, nachdem aufgrund einer Auflage des Gewerbeaufsichtsamts das Hüttenwerk ab 1. 9. 1971 statt bis dahin 200 mg Bleistaub pro cbm Abluft nur noch 20 mg/cbm abgeben durfte. Der Verein Deutsche Ingenieure (VDI) empfahl im Februar 1973 2 Mikrogramm pro cbm Luft als Grenzwert²⁸.

Überproportionales Anwachsen der Kosten für Gesundheit: Vom Prognos-Institut, Basel, wurde ein Ansteigen der Kosten pro Krankenhauspflegetag von 153,— DM im Jahre 1973 auf 620,— DM für 1986 geschätzt²⁹. Die Ortskrankenkassen beziffern die Kostensteigerungen im Jahre 1974 gegenüber dem Vorjahr für Krankenhausbehandlung auf plus 28 %, für Arzneimittel auf plus 12 % und für ärztliche Behandlung auf plus 10 %³⁰. Dementsprechend haben fast alle Krankenkassen zum 1. Januar 1975 und wiederum zum 1. 1. 1976 ihre auf das Arbeitsentgelt bezogenen prozentualen Beitragssätze

24 Ebd., S. 49.

25 Deutsches Ärzteblatt, 70 Jg., 33/73, S. 2117.

26 Aktuelle Medizin, Beilage in: Münch. Med. Wochschr., 115. Jg., 35/73.

27 Deutsches Ärzteblatt, 71. Jg., 50/74, S. 3593.

28 E. Schübel, R. Schübel und W. Sterner: Feldstudie über die Bleibelastung von Kindern. Deutsches Ärzteblatt, 70. Jg., 34/73, S. 2194—2199.
— H. Kater: Unzulänglichkeiten im Umweltschutz — Gefahren für die Gesundheit. Niedersächsisches Ärzteblatt, 70. Jg., 9/73, S. 287—291.

29 Frankfurter Rundschau, Nr. 119 vom 25. 4. 1974, S. 25.

30 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 270 vom 21. 11. 1974, S. 13.

erhöht. Sie liegen jetzt schon bei bis zu 12%. Der rheinland-pfälzische Sozialminister prognostiziert für 1978 schon 13,1%, die Ortskrankenkassen sogar 14,5%³¹.

Organisationsfragen des Gesundheitswesens: Die Schwierigkeiten, die durch die nicht aufeinander abgestimmten Systeme der ambulanten und der stationären Versorgung entstehen, sind zur Genüge bekannt. Deshalb sei an dieser Stelle einmal ein anderes Beispiel für das Chaos der Zuständigkeiten im Gesundheitswesen dargestellt. Ein an sich relativ überschaubarer Bereich, in dem es ganz besonders auf die Kontinuität der Behandlung ankommt, ist die Rehabilitation Behinderteter. Aber allein für die Erteilung von Auskünften kommen etwa 40 Gruppen von Organisationen in Frage³². Ein weiteres Beispiel für völlig ungenügende Organisation ist der Zustand des Rettungswesens in Westdeutschland. Nach einer Aussage des Kölner Chirurgen Dr. Heinz Engelhardt könnten allein in Nordrhein-Westfalen bei einem gut organisierten Rettungsdienst jährlich 4000 von 40 000 Hirnverletzten noch rechtzeitig entscheidende Hilfe erhalten und bis zu 5000 Menschen jährlich vor dem Tode bewahrt werden³³. Dieser Rettungsdienst könnte bei einem Bruchteil der Kosten ein Vielfaches an Erfolgen zur wirklichen Verbesserung der „inneren Sicherheit“ bringen.

Effizienz des Gesundheitswesens: Bei dem schon weiter oben angeschnittenen Problem der steigenden Kosten im Gesundheitswesen wird die Frage des Verhältnisses der Kosten zum erhofften Nutzen immer dringlicher. Auch bei der Frage, wie die Effektivität des Einsatzes von beschränkten Mitteln am besten gewährleistet ist, erweist sich deutlich, daß gesundheitspolitische Entscheidungen und organisatorische Maßnahmen zunehmend stärkeres Gewicht gegenüber der Verbesserung von Diagnose- und Therapiemethodik erhalten. Dafür sprechen nicht nur die schon oben zitierte Untersuchung zur Säuglingssterblichkeit (s. Anmerkung 26), sondern insbesondere auch eine kürzlich im Deutschen Ärzteblatt zusammengefaßt dargestellte Untersuchung zum direkten wirtschaftlichen Nutzen der Einführung von Poliomyelitis- und Grippe-Schutzimpfung sowie der Tbc-Chemotherapie³⁴.

Ärzte- und Pflegepersonal-mangel: Tatsache ist, daß die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere West-Berlin eine der höchsten Arztdichten der Welt aufweisen können und daß die Tendenz hier noch steigend ist. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß

31 Ebd. — Eine Kritik an dem in der aktuellen Diskussion ständig verwendeten Begriff „Kostenexplosion“ findet sich in dem Beitrag von Hagen Kühn: Statistische Überlegungen zur Kostenentwicklung des Gesundheitswesens, in: Jahrbuch für Kritische Medizin 1, Argument-Sonderband 8, Berlin/West 1976.

32 Wegweiser. Eingliederung von Behinderten in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, Frankfurt/M. 1975.

33 Deutsches Ärzteblatt, 71. Jg., 48/74, S. 3507.

34 Ulrike Alter, Michael Klausung: Effizienzmessungen im Gesundheitswesen, Deutsches Ärzteblatt, 71. Jg., 45/74 und 46/74, S. 3262—3267 und S. 3338—3342.

bei 1973 insgesamt 106 704 berufstätigen Ärzten, von denen 55 715 angestellt oder beamtet waren³⁵, trotz 5554 in den Krankenhäusern tätiger ausländischer Ärzte³⁶ in diesem Bereich mindestens folgender Fehlbestand zu verzeichnen ist: 9000 bis 14 000 Arbeitsmediziner³⁷, 2000 bis 3000 Chirurgen³⁸, 3000 Neurochirurgen und Psychiater³⁹, 2000 Ärzte des öffentlichen Dienstes⁴⁰, 1500 Ärzte bei der Bundeswehr⁴¹, insgesamt also 17 500 bis 23 500 Ärzte. D. h., nimmt man als Durchschnittswert für den Fehlbestand 20 500, so ist die Zahl der berufstätigen Ärzte gegenüber dem Soll derzeit schon um ca. 16 % zu gering. Im Bereich der ambulanten Versorgung durch die Ärzte für Allgemeinmedizin (früher: Praktische Ärzte) sieht die Arbeitssituation für den einzelnen Arzt rechnerisch so aus: pro Sprechstundentag erwarten den Arzt 17,1 neue Patienten; „Beratungen“ führt er täglich 44,7 durch und dazu macht er noch durchschnittlich 6,7 Hausbesuche. Da sich diese Zahlen nur auf Kassenspatienten beziehen, sind sie unter Einbeziehung der durchschnittlich 10 % Privatpatienten noch entsprechend höher anzusetzen. Diese Zahlen beziehen sich als Durchschnittswerte auf sämtliche zur kassenärztlichen ambulanten Krankenversorgung zugelassenen Allgemeinärzte, also auch auf die relativ große Zahl von noch praktizierenden schon über 65jährigen Ärzte⁴², so daß sie für den Regelfall sogar noch höher liegen⁴³. Ob diese Situation verantwortungsvolles ärztliches Arbeiten und optimale Patientenbetreuung zuläßt, muß bezweifelt werden. Der Zahl der Ärzte ist die Zahl des Pflegepersonals gegenüber zu stellen. Wenn 1973 in Westdeutschland 1 Arzt auf 580 Einwohner kommt, in Schweden aber 1 Arzt auf 735 Einwohner, so wird dieses Verhältnis erheblich relativiert, weiß man, daß in Schweden auf 1 Arzt 8 Pflegepersonen, in Westdeutschland aber nur 1,9 kommen⁴⁴.

35 Errechnet nach: Klaus Gehb: Die ärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Deutsches Ärzteblatt, 71. Jg., 25/74, S. 1835—1840.

36 Deutsches Ärzteblatt, 72. Jg., 1/75, S. 6.

37 Errechnet nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 1. 1975; Hans-Georg Wolters, Perspektiven der Gesundheitspolitik, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 19. 9. 1973, S. 1122; Harro Jenss, Werksärztliche Versorgung in der BRD, Das Argument 78, 15. Jg., 1973, S. 24—29.

38 Angabe des Vorsitzenden des Berufsverbandes der Chirurgen, Dr. Wolfgang Müller-Osten (Hamburg), zitiert nach Münch., Med. Wochschr. 115. Jg., 42/73, Beilage Aktuelle Medizin.

39 S. dazu: Berliner Ärzteblatt 86. Jg., 20/73, S. 987.

40 Deutsches Ärzteblatt, 71. Jg., 24/74 und 49/74, S. 1743 und 3532.

41 Geschätzt nach den Angaben des Wehrbeauftragten in seinem Jahresbericht 1973 an den Bundestag, zitiert in Deutsches Ärzteblatt, 71. Jg., 17/74, S. 1208.

42 S. Josef Stockhausen: Der ärztliche Beruf in der Bundesrepublik Deutschland 1973, Köln 1973, S. 46 ff. sowie meine Rezension dazu in Das Argument 87, 16. Jg., 1974, S. 724 ff.

43 Die Zahlen sind errechnet nach den sich auf das 4. Quartal 1972 beziehenden Angaben in: Hans Hamm: Deutlichere Konturen der Allgemeinmedizin, Deutsches Ärzteblatt, 72. Jg., 1/75, S. 34—36.

44 Dorothee Soehlke: Genügend Ärzte — strukturelle Mängel, Der Tagesspiegel vom 9. 12. 1973.

Die hier aufgezählten Mängel wurden nicht dargestellt, um einmal mehr nachzuweisen, daß an entscheidenden Stellen der Gesundheitsversorgung derzeit nicht schließbare Lücken klaffen. Dazu wäre diese Auswahl zu sehr zufällig. Die hier zusammengetragenen Beispiele sollen beurteilen helfen, welche Lehrinhalte als Voraussetzung für die Veränderung dieser Zustände Teil der Ausbildung zum Arzt sein sollten und welche Lehrinhalte es demgegenüber tatsächlich sind. Der Betrachtung liegt die These zugrunde, daß eine Reform des Gesundheitswesens nicht möglich und auch nicht sinnvoll scheint, wenn sie nicht von den Betroffenen selbst getragen wird. Gegen den Widerstand der Sachverständigen, insbesondere der hier betrachteten Gruppe der Ärzte, wird kaum jemand weitgreifende Änderungen in einem so komplexen System wie dem des Gesundheitswesens durchsetzen können. Wenn also die Ärzte zur Veränderung gewonnen werden sollen, so müssen sie auch die Voraussetzungen nicht nur ihres medizinisch-naturwissenschaftlichen, sondern auch diejenigen ihres politisch-gesellschaftlichen Handelns kennen. Wie oben schon mehrfach angedeutet, können die aufgezeigten Mängel vom Arzt nur dann eingeordnet, analysiert und im Sinne der Änderung und als Handlungsanweisung verarbeitet werden, wenn ihm ein Grundwissen über das Wesen der Gesellschaft und den sich darin vollziehenden Auseinandersetzungen zur Verfügung steht.

Mit der Einführung von Fachgebieten wie der Medizinischen Soziologie, aber auch der Sozialmedizin schien vielen Medizinstudenten zunächst die Möglichkeit, sich ein solches Grundwissen anzueignen, gegeben. Obwohl der Prüfungstoff für diese Fächer⁴⁵ im Prinzip

45 *Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie* (Anlage 10 zur Appr. O. Ä. v. 28. 10. 1970)

Vergleichende Verhaltensphysiologie. Instinktlehre. Psychophysische Grundbeziehungen. Motivation. Lernen und Intelligenz. Methodische Grundlagen psychologischer Tests. Persönlichkeitsentwicklung (Anlage, sozio-kulturelle Einflüsse, Strukturmodelle) mit Ansatzpunkten für psychische Störungen.

Rollenbeziehungen und -konflikte in den verschiedenen alters-spezifischen Gruppenkonstellationen einschließlich Arzt-Patient-Beziehung. Soziale Schichtung; Bevölkerungsstruktur.

Ökologisches Stoffgebiet (Anlage 16)

Gesundheit und Krankheit des Individuums in ihren Wechselbeziehungen zur Umwelt, Gesellschaft und Arbeit. Erkennung, Verhütung, Beseitigung und Bewertung ökologischer Schadensfaktoren.

Wichtigste Methoden und Erkenntnisse der Allgemein-, Umwelt-, Seuchen- und Sozialhygiene. Organisation, Aufgaben und Arbeitsprinzipien und wesentliche Rechtsvorschriften des öffentlichen Gesundheitswesens.

Grundzüge der Sozialmedizin. Sozialmedizinische Probleme der Krankheitsentstehung und -verhütung. Grundfragen der sozialen Sicherung und der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung. Sozio-ökonomische Probleme der Krankheit.

Wichtigste Vorschriften über den gesundheitlichen Arbeitsschutz. Arbeitsmedizinische Untersuchungen zur Verhütung und Früherkennung beruflich bedingter Schäden. Analyse von Arbeitsplatz- und Berufs-

und in einer Reihe von Einzelgebieten auch im besonderen die Möglichkeit gäbe, weitergehende Fragen zu bearbeiten, werden aber die meisten Studenten diese Möglichkeit nicht wahrnehmen, weil der Druck laufender Prüfungsverpflichtungen und der Zwang zur Absolvierung umfangreicher Pflichtpraktika in anderen Fachgebieten sie daran hindern muß.

So wie der gesamte Ausbildungsgang nach seiner Ausweitung auf 42 Fächer⁴⁶ darauf angelegt ist, von vielem wenig zu lernen, so führt er mit der Verpflichtung des Studenten, sich ständig auf eine der insgesamt vier Prüfungen vorbereiten zu müssen, dazu, daß der Medizinstudent sich mit keiner Frage im Ernst auseinandersetzen kann und muß. Zu Anfang wurde schon dargestellt, daß Ausbildungsziele ohne Vorstellung über und Entscheidung für ein bestimmtes System der Gesundheitsversorgung kaum deutlich formuliert werden können. Diese Selbstverständlichkeit kann nur dort aus dem Blickfeld geraten, wo ein bestehendes Gesundheitswesen von den in ihm Tätigen und insbesondere von den die „Ausbildungsziele“ Formulierenden nicht in Frage gestellt wird, während in Wirklichkeit längst objektive Zwänge die bestehende Organisation nicht nur in Frage stellen, sondern über mittelbar das System beeinflussende Faktoren tatsächlich schon verändern⁴⁷. Andererseits wird versucht, bestehende und erkannte Mängel in der Gesundheitsversorgung durch Einführung neuer Lehrinhalte bzw. Fachgebiete in die Prüfungsordnungen zu beseitigen, mit deren Kenntnis die Ärzte allein den Mängeln entgegenzutreten sollen. Lächer im Angebot medizinischer Dienstleistungen sollen nicht direkt, sondern statt dessen durch Institutionalisierung neuer Fächer in den Hochschulen gestopft werden⁴⁸.

Selbstverständlich ist das Erlernen bestimmter Fähigkeiten und bestimmten Wissens während der Ausbildung die Voraussetzung für spätere Anwendung in der praktischen Arbeit. Dies kann aber nur dann geschehen, wenn vorhandene institutionelle Mängel der Anwendung dieses Wissens nicht entgegenstehen. Ist dies der Fall,

belastung, Berufskrankheiten und das Berufs-Krankheiten-Verfahren. Ärztliche Aspekte der Rehabilitation Behinderter bei medizinischer, pädagogischer, sozialer und beruflicher Ein- und Wiedereingliederung in Gesellschaft, Familie, Schule und Arbeit.

Grundzüge der Rechtsmedizin, insbesondere die wichtigsten Rechtsfragen der ärztlichen Berufsausübung, die wichtigsten Begriffe der forensischen Medizin und der medizinischen Begutachtungskunde.

46 Thure von Uexküll: Das Problem . . . , a.a.O.

47 S. z. B.: Christian Gaedt und Udo Schagen: Medizin auf dem Wege zur Vergesellschaftung? In: Entwicklung und Struktur des Gesundheitswesens. Argumente für eine Soziale Medizin (V). Argument-Sonderband 4, Berlin/West 1974.

48 Horst Krähe: Die medizinische Ausbildung als Gegenstand der Medizinsoziologie. In: Brigitte Geißler, Peter Thoma (Hrsg.), Medizinsoziologie. Einführung in ihre Grundbegriffe und Probleme, Frankfurt/M. 1975, S. 274.

so ist zunächst anderes Wissen erforderlich, Wissen als Voraussetzung für die Beseitigung dieser Mängel. Die Bereitschaft, Krankheit zu heilen, allein nutzt wenig. Aber auch umfassendes Wissen über Ätiologie und Diagnostik, Therapie und wahrscheinlichem prognostischem Geschehen der individuellen Krankheit genügt nicht. Die oben dargestellten Beispiele unerträglicher, weil mit zur Verfügung stehendem Wissen und Werkzeug vermeidbarer Zustände sind Beweis dafür, daß „außermedizinische“ Zwänge die praktische Anwendung längst gesicherter medizinischer Erkenntnis hindern. „Wissenschaftliche Medizin ist wichtig, aber nutzlos, wenn ihre Ergebnisse nicht breite Anwendung finden.“⁴⁹

II. Einführung eines sozialwissenschaftlichen Grundstudiums zur Begründung des Zusammenhangs zwischen individueller Patientenbetreuung und dem gesellschaftlichen System der Gesundheitsversorgung

Die Forderung nach einem sozialwissenschaftlichen Grundstudium ist nicht neu — neu höchstens für das Studium der Medizin. In den lehre-rausbildenden Fächern, in den Erziehungswissenschaften im engeren Sinne, in der Psychologie, in der Politologie, inzwischen aber auch in der Jurisprudenz und sogar in einzelnen Naturwissenschaften bestehen an einer Reihe von Universitäten Vorlesungs- und Seminarreihen, Teilcurricula, aber auch schon voll ausgearbeitete und erprobte Grundstudiengänge zum Zusammenhang von Entwicklung, Aufgaben und Funktion der einzelnen Wissenschaftsdisziplin und dem gesamtgesellschaftlichen Geschehen. Das subjektive Bedürfnis, sein ärztliches Handeln nicht isoliert vom eigenen sonstigen Handeln und der Vorstellung von sich und der Umwelt sehen zu wollen, ist allerdings auch in der Medizin keineswegs neu. Die Diskussion der fünfziger Jahre, die Forderung nach einem „studium generale“ vor Beginn der berufsspezifischen Ausbildung war Ausdruck eben dieses subjektiven Bedürfnisses. Auch in einem Vortrag auf der konstituierenden Sitzung des „Arbeitskreises für Hochschuldidaktik“ wird von F. Hartmann 1967 eine ähnliche Forderung erhoben: „In bezug auf seinen Gegenstand, den kranken Menschen, braucht der Arzt heute sehr viel mehr Kenntnisse in allgemeiner Anthropologie, Psychologie und Soziologie.“⁵⁰

Die neu eingeführten Fachgebiete Medizinische Soziologie, Medizinische Psychologie, Sozialmedizin und Arbeitsmedizin könnten dieses Bedürfnis gemeinsam mit der Medizingeschichte, der Hygiene und der Rechtsmedizin, gemessen an ihrem quantitativen Anteil am Lehrplan, durchaus erfüllen. Bis heute allerdings fehlt diesen Fächern ein gemeinsamer theoretischer Rahmen. Dem Studenten stellen sie sich lediglich als einzelne weitere mehr oder weniger ins

49 Henry Ernest Sigerist: Anfänge der Medizin, Zürich 1973, S. 12.

50 Fritz Hartmann: Zur Didaktik des Medizinstudiums, a.a.O., S. 48.

nicht überschaubare Mosaik des Fächerangebotes passende Steinchen dar. Auf die weiter oben aufgelisteten Beispiele zurückkommend, soll noch einmal gefragt werden, wie nach den Ursachen dieser Mängel gefragt werden müßte, um ihrer Behebung näher zu kommen.

Die technisch-organisatorischen Verbesserungen, die zur Senkung der Säuglingssterblichkeit erforderlich sind, können nur durchgesetzt werden, wenn Klarheit darüber besteht, daß die gegenwärtigen allgemeinbildenden und spezifisch gesundheitsaufklärerischen Maßnahmen nicht ausreichen, um alle Teile der Bevölkerung in gleichem Maße zu erreichen, und, daß offenbar Zwänge bestehen, die von den Betroffenen nicht überwunden werden können, um sich einer optimalen Behandlung zu unterziehen. Hier braucht der Arzt genaue Kenntnis von der sozialen Lage und den spezifischen Abhängigkeiten der Betroffenen und der Ursache ihrer mangelnden Sorge um ihre und ihrer Kinder Gesundheit, damit er dafür sorgen kann, daß die Institution der Gesundheitsversorgung entsprechend verändert wird. Kinder scheinen nach dem zitierten Beispiel in besonderem Maße den Mängeln gesundheitlicher Versorgung ausgeliefert zu sein. Wo sind die Ursachen dafür, daß die bessere Krankenversorgung — neben derjenigen besonders privilegierter Bevölkerungsgruppen — den mit besonders hoher Produktivität Arbeitenden gilt, während Kinder, chronisch Kranke und Alte am Rande medizinischer Möglichkeiten stehen? Wenn in unserer Gesellschaft nur die Produktion einer ständig größeren Masse von Waren von ständig höherem Wert etwas gilt, dieser zusätzliche Wert den ihn Schaffenden aber nur zum geringsten Teil zugute kommt, so sollte der Arzt auch wissen, warum das so ist.

Wenn eine allgemein anerkannte Impfung, wie die gegen Poliomyelitis, nicht gesetzlich eingeführt wird, auch wenn offenkundig ist, daß sie nicht wiedergutzumachende Schäden verhindern würde, so sollte der Arzt wissen, warum Steuergelder offenbar nicht für solche Maßnahmen zur Verfügung stehen. Wenn bekannt ist, daß industrielle Abfallprodukte gesundheitliche Schäden verursachen, so muß der Arzt, um das zu bekämpfen, wissen, wie Einfluß auf Regierung und Parlament gewonnen wird und wie hier die Interessen der Allgemeinheit außer acht gelassen werden. Was begründet der Besitz an den Produktionsmitteln?

Wenn die Kosten für die Gesundheit stärker anwachsen als für andere Bedürfnisse, warum sollen sie über die Versicherungsbeiträge nur zu Lasten der lohnabhängigen Bevölkerung gehen und nicht über die Steuern auch zu Lasten der Unternehmergewinne?

Ist ein chaotisch desorganisiertes Gesundheitswesen, wie am Beispiel der Rehabilitationsmöglichkeiten zu zeigen ist, billiger, oder gaukelt es dem einzelnen vor, er habe sich nicht genügend umgetan, er sei also selbst schuld, wenn er nicht alle bestehenden Versorgungsmöglichkeiten ausgenutzt hat? Können die Betroffenen ein Interesse an dieser Organisation haben? Wer hat es dann? Wer verhindert eine Neuorganisation? Wie kann der Arzt dies beeinflussen? Wessen und welche „innere Sicherheit“ ist eigentlich wem mehr wert als Maßnahmen zur besseren Organisation des Rettungswesens? Wenn selbst Kosten-Nutzen-Analysen den unmittelbaren Erfolg genau beschreibbarer gesundheitspolitischer Maßnahmen be-

weisen, einen Erfolg, der jegliche noch so großartige Leistung eines überragenden Arztes vergleichsweise gering erscheinen lassen muß, in wessen Interesse kann es dann liegen, diese Maßnahmen zu verhindern? Trotz aller offiziellen Berechnungen und Darlegungen der Tatsache, daß die Arztdichte überdurchschnittlich groß sei und daß ständig mehr Ärzte zur Verfügung stehen werden, ist die mangelnde Betreuung der Patienten durch Ärzte so offensichtlich und Bestandteil der persönlichen Erfahrung jedes einzelnen, daß kein Zweifel nicht nur an einem regionalen, sondern auch an einem generellen Ärztemangel bestehen kann. Zu dieser Frage ist von der organisierten Ärzteschaft bisher stets nur oberflächliche Polemik, die allzu durchsichtig der Verteidigung wirtschaftlicher Interessen verpflichtet schien, beigetragen worden. Eine Antwort, wie etwa diese Mängel ohne Erhöhung der Arztdichte beseitigt werden könnten, steht aus.

Was also muß von einem sozialwissenschaftlichen Grundstudium für Medizinstudenten erwartet werden? Der Arzt muß sich selbst als Teil der Institutionen des gesamten staatlichen und nichtstaatlichen Gesundheitswesens sehen können. Dazu sind Kenntnisse der historisch die jeweilige Gesellschaftsform bestimmenden Produktionsverhältnisse in ihrer besonderen Auswirkung auf die gesundheitlichen Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich. Er muß darüber hinaus das Gesundheitswesen als Objekt staatlicher und öffentlicher Sozial- und Infrastrukturpolitik einordnen und die diese Politik im einzelnen bestimmenden gesellschaftlichen Kräfte einschätzen können. Um sein Verhalten optimal auf das Ziel der beabsichtigten Prävention, Therapie oder Rehabilitation von Krankheiten auszurichten, ist für ihn nicht nur das Wissen von der Theorie der Krankheiten im engeren Sinne notwendig. Dazu muß er in der Lage sein, die seinem Arbeitsziel teilweise entgegenstehenden Organisationsformen im Gesundheitswesen zu nutzen, diesen Organisationsformen neue und bessere Modelle entgegenzusetzen und sie gemeinsam mit anderen durchzusetzen. Er muß eine genauere Vorstellung davon haben, warum und wie öffentliche und private Ausgaben für Teilbereiche des Gesundheitswesens zustande kommen und warum diese für andere Bereiche des Gesundheitswesens nicht zur Verfügung stehen, damit er auch hier Wege finden kann, dies zu beeinflussen⁵¹.

Dem sensiblen Betrachter stellt sich unser Gesundheitswesen in einer chaotischen Organisation dar. Einzelne Teile sind zufällig gut, andere u. U. ebenso zufällig gar nicht ausgebaut. Auch im Gesundheitswesen sind von allen erarbeitete Werte dort aufgehäuft, wo

51 Weitere Überlegungen zum Inhalt der Ausbildung finden sich auch in: Michael Regus, Zur Funktion der Sozialwissenschaften in der Ausbildung des Arztes; Udo Schagen, Thesen für eine Reform der Mediziner-ausbildung. Beide in: Stephan Freiger, Bernhard Nagel und Christian Rabe: Was wird aus der Studienreform? Frankfurt/M. 1974. — Udo Schagen, Medizin, in: Gerd Mangel und Klaus Walter (Hrsg.), Kritischer Studienführer, Köln 2 1976.

ohnedies genug ist, während ständiger Mangel dort herrscht, wo nie genug war. Alles dies verlangt geradezu nach einer allgemeinen, die Partialinteressen aufhebenden Lösung in einem einheitlichen Plan für die Neuorganisation und den stufenweisen weiteren Ausbau gemäß dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Man kann das 1779 in Mannheim erschienene Werk *Johann Peter Franks*, „System einer vollständigen medicinischen Polizey“, der ersten zusammenfassenden Untersuchung gesellschaftlicher Einflüsse auf Gesundheit und Krankheit, als Teil der allgemeinen Aufdeckung der Mißstände in der feudalen Gesellschaftsordnung und Teil des Kampfes des Bürgertums um die politische Macht und den gesellschaftlichen Fortschritt betrachten⁵². Es fand seine Fortsetzung in den Arbeiten Virchows 1848 und Grotjahns 1912. In diesem Sinne müssen Ärzte befähigt werden, Mißstände des Gesundheitswesens in unserer Gesellschaftsordnung nicht nur aufzudecken, sondern dies ebenfalls als Teil des Kampfes um die durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt möglichen Veränderungen zu begreifen.

52 Kurt Winter (Hrsg.): *Soziologie für Mediziner*, Berlin/DDR 1973, S. 13. — Alfons Fischer: *Geschichte des deutschen Gesundheitswesens*, Berlin 1933, Band II, S. 125—129.

Gerd Lau

Computersysteme und menschliche Sprechfähigkeit

Über die Formbestimmtheit natürlichsprachlicher Mensch-Computer-Interaktion

In den Jahren seit 1971 hat sich die staatlich finanzierte Forschungsförderung auf dem Gebiete der Datenverarbeitung rasant entwickelt, so daß allein 1974 370 Millionen DM zur Verfügung standen¹. Der Fachausschuß des Bundesministeriums für Forschung und Technologie ist dabei bemüht, die Förderungswürdigkeit der Datenverarbeitung mit „der Schlüsselfunktion, die sie als Infrastruktur in nahezu allen Bereichen von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung einnimmt“, zu begründen². Dabei hänge die Wirksamkeit der Datenverarbeitung als Problemlösungsinstrument nicht nur von der Leistungsfähigkeit der Rechner ab, sondern werde entscheidend von der organisatorischen und technischen Integration der Datenverarbeitung in die Problembereiche bestimmt. Durch eine weiter auszubauende Kommunikationsperipherie soll die Integrationsfähigkeit der Datenverarbeitung gefördert werden³.

Eine besondere Schwierigkeit, die Datenverarbeitung als Problemlösungsinstrument in Verwendung zu nehmen, besteht darin, daß auch für trivialste Aufgabenstellungen die Kenntnis einer Programmiersprache erforderlich ist. Dabei finden sich selbst bei standardisierten Programmiersprachen anlagenspezifische Erweiterungen oder Einschränkungen, die der Übernehmbarkeit vorhandener Pro-

1 Nach Angaben der Förderungskataloge des Bundesministerium für Forschung und Technologie erhielt die deutsche Datenverarbeitungs-Industrie 1971—1974 685 Mill. DM. In diesen Jahren ist die Konzentration durch das Ausscheiden von AEG aus dem Computer-Markt weiter vorangeschritten. Die direkte Zusammenarbeit von Industrie und Staat wird ersichtlich, wenn man das steigende Engagement des Staates in der Förderung privater Forschung betrachtet: „... Der Anteil der staatlichen, privaten Profit erbringenden Fonds am gesamten in der Industrie angelegten Forschungskapital stieg von 9,3 % in 1967 auf 26 % in 1972 und dürfte 1973 30 % übersteigen“ (Rainer Rilling, Die Forschungspolitik der BRD, Nachbemerkung [1974], S. 151, in: Peter Hucklenbroich u. a. [Hrsg.], Gesellschaftskritische Wissenschaftstheorie [Ein Reader in vier Bänden], Band 1: Wissenschaftspolitik. Politische Ökonomie des Wissenschaftssektors, Kronberg/Ts. 1974).

2 BMFT-Mitteilungen 9/1974, 12. September 1974, S. 91. Pressereferat des BMFT, Bonn.

3 BMFT-Mitteilungen 9/1974, a.a.O.

gramme auf einen anderen Rechner abträglich sind: Dasselbe Problem muß immer wieder eigens in fast gleiche Befehls-Folgen übersetzt werden, obwohl sein Lösungsweg bereits altbekannt ist. In dieser Situation entsteht nahezu notwendigerweise der Wunsch und die Aufgabe, natürlichsprachliche Problemformulierungen für den Computer interpretierbar zu machen. In einer allgemeinen Umschreibung kann das daraus resultierende Forschungsziel so formuliert werden: Wie können die technischen Eigenschaften von Digitalrechnern und das Wesen natürlichsprachlicher Kommunikation aufeinander bezogen werden? Als verlockende Anwendungsgebiete werden unter anderem genannt: Computerunterstützter Unterricht; Informationssysteme; automatisierte Übersetzung; natürlichsprachliche Steuerung von Robotern; natürlichsprachlich interagierende Problemlösungssysteme. Neben den bislang vorherrschenden empirischen Charakter der Linguistik tritt der konstruktive: Linguisten als Ingenieure. Die wissenschaftliche Darstellung von natürlichen Sprachen in ihrer Funktion als Mittel verbaler Kommunikation zwischen Menschen wird jedoch von den Linguisten nach wie vor als äußerst vorläufig empfunden. Aufgrund dieser Vorläufigkeit blieb auch die Einschätzung sehr schwankend, ob und wie „die Sprache auf den Computer gebracht werden kann“.

Die Tätigkeit, das Bewußtsein und die Sprechfähigkeit der antagonistischen Klassen und Schichten haben sich unterschiedlich entwickelt. Durch den Einsatz von Maschinen in der großen Industrie wurde die Gebrauchswert-schaffende Fertigkeit des ehemaligen Handwerkers vergegenständlicht. Der Inhalt der Arbeitstätigkeit wurde weitgehend entleert, vor allem fiel für den Industriearbeiter die Möglichkeit fort, die Herstellung des Produkts selbst planend vorzubereiten⁴. Seine Arbeit entbehrt also der theoretischen, planenden Tätigkeit; und zugleich wird die manuelle Geschicklichkeit durch die Maschinerie überflüssig. Gleichzeitig entstand eine gesonderte Schicht wissenschaftlich-technisch Gebildeter, die der Herauslösung der theoretischen Tätigkeit (Planung und Konstruktion) aus dem Produktionsprozeß entstammt. Diese wissenschaftlich-technisch Gebildeten konstruieren nun die Maschinerie und schreiben damit die Form vor, in der die unqualifizierten Arbeiter der komplizierten Maschinerie assistieren müssen⁵. Im Zeitalter der automatischen

4 Eine umfassende Darstellung der Probleme, die mit dieser Entwicklung verbunden sind, gibt der folgende Sammelband: Richard Vahrenkamp (Hrsg.), *Technologie und Kapital*, Frankfurt/M. 1973. Darin besonders der Aufsatz von Hans-Dieter Bahr, *Die Klassenstruktur der Maschinerie, Anmerkungen zur Wertform*, S. 39—72.

5 Dabei wird in steigendem Ausmaß die Produktion von wissenschaftlichen Ergebnissen direkter Kostenfaktor der Produktion, weil Forschung mehr und mehr in der Industrie selbst betrieben wird. Wo Datenverarbeitung eingesetzt wird, spaltet sich die Produktion von Wissen auf in einen technischen Faktor (Computer als Problemlösungsinstrument) und in einen menschlichen Faktor. Die wissenschaftliche Arbeit beginnt damit, den Gesetzmäßigkeiten der Lohnarbeit zu unterliegen.

Steuerung gehen sogar einige Funktionen des Vorarbeiters auf die Maschine über: Prozeß- und Digitalrechner geben Informationen aus, die den Charakter von Arbeitsanweisungen tragen.

Welche Schwierigkeiten in der Wissenschaft bestehen, diese ins Auge stechenden Phänomene richtig einzuordnen, hat sich u. a. in der soziolinguistischen Debatte der letzten Jahre erwiesen. Neben der absoluten „Defizit-Hypothese“, die die Sprache der Unterschicht-Kinder als negative Abweichung vom Standard der Mittelschicht begreift, besteht die „Differenz-Hypothese“, die feststellt, daß die Sprechfähigkeit der Unterschicht-Kinder nicht schlechter zu nennen sei als die von Mittelschicht-Kindern, sondern eben nur anders sei, nämlich der praktischen Tätigkeit und den sozialen Beziehungen entsprechend, die in der Unterschicht vorzufinden sind. Solange die Vertreter der Differenz-Hypothese aber bei der reinen Feststellung dieser Andersartigkeiten verweilen, halten sie sich in gehörigem Abstand von der sozialen Konsequenz der Normabweichungen. Wenn die Feststellung der Differenz ohne Bezug auf die Antagonismen in der kapitalistischen Gesellschaft bleibt, so wirkt sie stabilisierend, weil verschwiegen wird, daß die bürgerliche Ausprägung der Sprechfähigkeit in unserer Gesellschaft das Sagen hat. Die Alternative zu dieser stabilisierenden Wissenschaftspraxis liegt in der Vorausschau, daß bei erfolgreicher Auflösung der Antagonismen das Proletariat vorübergehend jenen Teil bürgerlicher Sprechfähigkeit ausüben können muß, der zur Führung der Produktionsmittel erforderlich ist. Daher muß man auch gegenwärtig verstärkte Erziehungsleistungen zugunsten proletarischer Jugendlicher fordern, allerdings nicht rein sprachlicher Art, sondern miteinbegreifend den Lernweg zur Bewußtwerdung ihrer Klassenlage⁶.

Mit diesen Beobachtungen ist auch die Antwort auf die Frage vorweggenommen, welche Sprachausprägung gegenwärtig zur Interaktion mit dem Computer herangezogen wird: Es ist eine Sprachausprägung, die sich der Form und dem Inhalt nach von der Sprechfähigkeit bürgerlicher Schichten herleitet.

Die Ein- und Ausgabe von Programmen und Daten erfolgt heute bei Digitalrechnern normalerweise in Form von Folgen aus Buchstaben und Zahlen sowie einiger Sonderzeichen, z. B. den arithmeti-

⁶ Von der bildungspolitischen Relevanz der Computer-Anwendung gibt ein Schulversuch in Chicago Zeugnis, wo 480 Bildschirmgeräte in Schulen installiert wurden, mit dem Ziel, die Schüler der sozial schwächsten Schichten in den Fächern „Reading“, „Language Arts“ und „Mathematics“ kompensatorisch zu unterrichten. Siehe A. Metzker, computer-unterstützter Unterricht — mehr als nur eine Theorie. In: *Datascope* 14 (1974), S. 10—16.

schen Operatoren und den Satzzeichen⁷. Dieses Inventar entspricht etwa der Tastatur einer Schreibmaschine. Dieses Instrumentarium wird wohl auch für die schriftliche natürlichsprachliche Interaktion zwischen Mensch und Computer beibehalten werden. Dadurch werden allerdings jene Menschen an der Interaktion gehindert, deren Ausbildungsgang keinen Maschinenschreibunterricht enthielt. Anders als im täglichen Schriftverkehr (etwa in der Schule oder im Beruf) erfordert die Eingabe in den Computer äußerste *orthographische Genauigkeit*. Hier wird eine Eigenart der formalen Programmiersprachen auf die Schriftlichkeit der natürlichen Sprache übertragen. Während im täglichen Leben orthographische Mängel zu Sanktionen führen können, ohne daß aber inhaltliche Verständigungsschwierigkeiten entstehen müssen, weist der Computer eine verstümmelte oder unanalysierbare graphematische Eingabe zurück. Vielleicht lassen sich Tippfehler rasch korrigieren; vielleicht lassen sich bei einigem Sprachwissen die komplizierten Lesarten bei spontanen Wortbildungen entsprechend der Computeranalyse finden (z.B. *buchkonsument* vs. *buecherkonsument*; *zeitungskonsument* vs. *zeitungenkonsument*). Sicherlich wird jedoch bei laufender orthographischer Unsicherheit des menschlichen Interaktanten⁸ der Dialog verunmöglicht. Man überlege sich beispielsweise, welche grotesken Formen der Dialog zwischen einem legasthenischen Schüler annähme, der einem Computer-Lernprogramm laufend inhaltlich richtige Antworten erteilt, dabei jedoch in der Mehrzahl seiner eingegebenen Antworten in einen Meta-Dialog über seine Orthographie verwickelt würde.

Wenn im folgenden von einer syntaktischen, semantischen und pragmatischen Ebene in der Analyse einer natürlichsprachlichen Eingabe gesprochen wird, so nicht in der Annahme einer sprachimmanenten notwendigen Reihenfolge der Ebenen und auch nicht in der Vorstellung, daß diese Ebenen voneinander zu trennen seien. Obwohl es beim Sprechen normalerweise nicht bewußt wird, kann sich bei entsprechendem Bildungsgrad ein Sprecher z. B. der deutschen Sprache bewußt machen, daß er die Syntax einer Formulierung um-

7 Die Literatur auf dem sprachlichen Sektor im Gebiet der künstlichen Intelligenz ist bereits sehr umfassend. Auf spezielle Entwicklungen wird hier nicht eingegangen, sondern es sollen ihre gemeinsamen Eigenschaften charakterisiert werden. Weiterhelfend können vor allem folgende Titel sein: Terry Winograd, *Understanding Natural Language*, Academic Press, New York and London 1972; R. C. Schank und K. M. Colby (eds.), *Computer Models of Thought and Language*, San Francisco 1973; R. C. Schank, *Conceptual Information Processing*, North-Holland Publishing Company, Amsterdam and London 1975.

8 Da hier der Terminus „Kommunikation“ auf eine sprachliche Spezialhandlung (zumindest) zweier menschlicher Kommunikanten beschränkt wird, ist eine Unterscheidung zur „Interaktion“ gegeben, die von einem menschlichen Interaktanten und dem Computersystem vollzogen wird.

ändern kann, ohne dabei die Stilebene zu wechseln oder den Explizitheitsgrad zu variieren. In der Linguistik sind Passivtransformationen und die verschiedenen Attribuierungs-Konstruktionen (Adjektiv, Genitivattribut, Präpositionalattribut, Relativsätze) beliebte Veranschaulichungen der Paraphrasebildung. Computer-Linguisten neigen dazu, seltene oder schwierig zu analysierende Konstruktionen zu vernachlässigen. Dies wirkt sich dann so aus, daß eine Eingabe-Formulierung zurückgewiesen wird (eventuell mit der Anregung versehen, eine paraphrastische Formulierung zu bilden und die Eingabe zu wiederholen). Dies bedeutet für den menschlichen Interaktanten, daß er um so besser mit dem Computer natürlichsprachlich interagieren kann, je besser er über die zugelassenen Satzkonstruktionen Bescheid weiß und je schneller es ihm gelingt, nicht zugelassene Formulierungen (als Ergebnis seines Denkens) durch einen zusätzlichen Umformungsprozeß in zugelassene Formulierungen gleichen Inhalts zu verwandeln. Es gibt zur Zeit noch keine Vorstellungen, wie und wann der menschliche Interaktant mit der Analysekapazität des Computers bekanntzumachen ist. Sicher ist nur, daß ein Meta-Dialog über unzulässige syntaktische Konstruktionen grammatisches Wissen voraussetzt, welches vielen Menschen (je nach Schulbildung) fehlt. Aber selbst wenn dieses Wissen vorhanden ist: In der Computer-Linguistik existieren keinerlei Vorstellungen, wie eine Veranschaulichung der zugelassenen Untermenge von Satzkonstruktionen gelingen kann.

Im Bereich der *Semantik* gilt es, Probleme der Referenzsemantik von jenen der „eigentlichen“ Semantik zu trennen. Aufgabe der Referenzsemantik ist es, sprachlichen Variablen ihre Bedeutung zuzuordnen. Wenn wir Pronomina verwenden, deiktische Ausdrücke gebrauchen (z. B. *dort*, *damals*, *dessentwegen*) oder die Verb-Anaphern *tun*, *machen* verwenden, beziehen wir uns auf Objekte, Vorgänge etc., die aus der Situation oder aus dem Kontext von einem Zuhörer erschlossen werden können. Weil dieser Erschließungsvorgang linguistisch noch wenig erforscht ist, müssen vom Computer auch in der Referenzsemantik Abstriche gemacht werden. Nun haben soziolinguistische Untersuchungen ergeben, daß z. B. Unterschichten-Kinder in besonderem Maße situationsgebunden sprechen, wobei sie sich eben dieser Variablen bedienen können. Die in Schulaufsätzen — und nunmehr auch vom Computer — verlangte explizite Ausformulierung bereitet beträchtliche Schwierigkeiten.

Die „eigentliche“ Semantik umfaßt die Analyse, welche Bedeutungen ein Individuum erlernt hat. Jedes Individuum ist dabei stark, wenn auch nicht völlig abhängig von den Kollektiven, in denen es verkehrt. Verbale Kommunikation gelingt nur, wenn ein großer Teil der Bedeutungen übereinstimmt, die von den Kommunikanten verwendet werden. Je unterschiedlicher die Lebenspraxis zweier Kommunikanten ist, desto unwahrscheinlicher ist diese Übereinstimmung, und desto häufiger stellt sich bei ihnen das Gefühl ein, daß sie sich nicht verstehen. Dies gilt insbesondere bei Wertungen: Was eine

große summe geld ist, *wieviele zimmer eine wohnung* hat — diese Fragen werden je nach der ökonomischen Lage grundverschieden beantwortet werden. Dies gilt auch für ein interaktionsfähiges Computer-System: Im Rahmen seiner sprachlichen Interaktion „verwendet“ es seine Bedeutungen und sein Wissen. Der menschliche Interaktant kann also (auf der rein begrifflichen Ebene) das Gefühl gewinnen, sich mit einem Computer-System verständigen zu können, oder nicht — je nach der Gemeinsamkeit der Bedeutungen. Antagonismen des Seins von Individuen in einer Gesellschaft werden durch unterschiedliche Bedeutungen widerspiegelt. Dies heißt nicht, daß z. B. ein Arbeiter die Bedeutung von „Mehrwert“ nicht kennt, wie sie für den Kapitalisten existiert. Nur: Ein sich seiner Klassenlage bewußter Arbeiter richtet sein Handeln nach seiner eigenen Bedeutung von „Mehrwert“ aus, indem er den Mehrwert zu beseitigen versucht oder ihn zumindest möglichst gering hält.

Auf der *pragmatischen Ebene* seien zwei Details erwähnt: Im Dialog mit einem Computer werden sinnvollerweise nur einige Typen sprachlichen Handelns vorgesehen werden, und für deren Implementierung wiederum wird die Breite der sprachlichen Realisierungsmöglichkeiten eingeengt werden. Damit ist gemeint, daß erstens z. B. Versprechungen, Drohungen, Entschuldigungen in einem Dialog mit dem Computer unangebracht sind; und daß zweitens die sprachliche Formulierung z. B. einer Frage nur mittels eines direkten Fragesatzes möglich ist, während Formulierungen wie ‚Könntest du ...‘, ‚Sag mir bitte, ...‘ ausgeschlossen werden. Je mehr Sprachbewußtheit der menschliche Interaktant in den Dialog mitbringt, um so mehr kann er mit diesen Restriktionen fertig werden. Die verlangte Sprachbewußtheit tritt in unserer Gesellschaft aber als Produkt einer höheren Schulbildung auf, als sie der Mehrheit der Bevölkerung ermöglicht wird.

Die Erkennung und das Verstehen *gesprochener Sprache* (im Gegensatz zu *geschriebener*) durch den Computer wirft gesonderte Probleme auf, deren Lösungsversuche je nach Anwendungsbereich verschieden sind. Parameter sind dabei z. B. die Anzahl verschiedener Stimmen (Personen) mit Interaktionsberechtigung, die Größe des Lexikons und der Grad an Restriktionen in der Syntax. Es kann jedoch als wahrscheinlich angesehen werden, daß folgende Personengruppen vom Dialog exkommuniziert werden: Dialekt Sprecher, Personen mit Sprachfehler, Personen mit ausländischem Akzent. Die phonetischen Programme werden nämlich zunächst eine verlässliche Digitalisierung der gesprochenen Hochsprache realisieren.

In der natürlichsprachlichen Interaktion zwischen Mensch und Computer bestehen also auf verschiedenen Ebenen Hemmnisse für eine Verständigung. Diese Hemmnisse sind weitaus umfassender als all das, was bisher als Sprachbarrieren zwischen zwei menschlichen Kommunikanten festgestellt wurde. Welche gesellschaftliche Relevanz diese Hemmnisse haben werden, hängt von den Inhalten ab, die Gegenstand natürlichsprachlicher Mensch-Computer-Interaktion sind,

und natürlich auch vom Umfang, in dem derartige Computer-Systeme in einer Gesellschaft in Verwendung kommen. Gegenwärtig findet die Datenverarbeitung hauptsächlich in den folgenden drei Bereichen Verwendung: Steuerung der Produktionsanlagen; private Verwaltung und Wissenschaft; öffentliche Verwaltung und Wissenschaft. Blickt man nun in die Zukunft, so besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß die Datenverarbeitung auch für den privaten Konsum zur Verfügung gestellt werden wird. Da in der gegenwärtigen Gesellschaftsform sich zunächst nur die ökonomisch Privilegierten Anschlüsse an Informations- und Problemlösungssysteme leisten können werden, sind verschiedentlich geäußerte Erwartungen unrealistisch, die politische Utopien auf diese technischen Einrichtungen aufbauen: In der „verkabelten Nation“ würde den Bürgern durch die Datenverarbeitung im Haushalt ein vermehrtes Informationsangebot zur Verfügung stehen, aus dem jeder individuell nach seinen Bedürfnissen auswählen könne; die nunmehr besser informierten Bürger würden endlich mündig; sie könnten eine „Computer-Demokratie“ errichten, in der die Entscheidungsprozesse so verlaufen, daß Informationen über Datenverarbeitung eingeholt, weitergegeben und schließlich als Entscheidungsgrundlage verarbeitet würden⁹.

Neben diesen Utopien beginnt aber in den Reihen von Informatikern, Soziologen und Psychologen eine andersgeartete Reflexion der Datenverarbeitung: Heute schon erlebt ein ständig wachsendes Heer von Arbeitnehmern eine Umgestaltung des Arbeitsplatzes dergestalt, daß an die Stelle der Zusammenarbeit mit Arbeitskollegen die Interaktion mit dem Computer tritt. Was diese Menschen an Spannungen und Widersprüchen während ihres Arbeitstages erleben, wird von Wissenschaftlern in Form einer „Pathologie der menschlichen Kommunikation bei Mensch-Maschine-Interaktionen“ systematisiert¹⁰. Wenn dabei eine Trennung von Kommunikationsbereichen in den somatischen, den emotionalen und den rationalen Kommunikationsbereich vorgenommen wird, bedeutet dies die Wiederholung eines bereits von L. S. Wygotski kritisierten Fehlers.

⁹ Einen guten Überblick über die verschiedenen Einschätzungen der Auswirkung eines breiten Datenverarbeitungs-Einsatzes erhält man aus: Hanns-Wilhelm Heibey, Bernd Lutterbeck, Uwe Schüler, Hans-Eckart Sengler, Nichttechnische Auswirkungen bei der EDV-Anwendung, Bericht Nr. 16, Institut für Informatik, Universität Hamburg, Mai 1975; Hanns-Wilhelm Heibey, Bernd Lutterbeck, Sabine Rohlf, Uwe Schüler, Auswirkungen der Datenverarbeitung auf den einzelnen Anwender und Organisationen, die die Datenverarbeitung anwenden, Forschungsvorhaben DV 2024, Hamburg, Oktober 1975 (mit einer ausführlichen Bibliographie).

¹⁰ Werner Grau, Jochen Schneider, Josef Schoenberger, Karl Heinz Weigand, Menschliche Kommunikation in technischen Kommunikationssystemen, in: Öffentliche Verwaltung und Datenverarbeitung, Jahrgang 5 (1975), S. 5—14.

Anstelle einer Forschungsweise, in der die analysierten Elemente der Eigenschaft des Ganzen entbehren, forderte Wygotsky eine „Analyse . . . , bei der das komplizierte einheitliche Ganze in Teileinheiten organisiert wird. Teileinheiten verfügen über alle Eigenschaften, die dem Ganzen eigen sind“¹¹. Wenn dieser Grundsatz berücksichtigt wird, endet auch die Möglichkeit, von Einzelverbesserungen der Computersysteme eine Beseitigung des pathologischen Charakters im Mensch-Computer-Dialog zu erhoffen. Vorschläge zu Einzelverbesserungen reichen von einer verhaltensphysiologisch benutzergerechten Systemgestaltung über Motivationskomponenten, die zum Dialog anregen und die Aufmerksamkeit des Benutzers erhalten sollen, bis zu der Frage, in welcher Form etwa die soziale Kommunikationssituation auch bei Mensch-Maschine-Systemen simuliert werden könne¹².

Bei den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen findet die Datenverarbeitung vornehmlich in Arbeitsprozessen Anwendung, deren Form und Inhalt nicht von den Arbeitskräften selbst bestimmt wurde. Das kann auch durch das eloquenteste Computersystem nicht beseitigt werden. Ein neuer Aspekt von „Entfremdung“ tritt in immer breiterer Form im Arbeitsleben auf: Das Arbeitsmittel Computer fordert eine ungewohnte sprachliche Anpassung. Diese Anpassung wird jenen Schichten besondere Schwierigkeiten bereiten, die aufgrund ihrer schlechten ökonomischen Lage nur eine geringe Schulbildung erhalten haben. Sie werden in der Regel keinen Zugang zu derartigen Arbeitsplätzen haben.

Dort, wo die Datenverarbeitung jedoch allgemein verfügbar ist (z. B. im computerunterstützten Unterricht, in Auskunftssystemen von Behörden), wird ein erheblicher Teil der Bevölkerung keinen Nutzen davon haben, auch wenn eine natürlichsprachliche Verwendung der Datenverarbeitung möglich ist. Solange es in einer Gesellschaft nämlich die Trennung von Kopf- und Handarbeit gibt, wird die daraus resultierende Ungleichheit der Sprechfähigkeit dazu führen, daß die Handarbeiter im Dialog mit Informations- und Problemlösungssystemen Mißerfolge erleiden.

11 L. S. Wygotski, Denken und Sprechen, Berlin 1961, S. 39.

12 W. Grau u. a., S. 12.

Wolfgang Köhler, Johann-Wolfgang Landsberg und
Christine Pulvermacher

Ist Intelligenz erblich?

I. Bildungspolitik und Erbllichkeit von Intelligenz

Die Frage nach der Erbllichkeit von Intelligenz ist kein rein theoretisches Problem. Die Behauptung, daß Intelligenz erblich sei, dient gegenwärtig zur Legitimation von Bildungspolitik. Wer etwas dagegen hat, daß die Zurücknahme der Bildungsreform biologisch abgesegnet wird, der muß sich schon auf die naturwissenschaftlichen Argumente einlassen, bloße Ideologiekritik reicht nicht aus. Die damit verbundenen Schwierigkeiten resultieren aus der Spaltung von Natur- und Gesellschaftswissenschaften. Die Wirklichkeit hält sich jedoch nicht daran: Soziales (Bildungsreform) wird naturwissenschaftlich (Erbllichkeit) legitimiert. Dabei werden bestimmte Annahmen über das Verhältnis von sozialen und natürlichen Faktoren bei der Herausbildung der Intelligenz zugrunde gelegt.

Entsprechend den gesellschaftlichen Bedingungen, der Entwicklung der Produktion, war die Zielrichtung der Intelligenz-Forschung jeweils unterschiedlich. Ursprünglich stellte sich Galton¹ die Frage, ob nicht bei der von ihm konstatierten Erbllichkeit der Intelligenz und der hohen Geburtenrate in den unteren Schichten das intellektuelle Potential der Menschheit abnimmt. Derartige kulturpessimistische Äußerungen werden heute zwar noch verbreitet, sind jedoch von geringerer Bedeutung als andere Positionen. Während nämlich die Verbesserung des Bildungssystems und das Ende der rasanten Bevölkerungszunahme in den Industrieländern als Folgen der Entwicklung der Produktivkräfte die Prognosen Galtons Lügen strafen, stellt sich später ein anderes Problem. Das Kapital stieß Anfang der sechziger Jahre an die Grenzen einfacher Erweiterungsinvestitionen. Die notwendigen strukturellen technischen Veränderungen führten Bildungspolitiker (z. B. Picht, Dahrendorf) zu der Annahme, daß höhere Qualifizierung und damit Ausschöpfung der Begabungsreserven notwendig seien, was z. B. zur Begabtenförderung der Land-

1 Vetter Darwins, englischer Anthropologe, Genetiker und Statistiker. Seine Arbeit hatte Auswirkungen auf die Psychologie; er begann, die Menschen zu messen, und führte bei der Auswertung der Daten die Normalverteilung ein.

jugend, zum 2. Bildungsweg, zum Begabtenabitur etc. führte². Heute ist eine gegenläufige Tendenz (Arnold, 1973; Zimmer, 1974 und 1975; Schneewind, 1975; Eysenck, 1976) zu erkennen, z. B. verschärfte Auslese durch NC, Streichung von Bildungsinvestitionen. Zum einen wurde u. E. die Einschätzung der Bildungsreformer, die die vom Kapital geforderte veränderte Qualifikation mit breiter Höherqualifikation verwechselten, zurückgenommen, weil weniger Qualifizierte gebraucht werden. Zum anderen wurden der Bildungspolitik finanzielle Grenzen durch den Konjunkturzyklus gesetzt, der die bundesrepublikanische Wirtschaft in verschärfte Krisen führte. Auf diesem materiellen Hintergrund ist es verständlich, daß wieder häufiger die Erbllichkeit der Intelligenz propagiert wird. Diese bildungspolitische Dimension wurde in den USA um eine weitergehende, rassistische Betrachtungsweise ergänzt. Während bei uns nämlich die nicht-deutschen Teile der industriellen Reservearmee, die Gastarbeiter, bei Arbeitslosigkeit des Landes verwiesen werden, verbleiben die arbeitslosen Neger, Puerto-Ricaner und Indianer in den Vereinigten Staaten. Ihre Isolierung und Diskriminierung, besonders die der Neger, erfährt eine angeblich naturgeschichtliche Rechtfertigung durch die Behauptung von der geringeren Intelligenz der Neger im Vergleich mit den Weißen.

Bevor jedoch diese Argumente diskutiert werden, sei zunächst der Stellenwert derartiger Beweisführungen eingeschränkt. Ob heute z. B. bei angenommener 80%iger Erbllichkeit des IQ weitere bildungspolitische Innovationen vorgenommen werden sollen, ist eine Frage der Prioritäten des Staatshaushalts und nicht der Erbllichkeit. Wer von der erblichen Determination statt von den realen Bedingungen redet, hat etwas zu verschleiern. Dies zu entschleiern ist jedoch nicht Gegenstand unseres Beitrages. Wir wollen vielmehr die aufgeführten biologischen Beweise hinterfragen, die ihnen zugrunde liegenden Modelle benennen und kritisch einschätzen.

II. Intelligenz und IQ

Bei der Frage nach der Erbllichkeit der Intelligenz ist der Vergleich geistiger Fähigkeiten unterschiedlicher Rassen in verschiedenen oder gleichen Staaten und unterschiedlicher Klassen resp. Schichten innerhalb eines Landes von besonderem Interesse. Die Problematik, der sich die Psychologen hierbei ausgesetzt sehen, ist doppelter Natur. Zum einen sollen sie einen „kulturfreien“ Test entwickeln, mit dem sie Intelligenz meßbar und mit anderen Stichproben vergleichbar machen können. Zum anderen und im Widerspruch hierzu hantieren

² Detaillierte Auseinandersetzungen zu diesem Thema sind wieder von Bedeutung, nachdem sowohl in bürgerlichen Untersuchungen als auch in Veröffentlichungen der DDR und in den Berliner „Texten zur Kritischen Psychologie“ von der u. E. falschen Alternative „angeboren oder erlernt“ ausgegangen wird.

sie mit einem Begriff, dessen Geschichte und dessen Wert an den Normen der oberen Klassen der westlichen Industrienationen orientiert sind.

Das Hinterfragen des Intelligenzbegriffs ist auch ein Ergebnis empirischer Arbeiten selbst gewesen. So unterschied Vernon (1969) zwischen drei Formen der Intelligenz: A. Angeborene Fähigkeit, etwas, was das Kind von den Vorfahren durch Gene erhält und welches das geistige Wachstum, zu dem es fähig ist, determiniert. Es ist Lernfähigkeit von erworbenem Wissen und Fertigkeiten zu unterscheiden. B. Cleverness, schnelle Auffassungsgabe, gut im Begreifen und Begründen, intellektuell effizient. C. Entwicklungsalter, Intelligenzquotient oder Meßwerte eines gebräuchlichen Intelligenztests. Hierbei kann die 3. (einzig meßbare) Form höchstens teilweise Auskunft über die erste geben. Daß es sich bei derartigen Überlegungen nicht um formale Differenzierungen handelt, sondern solche unterschiedliche Verknüpfungen von Erbe und Umwelt bereits vor der Intelligenzentwicklung bei der Wahrnehmungsentwicklung erfolgen, sei an zwei Beispielen aus der Wahrnehmungspsychologie demonstriert:



Abb. 1: Welche Strecke ist länger? Müller-Lyer-Täuschung (links) und Horizontal-Vertikal-Täuschung (rechts).

1. Eine transkulturelle Studie (Rivers, 1901) ergab, daß die Eingeborenen in Torres Straits für die Müller-Lyer-Täuschung weniger anfällig waren als Europäer, um so mehr jedoch für die Horizontal-Vertikal-Täuschungen (Abb. 1). Weitere Untersuchungen haben ergeben, daß die tagtägliche Erfahrung und die Praxis der Kinder für dieses unterschiedliche Verhalten verantwortlich sind. So ist es wesentlich, ob die Kinder in einer mehr von Menschen gestalteten Umwelt mit rechten Winkeln, Häusern, Fenstern, Ecken etc. oder in einer natürlichen, kurvenreichen Umwelt leben.



Abb. 2: Hudson's Tiefenwahrnehmungstest (aus Vernon, 1969).

2. Der Tiefenwahrnehmungstest in Abb. 2 ist kritisiert worden, weil die Aussage nicht eindeutig ist. So ist die Aussage, „der Neger zielt auf den Elefanten“, nicht zwingend Indiz für mangelnde Fähigkeit, Bilder 3-dimensional zu interpretieren. Diese Aussage kann auch von dem durch die Lebenspraxis bestimmten Motiv geprägt sein, zunächst das gefährlichere Tier auszuschalten. Daß derartige Überlegungen eine Rolle spielen, hat Hudson (1960, 1962) in seinen Untersuchungen nachgewiesen.

III. Rassen- und Klassenunterschiede

Methodisch diffiziler sind die Vergleiche verschiedener Gruppen innerhalb eines Staates. Hierbei wurde sowohl eine Korrelation zwischen „sozialen Klassen“ und Intelligenz gefunden (Burt, 1960) als auch die geringere Intelligenz bei Negern nachgewiesen (Kennedy, Van De Riet & White, 1963, und Jensen, 1969). Allen Verfassern unterlief derselbe methodische Fehler (Bodmer & Cavalli-Sforza, 1970). Zunächst wurde mittels der weiter unten diskutierten Verfahren die Erbllichkeit des IQ konstatiert. Im weiteren Verlauf der Analyse wurden dann zwischen Gruppen auftretende Unterschiede nicht im Hinblick auf deren Ursachen analysiert, sondern unbewiesen dem ersten Argument entsprechend als erblich erklärt.

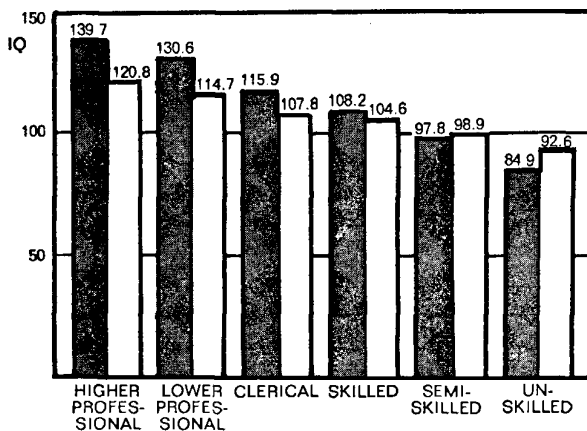


Abb. 3: Soziale Klasse und Intelligenz. Die linke Säule gibt jeweils den durchschnittlichen IQ der Eltern und die rechte den der Kinder an (nach Burt, 1960, aus Bodmer & Cavalli-Sforza, 1970).

In der Untersuchung von Burt (1960) ergaben sich die in Abb. 3 angegebenen Daten. Hierbei sei auf den Umstand hingewiesen, daß der IQ der Kinder im Mittel genau zwischen dem der Eltern und dem Bevölkerungsschnitt liegt. Dies kann als Einfluß der außer-familiären Umwelt interpretiert werden. Ein hoher genetischer An-

teil an der Ausbildung des IQ hätte zu ähnlicheren Werten zwischen Eltern und Kindern führen müssen. Derartige Befunde sind darüber hinaus mit einer Vielzahl realer Beobachtungen konfrontiert worden. Das fängt mit dem nachweisbaren Interviewer-Effekt an (Weiße befragen Schwarze). Im Army Alpha Test der US-Army, einer sicherlich „unverdächtigen“ Quelle, zeigten Schwarze aus den Nordstaaten einen höheren IQ als Weiße aus dem Süden. Der für den unterschiedlichen IQ verantwortliche Hintergrund, die Schule und weitere Sozialisationsinstanzen, wird hier ersichtlich und ist in einer Studie (Lee, 1951) belegt worden.

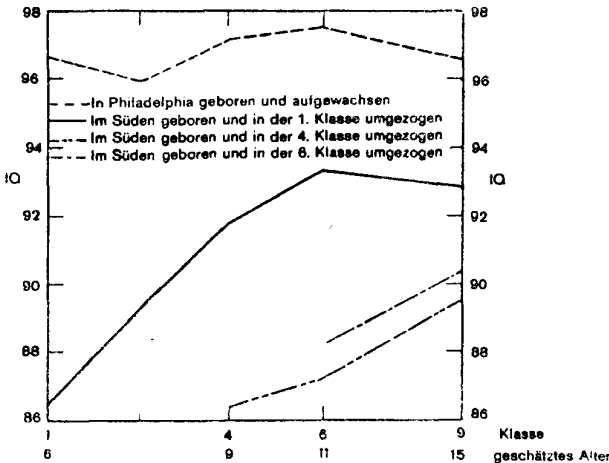


Abb. 4: Veränderungen in den Intelligenzwerten von Negerkindern, die im Süden geboren wurden und dann nach Norden (Philadelphia) umzogen, verglichen mit den Werten in Philadelphia geborener Negerkinder (nach Lee, 1951, aus Bloom, 1971).

Dies erklärt auch das Ergebnis des Coleman-Reports, der bislang als Kronzeuge für die Erbllichkeit der Intelligenz ins Feld geführt wurde. In ihm wurde eine niedrigere Intelligenz der Neger (in den USA) im Vergleich zu den ebenfalls diskriminierten Indianern nachgewiesen. Diese Unterschiede lassen sich jedoch auch auf dem Hintergrund der großen Neger-slums und des amerikanischen Bildungswesens interpretieren, ganz abgesehen von der besonderen Diskriminierung der Neger.

IV. Familienuntersuchungen

Mit den bisher dargestellten Methoden zum Vergleich verschiedener Gruppen (Rassen, Klassen) ist eine Aussage über die Erbllichkeit der Intelligenz nicht möglich, da das Zusammenwirken von Erb- und Umweltfaktoren nicht überschaubar gemacht werden kann. Versucht

man nun, eine der beiden Komponenten methodisch zu erfassen, so kommt man zur Untersuchung von Verwandtschaftsgruppen. Entsprechend den Vererbungsgesetzen erhalten die Kinder die eine Hälfte ihrer Gene von der Mutter, die andere vom Vater. Geschwister und zweieiige Zwillinge besitzen im Mittel die Hälfte aller Gene gemeinsam, eineiige Zwillinge dagegen sind genetisch identisch. Betrachtet man nun das Merkmal Intelligenz, so fällt auf, daß zwischen den Intelligenzquotienten von Verwandten und Verwandtschaftsgrad eine mehr oder weniger große Korrelation zu beobachten ist. Die Korrelation wird mit dem Korrelationskoeffizienten ausgedrückt. Er bewegt sich zwischen den Werten $+1$ (vollständiger positiver Zusammenhang), 0 (völlige Unabhängigkeit) und -1 (vollständiger negativer Zusammenhang).

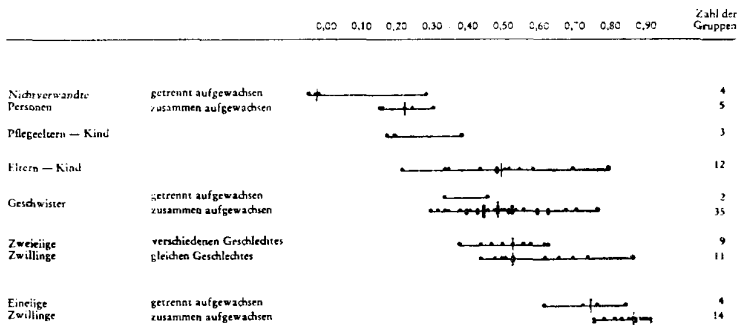


Abb. 5: Korrelationskoeffizienten für den IQ zwischen Personen verschiedenen Verwandtschaftsgrades. Auf jeder horizontalen Linie sind die in den einzelnen Untersuchungen gefundenen Korrelationskoeffizienten eingetragen, der Mittelwert daraus ist durch eine vertikale Linie markiert (nach Erlenmeyer-Kimling und Jarvik, 1963, aus Zerbin-Rüdin, 1975).

In der Abbildung 5 ist ein Anstieg der Korrelationskoeffizienten mit zunehmendem Verwandtschaftsgrad festzustellen. Die Arbeit von Erlenmeyer-Kimling und Jarvik (1963) ist das Resultat einer Aufarbeitung von 32 Studien der letzten 50 Jahre mit über 30 000 Probanden. Da sie häufig in der Literatur zitiert wird, soll sie hier Grundlage einer methodenkritischen Untersuchung sein. Die in der Abbildung dargestellten Korrelationskoeffizienten weisen bei den meisten Verwandtschaftsbeziehungen eine große Variationsbreite auf. Betrachtet man die Mittelwerte, so betragen bei der Eltern-Kind-Gruppe die Korrelationen $0,5$, bei Geschwistern, die zusammen aufwuchsen, $0,49$, bei zweieiigen Zwillingen ohne Berücksichtigung des Geschlechts $0,53$. Eine Korrelation von 0 wird bei getrennt aufwachsenden nichtverwandten Personen erwartet. Wie aus der Abbildung zu ersehen ist, weist diese Gruppe im Mittel einen Korrelationskoeffizienten von $-0,01$ auf. Bei nichtverwandten Personen,

die zusammen aufwuchsen, wurden im Mittel Korrelationskoeffizienten von 0,23 gefunden. Die Untersuchungen der eineiigen Zwillingpaare ergaben einen mittleren Korrelationskoeffizienten von 0,87 für zusammen aufgewachsene eineiige Zwillinge bzw. von 0,75 bei getrennt aufgewachsenen eineiigen Zwillingen. Vergleicht man die in den Untersuchungen gefundenen Korrelationskoeffizienten mit den theoretisch erwarteten Werten, so stellt man eine gewisse Ähnlichkeit fest. Um aber zur Beurteilung eines Merkmals bei Verwandten den jeweiligen Anteil an gemeinsamen Genen als ursächlich für die Ähnlichkeit ansehen zu können, müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein: 1. Das Merkmal ist ausschließlich erbbedingt, 2. alle beteiligten Gene sind gleich stark wirksam (additiv), 3. die Partnerwahl ist zufällig, d. h. die Auswahl des Partners darf nicht von der Ausprägung der Intelligenz abhängen. Da es kaum körperliche Merkmale gibt, die diese Bedingungen erfüllen, ist eine Übertragung auf sogenannte Persönlichkeitsmerkmale sehr problematisch.

1. Heim- und Pflegekinder

Durch den Vergleich der Korrelationswerte Eltern/Adoptivkinder bzw. Eltern/eigene Kinder, hofft man, Einflüsse des Erbguts bzw. der Umwelt aufzuschlüsseln zu können. Die Korrelationswerte für die Gruppe „Eltern/eigene Kinder“ liegen über denen der Gruppe „Eltern/Adoptivkinder“, bei denen nur die Umweltkomponente bei der Untersuchung eine Rolle spielt. Die wesentlichen Fehlerquellen dieser Methode wurden von Anastasi (1958) und Woodsworth (1941) aufgezeigt. Neben Unterschieden in der psychischen Situation von Pflegekindern im Vergleich zu eigenen Kindern ist auch die Einstellung von Pflegeeltern im Vergleich zur Einstellung natürlicher Eltern unterschiedlich. Außerdem werden Umwelteinflüsse nicht erfaßt, die vor, während und nach der Geburt bis zur Adoption auf das Kind einwirken. Häufig unterscheidet sich das Kultur-niveau in Pflegefamilien und Vergleichsfamilien. Skeels (1966) und Skodak (1967) verfolgten ab 1932 drei Gruppen von Pflegekindern, bei denen eine pädiatrische Untersuchung keine Anomalien in psychischer oder physischer Hinsicht ergeben hatte, die aber ganz unterschiedlicher sozialer Herkunft waren (unehelich, niedriges Berufsniveau der Eltern, geistig retardierte Mütter) und unter unterschiedlichen Bedingungen (Adoptivfamilien, Waisenheime) aufwuchsen. Der Vergleich der Untersuchungsergebnisse dieser drei Gruppen zeigt eine enorme Variationsbreite des Merkmals Intelligenz, wobei die Umwelt hemmend (Heim) oder fördernd (Familie) wirkte.

2. Zwillingsmethoden

Die größte Übereinstimmung der Korrelationskoeffizienten sind bei eineiigen Zwillingen zu finden. Bezüglich eines Merkmals können Zwillinge entweder konkordant sein, d. h. beide Partner weisen eine bestimmte Eigenschaft auf, oder sie fehlt bei beiden, oder sie sind diskordant, d. h. nur ein Partner eines Paares besitzt das Merkmal. Da eineiige Zwillinge genetisch identisch sind, hofft man nun,

bei einem Vergleich von eineiigen mit zweieiigen Zwillingen eine Abgrenzung von genetischer Varianz gegenüber Umweltvarianz zu erzielen. Dazu sind folgende Prämissen notwendig (Schepank 1974): 1. Ein Zwilling unterscheidet sich nicht nennenswert von einem Einling. 2. Die relevanten psychologisch-sozialen Einflüsse sind in der Kindheit jeweils für ein zusammen aufgewachsenes Zwillingenpaar annähernd gleich. 3. Eineiige Zwillinge sind erbgleich. 4. Zweieiige Zwillinge sind erbverschieden, sie verhalten sich bezüglich ihrer Genausstattung wie Geschwister. 5. Die Diagnose, ob ein- oder zweieiige Zwillinge vorliegen, kann mit hinreichender Sicherheit gestellt werden.

Treffen diese Voraussetzungen zu, so kann man unter Vernachlässigung den Gen-Umwelt-Interaktionen (siehe Abschnitt V) folgende Hypothese aufstellen (Schepank, 1974): Sind bei einem Vergleich einer Serie von eineiigen Zwillingen mit einer Serie von zweieiigen Zwillingen die gefundenen Konkordanzraten der eineiigen Zwillinge signifikant höher als die der zweieiigen Zwillinge, so ist das betrachtete Merkmal von Erbfaktoren beeinflusst (= Nachweis von Erblichkeit). Die Unterschiede zwischen Partnern eines eineiigen Zwillingenpaares müssen umweltbedingt sein (= Nachweis von Umweltbedingtheit).

Die Methoden, die hier zur Anwendung kommen, lassen sich in zwei Versuchsanordnungen gliedern, bei denen entweder der Umweltfaktor oder die Erbvariable konstant sind. Die klassische Zwillingenmethode, die eineiige und zweieiige Zwillingenpaare vergleicht, geht davon aus, daß der Umweltfaktor konstant ist. Da eineiige Zwillinge erbgleich und zweieiige Zwillinge etwa zur Hälfte erbverschieden sind, zeigen Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen Erblichkeit an. Die Methoden, die identisches Erbgut voraussetzen, sind nur bei eineiigen Zwillingenpaaren anwendbar. Entweder betrachtet man getrennt aufgewachsene eineiige Zwillinge und vergleicht deren Ergebnisse, oder man setzt nur einen Partner eines eineiigen Zwillingenpaares einem bestimmten Einfluß aus. Bei dieser Methode (Co-twin-control) wird in einer Serie von Zwillingen von anfangs gleichem Entwicklungsstand jeweils einem Zwilling eine Lernchance geboten, während man den anderen als Kontrolle unbeeinflusst läßt. Die Überprüfung des Endzustandes ermöglicht dann eine Aussage über die genetische Stabilität bzw. über die Umweltlabilität des untersuchten Merkmals.

Bei den unter 1—5 genannten Prämissen sind die Punkte 3—5 unproblematisch, wobei für die Diagnose der Eeiigkeit Blutgruppen- und Serumuntersuchungen, eventuell Transplantationen notwendig sind, die erst in neuerer Zeit möglich sind, so daß ältere Daten mit einer diagnostischen Unsicherheit behaftet sind. Zur 1. und 2. Prämisse gibt es viele Kritiker (Literaturzitate siehe u. a. v. Bracken, 1969), da die Zwillingssituation nicht nur in biologischer, sondern auch in psychologischer Hinsicht Besonderheiten aufweist. Der psychosoziale Sonderstatus aller Zwillinge ist vom Einling verschieden,

da Zwillinge die mütterliche Zuwendung, Zeit, Pflege mit dem Zwillingsgeschwister teilen müssen. Der Zwillingspartner ist ständiger Spiel- und Kontaktpartner, kann aber auch Konkurrent in vielen Bedürfnissen sein. Oft kommt es zu besonderen sozialen Umgangsformen der Betreuer mit den Zwillingen und der Zwillinge untereinander. Die psychologischen Umwelteinflüsse innerhalb eines Paares können für jeden Partner durchaus verschieden sein, abhängig vom Verhalten der Eltern, von einschneidenden Erlebnissen wie Krankheit, Unfall usw. Weiterhin ist es problematisch, die Umweltvarianzen für eineiige und zweieiige Zwillinge gleichzusetzen, da elterliche Verhaltensweisen sicher beeinflussbar sind vom unterschiedlichen oder gleichartigen Verhalten bei den verschiedenen Zwillingstypen. Ferner wurde beobachtet, daß eineiige Zwillinge mehr Zeit miteinander verbringen als zweieiige Zwillinge, d. h. die psychosozialen Umwelteinflüsse können quantitativ unterschiedlich sein. Bei eineiigen Zwillingen kann es zu einem Gleichheitsstreben kommen, bei zweieiigen Zwillingen zu einem Differenzierungsbedürfnis (Husén, 1960). Diese Einwände gelten besonders für die klassische Zwillingismethode.

Bezüglich des Untersuchungsmaterials sind bei allen Zwillingungsvergleichen folgende Voraussetzungen notwendig: alle zu vergleichenden Zwillingspaare sollten der gleichen Population entstammen, über deren Erb- und Umweltdeterminanten Aussagen gemacht werden sollen. Sie sollten übereinstimmen im Alter, Geschlecht, der kulturellen und geographischen Herkunft. Vergleiche zwischen eineiigen und zweieiigen Zwillingen unterschiedlichen Alters sind fragwürdig, da das Alter für das zu untersuchende Merkmal sehr wesentlich sein kann. Für die Materialgewinnung sind Serien von Zwillingen erforderlich, Einzelkasuistik und Sammelkasuistik unterliegen zu großen methodischen Mängeln. Bei der Gewinnung von Serien müssen bestimmte Kriterien erfüllt sein (Literaturübersicht siehe Vogel, 1961), von denen Repräsentativität und Auslesefreiheit als besonders wesentlich erscheinen. Die untersuchte Zwillingpopulation soll weitgehend repräsentativ sein für die Gesamtbevölkerung in Hinblick auf soziale Schichtung, Beruf, Einkommen, Geschlecht, Alter, Konfession und geographische Lage. Es soll keine Auswahl nach Interessantheit stattfinden, was der Fall wäre, wenn ein am Nachweis des Erbes interessierter Forscher nur eineiige Zwillingspaare, die bezüglich der Intelligenzausprägung übereinstimmen, bzw. nicht übereinstimmende zweieiige Zwillingspaare betrachtet und ein Umwelttheoretiker nur eineiige Zwillingspaare, die Unterschiede aufweisen. Bei Berücksichtigung aller dieser Einwände und Voraussetzungen verlieren die von Erlenmeyer-Kimling und Jarvik (1963) zusammengestellten Daten an Aussagekraft, zumal sie eine Zeitspanne von ca. zwei Generationen umfassen. Es wurden keine einheitlichen Intelligenztests verwendet, der Stichprobenumfang der einzelnen Gruppen war unterschiedlich groß, außerdem unterschieden sich die Probanden im Alter, der kulturellen, sozioökonomischen und geographischen Herkunft. Zu der Schwierigkeit, eine genügend

große Anzahl von Zwillingspaaren zu erhalten, die auch noch die oben genannten Kriterien erfüllen, kommt hinzu, daß beim Menschen die einflußnehmenden Umweltparameter nicht standardisiert werden können, was Konsequenzen für die statistische Analyse hat.

V. Erbe—Umwelt—Wechselwirkungen

Im Zusammenhang mit der Hinterfragung der Untersuchungen der Merkmalskorrelationen von Verwandten wurden drei Bedingungen genannt (S. 242), unter denen die gemessenen Korrelationskoeffizienten der IQ-Werte der Verwandten mit den theoretisch erwarteten Werten übereinstimmen. Dazu gehörte die Bedeutungslosigkeit des Umwelteinflusses, eine additive Genwirkung und die Unabhängigkeit der Partnerwahl von der Merkmalsausprägung. Obwohl diese Voraussetzungen für den IQ nicht vorliegen, wird die experimentell gefundene Übereinstimmung der Korrelationskoeffizienten mit den theoretisch ermittelten dazu benutzt, die Erbllichkeit der Intelligenz zu beweisen. Die Unsinnigkeit dieser Schlußfolgerung liegt auf der Hand. In den sehr zahlreichen Familienuntersuchungen ist es nicht möglich, genetische Einflüsse von Umwelteinflüssen zu trennen (Literaturübersicht siehe u. a. Ritter und Engel, 1974). Alle formalgenetischen Modelle, die zur Interpretation der Variabilität der Intelligenz entwickelt wurden (Hurst, 1932, Pickford, 1949, Burt und Howard, 1956), reichen offensichtlich nicht aus, die bisher vorliegenden Familiendaten widerspruchsfrei zu interpretieren (Fuller und Thompson, 1960).

Komplizierter wird die Analyse in den Fällen, wo der anteilige Einfluß von Erbe und Umwelt in Familienuntersuchungen auf Grund eines formalgenetischen Modells analysiert werden soll. Hier werden die einzelnen Komponenten untersucht, die bei der Ausprägung des Merkmals Intelligenz beteiligt sein können. Im Regelfall, mit dem wir uns hier auseinandersetzen wollen, wird die Intelligenz, gemessen durch den IQ, als ein quantitatives, von einer Vielzahl von Genen bedingtes Merkmal aufgefaßt. Im Kausalmodell, das der Züchtungsforschung entlehnt wird (Le Roy, 1966), sieht das aus wie in Abb. 6.

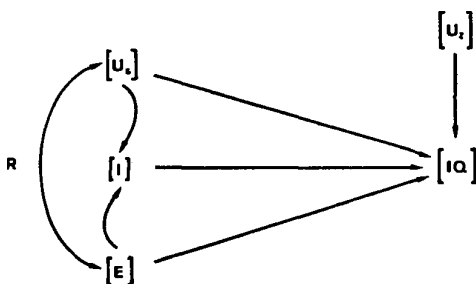


Abb. 6: Kausalmodell der möglichen Einflußgrößen auf die Ausprägung des IQ (siehe Text).

In diesem Modell werden bei der Ausprägung des Merkmals IQ vier Einflußgrößen angenommen, und zwar können Veränderungen im IQ durch Variation des Erbgutes [E] (Genotyp), durch systematische Umweltveränderungen [U_s], durch Interaktionen [I] oder Korrelationen R zwischen diesen beiden Faktoren und durch Zufallsschwankungen [U_z] in der Umwelt hervorgerufen werden. Die Umwelteinwirkungen mit Zufallscharakter sind am ehesten als Meßwertfehler zu kennzeichnen und daher für unsere Betrachtungen am wenigstens interessant. Dagegen stellen die systematischen Umwelteinwirkungen die Kausalfaktoren dar, die zum Beispiel durch das Aufwachsen der Probanden in unterschiedlichen Familien, Klassen, Schichten, Rassen etc. hervorgerufen werden können. Der Genotyp (Erbgut), hier nicht in weitere Komponenten unterteilt, kann nun mit diesen systematischen Umwelteinflüssen korreliert sein. Darunter versteht man zum Beispiel, unter der Annahme der Existenz von besseren und schlechteren Genotypen, die durch die Benachteiligung des schlechteren bzw. durch die Bevorzugung des besseren Genotyps hervorgerufenen Änderungen des IQ (double advantage). Interaktionen sind davon grundsätzlich zu unterscheiden. Sie werden durch Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Genotyp erzeugt und bedeuten eine genetisch determinierte unterschiedliche Reaktion (Intelligenzleistung) in verschiedenen Umwelten. Hierzu ein Beispiel: Phenylketonurie (PKU) ist eine Stoffwechselerkrankung, die zu hochgradigem Schwachsinn führt. Der Erbgang ist autosomal rezessiv, das heißt nur solche Individuen sind von der Krankheit betroffen, die das Gen (Erbanlage) in doppelter Dosis besitzen (Homozygote). Werden nun solche Kinder rechtzeitig mit einer — sehr teuren³ — Spezialdiät ernährt, so erlangen sie normale Intelligenz. Nehmen wir an, wir hätten Geschwister oder ein zweieiiges Zwillingspaar untersucht, von denen einer die Anlage für PKU in doppelter Dosis besitzt. Dann ergibt sich für die Ausprägung des Merkmals IQ für die Zwillinge in einer normalen Umwelt (normale Ernährung) bzw. in einer Umwelt mit Spezialdiät das Bild wie in Abb. 7. Die unterschiedlichen Intelligenzleistungen der Geschwister beruhen in diesem Fall auf der Wechselwirkung zwischen Genotyp und Umwelt.

In der Tier- und Pflanzenzüchtung kann die Versuchsanlage so gewählt werden, daß Korrelationen und Interaktionen zwischen Genotyp und Umwelt nahezu gleich Null sind und vernachlässigt werden können. Da die Auswahl der Probanden nicht so geschehen kann, daß Korrelationen und Interaktionen bedeutungslos sind, führt die Vernachlässigung dieser Komponenten zu einer Erhöhung des vermeintlichen Anteils der genetischen Varianz und damit zu einer

3 Die Diät würde für eine Familie mit einem kranken Kind (PKU) in den ersten sechs Lebensjahren ca. 12 000 DM zusätzliche Belastung bedeuten. Allerdings würden die Kosten für die Pflege und Behandlung eines PKU-Patienten insgesamt etwa das Zehnfache betragen (Jones and Bodmer, 1975).

Überschätzung der genetischen Determiniertheit der Intelligenz. Dies gilt sowohl für Untersuchungen zwischen verschiedenen Gruppen (Schichten, Rassen etc.) als auch für Korrelationsvergleiche bei Verwandten.

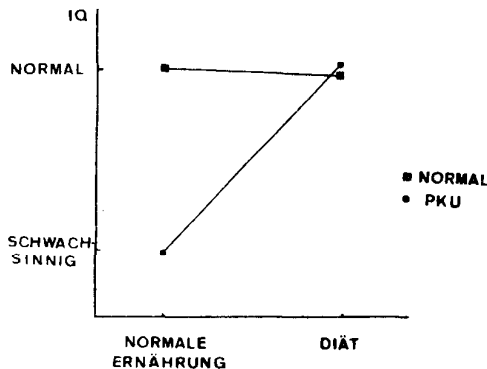


Abb. 7: Beispiel einer Genotyp-Umwelt-Interaktion bei Geschwistern, von denen einer homozygoter Träger der Erbanlage für PKU ist (hypothetische IQ-Werte).

Eine weitere Verringerung der Validität dieses klassischen Modells liegt neben der Schwierigkeit einer nicht experimentellen Situation darin, daß die Intelligenz das Ergebnis eines langen und komplexen Lernvorganges darstellt. Dabei wird nicht nur rein biologische Vererbung, sondern auch „kulturelle Vererbung“ eine bedeutende Rolle spielen. Cavalli-Sforza und Feldman (1973) haben das klassische Modell unter Formalisierung dieser kulturellen Komponente erweitert. Unter Berücksichtigung einer Eltern-Kind-Beeinflussung konnten sie zeigen, daß die Zweifel an der Evidenz der Ergebnisse über die biologische Erblichkeit der Intelligenz, die auf Korrelationsuntersuchungen von Verwandten beruhen, vollauf berechtigt sind. In einer weiteren Untersuchung über die Bedeutung statistischer Analysen auf der Grundlage etwa des biometrischen Modells (Varianzanalyse) kommen Feldman und Lewontin (1975) zu der Schlußfolgerung, daß der einfache Schätzwert der Heritabilität (Erblichkeit), der die Eltern-Kind-Beeinflussung ebenfalls nicht berücksichtigt, nahezu informationslos für jedes ernste Problem der Humangenetik ist.

Welche Konsequenzen sind nun aus dieser Methodenkritik zu ziehen? Einmal können wir feststellen, daß in der nicht empirischen Situation das klassische Modell für die Untersuchung der Erblichkeit der Intelligenz völlig ungenügend ist, insbesondere, wenn die Wechselwirkungen zwischen Erbe und Umwelt vernachlässigt werden. Schätzwerte, die daraus resultieren, können nur als Maximalwert für den Einfluß des Erbes bzw. als untere Grenze für die Wirkung der Umwelt angesehen werden. Zum anderen ist Intelligenz nicht nur abhängig von der morphologischen und physiologischen Aus-

prägung zum Beispiel des Nervensystems, sondern auch das Ergebnis eines langen und komplexen Lernvorganges. Bei der Analyse experimenteller Daten müssen daher Modelle benutzt werden, die diese Lernkomponente berücksichtigen. Darunter fallen Wechselwirkungen zwischen Eltern und Kind, zwischen Lehrern und Schülern oder zwischen Gleichaltrigen usw. Eine Möglichkeit zur Untersuchung der Bedeutung von biologischer gegenüber „kultureller“ Erblichkeit ist in Parallelstudien von adoptierten und biologischen Kindern zu sehen (Cavalli-Sforza & Feldman, 1973).

Eine methodische Variante stellt die von Weiß (1972) vertretene Position dar. Diese leugnet zwar nicht die gesellschaftliche Bedingtheit menschlicher Leistung, die Struktur der Gesellschaft (DDR) liefere aber den Grund zu der Annahme, daß durch die Aufhebung der Bildungsschranken die menschliche Leistung (in dem hier betrachteten Fall die mathematisch-technische Intelligenz) weitgehend ihrer materiellen Grundlage, dem Genotyp, entspreche. Denn der mathematisch-technische Erbfaktor wird definiert als ein Allel (Erbanlage), „das für den Träger der doppelten Gendosis unter den gegenwärtigen sozialen Bedingungen die unerläßliche Voraussetzung für die Ausübung solcher Berufe wie Diplom-Mathematiker ... ist“. Hier wird der Einfluß der Umwelt benutzt, um ihn wieder auszuschalten: gerade die gesellschaftlichen Bedingungen sollen die Möglichkeiten erzeugen, daß jeder nach seiner Erbanlage beschäftigt wird. So wird durch die Hintertür der gesellschaftliche Einfluß auf die Variabilität menschlicher Leistungsfähigkeit gleich Null gesetzt und das mechanistische Modell eines additiven Verhältnisses von Erbe und Umwelt steht wieder Pate. Diese Entwicklung wurde denn auch gleich von konservativ bürgerlichen Richtungen als Abkehr vom pädagogischen Optimismus gefeiert (Mohr, 1974). In diesem Modell wird die statistische Analyse stark vereinfacht, indem den einzelnen Berufsgruppen bestimmte Genotypen zugeordnet werden. Die Konsequenzen für die Gesellschaft sind allerdings erschreckend. Denn da das Gen „für die mathematisch-technisch-strategische Begabung unerläßliche Voraussetzung ist“, können zum Beispiel nur Eltern aus den Kategorien A 1—A 3 (vom Diplom-Mathematiker bis zum VVB-Direktor) Kinder für den gleichen Beruf zeugen. Kinder von Elektrikern bis hin zur Verkäuferin (nach 1940 geboren) oder dem Funktionär mittlerer Qualifikation (Kategorien E bis D) bleiben in diesen Gruppen. Einer erhöhten Anforderung der Industrie oder Wirtschaft an mathematisch-technischer Intelligenz müßte durch entsprechende Heiratsvorschriften vorausgeplant werden.

Abschließend können wir feststellen, daß Analysen der Erblichkeit der Intelligenz, gemessen durch den IQ o. ä., auf Modellen basieren, die die Vorstellungen, Meinungen und Überzeugungen des Untersuchenden beinhalten. Und in dem Maße, wie sich die unterlegten Modelle unterscheiden, unterscheiden sich auch die Schlußfolgerungen aus den experimentellen Daten über die Rolle des Erbgutes bei der Ausprägung des Merkmales Intelligenz (vgl. Jinks und Eaves,

1974). In unserem Fall bedeutet dies, daß „Umweltanhänger“ Modelle bevorzugen, die die Bedeutung der Modifikabilität des IQ hervorheben; Vertreter der genetischen Fixierung des IQ übernehmen dagegen Modelle, die es gestatten, genetische Variabilität von beträchtlichem Umfang nachzuweisen. Somit kommt zu der Schwierigkeit bei der Datenauswahl (S. 244) zusätzlich ein ideologisches Moment: die Wahl des entsprechenden Auswertungsmodells. Eine Einschätzung ist in diesem Fall sehr schwierig, da auf Grund der im allgemeinen geringen mathematischen Kenntnisse der Leser der Einfluß auf die Gewichtung der verschiedenen Komponenten von diesen nicht beurteilt werden kann. Das komplizierte mathematische Modell trägt in vielen Fällen somit dazu bei, über den Wert oder Unwert der Untersuchung hinwegzutäuschen. Hilfreich ist hierbei das häufig anzutreffende Vorurteil, daß bei der Anwendung von exakten mathematischen Methoden notwendigerweise die Aussagekraft und die Güte der Ergebnisse positiv beeinflußt werden.

VI. Resümee

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß intelligentes Verhalten nicht von seinen organischen Voraussetzungen getrennt werden kann. Bei Störungen des Zentralnervensystems oder der Genstruktur sind Abweichungen der Intelligenz zu beobachten. Intelligenzleistungen hängen unzweifelhaft sowohl von der genetischen Basis als auch von Umwelteinflüssen ab, wobei zwischen den beiden Determinanten Interaktionen zu erwarten sind. Diese sind bisher aber nicht systematisch untersucht worden. Eine prozentuale Festlegung des genetischen oder umweltbedingten Anteils an der Ausbildung der Intelligenz ist daher nicht möglich. Unabhängig davon, welcher Anteil im Endeffekt der Vererbung zugeordnet wird, muß berücksichtigt werden, daß der Genotyp eines Individuums nichts anderes darstellt als eine Reaktionsnorm für die verschiedenen Merkmalsbildungen, ob aber und in welcher Weise die Potenzen realisiert werden, hängt von der inneren und äußeren Umwelt ab.

Literatur

- Anastasi, A. (1958): *Differential Psychology*, New York (Macmillan) 3rd ed.
- Arnold, W. (1973): Begabung: angeboren oder erworben?, *Umschau in Wissenschaft und Technik*, 73, 332–335.
- Bloom, B. S. (1971): Stabilität und Veränderung menschlicher Merkmale, *Weinheim* (Beltz), dt. Übers.
- Bodmer, W. F. & Cavalli-Sforza, L. L. (1970): Intelligence and Race, *Scientific American*, 223, No. 4, 19–29.
- Bracken, H. (1969): Humangenetische Psychologie, in: Becker, P. E. (Hrsg.): *Humangenetik* Bd. 1/2, Stuttgart (Thieme).
- Burt, C. (1960): nach Bodmer, W. F. & Cavalli-Sforza, L. L., 1970.
- & Howard, M. (1956): The multifactorial theory of inheritance and its application to intelligence, *Brit. J. stat. Psych.*, 9, 95.
- Cavalli-Sforza, L. L. & Feldman, M. W. (1973): Cultural versus biological inheritance: Phenotypic transmission from parents to children (A theory of the effect of parental phenotypes on children phenotypes), *Am. J. Hum. Genet.*, 25, 618–637.
- Erlenmeyer-Kimling, L. & Jarvik, L. F. (1963): Genetics and Intelligence: A review, *Science*, 142, 1477–1479.
- Eysenck, H.-J. (1976): Intelligenz, *Bild der Wissenschaft*, X, 13, Nr. 1, 80–86.
- Feldman, M. W. & Lewontin, R. C. (1975): The heritability hang-up, *Science*, 190, 1163–1168.

- Fuller, J. L. & Thompson, W. R. (1960): Behavior Genetics, New York (Wiley).
- Goldau, A., Jeske, H., Landsberg, J.-W. & Schmitt, M. (1974): Biologische Argumente gegen das Aggressionskonzept von Lorenz, *Argument*, Nr. 88, 819—826.
- Hudson, W. (1960): Pictorial depth perception in sub-cultural groups in Africa, *J. soc. Psychol.*, 52, 183—208.
- (1962): Pictorial perception and educational adaptation in Africa, *Psychol. Africana*, 9, 226—239.
- Hurst, C. C. (1932): A genetic formula for the inheritance of intelligence in man, *Proc. Roy. Soc. Lond.*, 112, 80.
- Husén, T. (1960): Abilities of twins, *Scand. J. Psychol.*, 1, 125.
- Jensen, A. R. (1969): How much can we boost IQ and scholastic achievement?, *Harvard Educational Review*, 39, No. 1, 1—123.
- Jinks, J. L. & Eaves, L. J. (1974): IQ and inequality, *Nature*, 248, 287—289.
- Jones, A. & Bodmer, W. (1975): Our future inheritance: choice or chance, Oxford (University Press).
- Kennedy, W. A., Van de Riet, V. & White, J. C., Jr. (1963): A normative sample of intelligence and achievement of Negro elementary school children in the Southeastern United States, *Monogr. Soc. Res. Child Developm.*, 28, No. 6.
- Lee, E. S. (1951): Negro intelligence and selective migration: A Philadelphia test of the Klineberg hypothesis, *Am. Social Rev.*, 16, 227—233.
- Le Roy, H. L. (1966): Elemente der Tierzucht, München (Bayr. Landwirtschaftsverl.).
- Mohr, H. (1974): Talente — vererbt oder anerzogen?, *Biol. in unserer Zeit*, 1, 29—30.
- Pickford, R. W. (1949): The genetics of intelligence, *J. Psych.*, 28, 129.
- Ritter, H. & Engel, W. (1974): Genetik und Begabung, in Roth, H. (Hrsg.): *Begabung und Lernen*, Stuttgart (Klett).
- Rivers, W. H. R. (1901): 'Vision', in Haddon, A. C. (ed.): *Reports of the Cambridge Anthropological Expedition to the Torres Straits*, Cambridge (University Press).
- Schepank, H. (1974): Erb- und Umweltfaktoren bei Neurosen (Tiefenpsychologische Untersuchungen an 50 Zwillingspaaren), Berlin (Springer).
- Schneewind, K. A. (1975): Intelligenzforschung: Aufwärmen oder Anheizen?, *Psychologie heute*, 2, Nr. 11, 40.
- Skeels, H. M. (1966): Adult status of children with contrasting early life experiences, *Mon. Soc. for Res. in Child Development*, 31, No. 3.
- Skodak, M. (1968): Adult status of individuals who experienced early intervention, Reigate (Jackson).
- Spuhler, J. N. & Lindzey, G. (1967): Racial differences in behavior, in Hirsch, J. (ed.): *Behavior Genetic Analysis*, New York (McGraw-Hill).
- Vernon, P. E. (1969): Intelligence and cultural environment, London (Methuen).
- Vogel, F. (1961): *Lehrbuch der allgemeinen Humangenetik*, Berlin (Springer).
- Weiß, V. (1972): Empirische Untersuchung zu einer Hypothese über den autosomal-rezessiven Erbgang der mathematisch-technischen Begabung, *Biol. Zbl.*, 91, 429—435.
- Woodworth, R. S. (1941): Heredity and environment, *Soc. Sci. Res. Council Bull.* 47.
- Zerbin-Rüdin, E. (1969): Die genetischen Aspekte der Intelligenz, in Lückert, H. R. (Hrsg.): *Begabungsforschung und Bildungsförderung als Gegenwartsaufgabe*, München (Reinhardt).
- (1975): Vererbung der Intelligenz, *Verh. dt. zool. Ges.*, 68, 29—39.
- Zimmer, D. E. (1974): Der Streit um die Intelligenz, *Die Zeit*, Nr. 42—45.
- (1975): Der Streit um die Intelligenz — IQ: ererbte oder erworbene, München (Hanser).

Christoph Kievenheim

Zur Diskussion der Klassenstruktur

I. Aktuelle Aspekte und Grundfragen der Kontroverse

Daß Untersuchungen zur Klassen- und Sozialstruktur keine Spielwiese linker Sozialwissenschaftler darstellen, sondern vielmehr einen unmittelbaren Bezug zu den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen haben, verdeutlicht sich in der gegenwärtigen Krise: „Entschlackungs“- , „Sanierungs“- und „Sparprogramme“, welche auf die Vergünstigung der Akkumulationsmöglichkeiten privater Kapitaleigner abzielen, setzen propagandistisch an sozialen Differenzierungen innerhalb der lohnabhängigen Bevölkerung an, Mehrheiten sollen gegen Minderheiten mobilisiert werden, damit sich die eigentliche Minderheit großer Produktionsmittelbesitzer um so ungeschorener in einem Klima des Vertrauens und Verständnisses für die „Belange der Wirtschaft“ gesellschaftlichen Reichtum aneignen kann. „Verbraucher“ werden gegen Lohnempfänger, Arbeiter gegen die „privilegierten Beamten“ aufgebracht, die Auswirkungen kapitalistischen Wirtschaftens an der Peripherie erhalten die Aktualität einer „neuen sozialen Frage“. Kein Zweifel, daß diese Taktik einstweilen Erfolg hat und die einen von den anderen denken, sie hätten „zu gut gelebt“.

Marxistisch orientierte Klassenstrukturanalyse hat Licht in die „Schichtung der Lebenslagen“ zu bringen, den Zusammenhang zwischen dem „Schicksal“ der Produzenten und der Konsumenten, der Arbeiter und der Staatsbediensteten transparent zu machen, ihre Ursachen und sozialen Inhalte zu klären. Sie hat Grundlagen zur Bestimmung der Wege zu liefern, auf denen sich die tradierten Strukturen kapitalistischer Ökonomie in rationalere, den materiellen Interessen der Mehrheit und den Forderungen der gesellschaftlichen Produktivkraftentwicklung entsprechende transformieren lassen.

Die Entwicklung der Diskussion über die Klassen- und Sozialstruktur in der westdeutschen und westberliner Linken reflektiert letztlich die Entwicklung ihrer Bewegung selbst. Ging es in der Studentenbewegung zunächst darum, die soziale Perspektive der eigenen Gruppe zu bestimmen, die oft fälschlich mit dem Zentrum emanzipatorischen Potentials verwechselt wurde, so förderten die ökonomischen Krisenerscheinungen und die Aktivitäten der Lohnarbeiter in der BRD seit 1967/68, die Massenkämpfe der Arbeiterbewegung in anderen westeuropäischen Ländern und schließlich das Scheitern gesellschaftlich isolierter politischer Praxis der linken In-

telligenz die Blickwendung der Analyse auf das Gesamtspektrum der Sozialstruktur und ihre antagonistischen Pole. Die nun im Bereich der Hochschulen forcierte Rezeption des Marxismus trägt freilich den Stempel jenes historischen Bruchs, den die Entwicklung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus und die Spaltung Deutschlands erfahren hatte: die konkrete Wahrnehmung eines selbstbewußt-aktiven Proletariats durch die Intelligenz mußte innerhalb der nationalen Grenzen rudimentär bleiben. Wo der Zwang zur Orientierung der theoretischen Entwicklung an den aktuellen Bedürfnissen der Bewegung sich dem Theoretiker nicht so offensichtlich ins Bewußtsein drängt, die Entwicklung der Widersprüche dieser Gesellschaft noch nicht voll durch das Ausmaß sozialer Konflikte markiert wird, besteht die Gefahr, daß sich Rekonstruktions- und Entwicklungsabsichten marxistischer Theorie in exegetischen Leistungen selbstbegrügen können. Die mit der Exegese verkündete Botschaft weist selbst wieder Spuren scheinbarer Unbeweglichkeit der Verhältnisse auf: die Strukturen des Kapitals werden nurmehr in ihrer ständigen Reproduktion, nicht aber in ihrer durch die objektiven und subjektiven Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung notwendig bedingten Modifikation analysiert. Aufschlußreich wäre der Vergleich von „Rekonstruktionsversuchen“ Marxscher Theorie in der BRD und in Frankreich, wo der entwickeltere Stand der Bewegung wesentliche Impulse geben konnte, marxistische Theorie zur Erkenntnis der Veränderungen im heutigen Kapitalismus weiterzuentwickeln, zumal der unmittelbare Zwang bestand, vom Standpunkt entwickelter Verhältnisse ein Programm zu formulieren, das dem Niveau spätkapitalistischer Vergesellschaftung gerecht wird.

Unter der Vielzahl von Arbeiten, die in den vergangenen Jahren aus dem Spektrum der intellektuellen Linken zu Problemen der Klassenstruktur produziert wurden, verdient die Studie des Projekts Klassenanalyse (PKA)¹ besondere Aufmerksamkeit. Es handelt sich — neben der Arbeit des IMSF zur Klassen- und Sozialstruktur der BRD² — um den bisher umfassendsten Versuch, das Gesamtfeld der Sozialstruktur der BRD in seiner Entwicklung seit 1950 sowohl theoretisch als auch empirisch in den Griff zu bekommen. Darüber

1 Projekt Klassenanalyse: Materialien zur Klassenstruktur der BRD (= Studien zur Klassenanalyse). Erster Teil: Theoretische Grundlagen und Kritiken, Berlin/West 1973 (zit. als Materialien I); Zweiter Teil: Grundrisse der Klassenverhältnisse, Berlin/West 1974 (zit. als Materialien II); sowie ders.: Klassen in der BRD. Analyse verschiedener Standpunkte. Berlin/West 1975 (zit. als Diskussionsband).

2 Beiträge des IMSF 3: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950 bis 1970. Theorie — Diskussion — Sozialstatistische Analyse. Teil I: Klassenstruktur und Klassentheorie. Theoretische Grundlagen der Diskussion, Frankfurt/M. 1972 (zit. als IMSF I); Teil II: Sozialstatistische Analyse, Frankfurt/M. 1973 (zit. als IMSF II); Teil III: Die Intelligenz in der BRD, Frankfurt/M. 1974 (zit. als IMSF III). Die entsprechenden Publikationen sind auch im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., erschienen.

hinaus leistet das Projekt eine ausführliche Kritik an den Publikationen des IMSF und anderen Arbeiten zur Klassenstrukturanalyse. Da kontroverse Fragen zum Teil mit den Einwänden Thomas Hagelstanges³ gegen die IMSF-Studie verwandt sind, sehen wir uns veranlaßt, die Auseinandersetzung mit zentralen Thesen des PKA mit einer Antwort auf Hagelstange zu verbinden.

Im Zentrum der theoretischen Kontroverse stehen zunächst drei Problemkomplexe, die selbstverständlich im Rahmen eines solchen auf die Klassenanalyse bezogenen kurzen Diskussionsbeitrages nicht erschöpfend behandelt werden können:

1. Wie vermittelt sich die ökonomische Struktur der Gesellschaft — hier speziell der kapitalistischen — zur Funktion von Klassen als geschichtlich handelnden Subjekten, Triebkräften des historischen Entwicklungsprozesses? Diese Frage wird unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Kritik der politischen Ökonomie und Klassen-theorie diskutiert.

2. Wie läßt sich die Beziehung der stofflichen Seite der gesellschaftlichen Arbeit zu ihrer Formbestimmung bzw. von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen fassen?

3. Erfährt die Durchsetzung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Produktion qualitative Wandlungen, die sich notwendig aus den vom Kapital selbst produzierten objektiven und subjektiven Triebkräften ergeben, oder handelt es sich um mehr oder weniger zufällige Modifikationen von Erscheinungsformen wesentlicher Zusammenhänge, die letztlich nur der jeweiligen empirischen Untersuchung der realhistorischen Verhältnisse zugänglich sind? Über den Bereich der Klassentheorie hinaus ergibt sich aus der unterschiedlichen Beantwortung dieser Frage die Kontroverse um den Stellenwert einer besonderen Theorie spätkapitalistischer Entwicklung — der Theorieansätze des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“.

Schnittpunkte zwischen den beiden ersten Fragen und der letzten Frage ergeben sich notwendig, weil die divergierende Gewichtung der Eigendynamik sowohl der Klassenbewegung als auch der Produktivkraftentwicklung zu einer kontroversen Beurteilung ihrer Wirkung auf die Veränderung der Durchsetzung der kapitalistischen Form gesellschaftlicher Arbeit und Aneignung führt.

II. Zur Frage des Klassenbegriffs und der Analyse der Arbeiterklasse

Thomas Hagelstange hat in seinen Bemerkungen zur Studie des IMSF zu Recht festgestellt, daß der Verweis auf die ökonomische Struktur als Basis der Klassenbeziehungen gemeinsames Postulat

3 Thomas Hagelstange: Probleme der Klassenanalyse. Anmerkungen zur Studie des IMSF, in: Zur Theorie des Monopolkapitals. Staat und Monopole (I), Argument-Sonderband 6 (1975), S. 199—209.

wohl aller marxistischen Autoren ist. Seiner Auffassung nach liegen die entscheidenden Differenzen zwischen den einzelnen Ansätzen in der unterschiedlichen Auffassung darüber, „was alles im Komplex der ökonomischen Verhältnisse enthalten und was hierin das Dominierende und Strukturbestimmende sei“ (Hagelstange, S. 201). Bezogen auf den Gegenstand der politischen Ökonomie und ihre zentralen Kategorien vermag Hagelstange seine Vermutung über grundlegende Divergenzen allerdings kaum zu belegen. Sie ist jedoch richtig, wenn spezieller nach dem Dominierenden und Bestimmenden in der Wirkung der ökonomischen Struktur auf die Klassenstruktur gefragt wird. In der Fixierung der kontroversen Auffassungen kann unseres Erachtens *zunächst* — d. h. auf der Ebene der Entwicklung des *Klassenbegriffs* — von jenen Problemen abgesehen werden, die das PKA wiederholt als Streitpunkte benannt hat: der Frage „nach dem Verhältnis von Ökonomie und politischem, rechtlichem etc. Überbau“ (Materialien I, S. 372), nach dem Einfluß politischer Zusammenhänge, geschichtlicher Erfahrungen und ideologischer Positionen auf das „politische Handeln der Subjekte“⁴. Die Studie des IMSF hatte sich nicht zur Aufgabe gestellt, diese Wechselbeziehungen zu untersuchen. Es ging ihr viel mehr darum, zunächst „den Zusammenhang der Handlungen und Ideologien der sozialen Gruppen mit ihrer *objektiven Stellung im System der Produktionsverhältnisse* und den daraus hervorgehenden Entwicklungstendenzen herzustellen“ (IMSF I, S. 4). Diese Frage muß deshalb am Ausgangspunkt klassentheoretischer Überlegungen stehen, weil es marxistischer Analyse nicht schlichtweg um die Konstituierung sozialer Ungleichheiten, sondern vielmehr in erster Linie um die Erkenntnis der Grundlagen des subjektiven Handelns der einzelnen Gruppen in den sozialen Konflikten und im Prozeß gesellschaftlicher Veränderung geht. Dieser Zusammenhang wird auch in den Argumentationen des PKA deutlich: Wenn es Klassen unmittelbar als „Personifikationen der ökonomischen Kategorien“ (Materialien I, S. 180) begreift, ihre Gliederung in der bürgerlichen Gesellschaft „unmittelbar aus dem Produktionsprozeß des Kapitals“ bestimmt (Materialien I, S. 177), folgt eine solche Definition durchaus konsequent aus der Feststellung über die Determinanten des Bewußtseins (hier am Beispiel der Lohnarbeiter expliziert): „Um bestimmen zu können, wie sich im Hirn der produktiven Arbeiter ihre sozialen Beziehungen reflektieren, haben wir *nur* die ökonomischen Formbestimmungen näher zu betrachten“ (Materialien I, S. 220 — Hervorh. C. K.).

4 Joachim Bischoff (Hrsg.): Die Klassenstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zum sozialen System der BRD. Berlin/West 1976. Bei der Konzipierung des Aufsatzes lag dem Autor das Handbuch noch nicht vor. Wir beziehen uns deshalb nur an einigen Stellen auf diese Publikation, sofern durch sie bestimmte Positionen verdeutlicht werden können. Eine genauere Kritik wird zu zeigen haben, ob hier — im Vergleich zu den „Materialien“ — bestimmte Modifikationen in der Aussage vorgenommen wurden (zit. als Handbuch).

Die Formbestimmungen der Beziehungen von Lohnarbeit und Kapital, die zur Analyse der Bewußtseinsformen der Arbeiterklasse herangezogen werden, drücken zwei unterschiedene und entgegengesetzte Prozesse aus: auf der einen Seite Kauf und Verkauf der Arbeitskraft, Zirkulation der Ware, auf der anderen Konsumtion des Arbeitsvermögens im Produktionsprozeß des Kapitals (Materialien I, S. 224). Aus den Formen der Zirkulation entspringen zunächst jene illusionären Vorstellungen *des Lohnarbeiters*, die dem Tausch der Äquivalente geschuldet sind: Eigentum, Freiheit und Gleichheit als bestimmende Bewußtseinsformen (Materialien I, S. 224). Die Verkehrung der Beziehung von Subjekt und Objekt findet zwar in der Darstellung der Beziehung von lebendiger und vergenständlichter Arbeit innerhalb des Produktionsprozesses ihre Vertiefung, jedoch „schwebt ... noch den Trägern dieses Prozesses mehr oder minder vor, daß es sich um Verhältnisse der Personen in ihrer wechselseitigen produktiven Tätigkeit handelt“. Im unmittelbaren Produktionsprozeß „drängt sich“ denn auch „der wirkliche Zusammenhang den Produktionsagenten auf und tritt in ihr Bewußtsein“. Resultat der Wechselwirkung beider Prozesse in der Praxis der Lohnarbeiter ist ihr „widersprüchliches Bewußtsein“ (Materialien I, S. 228 f.). Beide Ebenen stehen indessen nicht beziehungslos nebeneinander, ihre Vermittlung stellt sich her durch die Bezahlung des Arbeiters unter der Form des Lohns (Materialien I, S. 238). Die Verkehrung der wirklichen Verhältnisse wird im Produktionsprozeß durch den „Spielraum der Individualität“ (Materialien I, S. 240), der Identifikation des Arbeiters mit dem konkreten Inhalt seiner Tätigkeit befestigt (Materialien I, S. 241). Ihr entgegen wirkt die Gleichgültigkeit des Kapitals gegenüber dem konkreten Gebrauchswert der Arbeitskraft bzw. ihrer Arbeit, die besonders in solchen Phasen des Kapitalzyklus zum Tragen kommt, in denen die Bewegung der Akkumulation dem Arbeiter die despotische Natur des Kapitals in ihrer ganzen Härte zu Bewußtsein bringt (Materialien I, S. 257). Diese Bewußtseinsformen erfahren eine Differenzierung in den verschiedenen Gruppierungen und Fraktionen der Lohnarbeiter: Es sind Unterschiede zwischen den im Produktionsprozeß bzw. den in der Zirkulation tätigen Lohnarbeitern (Materialien I, S. 202 ff.) und Differenzierungen zwischen mehr oder weniger qualifizierten Tätigkeiten festzuhalten: „Die qualifizierten Arbeiter entwickeln zum einen ... viel leichter und in höherem Maße illusionäre Vorstellungen über ihre Arbeit ... Zum anderen wirken aber auch die objektiven Tendenzen, die zur Entwicklung der Gleichgültigkeit beitragen, z. T. nicht im selben Maße auf sie“ (Materialien I, S. 256). Durch die Kategorie der Lohnarbeiter des Kapitals, d. h. die privatkapitalistisch angewandte Lohnarbeit, ist der Umfang der Arbeiterklasse abgedeckt. Andere lohnabhängige Gruppen — darunter die Gesamtheit der Staatsbeschäftigten — werden unter die „Dritten Personenrubriken“ oder „Mittelklassen“ subsumiert. Grundlegend ist deshalb die Differenzierung zwischen direkt produktiven bzw. vermittelt produktiven kapitalistischen Lohnarbeitern und den

vom Standpunkt des Kapitals unproduktiven Schichten. Diese Unterscheidung bestimmt auch nach der Meinung Thomas Hagelstanges „die Entwicklungsfähigkeit der sozialen Interessen“ (Hagelstange, S. 207).

Das Projekt knüpft an Darlegungen Marxens über die aus den Produktions- und Verkehrsformen der an der Basis der bürgerlichen Gesellschaft agierenden *Individuen* notwendig entspringenden Bewußtseinsformen an. Das Bewußtsein jener Individuen zeigt sich durch die eigentümlichen Formen bestimmt, in denen sie sich beim Tausch ihrer Waren (d. h. auch der Ware Arbeitskraft gegen Kapital) praktisch aufeinander beziehen. Insofern also dieses bürgerliche Alltagsbewußtsein Gegenstand der Untersuchung durch das PKA ist, *scheint* die Aufgabe marxistischer Klassentheorie, die Vermittlung zwischen der objektiven Stellung der Produktionsagenten mit deren Reflexion herzustellen, gelöst. Bewußtsein und Praxis der Lohnarbeiter sind allerdings hier nichts anderes als Formen der Reproduktion der bestehenden bürgerlichen Verhältnisse, stellen sie nicht in Frage. Klassen erscheinen *als Summe individueller Beziehungen, als Konglomerat von Individuen gleicher ökonomischer Funktion, eben als Personifikationen „ökonomischer Kategorien“*. Die Beziehungen, die sie beim Tausch ihrer Arbeitskraft und in deren Anwendung eingehen, sind Beziehungen gegenüber dem Kapital als Käufer der Arbeitskraft oder Leiter der Produktion. Damit ist die *Basis* der Klassenrealität der Lohnarbeiterklasse erfaßt, nicht aber eine Vermittlung zur Funktion von Klassen als Subjekte des gesellschaftlichen Prozesses, als Träger der großen Umwälzungen der Menschheitsgeschichte, als Gruppen mit realen gegenseitigen Beziehungen, d. h. gemeinsam eingegangener Praxis hergestellt. Daran ändert sich auch nichts, wenn man die Lohnarbeiter im Prozeß der Produktion selbst betrachtet. Sie beziehen sich hier zunächst einmal als arbeitsteilig tätige Individuen aufeinander, eine Beziehung, die nicht durch ihren eigenen Willen, sondern durch die Despotie der kapitalistischen Leitung vermittelt ist. Uneinsichtig bleibt, wieso sich diesem Individuum Arbeiter hier der „wirkliche Zusammenhang“ der kapitalistischen Produktion aufdrängen sollte. Weniger eine „Ahnung von der Quelle des Mehrwerts“ (Materialien I, S. 229) steht zu vermuten als vielmehr eine durch die — kapitalistisch gesetzte — Kollektivität der Arbeit mögliche *Erfahrung* der Gemeinsamkeit ihrer Lebenslage, verbunden mit dem Zwang, sich gegen die Übergriffe des Kapitals zur Wehr zu setzen. Als Ebene dieser Erfahrung kommt dem Produktionsprozeß jedoch keine exklusive Rolle zu. Auch auf der Ebene des Tausches ihrer Arbeitsvermögen müssen sich die Arbeiter zusammenschließen, um Wert und Preis ihrer Arbeitskraft, ihre elementaren Reproduktionsbedingungen zu verteidigen und zu erweitern. In der Wahrnehmung dieser Kollektivität kann ebenso ein Widerspruch zur Erfahrung des vermeintlichen Spielraums der Individualität entstehen wie im Produktionsprozeß selbst, die Ebene des Tausches wird gleichermaßen zum Kampfplatz der sich als Klasse formierenden Lohnarbeiter.

Dieser für den Beobachter der gewerkschaftlichen Kämpfe evidente Tatbestand muß den Verfassern der Materialien entgangen sein. Die mystifizierende Wirkung des Zirkulationsprozesses wird als der dominante Bewußtseinsfaktor beschrieben. Folglich können die Autoren auch feststellen, daß sich die Lohnarbeiter hier „wie zu Hause fühlen“ (Materialien I, S. 394). Das PKA kann die sich zunächst auf der Ebene sinnlich konkreter Erfahrung vollziehenden Bewußtseinsprozesse der Lohnarbeiter, die Vermittlung der Entwicklung dieses Bewußtseins mit der Assoziation der Lohnarbeiter schon deshalb nicht systematisch erfassen, weil es konsequent bei der *elementaristischen Betrachtung des Individuums* — d. h. hier des Lohnarbeiterindividuums — verharret. Dieser Betrachtungsstandpunkt ist notwendig, wenn man Klassen nur als Personifikationen der ökonomischen Kategorien versteht. In dieser beschränkten Rolle kann der Lohnarbeiter nur erfaßt werden, solange er sich praktisch als einzelner verhält: dem normalen Gang seines Tausch- und Arbeitsgeschäfts nachgeht. In der kollektiven Assoziation lehnt er sich jedoch bereits gegen die *individuelle* Form des Warentauschs und letztlich dann auch gegen seine Rolle als Mehrwertproduzent auf. Als Glied der kämpfenden Assoziation ist er — solange die kapitalistischen Verhältnisse und damit auch sein Lohnarbeiterstatus erhalten bleiben — Repräsentant zweier Formen von Praxis, wobei die eine freilich aus der anderen sich herausentwickelt.

Das Projekt betrachtet die Lohnarbeiterklasse nun aber nicht als Summe ganz gewöhnlicher Einzelpersonen, es versetzt sie gleich auch noch in den Status seiner „Kapital“-Studenten. Die vom PKA getroffene fundamentale Unterscheidung von Erkenntnisfähigkeit am Ort der Zirkulation und des Tausches und am Ort der Produktion kann wohl nur als Analogie zur Marxschen Entfaltung des „Geheimnisses der Plusmacherei“ im Übergang vom 4. zum 5. Kapitel im 1. Band des „Kapitals“ verstanden werden⁵. Wer hier in die „verborgene Stätte der Produktion“ steigt, daß sich ihm der „wirkliche Zusammenhang“ alsbald aufdränge, ist allerdings nur der Leser. Was sich dann aufdrängt, ist wissenschaftliche Erkenntnis des Produktionsprozesses als Verwertungsprozeß. Der Arbeiter immerhin „ahnt“ nur — aber der grundlegende Unterschied zwischen individueller wissenschaftlicher Erkenntnis und Entwicklung von Massenbewußtsein wird dennoch eliminiert. Besser gesagt: letztere hat gar nicht stattgefunden.

Verlassen wir die Nachzeichnung wissenschaftlicher Aneignung der Kategorien der politischen Ökonomie als vermeintlichen Entwicklungsformen von Massenbewußtsein, erscheinen uns sowohl die Ebenen des Tausches und der Reproduktion der Arbeitskraft als auch ihre Konsumtion im Produktionsprozeß des Kapitals als die wirklichen Schnittpunkte der Ausprägung des Antagonismus gegenüber der Gegenklasse, die Strukturlinien, an denen sich die Gemeinsam-

5 MEW 23, S. 189.

keit der Stellung der Lohnarbeiter als einer „festen Klasse“ der Gesellschaft manifestiert. Hier tritt der Kern des Ausbeutungsverhältnisses in die erfahrbare Realität der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnarbeiter und zwingt sie zur kollektiven Assoziation und Auseinandersetzung. In der Studie des IMSF wird versucht, mit der Erfassung der wirklichen Schnittpunkte dieser Bewegung den praktischen Vermittlungsprozeß zwischen der funktionalen Rolle der Klassenindividuen („Lohnarbeiter des Kapitals“) zur Rolle der Klassen als Subjekte des gesellschaftlichen Prozesses kategorial zu erfassen. In der Bestimmung der Klassen als „große Menschengruppen“, soziale Gruppen, die aufgrund einer bestimmten Stellung im System der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, einem gegeneinander unterschiedenen Platz in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, der Art der Erlangung ihres Anteils am gesellschaftlichen Produkt einnehmen (IMSF I, S. 30 f.), erscheinen Klassen nicht bloß als „abstrakte Begriffe“, sondern als „lebendige Organismen“ der gesellschaftlichen Realität (ebenda).

Für die Lohnarbeiter fixiert sich ihre Klassenlage, entwickelt sich die Erfahrung ihrer gemeinsamen Lebenslage und die Erfahrung des Gegensatzes zum Kapital in der Ausprägung des Warencharakters ihrer Arbeitskraft⁶. „Die *Frage nach der Arbeiterklasse* ist nicht die *Frage nach der Lohnarbeit schlechthin*, sondern nach der *kapitalistisch verwerteten Lohnarbeit*; danach, wie die Lohnarbeit zum Antipoden des Kapitals wird und werden muß, wie sich in der Arbeiterklasse der Gegenpol verkörpert, sich in ihr deshalb auch am kompromißlosesten und klarsten die Interessen aller Lohnarbeiter und anderen vom Kapital ausgebeuteten Schichten ausdrücken müssen“ (IMSF I, S. 85). Diese Entwicklung zum realen Gegenpol kann sich am markantesten dort vollziehen, wo die Mobilitätsbeziehungen gegenüber den Mittelschichten und der Bourgeoisie unterbrochen, die Arbeit auf gesellschaftliche Durchschnittsarbeit nivelliert, die Lohnarbeiter

6 Die Kritik des Projekts am IMSF-Ansatz zur Entfaltung des Begriffs der Arbeiterklasse unterstellt irrtümlich eine „doppelte Ableitung“ (Materialien I, S. 243), deren diverse Stränge am Ende zusammengeflickt würden. Die genaue Lektüre der IMSF-Studie würde den Autoren zeigen, daß von einem Ableitungsversuch aus den Kategorien der „produktiven Arbeit“ (Materialien I, S. 411) überhaupt keine Rede sein kann. Vielmehr diente dieser Abschnitt in der IMSF-Studie dazu, sich mit solchen Ableitungsversuchen bei anderen Autoren (z. B. dem PKA) auseinanderzusetzen.

Das Projekt Klassenanalyse verkennt auch die Aussagen des IMSF, wenn es den IMSF-Autoren bei der Unterscheidung von Arbeiterklasse und anderen Lohnabhängigen eine Reduktion auf eine „quantitativ bestimmbare Grenze“ (Materialien I, S. 423) vorwirft. Die angesprochene Heranziehung von Verteilungsverhältnissen erscheint als legitim, da diese ein nicht unwesentlicher Aspekt der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft sind, eine Ausdrucksform der Stellung der Produktionsagenten im System der Produktionsverhältnisse und des Entwicklungsstandes des des Warencharakters ihrer Arbeitskraft.

real der kapitalistischen Produktionsweise subsumiert sind. Der Prozeß der realen Unterordnung der Lohnarbeit unter das Kapital entspringt aus der inneren Logik der Verhältnisse selbst. Er ist heute für die Gesamtheit der Lohnarbeiter noch keineswegs abgeschlossen.

Zu den Gruppen mit entfaltetem Warencharakter der Arbeitskraft — den Gruppen der Arbeiterklasse — stoßen neue Schichten aus Sphären, die sich das Kapital gerade erst real unterzuordnen beginnt. Die kapitalistische Produktionsweise verallgemeinert sich in nicht-kapitalistische Sektoren des Reproduktionsprozesses, die enger mit der Kapitalakkumulation verknüpft sind (bestimmte Staatsbereiche). Für die Beschäftigten dieser Bereiche gleicht sich das Anwendungs- und Reproduktionsniveau ihrer Arbeitskraft an dasjenige der industriellen Arbeiterklasse an. Die Gemeinsamkeit ihrer Reproduktions- und Anwendungsbedingungen, die Bedingungen kollektiven Handelns werden zum übergreifenden Moment gegenüber der unterschiedlichen ökonomischen Funktion im Reproduktionsprozeß des Kapitals. Andererseits finden wir im privatkapitalistischen wie auch im staatlichen Sektor Kategorien von Lohnarbeitern, die als Träger von Leitungsfunktionen bzw. Tätigkeiten besonders qualifizierter Arbeit in einer Zwischenstellung gegenüber dem Kapital bzw. der Spitze der Staatsadministration stehen, bei denen sich der Charakter der Lohnarbeit noch nicht in vollem Maße ausgeprägt hat. Diese Zwischenstellung findet ihren Ausdruck in Bewußtseins- und Organisationsformen als „Dritte Kraft“ zwischen Lohnarbeit und Kapital, also in qualitativ von denen der „gewöhnlichen“ Lohnarbeiter unterschiedenen Bewußtseinsmomenten. Ihr Auflösungsprozeß wird durch reale Annäherungsprozesse an die Arbeiterklasse gefördert.

III. Die doppelte Bestimmtheit gesellschaftlicher Prozesse und ihre kategoriale Erfassung

Kategorien der Formbestimmtheit menschlicher Vergesellschaftung, Begriffe wie abstrakte Arbeit, kapitalistische Form der Aneignung etc., erfassen notwendigerweise immer nur eine Seite der ihnen zugrundeliegenden Prozesse gesellschaftlicher Arbeit und Aneignung. Betrachtet man die Gesamtheit der produktiven Beziehungen, stellen sie sich als doppelt bestimmte dar: „Die Produktion des Lebens, sowohl des eignen in der Arbeit wie des fremden in der Zeugung, erscheint . . . als ein doppeltes Verhältnis — einerseits als natürliches, andererseits als gesellschaftliches Verhältnis —, gesellschaftlich in dem Sinne, als hierunter das Zusammenwirken mehrerer Individuen, gleichviel unter welchen Bedingungen, auf welche Weise und zu welchem Zweck, verstanden wird.“⁷ Daß das Verhältnis des Menschen zur Natur, die Art und Weise, in der sich der Mensch als stoffliches Wesen vermittels seiner Arbeitsmittel auf

7 MEW 3, S. 29 f.

den Gegenstand seiner Arbeit bezieht, selbst schon durch die gesellschaftliche Form der Aneignung strukturiert ist, Arbeitsmittel und Arbeitgegenstand als Resultat geschichtlich-gesellschaftlicher Entwicklung erscheinen, beseitigt nicht den Doppelcharakter der Arbeit. Es läßt sich auf verschiedenen Ebenen der Darstellung der ökonomischen und Klassenstruktur durch das PKA aufzeigen, daß seine Autoren nicht vermögen, den Standpunkt des Gesamtprozesses im Auge zu behalten, vielmehr in die Gefahr geraten, die zugleich kapitallogische wie bornierte Abstraktion der Einzelkapitale von den stofflichen Voraussetzungen und Gegenständen, von der realen Substanz gesellschaftlicher Arbeit und Aneignung als Betrachtungsstandpunkt zu dem ihrigen zu machen.

Ganz abgesehen von der Legitimität, die Kategorien der *produktiven und unproduktiven Arbeit* in das Zentrum klassentheoretischer Ableitungen zu stellen, erweist sich ihre Auffassung dieser Kategorien selbst als problematisch: „Die Bestimmung der produktiven Arbeit ist vollkommen unabhängig vom bestimmten Inhalt der Tätigkeit und allein auf die Form bezogen“ (Materialien I, S. 206). Richtig ist diese Feststellung zunächst nur vom Standpunkt des die Lohnarbeit anwendenden Kapitalisten, des Einzelkapitals. Bringt der Lohnarbeiter ihm einen Surplus — mag er Schriftsteller, Buchhalter, Maschinenarbeiter oder Ingenieur sein: der stoffliche Inhalt der Arbeit tut hier gar nichts zur Sache, nur der seiner individuellen Aneignung — Hauptsache, diese ist gesichert⁸. Vom Standpunkt des Gesamtkapitals einer Gesellschaft erscheint hingegen nur jene Arbeit als produktiv, in der Mehrwert „produziert“ wird. „*Produktion*“ von Mehrwert aber setzt voraus *Produktion von Ware als Einheit von Gebrauchswert und Wert*. Die von Marx entwickelten Nebenbestimmungen der produktiven Arbeit als wert- und gebrauchswertschaffende Arbeit⁹ sind insofern auch unter den Bedingungen kapitalistischer Produktion nicht eliminiert. Für den Gesamtmehrwert der Klasse der Kapitalisten ist es gar nicht gleichgültig, in welchem Verhältnis sie Maschinenarbeiter, Ingenieure oder Wissenschaftler einerseits oder Buchhalter und andere Zirkulationsarbeiter beschäftigt. Womit wir aber wieder beim „bestimmten Inhalt der Tätigkeit“ angelangt wären, deren Bestimmungen das PKA gleich dem individuellen Kapitalisten glaubte vernachlässigen zu können. (Diese Vernachlässigung führt an anderer Stelle übrigens zu der kaum anders als absurd zu bezeichnenden Vorstellung, der Fonds gesellschaftlichen Reichtums sei identisch mit dem produktiven Fonds des Kapitals. Wie anders jedenfalls sollte man die folgende Bemerkung über die Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums mit dem Absterben der Mittelklassen wohl verstehen?: „In dem Maße, wie sich das Kapital in der BRD entwickelt hat und sich der

8 Vgl. Karl Marx: Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Frankfurt/M. 1970, S. 69 f.

9 Vgl. Resultate, a.a.O., S. 143; Theorien über den Mehrwert, MEW 26, 1, S. 143; MEW 23, S. 196.

von den traditionellen Mittelklassen beherrschten Sphären der Produktion bemächtigt, wächst auch der gesellschaftliche Reichtum und damit der Fonds, aus dem die wachsende Surpluspopulation ernährt werden kann“ [Materialien II, S. 427].)

Die Entleerung der Kategorien gesellschaftlicher Formbestimmtheit wird auch bei der Gliederung der Lohnarbeiter nach der Ausprägung ihrer „Identifikation und Gleichgültigkeit“ gegenüber der konkreten Arbeit manifest. Nachdem die Autoren zunächst die Veränderungen aufzeigen, welche die reale Gestalt des Arbeitsprozesses durch die reelle Subsumtion erfährt (Materialien I, S. 189), also die Modifikation der stofflichen Seite des Prozesses analysiert haben, muß folgende Feststellung überraschen: „Wir können bei der Untersuchung der Struktur der Lohnarbeiter des Kapitals — schon wegen der beständigen Umwälzungen — nicht von der stofflichen Seite der Arbeit ausgehen“ (Materialien I, S. 202). Nun erschöpfen sich die Umwälzungen des kapitalistisch subsumierten Arbeitsprozesses nicht in einer Unzahl anarchischer Bewegungen, die keine Systematik und Richtung mehr zeigen würden. Sie zeigen nicht nur bestimmte Entwicklungstendenzen, sondern auch Abstufungen in der Subsumtion einzelner Lohnarbeitergruppen unter das Kapital. So erscheint sowohl wegen ihrer spezifischen stofflichen Struktur als auch wegen ihrer bislang nur peripheren Rolle im kapitalistischen Produktionsprozeß qualifizierte geistige Arbeit noch in geringerem Maße reell unter das Kapital subsumiert als unqualifizierte Arbeitstätigkeit. Qualifizierte geistige Arbeit stellt zunächst eine bestimmte stoffliche Art und Weise der Beziehung der Menschen zum Gegenstand und Instrument ihrer Arbeit dar, sie ist charakterisiert durch primäre Anwendung seiner geistigen Potenzen, Geschicklichkeit etc. Sie setzt Aneignung eines bestimmten Umfangs von Wissen, Kenntnissen und Fertigkeiten voraus, die ökonomisch höhere Reproduktionskosten der Arbeitskraft erheischen, einen höheren Preis und Wert der Ware Arbeitsvermögen begründen. Diese allgemeinen Charakteristika einer bestimmten Gruppe von Lohnarbeitern ändern sich zunächst gar nicht, wenn *innerhalb* eines bestimmten Qualifikationsniveaus Wechsel der Arbeit, durch Revolutionierung der Arbeitsmittel etc., stattfindet. Insofern können die „beständigen Umwälzungen des Arbeitsprozesses“ (Materialien, S. 202) auch nicht als Argumentation gegen die Zugrundelegung stofflicher Differenzierungsmerkmale der verschiedenen Lohnarbeitergruppen bei der Analyse ihrer sozial-ökonomischen Formunterschiede verwandt werden. Eben um das Aufzeigen dieses Zusammenhangs ging es in der Studie des IMSF z. B. bei der Analyse der Intelligenz.

IV. Zum systematischen Stellenwert kapitalistischer Entwicklungstheorie und ihren Folgen. Zur Analyse der Staatsbeschäftigten

Sowohl Thomas Hagelstange als auch die Autoren des PKA haben der Studie des IMSF gegenüber den Vorwurf erhoben, wesentliche Implikationen der Theorie des Monopolkapitalismus und des staats-

monopolistischen Kapitalismus (SMK) nicht expliziert zu haben. Ihre Kritik bezieht sich auf den Sachverhalt, daß in der IMSF-Studie zwar auf vorausgegangene Arbeiten theoretischer Ansätze einer SMK-Theorie Bezug genommen worden war, im Rahmen einer wissenschaftlichen Darstellung des Teilbereichs „Klassenanalyse“ jedoch auf einen eigenen Beitrag zur Entwicklung der Diskussion über diese Ansätze verzichtet wurde.

Die Kontroverse um die Theorien des staatsmonopolistischen Kapitalismus betrifft generell das Verhältnis struktureller Gesetzmäßigkeiten und Kategorien zu ihrer historischen Entwicklung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft¹⁰. Sie berührt daher auch die Veränderung der Klassenstrukturen selbst. In der Diskussion wird wohl von niemandem bezweifelt, „daß es ... Monopole gibt“ (Handbuch, S. 88) oder, daß sich gegenwärtig neue Formen staatsinterventionistischer Tätigkeit entwickeln. Ebenso wenig steht zur Debatte, ob realhistorische Modifikationen in der Entwicklung einer Gesellschaft konstatiert werden können. Den Theorien des SMK geht es im Kern vielmehr um die Explikation der These, daß sich die Durchsetzungsbedingungen zentraler Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion durch die vom Kapital selbst vorangetriebene Entwicklung der Gesellschaftlichkeit der Produktivkräfte, die Vertiefung und Erweiterung des gesellschaftlichen Antagonismus der Klassen heute so weit modifiziert haben, daß die Aufrechterhaltung des Verwertungs- und Akkumulationsprozesses notwendig nur noch mittels der Intervention der „nicht-kapitalistischen Form Staat“ möglich ist. Die Realisierung des Wertgesetzes und des kapitalistischen Mehrwert- und Profitmechanismus mittels der „Krücke“ staatlicher Intervention setzt nicht die Kategorien des „Kapitals im allgemeinen“ außer Kraft, sie markiert — ebenso wie die Entwicklung der Dominanz monopolkapitalistischer Aneignung — nur eine bestimmte historische Phase ihrer Durchsetzung. Indem das Kapital u. a. dem Fall der Profitrate nur noch durch die Mobili-

10 In einem anderen Zusammenhang bezichtigen die Autoren des PKA die IMSF-Autoren eines „problematischen Verständnisses der Grundverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, wie sie im Kapital dargestellt sind“ (Materialien I, S. 189). Die Autoren wenden sich dabei gegen die Aussage der IMSF-Studie, daß Warenproduktion bereits als historische vorkapitalistische Kategorie existiert hat. Auch F. Engels hatte von einer „ganzen Periode der einfachen Warenproduktion“ gesprochen (vgl. MEW 25, S. 898 ff.). Die marxistische politische Ökonomie hatte jene historische Gesetzmäßigkeit des Umschlags der „Eigentumsgesetze der Warenproduktion ... in Gesetze der kapitalistischen Aneignung“ (MEW 23, S. 613; vgl. auch MEW 24, S. 28) sehr wohl aufgezeigt. Nach dem diesbezüglichen Urteil des PKA über die gleiche Aussage des IMSF sollte das Projekt nun auch gegen Marx und Engels schreiben. „Damit unterliegt er aber dem Schein, den die Oberfläche der kapitalistischen Produktion selbst produziert ...“ (Materialien I, S. 389); im übrigen sprach das IMSF nicht — wie die PKA-Kritik suggeriert — von der Warenproduktion als spezifischer Gesellschaftsform.

sierung systemfremder Elemente — die freilich gleichsam systemrational eingesetzt sind — entgegenwirken kann (Entwertungsfunktion des Staates), wird signalisiert, daß der „Auflösungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft“ in ein Stadium getreten ist, in dem sich im Schoße der alten Gesellschaft die Voraussetzungen einer neuen realiter herausbilden¹¹. Die Theorien des SMK nehmen hier also mit der Hervorhebung der logisch-historischen Entwicklungsdimension kapitalistischer Gesellschaften zugleich den die sozialistische Perspektive begründenden Standpunkt der sich entwickelnden Gesellschaftlichkeit der Arbeit ein.

Wenn sich das PKA einer solchen Theorie kapitalistischer Vergesellschaftung gegenüber unzugänglich zeigt, historische Entwicklungen nurmehr als empirische Modifikationen der Oberfläche analysieren kann, ist das notwendige Resultat der Eliminierung der Eigendynamik der vom Kapital selbst hervorgebrachten objektiven und subjektiven Triebkräfte seiner Auflösung. Erscheint die Klasse des Proletariats in der bürgerlichen Gesellschaft mehr oder weniger nur als Summe ökonomischer Personifikationen („Lohnarbeiter des Kapitals“) und wird bei der Dechiffrierung ökonomischer Kategorien ganz von ihrer stofflichen Substanz — als widersprüchliches Moment ihrer Realität — abstrahiert, ergibt sich kein Zugang zu einer systematischen Erfassung dieser Entwicklungspotenzen. In der Tat kann die im Kern elementaristische Betrachtungsweise der ökonomischen und Klassenstruktur, die Betrachtung vom Standpunkt des einzelnen Kapitalisten (produktive Arbeit) bzw. des einzelnen Lohnarbeiters (Wechsel seiner konkreten Tätigkeiten versus systematische Erfassung der Kategorie der „Stofflichkeit“) und die beschränkte Anschauung des Lohnarbeiters im ständigen Prozeß seines Verkaufes und seiner Anwendung, keine historische Entwicklungsperspektive eröffnen — denn nicht die Individuen, sondern die Klassen sind Subjekte des historischen Prozesses.

11 „Mit den materiellen Bedingungen und der gesellschaftlichen Kombination des Produktionsprozesses reift sie die Widersprüche und Antagonismen seiner kapitalistischen Form, daher gleichzeitig die Bildungselemente einer neuen und die Umwälzungsmomente der alten Gesellschaft“ (MEW 23, S. 526). Die subjektiven und objektiven Bedingungen der Produktion setzen sich heute in qualitativ veränderter Weise als „Schranke“ der kapitalistischen Produktion, Marx spricht u. a. im Zusammenhang mit der Entfaltung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate vom Kapital als der wahren Schranke der kapitalistischen Produktion. Ihr zugrunde liegt der beständige Widerspruch zwischen der „unbedingten Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft“ und der „Verwertung des vorhandenen Kapitals“ (MEW 25, S. 260). Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen kann die Entwicklungsphase des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Marxschen Sinne als ein neues Stadium des „Widerspruchs zwischen der Grundlage der bürgerlichen Produktion ... und ihrer Entwicklung selbst“ (Grundrisse, S. 592) bezeichnet werden.

Wird die Veränderung staatlicher Tätigkeit nicht historisch-systematisch erfaßt, bleibt — wie in den Ausführungen des Projekts nachlesbar — theoretisch unausgewiesen, wieso heute (und nicht bereits vor hundert Jahren) die Situation der staatlich angewandten Lohnarbeit „in wesentlichen Zügen der der gewöhnlichen Lohnarbeiter (gleicht)“ (Materialien I, S. 294). Zu bestimmen ist die in Folge veränderter ökonomischer und politischer Reproduktionsbedingungen eintretende Vergrößerung des Staatsapparates, sowohl als Voraussetzung als auch als Schranke erweiterter kapitalistischer Reproduktion. Die Lösungsversuche dieses Widerspruchs über eine Rationalisierung und Ökonomisierung der Staatstätigkeiten müssen den sozialen Subsumtionsprozeß der Staatsbeschäftigten unter quasi-kapitalistische Bedingungen der Anwendung von Lohnarbeit vorantreiben. Sie aktualisieren und verschärfen die real erfahrbaren Formunterschiede zwischen mehr oder weniger entwickelter staatlicher Lohnarbeit (z. B. im Abbau traditioneller arbeitsrechtlicher und sozialer „Privilegien“), führen zu einer Annäherung an die Arbeiterklassengruppen im Privatsektor. Auch im Staatsbereich bestehen „Unterschiede im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, wie etwa die von Leitungsfunktionen, sowie von geistiger und körperlicher Arbeit“. In der Aufdeckung dieser Unterschiede sind sehr wohl — analog der Situation in privatkapitalistischen Unternehmen — „die typisch kapitalistischen Klassenbeziehungen zu erfassen“ (Hagelstange, S. 207). „Diese Funktion der Leitung, Überwachung und Vermittlung, wird zur Funktion des Kapitals, sobald die ihm untergeordnete Arbeit kooperativ wird. Als spezifische Funktion des Kapitals erhält die Funktion der Leitung spezifische Charaktermale.“¹² Um die Charakteristik der entsprechenden Funktionen im Staatsbereich erfassen zu können, muß einerseits der innere Zweck staatlicher Tätigkeit, andererseits die Rolle des Staates im Gesamtmechanismus kapitalistischer Reproduktion untersucht werden.

Diese Untersuchung erschwert sich das Projekt durch die Fixierung ihrer Analyse der Staatsbeschäftigten an die Kategorie des Dienstes und der Dienstleistungen. Daß Dienst „überhaupt nur als Ausdruck für einen *besonderen Gebrauchswert* der Arbeit“ verstanden werden kann (an anderer Stelle, d. h. in der Analyse der einzelnen Staatsfunktionen, hat das Projekt dem auch m. E. Rechnung getragen), ergibt die *Frage nach dem jeweiligen Gebrauchswert für das System der ökonomischen und politischen Reproduktion der Gesellschaft*. Die Kategorie der Dienstleistungen aber zunächst als wichtiges Abgrenzungskriterium der Gruppen der Mittelklassen zu nehmen (Materialien I, S. 274 ff.) muß gerade an der vom PKA immer wieder betonten Bedeutung der „ökonomischen Formbestimmungen“ vorbeigehen. Die ökonomische Funktion der der privaten Konsumtion des Kapitalisten dienenden Hure¹³ oder seines Privatgärtners ist eine von dem des Lehrers oder Straßenbauingenieurs

12 MEW 23, S. 350.

13 Vgl. Grundrisse, S. 184.

fundamental unterschiedene. Die Arbeit der letzteren ist mittelbar bezogen auf Kapitalverwertung, die Arbeit der ersteren höchstens insoweit, als sie den konkreten Kapitalisten fit für das Schachern hält. Die Feststellung, daß die Arbeit aller dieser Gruppen nicht als „Gebrauchswert für den Wert“¹⁴ eingetauscht werde, ist den Marx-schen Bemerkungen zum privaten Dienstleistungsgewerbe entnommen. Sie trifft nicht diejenigen staatlichen Tätigkeiten, die z. B. an der Produktion der Ware Arbeitskraft bzw. der öffentlichen Infrastruktur mitwirken.

V. Bemerkungen zur empirischen Analyse

Thomas Hagelstange hat zu Recht auf Schwierigkeiten hingewiesen, die in der Studie des IMSF zentrale Kategorie des „entfalteten Warencharakters der Arbeitskraft“ mit anderen Merkmalen der inneren Differenzierung lohnabhängiger Arbeit zu vermitteln (Hagelstange, S. 205 ff.). Solche Kritik trifft vorrangig die Analyse der Staatsbeschäftigten, so die noch unzureichende Vermittlung des Doppelcharakters ihrer Funktionen und deren Ausprägung in den einzelnen Aufgabengebieten des Staates mit der vertikalen Differenzierung in der staatlichen Funktions- und Einkommenshierarchie. Generell versucht aber die Erfassung solcher Abgrenzungen — etwa über den Reproduktionsmechanismus qualifizierter Ausbildung in der statistischen Eingrenzung der Intelligenz — adäquate Kriterien heranzuziehen. Sofern die Arbeitskraft eine ihrer Ausbildung entsprechende berufliche Position einnimmt, liegen diese Positionen in einem fixierten *Spektrum* vergleichbar gering entfaltetem Warencharakters. Es weist freilich erhebliche Differenzierungen in der Partizipation an der staatlichen bzw. privatkapitalistischen Leitungshierarchie auf. Auch hier müssen längerfristig detaillierte Einzeluntersuchungen die Ausdifferenzierung der Konzeption vorantreiben und ihre Tragbarkeit unter Beweis stellen.

Im Zentrum der Bemühungen der empirischen Analyse muß die Aufgabe stehen, aus der offiziellen Statistik brauchbares Material für eine wirklichkeitsbezogene Analyse der heutigen Gliederung der Klassen und Schichten der Gesellschaft zu gewinnen. Es erweist sich dabei als untauglich, wenn auf das historische Material in der Marx-schen Darstellung der früh- bzw. hochkapitalistischen Industrialisierung ungefragt zurückgegriffen wird. An diesem Punkt ergeben sich — einmal abgesehen von nachweisbaren wissenschaftlichen Ungenauigkeiten, mangelnder statistischer Sorgfalt und Fehlinterpretationen in der Studie des PKA — grundlegende Kontroverspunkte zum empirischen Teil der Arbeit des Projekts. Daß es den Autoren zum Teil nicht möglich ist, die heutige Wirklichkeit adäquat zu erfassen, ist nicht mangelnder Sorgfalt bei der Sammlung von Material, sondern ihrer Auffassung über die Veränderung der Realität kapitalistisch verfaßter Gesellschaften seit Marxens ökonomischen Schriften geschuldet. Hier nur einige Problempunkte.

14 Grundrisse, S. 370; zit. nach Materialien I, S. 275.

Marx entwickelt die Kategorien „Maschinenpersonal“ und „aggregiertes Personal“ bei der Analyse der kapitalistischen Industrie im Ausgang der Manufakturperiode. Das PKA überträgt diese Kategorien auf die statistischen Erhebungskriterien des offiziellen Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes im Jahre 1969, wobei der Umfang des „Maschinenpersonals“ mit der Gruppe der „Hersteller, Reiniger, Transportierer“, der des „aggregierten Personals“ mit den „Maschinenüberwachern, Reparierern, Kontrolleuren, Planern und Leitern“ gleichgesetzt ist (Materialien II, S. 164). Ungeachtet der Veränderungen durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt wird ohne das Bemühen um einen empirischen Beweis festgestellt, die Arbeit des „Maschinenpersonals“ sei „weitgehend auf einfache Arbeit reduziert“ (Materialien II, S. 166).

Historisch überholt erscheint zum Teil auch die Darstellung der Grundlagen der sozialstatistischen und arbeitsrechtlichen Kategorie der Angestellten (Materialien II, S. 167 ff., S. 214 ff.). Richtig weisen die Autoren nach, daß die Unterscheidung nach Arbeitern und Angestellten nicht auf den Unterschied zwischen produktiven und nicht-produktiven Lohnarbeitern zurückgeführt werden kann, behaupten hingegen: „Die Grenzziehung zwischen Arbeitern und Angestellten verläuft ... entsprechend der Fraktionierung in geschickte und ungeschickte Arbeit“ (Materialien II, S. 217), interpretieren diese Grenzziehung als charakterisiert durch einen „größeren und geringeren ... Freiheitsspielraum“ (Materialien II, S. 218) und meinen schließlich in der qualifizierten Arbeit der Angestellten die Grundlage für eine „reale Besserstellung“ konstatieren zu können. Alles Charakterisierungen, die zu Marxens Lebzeiten noch ihre Berechtigung haben mochten. Heute ist z. B. ungefähr die Hälfte der Angestellten weiblichen Geschlechts, meist Angehörige von Arbeiterfamilien, in ihrer Masse von der unqualifizierten Arbeiterschaft nach Qualifikationsmerkmalen nicht vertikal abgehoben. Schließlich zeigt auch die Struktur der heutigen Arbeitslosigkeit, daß viele Berufsgruppen der Angestellten eine den Arbeiterberufen vergleichbare Arbeitslosenquote aufweisen, eine Tendenz, die sich seit Ende der fünfziger Jahre in der BRD angekündigt hat und in zahlreichen soziologischen Untersuchungen herausgearbeitet wurde.

Nach Meinung der PKA-Autoren ist „die Höhe des gewerkschaftlichen Organisationsgrads der Arbeiterklasse auch ein Indiz für den Stand der Entwicklung der gesellschaftlichen Antagonismen“ (Materialien II, S. 207). Träfe diese mechanistische Kopplung zwischen gewerkschaftlichem Organisationsgrad und Entfaltung der Klassenantagonismen zu, bliebe ungeklärt, wieso der Organisationsgrad in der BRD weitaus höher ist als in Frankreich. Was die Autoren übersehen, ist der politische Entwicklungsstand der Arbeiterbewegung als ein wesentlicher Anzeiger des entwickelten Bewußtseins über den Gegensatz von Arbeit und Kapital. Unterschiede im Organisationsgrad der einzelnen Wirtschaftsbereiche werden auf die Unterscheidung von produktiven und nicht-produktiven Bereichen zurück-

geführt. Beispielhaft dafür, daß sich die Lohnarbeiter getreu den Linien ihrer Formbestimmtheit organisieren, werden die Quoten von IG Metall und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen gegenübergestellt. Hätten sich die Autoren hier um Aufschlüsselungen nach Betriebsgrößenklassen, der Korrelation der Geschlechterstruktur und die Fluktuationsquote bemüht, wären die „Formunterschiede“ zwar zurückgetreten, die Interpretation aber schlüssiger geworden. Schließlich hätte das PKA bei Berücksichtigung der Organisationsquoten z. B. bei Bahn und Post, die über denen der IG Metall liegen, nach PKA-Diktion aber unproduktive Schichten repräsentieren, Abschied von einigen Thesen nehmen müssen.

Bei der Untersuchung der *Kapitalistenklasse* wird kein Versuch gemacht, ihre „vertikale“ Gliederung herauszuarbeiten. Folglich sehen sich die Autoren weder in der Lage, die ökonomisch-politischen Machtzentren des heutigen Kapitalismus zu bestimmen, noch den soziologischen Kern der Kapitalistenklasse anzugeben.

Generell muß kritisiert werden, daß es den Autoren nicht gelingt, Übergangs- und Proletarisierungsprozesse auf der Ebene der Strukturanalyse festzuhalten. So muß notwendigerweise ein etwas dürres Gerippe der Sozialstruktur zum Vorschein kommen.

VI. „Revolutionäre Taktik“?

Durch die Erkenntnis der Grundpole des gesellschaftlichen Antagonismus, die Untersuchung der Stellung der gesellschaftlichen Zwischengruppen zu den Interessen der Hauptklassen, die Bestimmung des quantitativen Gewichts der einzelnen Gruppen im Gesamtspektrum der Bevölkerung legt die Analyse der Klassen- und Schichtungsverhältnisse wichtige Grundlagen für die Begründung einer Strategie der Arbeiterbewegung. Insofern als diese Bewegung nicht nur Bewegung innerhalb und in bezug auf die ökonomische Basis der Gesellschaft ist, sich vielmehr in Bereichen vollzieht, die gerade in der bürgerlichen Gesellschaft eine von der Ökonomie zunächst gesonderte Sphäre der Realität darstellen, muß die Fundierung der Strategie die Vermittlungen zwischen diesen Bereichen, besonders die Vermittlungen zwischen ökonomischem und politischem Prozeß erfassen.

In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Praxis von Arbeiter und Kapitalist als Produzent und Aneigner des gesellschaftlichen Reichtums von derjenigen als Staatsbürger unterschieden. Der Verselbständigung einer spezifisch politischen Sphäre „normalen“ gesellschaftlichen Handelns in der bürgerlichen Gesellschaft folgt zunächst ganz naturwüchsig auch die Nicht-Identität beider Ebenen in der politischen Aktion des Proletariats. Ihre Vermittlung kann erst das Resultat der bewußten organisierten Anstrengung der politischen Gruppierungen der Arbeiterklasse sein. Der Trennung beider Bereiche entspricht auch der bereits der oberflächlichen Anschauung zugängliche Tatbestand, daß die sozial-ökonomischen Gruppierungen

der Lohnarbeiter von ihrer politischen Fraktionierung unterschieden sind. Zwar liegt in der Entwicklung der ökonomischen Kämpfe eine entscheidende Grundlage gesamtgesellschaftlich-politischer Erkenntnis und sind insofern bestimmte Kerngruppen der Arbeiterklasse weitergehenden politischen Einsichten eher zugänglich als periphere Zwischengruppen, jedoch wäre es müßig, nach exakten Verbindungslinien zwischen der inneren ökonomischen Differenzierung der Arbeiterklasse und der politischen Fraktionierung zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und christlichen Lohnarbeitern zu suchen.

Daß die PKA-Autoren trotz ausführlicher Auslassungen über die „Verdoppelung der Gesellschaft in Gesellschaft und politische Form“ (Materialien I, S. 22 ff.) die zunächst gegebene Verdoppelung in der Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins und der ihr zugrundeliegenden Praxis, damit auch den Stellenwert historisch-politischer Entwicklungen nicht systematisch erkennen, zeigen ihre hilflosen Versuche, in den „Grundzügen revolutionärer Taktik in der BRD“ die „politische Apathie der Arbeiterklasse“ und das Vorherrschen einer angeblich „kleinbürgerlichen (?) Sozialdemokratie“ „in erster Linie“ als „Reflex der entwickelten Struktur der bürgerlichen Gesellschaft“ zu erklären (Materialien II, S. 434). Wieso Länder mit vergleichbar entwickelter Struktur, aber anderer historisch-politischer Entwicklung und Organisationsstruktur der Arbeiterklasse (z. B. Frankreich) eine solche Apathie nicht aufweisen, bleibt unter diesem Ableitungsansatz unverständlich. Wissenschaftlich unbegründet bleibt auch die verbale Übernahme zentraler Forderungen der politischen Organisationen der Arbeiterbewegung nach Aktionseinheit (Materialien II, S. 435) und die „Unterstützung der DKP als derjenigen Partei in der BRD, die entschieden die Interessen der Arbeiterklasse vertritt“ (ebenda). Was sich die Autoren unter Aktionseinheit vorstellen, nämlich die Unterschiede der verschiedenen (ökonomisch bestimmten!) Fraktionen der Arbeiterklasse zu überwinden (Materialien II, S. 434), „in den einzelnen Forderungen der verschiedenen Gruppierungen stets zugleich das allen Gemeinsame, das Grundlegende der Gruppeninteressen“ hervorzuheben (Materialien II, S. 435), muß fundamentales Prinzip gerade *gewerkschaftlicher* Politik sein. Wird die Aufhebung der Trennung von Ökonomie und Politik nicht als ständige Vermittlungsaufgabe der täglichen Auseinandersetzung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verstanden, reduziert sich die Aufgabe politischer Parteien auf die „(Er)kenntnis der wirklichen Verhältnisse“ als „Ausgangspunkt für das Parteiprogramm zur Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft“ (Materialien II, S. 435). Sicher unbeabsichtigt muß sich dem Leser die Vermutung aufdrängen, eine solche Aufgabe wäre gleichsam auch in der Form theoretischer Zirkel zu lösen.

Im Zentrum der politischen Diskussion der organisierten Marxisten Westeuropas steht gegenwärtig die Frage nach der Vermittlung des Kampfes um die Verteidigung demokratischer Rechte für die Arbeiterbewegung innerhalb spätkapitalistischer Gesellschaften mit

demokratischen Formen des Übergangs und der Ausgestaltung der politischen und der gesellschaftlichen Willensbildung¹⁵ in der Entwicklung nachkapitalistischer Gesellschaften. Die Autoren des Projekts erkennen sehr richtig die Bedeutung der Anstrengungen der Arbeiterbewegung, „die bürgerlichen Grundrechte gegen ihre allfällige Zurücknahme zu verteidigen, um das Terrain der Bewegung zu erhalten“ (Handbuch, S. 172). Zugleich erweist sich dieser funktionale Bezug der Option für Demokratie in den von der bürgerlichen Gesellschaft historisch ausgebildeten Formen jedoch als beschränkt. Begreift man die revolutionär-progressiven Vorstellungen des frühen Bürgertums von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ *nur* als Ausdruck „illusionärer Vorstellungen“ schlechthin (Materialien I, S. 396) und übersieht zugleich, daß die Herstellung realer Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in der nachkapitalistischen Assoziation der Produzenten erst deren wirkliche Realisierung auf gesellschaftlicher — d. h. auch politischer — Ebene ermöglicht und fordert, die Umwandlung gesellschaftlicher Willensbildung von der Durchsetzung bloß formaler Allgemeinheit der Interessen zur realen Allgemeinheit hervorbringt, dann mag die Vorstellung von der Weiterentwicklung der in der bürgerlichen Gesellschaft geschaffenen Formen nicht-ökonomischer Beziehungen in einer „antimonopolistischen“ oder sozialistischen Demokratie höchstens noch als taktisches Zugeständnis an eine zurückgebliebene Klassen- und Bewußtseinsstruktur erscheinen (Handbuch, S. 166 ff.). Nicht nur „freie Wahlen“ (Handbuch, S. 167), sondern auch die fundamentale Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit der Individuen, die Kontrolle gesellschaftlicher Exekutivorgane sind Errungenschaften der bürgerlichen Revolution, hinter die die politische Struktur der sozialistischen Gesellschaft, aber auch die Gestaltung der Beziehungen der Individuen untereinander und gegenüber ihren gesellschaftlichen Organen in späteren Entwicklungsphasen nicht zurückfallen darf, die vielmehr — sicherlich weiterentwickelt und ergänzt — hier erst ihre reale progressive Bedeutung in der Regelung der Beziehungen der Menschen untereinander, der Vermittlung von Einzel- und Gesamtinteresse erhalten.

Grundlegende Bedingung für die Realisierung von Aktions-einheits- und Bündnispolitik ist das Vorhandensein gemeinsamer Interessen der beteiligten Gruppen, die in den aktuellen Auseinandersetzungen evident gemacht werden können. Dieser Aspekt wird vom Projekt sehr wohl erkannt, insofern es sich auf die Herstellung der Aktionseinheit innerhalb der Arbeiterklasse bezieht. Andere gesellschaftliche Gruppen sehen sich indessen *in erster Linie* darauf vertröstet, „daß mit der gesellschaftlichen Entwicklung unter neuen Bedingungen diese Bereiche (hier vor allem die Funktionen der

15 Zu den in der BRD bisher unter Marxisten noch wenig verbreiteten Diskussionen in der westeuropäischen Arbeiterbewegung vgl. u. a.: Erklärung der KPF und der KPI v. 29. 9. 1975 und 15. 11. 1975, in: Informationsbulletin. Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien, 20/21, 1975.

infrastrukturellen und ökonomischen Staatstätigkeit — C. K.) und Sektoren erst in großem Ausmaß rationell organisiert werden können“ (Materialien II, S. 443). Die Staatsagenten „im engeren Sinne“ sind sogar vorrangig „mit der Perspektive der Zerschlagung des parasitären Staatsgebildes der alten bürgerlichen Gesellschaft vertraut zu machen“ (Materialien II, S. 453). Da diese Zerschlagung nach Ansicht des PKA mit dem kurzfristigen Überflüssigwerden eines „großen Teils“ der Staatsfunktionen einhergeht (Materialien II, S. 450) und den Betroffenen die angenehme Perspektive der Eingliederung in den produktiven Arbeitskörper winkt, kann sich das Projekt frühzeitigen Aufschluß darüber versprechen, wer von den jetzigen Staatsfunktionären sich da wohl noch „in einem Bündnis der Arbeiterklasse anschließen wird“ (Materialien II, S. 453).

Prinzipielle Kritik verdient nicht das Anliegen der Autoren um das „offene Aussprechen der Bedingungen der sozialen Emanzipation“ (Materialien II, S. 453). Es sind vielmehr die Bedingungen selbst, deren Fixierung der Diskussion bedarf. Die Vorstellungen des Projekts über die Rolle der Zwischenschichten und ihre Bedeutung in den sozialen Auseinandersetzungen zwischen den Hauptklassen lassen sich nur zum Teil stringent aus den theoretischen Implikationen ihrer Klassenstrukturanalyse ableiten.

— Es bleibt logisch unverstündlich, einen Teil der vorher als Mittelgruppen bezeichneten staatlichen Lohnarbeiter *nun* als Adressaten einer Politik zu bezeichnen, die sich spezifisch auf die Einigung der Arbeiterklasse richtet (Aktionseinheit). Zwar wird ganz richtig gesehen, daß diese Gruppen in die Aktionen der Arbeiterklasse einzubeziehen sind (Materialien II, S. 441), die vorher mühsam vorgenommene Ausgliederung aus der Arbeiterklasse erscheint aber jetzt um so unsinniger.

— Konsequentes Produkt der Strapazierung der Kategorien produktiver Arbeit für die Klassenanalyse ist es, wenn das Projekt der Diskussion über die Perspektive der „nicht produktiven“ Lohnarbeiter in künftigen Gesellschaften offensichtlich ein dominierendes Gewicht gegenüber dem praktischen Anknüpfen an aktuelle Interessengemeinsamkeiten zumißt, ist doch die ganze Konzeption produktiver Arbeit im Zusammenhang mit der Klassenanalyse weniger auf die Erkenntnis der aktuellen realen Lebenssituation der einzelnen Gruppierungen als vielmehr auf die Erkenntnis der Rolle der Individuen im Prozeß der Schaffung des gesellschaftlichen bzw. kapitalistischen Reichtums hin angelegt, Kategorien also, die mit der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse einen anderen Inhalt erhalten. Der kategoriale Bruch muß so notwendig einen radikalen Bruch der gesamten Lebens- und Arbeitssituation der Betroffenen beschwören. Es zeugt von der systematischen Ausklammerung der Analyse des heutigen Entwicklungsniveaus produktiver und reproduktiver Staatsfunktionen, wenn von einem Wegfall eines „großen Teils“ dieser Funktionen in nachkapitalistischen Gesell-

schaften gesprochen wird. Nur eine historische Entwicklungsanalyse könnte aufzeigen, welche dieser Funktionen unter veränderten Formen beibehalten und ausgebaut werden muß.

— Schlichtweg überflüssig erscheint die Verfälschung kontroverser Positionen in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. So folgender Kommentar zu den IMSF-Ausführungen: „Daß sie (die IMSF-Autoren) weder Aktionseinheits- noch Bündnispolitik eindeutig bestimmen können, führt schließlich zu ihrer Vorstellung, auch mit Teilen der Arbeiterklasse Bündnispolitik machen zu müssen“ (Diskussionsband 4, S. 106). Belegt wird diese falsche Behauptung durch die verkürzte Wiedergabe des folgenden Satzes aus der IMSF-Studie: „Ist die Verstärkung der gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Rolle der Arbeiterklasse und insbesondere ihres Kerns die wichtigste Voraussetzung zur Verwirklichung einer antimonopolistischen Bündnispolitik, so wirkt umgekehrt die antimonopolistische Bündnispolitik auf die Einbeziehung aller Gruppen der Arbeiterklasse in den Klassenkampf zurück und stellt ein wichtiges Moment auch der Formierung der Arbeiterklasse dar“ (IMSF II, S. 656).

Fidel Castro

Von der persönlichen Führung zur sozialistischen Massenkultur

Entwicklungsstufen, Gefahren und Lehren des revolutionären Prozesses *

I.

Die Revolutionen pflegen ihre utopischen Phasen zu haben, in denen die Kämpfer — in ihrer Hingabe an die hohe Aufgabe, ihre Träume in Wirklichkeit zu überführen und ihre Ideale in die Praxis umzusetzen — glauben, die historischen Ziele seien sehr viel näher als in Wirklichkeit und der Wille, die Wünsche und Absichten der Menschen könnten das alles, trotz der objektiven Tatsachen. Nicht daß die Revolutionäre keine Träume haben sollten oder keinen eisernen Willen! Ohne ein bißchen Traum und Utopie gäbe es keinen Revolutionär. Manchmal bleiben die Menschen stehen, weil sie Hindernisse für unüberwindbar halten, die überwindbar sind. Unsere eigene Geschichte lehrt, daß es für Schwierigkeiten, die unbesiegbar schienen, doch eine Lösung gab. Aber der Revolutionär hat auch die Pflicht, Realist zu sein, seine Handlungen historischen und sozialen Gesetzen anzupassen und aus der unerschöpflichen Quelle der politischen Wissenschaft und der universellen Erfahrung die Kenntnisse zu schöpfen, die zur Führung des revolutionären Prozesses unentbehrlich sind. Man muß auch aus den Taten und aus den Realitäten lernen können.

Manchmal geht eine utopische Haltung einher mit einer gewissen Geringschätzung gegenüber den Erfahrungen aus anderen Prozessen. Die Keime des Chauvinismus und des kleinbürgerlichen Geistes, unter denen wir, die wir auf rein intellektuellem Wege zur Revolution gekommen sind, zu leiden pflegen, entwickeln manchmal unbewußt Haltungen, die man als Selbstgefälligkeit und Überschätzung bezeichnen könnte.

Gewiß hat die kubanische Revolution wichtige Beiträge zur revolutionären Weltbewegung geleistet. Die Tatsache, die erste sozialistische Revolution in dieser Hemisphäre zu sein, verleiht ihr einen

* Der erste Teil der im folgenden abgedruckten Redeauszüge entstammt dem Hauptreferat zum 1. Parteitag der PCC, der zweite Teil der Abslußrede auf diesem Parteitag und der dritte Teil der Rede auf der anschließenden Massenkundgebung. Die Übersetzung ins Deutsche besorgten Maja Gloger, W. F. Haug und Nora Rätzel nach der in der wöchentlichen Ausgabe der „Granma“ vom 4. 1. 76 (I) und vom 11. 1. 76 (II und III) veröffentlichten Mitschrift.

hervorragenden Platz in der Geschichte. Diese Beiträge erfolgten auf der Ebene der Taten, doch hat die kubanische Revolution mit ihrer Praxis, ihren Initiativen und ihrem Beispiel auch die revolutionäre Theorie bereichert.

Die kubanische Revolution hat es jedoch nicht von Anfang an verstanden, auf dem Gebiet des Aufbaus des Sozialismus die reichen Erfahrungen anderer Völker, die lange vor uns diesen Weg eingeschlagen hatten, zu nutzen. Wenn wir bescheidener gewesen wären, wenn wir uns nicht selbst überschätzt hätten, wenn wir fähig gewesen wären zu begreifen, daß die revolutionäre Theorie in unserem Lande noch nicht genügend entwickelt war und wir wirklich einen zu großen Mangel an qualifizierten Ökonomen und Theoretikern des Marxismus hatten, um den Anspruch erheben zu können, einen wirklich bedeutenden Beitrag zu Theorie und Praxis des Sozialismus zu leisten, dann hätten wir mit der Bescheidenheit, die eines Revolutionärs würdig ist, mehr nach allem gesucht, was sich aus jenen Quellen lernen und auf die konkreten Bedingungen unseres Landes anwenden läßt.

Das hätte nicht — überhaupt nicht — bedeutet, auf eine klare Analyse der besonderen Merkmale unserer Situation und unserer Ökonomie zu verzichten, um jeweils das Nützliche anzuwenden und das Nutzlose wegzuworfen. Es wäre nicht um ein plattes Kopieren gegangen, sondern um die richtige Anwendung vieler nützlicher Erfahrungen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Steuerung.

Der Marxismus-Leninismus ist letztendlich eine Wissenschaft, die durch die Praxis der Völker, die den Sozialismus aufbauen, außerordentlich bereichert worden ist. Wir kubanischen Revolutionäre können dieses Erbe bereichern, aber wir können nicht ignorieren, was andere beigetragen haben. Auch wenn unsere Bedingungen höchst schwierig waren, zumal mit der Wirtschaftsblockade und der Unterentwicklung, hätte die intelligente Nutzung jener Erfahrungen uns sehr viel geholfen.

II.

Es erscheint nun so, als kämen einigen von uns für ihr Verhalten besondere Verdienste zu; aber wir dürfen auch nicht einen einzigen Augenblick lang vergessen, daß wir — eher als Menschen mit großen Verdiensten — Menschen sind, denen Zufall und Geschichte ungeheure Vorrechte eingeräumt haben. Wieviele haben während so langer Zeit gekämpft — von Carlos Manuel de Céspedes, Agramonte, Maceo, Martí bis Mella! Soviele Menschen, die kämpften, um das Land eines Tages frei zu sehen, um ihre Träume erfüllt zu sehen — und historische Faktoren, furchtbare Gegenkräfte machten es unmöglich, daß sie eines Tages ihre Anstrengungen von Erfolg gekrönt sahen, daß sie eines Tages ihre Träume in Wirklichkeit verwandelt sahen. Viele dieser Menschen konnten das Vaterland nicht frei sehen, konnten nicht eines Tages das ganze Land geeint sehen, unabhängig, souverän, revolutionär, demokratisch, gerecht und siegreich. Sie konnten es nicht sehen — trotz ihrer außerordentlichen persönlichen

Verdienste! Und wir sind eine Handvoll Menschen mit einigen wenigen Verdiensten und außerordentlichen Vorrechten: Erben derjenigen, die den größten Teil dieser Aufgabe erfüllt haben. Wir sind — eher als verdienstvolle Menschen — privilegierte Erben dessen, was andere taten. (Beifall)

Uns halfen die historischen Kräfte, uns hat das internationale Kräfteverhältnis geholfen. Und deshalb haben wir die Früchte der Anstrengung so vieler Menschen sehen können, haben sie ernten können — dieser Menschen, die so viel kämpften und die ihre Träume nie verwirklicht sehen konnten. Und dies ist die Realität, so sehen wir es und so müssen wir es sehen.

Ich weiß Genossen, daß es einige von euch bedauert haben, als wir eine Analyse unserer Fehler machten; ich weiß, daß besonders einige Genossen wirklich betroffen reagiert haben, als wir von Keimen kleinbürgerlichen Geistes und von Chauvinismus sprachen, unter denen wir, die wir auf rein intellektuellem Weg zur Revolution gekommen waren, zu leiden pfl egten. Aber wenn wir keine Proletarier waren, wie viele von uns, wenn wir keine ausgebeuteten Bauern waren, wenn unsere Klassenlage uns nicht objektiv zu Revolutionären machte — auf welchen Wegen konnten wir dann zur Revolution gelangen, wenn nicht auf dem Wege des Denkens, der Berufung, des menschlichen Empfindens? Vielleicht hatten wir sogar irgendein revolutionäres Gen. Es ist möglich, daß es bei mir von meinen Urgroßeltern kommt, ausgebeuteten Bauern aus Galicien, es ist möglich. (Gelächter und Beifall) Das war es, was wir sagen wollten, und es ist wahr. Wir können nicht sagen, die Welt sei voller Revolutionäre, dagegen können wir sehr wohl sagen, daß die Welt voller Kleinbürger ist. Und wir können wirklich sagen, daß die Welt heimgesucht ist von vielen Leuten, die auf rein intellektuellem Wege zu revolutionären Positionen gelangen, aber den Ballast ihrer Klasse mit sich schleppen und diese Keime mitbringen; davon gibt es viele Leute in Lateinamerika, in Europa, überall, das ist eine Tatsache. Und ständig treffen wir auf diesen Geist. Können wir nicht zumindest diese Wahrheit anerkennen? Welchen besseren Beweis kann man dafür geben, daß man diese Keime abzuschütteln, zu überwinden und zu vernichten beginnt, als wenn man begreift, daß man sie hat?

Es geht nicht um eine Sucht nach Selbstkritik. Wir haben gerechte Analysen unserer Fehler gemacht, aber wir haben nicht übertrieben. Wenn wir es darauf angelegt hätten, vollständiger zu sein, hätten wir viel mehr Fehler gefunden. Wir haben einfach nur die wesentlichen dargelegt. Und außerdem, Genossen, als revolutionäres Prinzip wird die Selbstkritik der Selbstgefälligkeit immer tausendmal vorzuziehen sein. (Beifall) Und immer wird dem Selbstlob die Selbsterniedrigung vorzuziehen sein! (Beifall)

Und wir glauben wirklich, daß wir revolutionären Führer uns ständig analysieren und selbst kritisieren müssen, wenn nicht öffent-

lich, dann privat. (Beifall) Immer müssen wir die Rechnung mit unserem Gewissen ins Reine bringen. (Beifall) Und überhaupt: niemals können wir mit uns selbst zufrieden sein, denn der Mensch, der mit sich selbst zufrieden ist, ist kein Revolutionär. (Beifall) Und was brauchen wir dann also? Lobreden? Nein. Die Menschen, die das Vertrauen der Allgemeinheit und ihres Volkes genießen, einschließlich derer, die eine große Macht bekommen durch den Platz, an den ihre Landsleute sie stellen, was sie brauchen sind keine Lobreden. Was zeigt die Geschichte? Daß Menschen Macht gehabt haben und Macht mißbraucht haben. Auch in den revolutionären Prozessen erlangen bestimmte Menschen eine außergewöhnliche Macht, vor allem in den ersten Jahren. Wenn diese Prozesse sich bereits institutionalisieren, wenn es bereits eine Partei gibt, wenn bereits stabile Normen existieren, wenn diese Normen sich praktisch in eine Kultur der Gemeinschaft umsetzen, dann bestehen keine Gefahren. Aber in dieser Phase eines revolutionären Prozesses, die wir alle erlebt haben, waren die Gefahren groß: die Gefahr der Eitelkeit, die Gefahr der Aufgeblasenheit, die Gefahr der Vergötterung, die Gewohnheit Autorität zu haben, die Gewohnheit Macht zu haben, die Ausübung der Macht. Wieviele Risiken birgt das in sich! Und wieviele Fehler sind im Laufe der Geschichte der Menschheit deswegen begangen worden! (Beifall)

Daher war es also in dieser ganzen Periode sehr wichtig — und so wird es immer sein —, daß die Menschen, die Autorität haben, die Menschen, denen ihre Landsleute eine große Verantwortung gegeben haben, hart sein mußten und streng gegen sich selbst. Und wir glauben, daß dies ein Prinzip ist, das unsere Partei immer haben muß, obwohl in unserer Partei und in unserer Zukunft die Menschen als Individuen immer weniger bedeuten, die Führer als Individuen immer weniger bedeuten. (Beifall)

In der Vergangenheit hat ein Landarzt immer alles erreicht, was er wollte. Er war der Abgeordnete der jeweiligen Partei, die es dort gab. Wenn man einen Stadtverordneten wählen mußte, so wählte man ihn. Einen Bürgermeister — man wählte ihn. Einen Abgeordneten — ihn. Einen Senator — ihn. Der einzige im Dorf, der etwas wußte, war der Arzt. Aber was wäre in diesem Dorf geschehen, wenn alle Welt Arzt gewesen wäre? Und so geschieht es auch in der Revolution.

Einige Menschen spielen in einem bestimmten Augenblick eine Rolle, spielen eine besonders herausragende Rolle. Alle glauben an ihn. Die Massen sind unwissend, der Analphabetismus herrscht überall vor; und dann wissen einige wenige, weil sie das Privileg hatten, eine Universität zu besuchen, etwas mehr als die übrigen. Aus diesem Grunde kamen in fast allen revolutionären Prozessen, die es bisher gegeben hat, diejenigen, die den Gedanken ausarbeiteten, häufig nicht aus den niedrigsten Schichten; da sie jedoch Zugang zu den Universitäten hatten, wohin der Arbeiter, der Bauer, der einfache Mensch aus dem Volk keinen Zugang hatte, spielten sie eine große Rolle. Auch Marx und Engels waren keine Proletarier. Sie

konnten an den Universitäten studieren. Die Arbeiter, die sechzehn und siebzehn Stunden in der Fabrik arbeiteten, konnten die marxistisch-leninistische Theorie nicht erarbeiten.

Aber eben mit der Revolution öffnen sich die Universitäten für alle, die Kultur öffnet sich allen, und es kommt eine Zeit, in der die Kenntnisse nicht das Eigentum einiger weniger Individuen sind, sondern der Massen.

Und unsere Revolution, ebenso wie alle sozialistischen Revolutionen, geht auf diesem Weg voran, auf dem sich das Wissen allmählich in das Eigentum der Massen verwandelt. Dann wird es diese ungeheuren Unterschiede zwischen dem Wissen einiger weniger und dem Wissen der Massen nicht mehr geben. Und es wird der Zeitpunkt kommen, in dem die Unterschiede minimal sein werden zwischen dem Wissen derjenigen, die leiten, und dem Wissen derjenigen, die geleitet werden.

Und in der Menschheit gibt es eigentlich keine Genies. Es gibt brillante Menschen. Ihr werdet gelesen haben, daß man einigen diesen oder jenen Preis verleiht; aber das Genie steckt nicht in den Individuen: das Genie steckt in den Massen. (Beifall) Wenn irgendjemand sich in Mathematik besonders hervorgetan hat, so ist es deshalb, weil Hunderttausende nicht Mathematik studieren konnten. Und irgendjemand ist in Ökonomie oder in Geschichte oder in jedem beliebigen Zweig des menschlichen Wissens hervorragend, weil die übrigen nicht die Gelegenheit hatten zu studieren. Aber wenn die Massen Zugang zur Kultur haben, wenn sie Zugang zum Studium, Zugang zum Wissen haben, dann verschwinden die Unterschiede, denn statt eines Genies gibt es tausend, gibt es zehntausend Genies. Und wo es zehntausend Genies gibt, gibt es kein Genie, da gibt es ein kollektives Genie. (Beifall)

Wir treten jetzt in eine Phase der Institutionalisierung des revolutionären Prozesses ein, in eine Phase sehr großer Sicherheit, in eine Phase sehr großer Garantie, denn diese Garantie wird schon nicht mehr von den Einzelmenschen gegeben, sondern von den Institutionen. Und wir Menschen sind sehr zerbrechlich: wir verschwinden aus tausend Gründen, von einer schlechten Verdauung bis zu einem Autounfall, ganz zu schweigen von den finsternen und heimtückischen Mordplänen der CIA.

Es gab eine fürchterliche Periode — wir haben das heute im Zentralkomitee erklärt —, in der man auf die Führer außerordentlich gut achtgeben mußte, weil sie eine entscheidende Rolle spielten. Das waren kritische Zeiten. Und ich mußte die Frage aufwerfen: nun gut, wenn sie mich töten, bleibt Raúl, und sie werden die Revolution nicht liquidieren. All dies hat sich mit der Zeit geändert. Jetzt kann ich bereits fehlen, Raúl kann fehlen, und die Revolution geht weiter; es fehlt das Politbüro, und die Revolution geht weiter. Was für eine außergewöhnliche Sache! (Beifall) Es fehlt das Zentralkomitee, und

die Revolution geht weiter. (Beifall) Wenn jetzt diese Wand einstürzen würde und dieses ganze Zentralkomitee verschwände, sind wir sicher, daß Ihr Euch versammeln und ein anderes gutes Zentralkomitee wählen würdet. (Beifall) Aber ich gehe noch weiter: es fehlt dieser Kongreß, das heißt, diese Gesamtheit von Delegierten, und die Revolution geht weiter. (Beifall)

Gewiß befinden sich hier die führenden Kader des Landes, die führenden Kader der Partei, der Streitkräfte, des Innenministeriums. Alle. Aber wenn dieser hypothetische Fall einträte, dann würden die Menschen, die dort an der Basis geblieben sind, in den Zellen der Partei, in den Bezirken, in den Gemeinden, in den Provinzen, die Leutnants und die Kapitäne der militärischen Einheiten und des Innenministeriums — dann würden sie die Revolution fortsetzen. (Beifall) Denn hinter ihnen stehen die zweihunderttausend Kommunisten, die nicht hier sind, steht das ganze Volk (Beifall), steht die gerechte Sache und stehen die revolutionären Ideen! (Beifall) Das bedeutet die Partei und die Institutionalisierung der Revolution.

Aber trotz dieser Sicherheit, die wir haben, versäumte man deswegen nicht, die zum Schutze dieser Tagungsstätte erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Ich mache darauf aufmerksam: Das Ministerium der Streitkräfte und das Innenministerium und die Organisatoren dieses Kongresses haben alle Maßnahmen ergriffen, damit nicht irgendwer ein Flugzeug voller Bomben hier herunterstürzen läßt. Und obwohl alles weiter voranginge, wie ich schon sagte, so könnte auf jeden Fall die anfängliche Desorganisation ein bißchen groß sein, nicht wahr? (Beifall) Ich nehme das von der anfänglichen Desorganisation zurück. Ich ziehe es zurück, weil es nicht korrekt ist. Es wäre besser zu sagen, daß die Tragödie groß sein würde, der Verlust für das Land sehr groß sein würde wegen der Bedeutung der Erfahrungen, die alle die Männer und Frauen bereits angesammelt haben, die in diesem Saal sind. Und es sind alle Maßnahmen ergriffen worden! Wir haben alle Maßnahmen ergriffen, weil es richtig war, diesen Kongreß mit allen Mitteln zu schützen.

Aber unsere wesentliche Idee ist die, daß in dem Maße, in dem sich die Partei entwickelt, sich die Ideen schon praktisch in eine Kultur des ganzen Volkes verwandeln. In dem Maße, in dem die Revolution institutionalisiert wird, spielen die Menschen nach und nach eine weniger wichtige Rolle: spielen die Individuen, die Kader als Individuen eine weniger wichtige Rolle. Und das macht uns alle sehr glücklich, weil dies die Garantie für das revolutionäre Werk ist.

Wir alle können ruhig sein. Alle! Bis hin zum letzten Bürger, zum bescheidensten Bürger dieses Landes, bis hin zum letzten, der gerade heute geboren wird, wenn dieser Kongreß abgeschlossen wird. Die Revolution ist schon gegen alle möglichen Gefahren gesichert.

Aber wir sagten, daß allmählich die Bedingungen geschaffen worden sind, damit Fehler, die man voraussehen kann, vermieden werden, und Fehler, die dann doch begangen worden sind, schleunigst richtiggestellt werden. (Beifall)

Im übrigen, Genossen, sind wir, wir alle — ich spreche im Namen aller Genossen des Politbüros und des Zentralkomitees, zu denen ihr so herzlich, so freundlich und warmherzig gewesen seid —, sind wir tief bewegt, und niemals werden wir deswegen ein Gefühl der Überheblichkeit hegen. Wir halten uns eine der größten Wahrheiten vor Augen, die Martí in seiner reichen Philosophie aussprach, und zwar: „Aller Ruhm der Welt paßt in ein Maiskorn.“ (Beifall)

Das Vertrauen, das ihr in uns setzt, die Ehren, die ihr uns allen erwiesen habt, werden allein dazu dienen, daß wir uns noch stärker verpflichtet und noch mehr verbunden fühlen unserer Partei und unserem Volk. Es wird dazu dienen, daß wir unsere Anstrengungen verstärken, um für die Erhaltung dieser Ehrlichkeit, dieser Reinheit, dieses brüderlichen und humanen Geistes unserer Partei und unserer Revolution zu kämpfen. Denn jemand sagte einmal, die Revolution sei wie Saturn, der seine eigenen Kinder verschlang. Aber diese Revolution verschlingt ihre eigenen Kinder nicht, hier sind wir, die Menschen, die diese Revolution begonnen haben. (Beifall) Hier sind wir, die Menschen, die sie später fortführten, hier kommen diejenigen zusammen, die noch mehr Jahre der Revolution hinter sich haben, die vor uns begannen, wie Fabio Grobart und Carvajal, wie Blas und Carlos Rafael¹, hier sind wir, die wir bei der „Moncada“ dabei waren, uns im Exil vereinten, uns in den Bergen vereinten, uns im Triumph vereinten, die alten Menschen und die reifen Menschen und die jungen Menschen — von Fabio bis Dominguez, hier sind wir alle. (Beifall) Und diese Revolution hat weder ihre eigenen Kinder verschlungen, noch wird sie jemals ihre eigenen Kinder verschlingen. (Beifall) Ohne daß dies Duldsamkeit, ohne daß dies das Fehlen der in einer Revolution notwendigen Strenge bedeutete.

Dieser humane, brüderliche, großzügige, gleichzeitig feste Charakter unserer Revolution befriedigt uns und erfüllt uns alle mit Stolz. Und dieser Weg, diese Zukunft werden von unserer Partei garantiert, von diesem Kongreß: darin besteht seine tiefste Bedeutung. Eine neue Etappe eröffnet sich in der Revolution nach dem Ersten Kongreß. (Beifall)

III.

Wir haben eine Epoche erlebt, in der einigen Menschen die Rolle von Symbolen entsprochen hat, es haben ihnen herausragende Aufgaben entsprochen, und sie haben immense Ehren erhalten, die weit über ihre bescheidenen Verdienste hinausgehen. Wir sind praktisch aus dem Nichts aufgetaucht, aus der Unwissenheit, aus der Kulturlosigkeit, aus den Klassenunterschieden, aus den Unterschieden der Ausbildung und der Kenntnisse. Seitdem machen wir eine tiefgehende Revolution, die in jedem Sinne die Unterschiede zwischen den Menschen verschwinden läßt, eine Revolution, die uns immer

¹ Fabio Grobart, Carvajal, Blas und Carlos Rafael sind alle führende Mitglieder der „alten“ KP, des Partido Socialista Popular (Grobart ist das älteste Mitglied des ZK).

mehr gleich macht, die uns den Zugang zu Kenntnissen und zur Kultur verschafft und die uns vor allem den Zugang zu einer revolutionären Ideologie bringt. Wir könnten sagen, daß es noch immer Ungleichheit in den Ehrungen gibt, daß es Ungleichheiten der Autorität gibt, aber wir sind auf dem Weg in eine Zukunft der Gleichheit in allen Lebensbereichen, einschließlich der Gleichheit im Ansehen, der Gleichheit in der Autorität und der Gleichheit der Ehrungen. Wir sind bis hierher gekommen als Resultat der Anstrengungen eines ganzen Volkes, Generation für Generation. Wir sind bis hierher gekommen als Resultat der Anstrengung und des Kampfes von Millionen von Landsleuten. Und dennoch hören wir unsere Namen: meinen Namen, den Namen Raúl's und den Namen der Genossen des Politbüros und des Zentralkomitees. Ihr sollt wissen, daß wir sehr wohl wissen, daß diese Namen nichts anderes bedeuten, als die Symbole, die Worte, mit denen das Volk seine eigenen Verdienste und sein eigenes Werk ausdrücken will. (Beifall)

Um auszudrücken, wie wir uns heute fühlen, an diesem glorreichen Tag, an dem unser erster Parteitag seinen Höhepunkt hat, an diesem glücklichen Tag — vielleicht der glücklichste Tag der ganzen Revolution, weil wir das Werk der Revolution nie so sicher und dauerhaft gesehen haben wie heute —, (Beifall) fühlen wir uns wie Tropfen in diesem Volksmeer. (Beifall) Unsere Zukunft zeigt sich erstrebenswert, zeigt sich klar. Heute sind wir frei, heute sind wir absolute Herren unseres Schicksals, und deshalb können wir diese Zukunft erbauen. Wir werden so weit kommen, wie wir fähig sind.

Unsere Kämpfe haben während des Kolonialismus begonnen, wir haben sie unter dem Kapitalismus fortgesetzt, und heute erbauen wir den Sozialismus. Und dieser Kampf vereint uns, verbrüdernd uns, identifiziert den einen mit dem anderen; er hat dazu geführt, daß unser Volk in seiner Gesamtheit über sich hinauswächst und daß jeder von uns individuell besser wird. Aber laßt uns nicht hier innehalten! Laßt uns vorwärts gehen! Laßt uns den Sozialismus aufbauen! Und ohne daß uns jemand vorwerfen kann, wir seien Träumer: unser Volk wird den Kommunismus erreichen!

Bund demokratischer Wissenschaftler

„Umwelt und industrielle Entwicklung“

Einladung zur Fachtagung am 11. und 12. Juni 1976 in Hamburg

Probleme der Umweltgefährdung und des Umweltschutzes sind seit mehreren Jahren Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Die dabei sichtbar werdenden Konflikte zwischen Ökonomie und Ökologie beruhen weitgehend auf einem verkürzten quantitativen Denken. Die ökonomischen Modelle lehren uns, daß gewisse Wachstumsraten für Erträge, Investitionen usw. eingehalten werden müssen, wenn gesellschaftlicher Wohlstand gesichert werden soll. Eine ökologische Analyse aber zeigt, daß gerade dieser Wachstumszwang nur auf Kosten der natürlichen Umwelt durchgesetzt werden kann. Eine bloß quantitative Bestimmung von Wachstum und Wohlfahrt kann nicht mehr genügen. Es kommt darauf an, neue Prioritäten zu setzen.

Dabei fällt den Wissenschaftlern eine wichtige Aufgabe zu. In vielen Bürgerinitiativen wird die Mithilfe von Wissenschaftlern — Naturwissenschaftler, Juristen, Stadt- und Regionalplaner — gebraucht. Zugleich müssen die Probleme alternativer Energiequellen und die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrem Zusammenhang mit der Umweltproblematik in gründlicher wissenschaftlicher Reflexion geklärt werden, sollen Argumente und Gegenargumente auf diesem Gebiet nicht der Demagogie anheimfallen.

Um diese Diskussion voranzutreiben, veranstaltet der BdWi eine Tagung zum Thema *Umwelt und industrielle Entwicklung — Die Aufgaben der Wissenschaftler bei der Schaffung und Erhaltung einer menschenwürdigen Umwelt*. In einer Podiumsdiskussion am 11. Juni sollen vor allem Probleme des Baus von Kernkraftwerken erörtert werden. Am 12. Juni tagen das Plenum und vier Arbeitsgruppen mit folgender Themenstellung: I. Energiepolitik und technologische Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung des Kernkraftwerkbaus. II. Die Konkurrenz von Produktion und Reproduktion am Beispiel Raumplanung, Stadtplanung, Denkmalschutz, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, Gesundheitsvorsorge. III. Gesellschaftliche Voraussetzungen der Konkurrenz von Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherheit. Möglichkeiten ihrer Überwindung. IV. Rechtliche Fragen der Bürgerbeteiligung und der Teilnahme von Wissenschaftlern an Planungsprozessen.

Alle Wissenschaftler, die sich an unserer Diskussion beteiligen wollen, sind eingeladen. Sie können von der Geschäftsstelle des Bundes demokratischer Wissenschaftler, Postfach 1162, 3550 Marburg, weitere Informationen erhalten.

Besprechungen

Philosophie

Ritter, Joachim (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 1. Schwabe Verlag, Basel-Stuttgart 1971 (XII, 528 S., Ln., 77,— DM).

In einem Vorwort erläutert der Herausgeber die Konzeption des Unternehmens. In der Orientierung am „Eisler“ (3 Bde., letzte Auflage 1927—30) liegt die Ausrichtung auf ein Begriffslexikon, was den Verzicht auf Artikel über einzelne Philosophen, philosophische Aussagen oder Titel von Einzelwerken bedeutet. Der enzyklopädische Anspruch besteht darin, „im Element der Begriffe und Termini die gegenwärtige Philosophie in ihrem Wechselverhältnis zu ihrer Geschichte und zu den Wissenschaften darzustellen und zu vermitteln“ (V). Dies soll geschehen unter Abwehr „der Gefahr und der Versuchung standpunktlicher Verengung und einer künstlichen, fiktiven Vereinheitlichung“ (VIII). Hierin liegt die historisch-pluralistische Trennung vom „Eisler“, der immerhin davon ausgegangen war, so etwas wie eine „systematische Weltanschauung“ im Sinne eines „Kritizismus“ zu verbreiten (vgl. sein Vorwort von 1927). Auch was die historische Zugangsweise betrifft, wird einer einheitlichen „begriffsgeschichtlichen“ Orientierung entsagt (vgl. VIII) und statt dessen die Problematik der Begriffsgeschichte und ihre kontroverse Auslegung im Rahmen eines Stichworts behandelt.

Hinter dem intendierten Pluralismus steht auch eine realistische Einsicht. Das Werk setzt einen breit gestreuten Mitarbeiterkreis voraus, den zu vereinheitlichen illusionär wäre. An dem ursprünglich auf 8 Bände geplanten, inzwischen sich zu 9 bis 10 Bänden auswachsenden Lexikon sind über 700 Autoren aus verschiedenen Ländern beteiligt. Die Erscheinungsweise (pro Jahr ein neuer Band) macht eine Gesamtplanung schwierig. Eine Konsequenz ist, daß auf sonst übliche Querverweise verzichtet wird; statt dessen wird zum Abschluß ein gesonderter Indexband vorgelegt werden. Der Benutzer bleibt einstweilen auf Vermutungen angewiesen, ob sich Lücken noch schließen.

Die dominanten Traditionen, an denen sich die westdeutsche Nachkriegsphilosophie orientierte, waren bzw. sind (neben einem eher historischen Verhältnis zur Philosophie) die Richtungen der Phänomenologie (von Husserl her), der Hermeneutik (von Heidegger her) und zu einem beträchtlichen Teil die Tradition des Deutschen Idealismus (Kant bis Hegel). Erst im Laufe der sechziger Jahre wurde ein

oft borniertes Kreisen in diesen Traditionen von einer stärkeren Berücksichtigung der Formalen Logik, der Analytischen Philosophie und Wissenschaftstheorie sowie des Marxismus konterkariert (Ausnahmen bestätigen die Regel). Letzterer drang wenig akademisch mit der Studentenbewegung stärker ins philosophische Bewußtsein, erstere verdankten ihre steigende Beachtung dem Gewicht der Philosophie der angelsächsischen Länder. Wenn es also darum geht, „gegenwärtige Philosophie“ im „Wechselverhältnis zu ihrer Geschichte“ darzustellen, so war es eine der wichtigsten Aufgaben, die Gegenwart einigermaßen zu erfassen.

Vorauszuschicken ist: die für das jeweilige Stichwort wichtigsten Epochen der Philosophiegeschichte finden sich z. B. gut repräsentiert in den längeren Artikeln „Absolut, das Absolute“, „Abstraktion“, „Allgemeines/Besonderes“ und (ergänzend hierzu) „Begriff“. Kenntnisreichtum und differenzierte Aufarbeitung dokumentieren auch die Artikel über philosophische Teil-Disziplinen, Anthropologie und Ästhetik. Beim letzteren kontrastiert die souveräne Behandlung der Entwicklung von Baumgarten bis Hegel mit der lückenhaften Behandlung des 20. Jahrhunderts (z. B. wird Croce erwähnt, Collingwood dagegen nicht, ganz zu schweigen etwa von Dewey):

Zum Rezeptionsstand der formalen Logik ist zu konstatieren, daß man ihr den Platz eingeräumt hat, den sie angesichts ihrer neueren Entwicklung (als „mathematische“) verdient, und für fachkundige Vertreter gesorgt hat (vgl. „Algorithmus“, „Aussagenlogik“, „Antinomie“, „Beweistheorie“). Dies wäre nicht eigens hervorzuheben, wenn es nicht seit Hegel eine deutsche Tradition der Verachtung des Logischen gäbe, die bis Heidegger und Adorno reicht. Sofern Marxisten sich dieser Haltung anschließen, verhalten sie sich irrational, so als hätten sie Berührungsangst vor der Logik, nur weil diese (z. B. bei Popper) für läppische Widerlegungsversuche der Dialektik und des Marxismus erhalten muß.

Eine beträchtlich umfassendere Integrationsaufgabe stellen Analytische Philosophie und Wissenschaftstheorie dar. Die letztere ist nur durch einige Kurzstichworte aus der Tradition des Wiener Kreises vertreten („Basissatz“, „Bestätigung“, „Bewährung“, „Beobachtungssatz“, „Beobachtungssprache/theoretische Sprache“), so daß noch kein hinreichend ausführliches Material zur Diskussion ihrer Aufnahme vorliegt. Zur Analytischen Philosophie finden sich einerseits Artikel, die einen Diskussionsstand adäquat einbringen (z. B. die Problematik des Begriffs des Analytischen unter „Analytisch/Synthetisch“, andererseits nur dürftige Auskünfte („Analyse/Synthese“). Ignoriert bleibt der Stand der Analytischen Bewußtseinstheorie, so daß das Stichwort „Bewußtsein“ mit der Phänomenologie endet. Unzureichend ist die Abhandlung des Stichworts „Bedeutung“, wenn man erwartet, einen Einblick in den Leitbegriff der Analytischen Philosophie (meaning) zu erhalten. Das heißt nicht, daß die dort abgehandelte sprachwissenschaftliche Tradition nicht wichtig

wäre, doch klafft hier und unter „Bedeutungslehre“ zumindest von der Stichworteinteilung her eine empfindliche Lücke. (Es steht zu erwarten, daß diese unter „Semantik“ geschlossen wird.)

An der Absicht, auch dem Marxismus und unter seinem Einfluß stehenden oder mit ihm konkurrierenden Richtungen der Linken eine entsprechende Darstellung zu geben, scheint es nicht gefehlt zu haben. Die Umsetzung freilich bleibt schwach. Als einzige Ausnahme ist in diesem Zusammenhang der Artikel „Anarchie/Anarchismus“ zu nennen, der eine materialreiche und ausgewogene Übersicht bietet. Zum Marxismus selbst ist das allererste Stichwort des Wörterbuchs bereits mehr als spärlich („Abbildtheorie“), davon nur vier Zeilen über die Geschichte dieses Begriffs in der marxistischen Tradition. Im Stichwort „Arbeit“ wird zwar auf die zentrale Bedeutung dieses Begriffs bei Marx hingewiesen, doch beschränkt sich die Darstellung ansonsten auf die Aufreihung von Grundbestimmungen aus dem „Kapital“, die in einen globalen Zusammenhang mit Herrschafts- und Eigentumskritik sowie der Aufhebung von Arbeitsteilung und Entfremdung gebracht werden. Die Darstellung macht hier keinen Versuch, auch nur in etwa ein Verständnis dieses Zusammenhangs herzustellen, ganz im Gegensatz zu der Behandlung von A. Smith und Hegel, bei der immanente Plausibilität vermittelt wird.

Unerfreuliche Ergänzungen hierzu sind die Artikel „Arbeiter/Arbeiterfrage“ und „Arbeitsteilung“. Peinlich wirkt es, wenn unter „Arbeiter/Arbeiterfrage“ das Verhältnis von Hand- und Kopfarbeit zwar angesprochen wird — obwohl das unter „Arbeitsteilung“ gehört hätte —, um jedoch zugleich mit dem Hinweis auf die nazistische Terminologie („Arbeiter der Stirn und der Faust“) seine weitere Relevanz entzogen zu bekommen. Neben den terminologischen Erläuterungen zu „Arbeiterklasse“ fehlt ein Stichwort „Arbeiterbewegung“. Unter „Bewegung, politische“, stößt man auf eine kurze denunziatorische Abfertigung von Marx und Engels, die sich denkbar schlecht mit Kriterien historischer Objektivität verträgt.

Das Stichwort „Bürger“ dagegen zeichnet sich durch eine wirklich gute Aufarbeitung aus. Kann es verwundern, daß sich das Historische Wörterbuch hier und nicht unter „Arbeitsteilung“ von seiner positiven Seite zeigt?

Rolf Zimmermann (Heidelberg)

Ritter, Joachim (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 2 u. 3. Schwabe Verlag, Basel-Stuttgart 1972 u. 1974 (576 u. 636 S., Ln., 94,50 DM, 115,— DM).

Ein Unternehmen wie das von dem 1974 verstorbenen Joachim Ritter begonnene, an dem über 800 Beiträger unterschiedlicher wissenschaftlicher couleur mitarbeiten, entzieht sich dem Zugriff des einzelnen Rezensenten; was er wahrnimmt, kritisch oder affirmativ, ist notwendig subjektiv und selektiv. Das ausgebreitete Material ist

derart umfänglich und zum Teil widersprüchlich, daß zumal der Versuch einer halbwegs objektiven, allen Seiten gerecht werdenden Bewertung fast der Quadratur des Kreises gleichkommt.

Gleichwohl bedarf es eines ordnenden und wertenden Kriteriums, will man bei der Lektüre nicht einer bodenlosen Liberalität aufsitzen, die Differenzen und Widersprüche bloß registrierend wahrnimmt, nicht aber, wie es notwendig wäre, parteilich im Sinne eines Eingehens auf einen Gegenstand, aus dem seine Bestimmungen, seine Grenzen und Widersprüche nach Maßgabe einer Logik der Sache herzuleiten sind. Wer also wissen will, was die bürgerliche Welt im Innersten zusammenhält, findet hier reichen Stoff, sich abzarbeiten.

Ein mögliches Kriterium der Einordnung und Bewertung eines Wörterbuchs bildet sein Gebrauchswert zur Vermittlung von Sachwissen und weiterführenden Hinweisen. Leistet dies das „Historische Wörterbuch“? Ich schlage, durchaus subjektiv motiviert, das Stichwort „Geld“ auf, um mir eine erste Information über Georg Simmels „Philosophie des Geldes“ zu verschaffen. Tatsächlich finde ich einen, wenn auch knappen, Hinweis auf das Buch. Offenbar ist es nicht selbstverständlich, daß in einem philosophischen Wörterbuch das Stichwort „Geld“ überhaupt aufgeführt ist, denn sowohl im „Handbuch philosophischer Grundbegriffe“ von Krings/Baumgartner/Wild als auch im „Philosophischen Wörterbuch“ von Klaus/Bohr sucht man es vergebens. Welche Informationen über Geld, über seine Begriffs- und Realgeschichte finde ich nun bei Ritter? Die Erwähnung der Mittlerfunktion von Geld, der alten Diskussionen über geldlichen Nominalismus und Realismus, über Metallismus und Papiergeld, über Wertsubstanz und Wertmessung etc. liefert brauchbare Anregungen und Informationen; es fehlt aber gänzlich der Hinweis auf geldtheoretische Kontroversen, wie sie seit gut hundert Jahren im Anschluß an die Marxsche Wertlehre geführt werden — kein Hinweis auf Marx selbst, keiner auf Böhm-Bawerks Kritik und Hilferdings Antikritik, keiner auf die neueren und neuesten marxistischen Geldtheoretiker. Dies ist ein gravierender Mangel, erfährt doch der Leser allenfalls die Hälfte bzw. die halbe Wahrheit über die Geschichte des Geldes.

Andere Stichworte hingegen bringen Informationen, die in ihrer begründenden Ausführlichkeit jeder philosophischen Fachzeitschrift zur Ehre gereichen würden. Unter „Erkennen, Erkenntnis“ z. B. wird die Aristotelische und neuplatonische Erkenntnislehre ebenso umfassend dargestellt wie die Kants, Diltheys und Husserls; die sinnvolle Strukturierung eines so weiten Begriffs wie „Erkenntnis“ in diverse Unterabschnitte und die zahlreichen Literaturangaben bieten dem Leser beispielhafte Orientierungshilfen. Dieses Positivum gilt für einen Großteil der aufgeführten Stichworte.

Daß die Entdeckungsfahrten durchs „Historische Wörterbuch“ manchmal zu einem wirklichen Abenteuer werden können — nicht zuletzt darin liegt sein hoher Wert für den Benutzer. Welcher

Nietzsche-Leser weiß schon, daß die „halkyonischen Tage“ ein alter Topos aus der griechischen Mythologie sind, der sich in der deutschen Literatur des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts, so bei Wieland, Jahn und Kotzebue, festsetzt und zur Charakterisierung einer bestimmten geistigen und seelischen Verfassung dient, die sich sozial-historisch als eine besondere Form von bürgerlichem Eskapismus entziffern läßt? Oder wer weiß heute noch, daß der Begriff „Diktatur“ im alten deutschen Staatsrecht bis 1806 nichts anderes meinte als die Übergabe der Beratungsvorlagen an den Reichstag durch den Reichsdiktator, der sie den Kanzlisten der Reichsstände diktierte; daß er erst nach der napoleonischen Epoche seine heute übliche Bedeutung erhielt? Überhaupt macht das „Historische Wörterbuch“ geistesgeschichtliche Fluchtlinien transparent, die zu manchmal unvermuteten Einsichten in historische Zusammenhänge führen. Dies ist ebenso ein Pluspunkt des Unternehmens wie die Offenheit gegenüber benachbarten Disziplinen. Exkursionen in psychologische, anthropologische, ethnologische und soziologische Bezirke sind keineswegs die Ausnahme von der philosophischen Regel; solche Interdisziplinarität macht das „Historische Wörterbuch“ zu einem Nachschlagewerk, das, ähnlich wie die „Religion in Geschichte und Gegenwart“, auch für den Nichtfachmann einen gediegenen Gebrauchswert besitzt. Das Siglen- und Abkürzungsverzeichnis sowie die Erklärung der Logik- und Kalkülsymbole am Schluß eines jeden Bandes sind eine zusätzliche nützliche Hilfe für den Leser. Insgesamt wird man feststellen können, daß mit den ersten Bänden des „Historischen Wörterbuchs der Philosophie“ ein Werk begonnen worden ist, das dank seiner wohlthuenden Un-Aktualität die nächsten Jahrzehnte ohne Schaden überdauern wird. Bleibt zu hoffen, daß auch nach dem Tod des Herausgebers Joachim Ritter, dessen Name für die wissenschaftliche Souveränität des Ganzen steht, die herausgeberische Arbeit am „Historischen Wörterbuch“ in gleicher Solidität und Qualität wie bisher fortgesetzt wird. Hans-Martin Lohmann (Offenbach)

Churchman, C. West: Die Konstruktion von Erkenntnissystemen. Grundlagen für die System- und Organisationstheorie. Verlag Herder & Herder, Frankfurt/M.-New York 1973 (255 S., Ln., 58,— DM).

Churchman stellt den Anspruch, mit seinem Buch die Philosophie der Organisationstheorie, des ingenieurmäßigen oder architektonischen Entwerfens, der Konstruktion im allgemeinsten Sinne zu liefern, wobei ihm Konstruktion „alle Tätigkeiten, mit denen wir bewußt versuchen, uns und unsere Umwelt zu verändern, um unsere Lebensbedingungen zu verbessern“ (V) bedeutet. Seine Methode ist systemtheoretisch, d. h. seine Philosophie des Konstruierens ist Systemtheorie. Sie soll hier das „Schöpferische in der Wissenschaft, d. h. (...) Tätigkeiten, die zu neuem Wissen führen“ (4), analysieren. Die Frage ist, wie weit der Mensch ein Erkenntnissystem konstruieren kann.

Der erste Teil des Buches beschäftigt sich mit Beispielen aus der Geschichte der Erkenntnistheorie. Diese werden als „Darstellung möglicher Konstruktionen des Lernens“ (15) aufgefaßt, wobei weniger von Interesse ist, was der historische Erkenntnistheoretiker wollte, als vielmehr, was dessen Versuche heute für den Konstrukteur bedeuten. Demgemäß übersetzt Churchman die Erkenntnistheorien von Leibniz, Locke, Kant, Hegel und Singer in „Die Sprache des Konstrukteurs“, d. h. er betrachtet die Beispiele als Anleitungen zur Konstruktion von Erkenntnisssystemen. Als Konstruktionsmodell benutzt er dabei Rechenmaschinen oder Computer: Erkenntnistheorie erscheint in den Begriffen der Computertechnik.

Wenn man dabei auch wenig über die tatsächlichen Theorien der benützten Erkenntnistheoretiker erfährt, so lassen sich doch einige Probleme der Erkenntnistheorie auf diese Weise klarer darstellen, z. B. wie ein Erkenntnisssystem mit dem Gesamtsystem Gesellschaft zusammenhängt (37 ff.). Churchman selbst sieht diese Zusammenhänge allerdings sowohl unhistorisch als auch relativ unkritisch. Wenn er sich z. B. mit der Frage beschäftigt, ob Wissenschaft als Teilsystem dem Gesamtsystem Gesellschaft auch schaden kann, wie etwa im Falle der Kernforschung (193), sieht er nicht, daß Schaden nicht durch die Wissenschaft, sondern durch das Verwertungsinteresse des Kapitals oder sonstige Machtinteressen gestiftet wird. Gleichwohl ließe sich mit etwas weniger Borniertheit der tatsächliche Zusammenhang auch systemtheoretisch klar und mit dem Vorzug der Operationalität darstellen. — Besonders interessant ist Churchmans Beschäftigung mit Hegels Dialektik als Erkenntnisssystem. Zwar hat das mit Hegel nicht mehr allzuviel zu tun, ist aber ein beachtenswerter Versuch, das dialektische Grundprinzip formalisiert auszudrücken.

Der zweite Teil des Buches ist „Spekulation über die Systemkonstruktion“. Er enthält vor allem den Versuch, einer relativistischen Position in der Erkenntnistheorie zu entgehen, ohne an einen „Garanten“ für die Erkenntnis im Sinne von Descartes glauben zu müssen. Die Frage, ob Naturerkenntnis ein mechanistisches oder ein teleologisches Modell oder eines, das mit Wahrscheinlichkeit arbeitet, benutzen muß, oder ob diese drei Ansätze miteinander vereinbar sind, beschäftigt den Autor ebenfalls. Vor allem: „hindern uns nicht die Beschränkungen durch diese Bilder ein für allemal daran, das Einmalige, das Schöpferische und ähnliches zu beschreiben!“ (181) Diese und andere Fragen werden geistreich erörtert, aber als letztlich nicht beantwortbar angesehen. Relevante Fragen sind es dem philosophischen Denken dennoch.

Insgesamt wird Churchman seinem Anspruch in diesem Buch einigermaßen gerecht: Er liefert ein geschlossenes Bild der Voraussetzungen des Konstruierens in seinem Sinne. Auch über Systemtheorie kann man hier Grundlegendes erfahren. Daß die praktizierte bürgerliche Systemtheorie als unhistorische Methode der Realität nur partiell gerecht werden kann, steht auf einem anderen Blatt. Sie enthält aber hinreichend fruchtbare Ansätze, die es lohnend machen würden, auch sie vom Kopf auf die Füße zu stellen. Thomas Brandt (Marburg)

Ashby, W. Ross: Einführung in die Kybernetik. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1974 (416 S., br., 14,— DM).

Daß Ashbys „Introduction“ erst jetzt in einer deutschen Übersetzung vorliegt, nimmt wunder: Das Buch erschien bereits 1956, die englische Ausgabe erreichte zahlreiche Auflagen, wurde in den 50er und 60er Jahren in viele Sprachen übersetzt. Es muß wegen der in ihm formulierten Grundlagen der kybernetischen Systemtheorie und wegen der einfachen wie präzisen Darstellung als ein auch heute unvermindert gültiges Standardwerk der Kybernetik angesehen werden. Ashby gehört mit N. Wiener auch zu den ersten Kybernetikern, die in den sozialistischen Ländern rezipiert wurden und die dortige Diskussion nachhaltig beeinflußt haben.

Ein größeres Publikum ist auf Ashby erst durch die Beschäftigung mit Systemtheorie und vor allem durch die Sozialtechnologie-Kontroverse zwischen Habermas und Luhmann aufmerksam geworden. Luhmann hatte die Formel „Reduktion von Komplexität“ von Ashby ausgeliehen und zum grundlegenden Bestandsproblem sozialer Systeme erklärt, ohne allerdings die ursprünglichen Konstruktionsbedingungen dieses Begriffs ausreichend zu erläutern.

Im ersten Teil der „Einführung“ wird erklärt, wie die Kybernetik versucht, mit eigener Begrifflichkeit Verhaltensweisen abzubilden, „die in irgendeiner Weise organisiert, determiniert oder reproduzierbar sind“ (15 f.). Vom stofflichen und energetischen Aspekt der Prozesse wird dabei abstrahiert. Ashby findet eine Sprache zur Verhaltensbeschreibung, die formal genau ist, aber abstrakt genug, um in weiten Bereichen anwendbar zu sein. Den Übergang von einem Zustand in einen anderen Zustand nennt Ashby Transition, eine Menge solcher Transitionen bildet eine Transformation. Die Transformationen als Operationsbeschreibungen bilden die Zustandsfolgen der dynamischen Systeme ab (auch unter dem Titel abstrakter „Maschinen“). Diese jeweilig auszuwählenden Zustandsfolgen machen als Variablenschar das System aus. „System“ bedeutet in diesem Zusammenhang nicht ein Ding, sondern eine Liste von Variablen“ (69). Dieser Systembegriff wird Schritt für Schritt differenziert und erweitert; die Systeme werden offen für Eingangsgrößen (Parameter), die einen Wechsel der Transformationen bewirken können, Transformationen der Transformationen also. Es gelingt Ashby Kopplungen und (negative wie positive) Rückkopplungen als Eigenschaften solcherart gefaßter Systeme stimmig zu beschreiben; die formalen — keine Wertung beabsichtigenden — Konzeptionen: Störung, Gleichgewicht, Stabilität, Instabilität, werden verständlich.

Der zweite Teil („Vielfalt“) wendet sich der Informationstheorie zu: Steht überhaupt nur eine einzige Nachricht zur Verfügung, die übermittelt werden kann, ist Kommunikation nicht möglich. „Kommunikation erfordert also unbedingt eine Menge von Nachrichten. Und nicht nur das, sondern die mit einer bestimmten Nachricht übermittelte Information hängt von der Menge ab, aus der sie

kommt. Die übertragene Information ist keine eigentliche Eigenschaft der individuellen Nachricht“ (183). Die Menge der von einem Beobachter zu unterscheidenden Elemente nennt Ashby „Vielfalt“. Wieder wie bei der Systemdefinition ist Vielfalt nicht als „Ding“ anzusehen, sondern als eine Größe, die sich auf eine Menge bezieht. Übertragung von Vielfalt wird zum Schlüsselproblem von Codierung und Decodierung als den Vorgängen, die während der Kommunikation ständig durchlaufen werden müssen. In diesem zweiten Teil des Buchs werden die Grundlagen der Informationstheorie erläutert, werden Begriffe wie Entropie, Redundanz, Rauschen vermittelt und wird Information erklärt als etwas, das Unsicherheit über das Ergebnis eines Auswahlvorgangs beseitigt. Da Ashby Information an Vielfalt bindet und sich stark an die Shannonsche Informationstheorie anlehnt, die den syntaktischen Informationsaspekt untersucht, werden semantischer und pragmatischer Aspekt nicht berücksichtigt — ein Umstand, der vor überzogenen Analogien der Ausführungen zu Informationsverarbeitung im gesellschaftlichen Bereich warnt.

Im dritten Teil werden Systemverhalten und Übertragung von Vielfalt als Funktion von Regelung und Steuerung behandelt. Verfügt ein System über verschiedene Transformationen, wird es bei gegebenen Eingangsgrößen die Auswahl der Transformation so treffen, daß möglichst die vom System gewünschten Ausgangsgrößen erreicht werden. Die Zielgerichtetheit des Auswahlvorgangs wird am Überlebensbegriff erläutert. Dies auf biologische Systeme anwendend, spricht Ashby von jeweiligen Zustandsmengen, die Überleben oder Nicht-Überleben darstellen, und definiert Überleben dadurch, daß „bestimmte wesentliche Variablen in festgelegten Grenzen gehalten werden“ (285). Damit ist ein exakter (allerdings leerer) Überlebensbegriff zur Hand. Regelung heißt dann, die auf das System einströmende Vielfalt der Eingangsgrößen auf eine mit den wesentlichen Variablen verträgliche Vielfalt zu reduzieren. Ist die Vielfalt der dem System zur Verfügung stehenden Transformationen nur gering, wird es möglicherweise nicht gelingen, die einströmende Vielfalt im genannten Sinne zu reduzieren. Als Konsequenz wird das System die eigene Vielfalt an Transformationen zu erhöhen versuchen. Mit diesen (spieltheoretischen) Überlegungen sind die Grundlagen des für die Kybernetik wichtigen „Gesetzes der erforderlichen Vielfalt“ skizziert: „nur Vielfalt kann Vielfalt zerstören“ (299). Wenn also von Reduktion von Komplexität die Rede ist, dann ist bei Ashby ein solches zunächst sehr formales Verfahren gemeint, das im „Gesetz der erforderlichen Vielfalt“ zusammengefaßt ist.

Es zeichnet Ashby aus, daß er nicht versäumt, am Wege seiner Darstellung zahlreiche Warntafeln aufzustellen. Durch sie wird darauf hingewiesen, daß es sich zwar um Begriffe hohen Abstraktionsgrades handelt, daß sie deshalb aber nicht beliebig dehnbar sind. Die formallogische Richtigkeit und Klarheit des kybernetischen Kalküls garantiert nicht bleibende Richtigkeit, wenn die Konzepte

im gesellschaftswissenschaftlichen Anwendungsbereich semantisch belegt werden. Bei Ashby ist jene methodische Sorgfalt zu lernen, die schon von seiten der Kybernetik davor bewahrt, kybernetisch-systemtheoretische Formulierungen zu sozialwissenschaftlichen Grundbegriffen zu befördern.

Ashby hat trotz dieser Sorgfalt und seines insgesamt materialistischen Standpunkts in seiner „Einführung in die Kybernetik“ idealistische Interpretationen nicht ganz ausgeschlossen: Wie Information (oder Vielfalt) als „reine“ Struktur angesehen wird, aber immer an materielle Träger gebunden ist, sind die Sätze der Kybernetik wohl Ergebnisse von Abstraktionsprozessen („Die Art der Materie ist hierfür irrelevant...“ [16]); sie werden aber zu Aussagen über materielle Prozesse, sobald diese Sätze praktisch angewandt werden sollen. Indem Ashby Kybernetik als Theorie aller realen und möglichen dynamischen Systeme gelegentlich zu Aussagen über die Wirklichkeit irrealer Systeme überzieht, gerät er (wie Georg Klaus gezeigt hat) in die Nähe eines subjektiven Idealismus.

Ashby bemüht sich um eine didaktische Vermittlung des Stoffs. Dem Text sind eine Vielzahl von Übungsaufgaben mit Lösungen beigegeben, auf die beim Durcharbeiten nicht gut verzichtet werden kann. Die Aufgaben erfordern mit wenigen gekennzeichneten und erläßlichen Ausnahmen keine besonderen mathematischen Vorkenntnisse. Warum bei der sonst genauen Übersetzung gegenüber der englischen Ausgabe auf ein Sach- und Namensverzeichnis und auf orientierende Untergliederungen im Inhaltsverzeichnis verzichtet wurde, bleibt bei einem Buch, das von Informationstheorie und erforderlicher Vielfalt handelt, unerfindlich. Dafür findet man ein knappes Verzeichnis deutscher Literatur zur Kybernetik.

Ashbys „Einführung in die Kybernetik“ bleibt bei soziologischen Randbemerkungen sehr oberflächlich (Regelkreise, „um Harmonie in die Gesellschaft zu bringen“ [363]). Die Arbeit sollte aber wegen der sonstigen begrifflichen Klarheit und der wichtigen Hinweise auf die Methodik von allen Gesellschaftswissenschaftlern, die sich mit planungstheoretischen, systemtheoretischen und kybernetischen Fragen beschäftigen, unbedingt berücksichtigt werden.

Eberhard Sens (Berlin/West)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Chomsky, Noam: Thesen zur Theorie der generativen Grammatik. Mit einem Interview von Herrmann Parret. Athenäum-Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1974 (XII, 141 S., br., 8,80 DM).

Obwohl die Unzulänglichkeiten in der Begründung und Anwendung der transformationellen generativen Grammatik (TGG) in der

neueren linguistischen Diskussion oft genug deutlich gemacht worden sind (vgl. etwa die Arbeiten von Maas, Wunderlich, Coseriu), beherrscht sie heute immer noch zu einem guten Teil die Szene der linguistischen Diskussion. Die Faszination, die von dem Schein quasinaturnaturwissenschaftlicher Theoriebildung ausging, die die TGG bereitstellen beanspruchte, hat auch viele kritische Wissenschaftler über die grundsätzliche Inadäquatheit hinwegtäuscht, die Sprachbegriff wie Analyseverfahren der TGG auszeichnet (vgl. etwa die Besprechung von A. Leist im Argument 73). Wie dies in der Diskussion um die TGG häufig geschieht, so berufen sich auch die Übersetzer des vorliegenden Bandes in ihrem Vorwort vor allem auf die Selbsteinschätzung der TGG, nach der mit ihr eine Revolutionierung der bisherigen Sprachwissenschaft stattgefunden habe (IX). Angesichts des Stellenwerts dieser Arbeit Chomskys ist dies aber eine mehr als dürftige Rechtfertigung für die Veröffentlichung, denn sie bietet — entgegen der Versicherung der Übersetzer (X) — nicht einmal einen systematischen Überblick über die Theorie der TGG, geschweige denn über deren jüngsten Stand. Die vier hier als „Thesen...“ zusammengefaßten Vorlesungen stammen von 1964, sind also vor der Ausarbeitung des heute (mit geringen Änderungen) als ‚Standardtheorie‘ der TGG bezeichneten Regelapparats in den ‚Aspekten der Syntaxtheorie‘ (1965) entstanden. Zur Einführung in die TGG sind nur das erste und das dritte Kapitel verwendbar. Das zweite Kapitel bietet eine Auseinandersetzung mit Kritikern, die in ihrer Sterilität und zum Teil auch Belanglosigkeit höchstens für Spezialisten von Interesse ist, während im vierten Kapitel Fragen der Phonologie behandelt werden, die in der Diskussion um die TGG nur einen geringen Stellenwert haben.

Das erste Kapitel behandelt eine Reihe der theoretischen Grundannahmen, die für die Entwicklung der TGG bedeutsam geworden sind. Während Chomsky in seinen früheren Arbeiten (vor allem den ‚Syntactic Structures‘) von einem rein mathematisch definierten Begriff von Sprache ausging, betont er nun hier — wie auch später immer wieder — die explizite Analyse der intuitiven Kompetenz des Sprechers einer Sprache als zentrale Aufgabe der TGG (3/4, vgl. 16). Dies geschieht durch die Erstellung von Satzstrukturbeschreibungen syntaktischer und semantischer Art (vgl. 5—8), die die TGG letztlich zu einem Regelsystem entwickeln sollen, das universell den Mechanismus der Sprachbeherrschung des Sprechers einer beliebigen Sprache zur Verfügung stellt (11 f., 14). Hierbei aber — und da liegt der grundlegende Mangel bei allen Arbeiten zur TGG — ist von dem Sprecher, um den es geht, immer nur in einer falschen Abstraktion die Rede: so, als habe Sprache mit ‚außersprachlichen‘ Faktoren nicht das geringste zu tun (vgl. 5 u. ö.). Dies führt zu der Folgerung, man könne das Funktionieren des Sprachsystems mit Hilfe eines mathematisch aufgebauten Regelsystems erfassen (vgl. Kap. 3). Bezeichnend hierfür ist das immer wieder angeführte Beispiel eines vorgeblich zweideutigen Satzes (8, 18), das deshalb fehlerhaft, da dabei von der konkreten Situation, ohne die Sprache überhaupt nicht ge-

dacht werden kann, abgesehen wird. Nur unter Vernachlässigung solcher Faktoren, sozusagen im Labor des generativen Grammatikers, kann aber von einer Doppeldeutigkeit bei solchen Sätzen die Rede sein. Hierdurch aber gewinnt der ganze komplexe Analyseapparat (vgl. 39 ff.) erst seine große Bedeutung.

Der verdinglichte Begriff von Sprache, das bewußte Desinteresse gegenüber ihren Bedingungen und ihrer Funktion wird mit wünschenswerter Deutlichkeit auch in dem Gespräch Chomskys mit Herrmann Parret klar, das sich den ‚Thesen‘ anschließt. Dieses Interview kann mehr Interesse beanspruchen, da es immerhin eine neuere Stellungnahme Chomskys zu seinen Arbeiten darstellt (es entstand 1972). Chomsky hält hier gegenüber verschiedenen Kritiken an den in den ‚Aspekten der Syntaxtheorie‘ formulierten Grundpositionen fest und weist vor allem kommunikationstheoretisch an der Funktion von Sprache orientierte Analyseversuche als falsches Verständnis des Sprachsystems zurück (108 f., 118 ff.). Daß er sich hierbei gegenüber Strukturalismus und Behaviorismus — wie schon anderswo ausführlicher (vgl. „Cartesian Linguistics“, rez. in Argument 46) — auf eine rationalistische Tradition in der Sprachwissenschaft beruft (91 ff.), wirft ein bezeichnendes Licht auf den wissenschaftstheoretischen Impetus seiner Arbeiten. Im Kontext der quantifizierenden und berechnenden Methoden vor allem des amerikanischen Behaviorismus (vgl. Chomskys Kritik an Skinner) versucht er mit der apriorischen Annahme einer angeborenen Sprachfähigkeit, die durch die TGG analysiert werden soll, an der ‚Einzigartigkeit des Menschen‘ (123) und der Unmöglichkeit, die Geistestätigkeit unter behavioristische Theoreme zu subsumieren, festzuhalten (121—124). Allerdings kann diese sprachphilosophische Interpretation der TGG die angeführten Einwände nicht entkräften; sie macht aber ihren wissenschaftsgeschichtlichen Ort deutlicher.

Hartmut Stenzel (Freiburg)

Borbé, Tasso (Hrsg.): Kritik der marxistischen Sprachtheorie N. Ja. Marr's. Scriptor Verlag, Kronberg 1974 (262 S., br., 29,— DM).

Im Zentrum des Bandes steht ein Aufsatz des sowjetischen Sprachwissenschaftlers N. Ja. Marr (1864—1934) mit dem Titel „Die japhetische Theorie“; es handelt sich dabei um die deutsche Erstveröffentlichung einer Vorlesung aus dem Jahre 1927.

Mit dem Terminus *japhetisch* bezeichnet Marr die Familie der kaukasischen (und einiger verwandter) Sprachen, die er für den Urtyp der europäischen Sprachen hält und von der hamitisch-semitischen und der indogermanischen Gruppe absetzt. Die weiteren Überlegungen Marrs über die Aufeinanderfolge dieser Typen und die Prinzipien dieser Entwicklung führten ihn über die Analyse der kaukasischen Sprachen hinaus zu einer allgemeinen Sprachtheorie, deren

wesentliche Merkmale auch in diesem Aufsatz erwähnt werden, jedoch nur unzusammenhängend dargestellt und z. T. nur sehr wenig ausgeführt sind: die These vom Ursprung der Lautsprache aus der Gestensprache (179 f.), jedoch nicht aus kommunikativen Erfordernissen im kollektiven Arbeitsprozeß, sondern aus dessen Begleitung durch magische Handlungen (186 f.), die mechanische Korrelation ökonomischer Gesellschaftsformationen mit Stadien sprachlicher Entwicklung (127 f.) gemäß dem Postulat von der Sprache als Überbauphänomen (222), die Thesen von den vier Urelementen (74 f.) und der Entwicklung der Sprachen hin zur Einheitsweltsprache (87 f.) etc.

Der Akzent dieses Aufsatzes liegt jedoch nicht auf der geschlossenen systematischen Darstellung der Marrschen Lehre als allgemeiner oder gar marxistischer Sprachtheorie. Vielmehr steht die Diskussion einer verwirrenden Fülle von sprachlichen Beispielen im Mittelpunkt, die den Status empirischer Beweise für jeweilige einzelne, meist sehr spezifisch auf Verwandtschaften und Entwicklungen der kaukasischen Sprachen bezogene Thesen der japhetischen Theorie haben. So virtuos Marr diese Beispiele auch handhabt, für den nicht kaukasiologisch vorgebildeten Leser bleiben sie weitgehend unüberprüfbar. Dies erschwert die Nachvollziehbarkeit der immanenten Gedankenfolge, mittels derer Marr seine allgemeine Sprachtheorie durch seine japhetischen Forschungen belegt bzw. aus ihnen gewinnt.

Die Lesbarkeit des Textes wird erschwert durch den holprigen Stil, der weitgehend einer am Russischen klebenden Übersetzung geschuldet sein dürfte. Der Hinweis des Herausgebers, der deutsche Text versuche, so nahe wie möglich am Original zu bleiben (65), kann nicht entschuldigen, daß man laufend über Sätze stolpert, deren Sinn man erst nach Durchspielen verschiedener Referenzmöglichkeiten mutmaßen kann.

Trotz und gerade bei den genannten Schwierigkeiten, die dieser Text dem Versuch entgegensetzt, tiefer in Marrs allgemeine Sprachtheorie einzudringen, hätte die Rezeption durch Verständnishilfen des Herausgebers fruchtbarer gemacht werden können. Doch weder der Hintergrund der wissenschaftstheoretischen Diskussionen zu jener Zeit in der Sowjetunion noch die Rolle der Sprachpolitik, weder die Auseinandersetzung der Marr-Schule mit Polivanov noch die modifizierte Fortführung der Gedanken Marrs durch Mestschaninow werden beleuchtet. Borbé beschränkt sich auf eine Zusammenfassung Marrscher Thesen; statt einer Analyse Marrs Position zitiert er kommentarlos dessen Selbstverständnis (5 f.). Der einzige Punkt, an dem Borbé über Reproduktion Marrs hinausgeht, bringt gleichfalls nichts Neues: Borbé geht auf Stalins Kritik ein. Oberflächlich kontrastiert er Thesen Marrs mit solchen Stalins zu den Fragen der Klassegebundenheit und des Überbaucharakters von Sprache und konstatiert, daß der Gegensatz eindeutig (11) bzw. die Differenzen evident (13) seien, ohne die Auseinandersetzung selbst weiter zu

reflektieren — weder in bezug auf ihre historisch-gesellschaftlichen Bedingungen noch auf ihre wissenschaftlich problematischen Alternativen.

Schließlich enthält der Band noch einen Aufsatz von V. P. Nazarov zum gegenwärtigen Stand der Erforschung der kaukasischen Sprachen; ein für Kaukasiologen möglicherweise interessanter Forschungsbericht, der zum vorliegenden Band jedoch nur insoweit Bezug hat, als er zeigt, daß Marr in der Kaukasiologie eine wichtige Rolle gespielt hat.

Wenn in einem Buch von insgesamt 260 Seiten allein 200 auf den Abdruck eines Aufsatzes von Marr entfallen, weitere 40 auf einen Aufsatz, der weder mit der marxistischen Sprachtheorie Marrs noch mit deren Kritik direkt zu tun hat, so daß nach Abzug von Inhalts- und Literaturverzeichnissen noch knapp 12 Seiten Einleitung des Herausgebers für die im Buchtitel versprochene Kritik bleiben und diese Möglichkeit dann noch weitgehend verspielt wird, so fragt man sich, wieso dieses Buch „Kritik der marxistischen Sprachtheorie Marrs“ heißt. Solche Titeltechnik verdient den Vorwurf der Unlauterkeit!

Walter Kühnert (Marburg)

Quasthoff, Uta: Soziales Vorurteil und Kommunikation. Eine sprachwissenschaftliche Analyse des Stereotyps. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1973 (312 S., br., 14,80 DM).

Quasthoff will wissen, wie es um die „Adäquatheit linguistischer Methoden zur Untersuchung nicht sprachimmanenter Gegenstände“ (13) steht. Diese „Frage“ will sie „anhand der Untersuchung des Stereotyps diskutieren“ (ebd.), eines traditionellen Gegenstands der Sozialpsychologie, der „sich jedoch sprachlich manifestiert und in sehr enger Beziehung zur sprachlichen Äußerung steht“ (ebd.). Sie definiert: „Ein Stereotyp ist der verbale Ausdruck einer auf soziale Gruppen oder einzelne Personen als deren Mitglieder gerichteten Überzeugung. Es hat die logische Form eines Urteils, das in ungerechtfertigt vereinfachender und generalisierender Weise, mit emotional-wertender Tendenz, einer Klasse von Personen bestimmte Eigenschaften oder Verhaltensweisen zu- oder abspricht. Linguistisch ist es als Satz beschreibbar“ (28).

Der sozialpsychologische Teil ist ein „systematisch“ (30) angelegter „Forschungsbericht“ (ebd.). Quasthoff spitzt ihre Darstellung zu auf das Verhältnis von Ideologie und Vorurteil. „Sind soziale Vorurteile Ideologie im Marxschen Sinn?“ (134) Mit dieser Fragestellung sucht sie der Tendenz zur Psychologisierung zu entgehen, die sie bei den Autoren der „Authoritarian Personality“ kritisiert. Zugleich versucht sie mit Hilfe des Ideologiebegriffs, den „in der Forschung nie so explizit“ (124) formulierten Widerspruch zwischen der „kogniti-

von Funktion sozialer Vorurteile“ (126), ihrer „legitimen denkökonomischen Funktion“ (124) „für den einzelnen“ (127) einerseits und der „Möglichkeit ihrer Pervertierbarkeit im Gesellschaftlichen“ (ebd.) andererseits aufzulösen. Ein „in der Klassentheorie verankerter Ideologiebegriff“ (142) reflektiert auf den „Schein, der aus der Organisationsform der bürgerlichen Warengesellschaft resultiert und von einer gewissen Entwicklungsstufe dieser Gesellschaft an mit Hilfe wissenschaftlicher Erkenntnis und praktischer Tätigkeit durchschaubar wird“ (134). „Hier ist zu differenzieren zwischen dem gesellschaftlich bedingten falschen Bewußtsein einerseits und der bewußten Täuschung, der ‚absichtlichen Heuchelei‘ andererseits“ (ebd.). Auf der Basis dieser Unterscheidung kann Uta Quasthoff soziale Vorurteile grundsätzlich als Ideologie bezeichnen, wobei „stereotype Vorstellungen harmloser, alltäglicher Art“ (141) auf die Seite des notwendig falschen Bewußtseins fallen, das „nicht mit bewußter Täuschung oder Lüge in eins zu setzen“ (142) ist, während „rassistische Vorurteile“ von einer „bedrohten Klasse . . . z. T. bewußt als Herrschaftsmittel eingesetzt“ (141) werden. Grundsätzlich ist die „Beziehung zwischen der harmlosen und nützlichen Orientierungsfunktion des sozialen Vorurteils zu seiner gefahrbringenden gesellschaftlich-politischen Funktion“ (147) nur prozessual und am Einzelfall darzustellen. Dieser wird auf seinen „Realitätsgehalt“, seine „Rationalität“ und die „Formen gesellschaftlichen Handelns“, die er „impliziert“ (148), befragt. „Bewertet wird dann weniger das einzelne soziale Vorurteil, sondern die Ideologie, deren Ausdruck es ist“ (ebd.).

Im linguistischen Teil der Arbeit erörtert Quasthoff sprachphilosophische, zeichentheoretische und strenger linguistische Untersuchungen, die für eine sprachwissenschaftliche Diskussion des Stereotyps relevant sein können. Ihr Ziel ist es, Begriffe „zur linguistischen Beschreibung von Stereotypen“ (212 ff.) zu gewinnen, die einem ausführlichen Corpus entnommen sind. Nach einem Durchgang durch all das, was gut und teuer ist in der modernen Linguistik, schlägt sie einen „Rückgriff auf die Logik“ (236) vor, offenbar weil der „Unterschied zwischen der logisch beschreibbaren Struktur und dem von dieser Beschreibung nicht erfaßten Bedeutungsgehalt des Satzes“ (241) am besten geeignet ist, das Wesen des Stereotyps — und die Ohnmacht der Linguistik — zu verdeutlichen. „Das bedeutet nicht, daß die Semantik nun von einem linguistischen zu einem logischen Problem geworden sei, es heißt lediglich, daß für einige linguistische Probleme die logische Darstellungsweise die adäquateste ist“ (236). Bei der Analyse von Stereotypen aber bietet sich die Logik — das wird in Quasthoffs Arbeit ja deutlich genug — nur deshalb als die ‚adäquateste Darstellungsweise‘ an, weil sie die Darstellungsweise des Stereotyps selber ist, das sich ihrer als eines Instruments zur rationalisierenden Bewältigung und Verbalisierung von Konflikten bedient. Das aber, was die Logik im Stereotyp zum Verschwinden zu bringen sucht, wird mit linguistischen Mitteln nicht allererst — und auch nicht hinreichend — zum Vorschein gebracht

und interpretiert. Quasthoff, die das Stereotyp in vier Klassen einteilt — „Grundform“: „*Der Deutsche ist fleißig*“ (240) — stellt fest, daß sich gerade bei der Analyse der „interessantesten Stereotype“, der „uneingestandenenen“ (274) — z. B. „*Ich habe früher sehr nette Juden kennengelernt und auch sehr anständige Juden kennengelernt*“ (ebd.) — „die Erschließung der unausgesprochenen Voraussetzungen oder Folgerungen in vielen Fällen auf die Intuition stützen muß, ohne einen Regel- und Beschreibungsapparat zur Verfügung zu haben, der die einzelnen Probleme und ihr Verhältnis zueinander exakt zu erfassen in der Lage wäre“ (278). Ebensovienig sieht sie, in einem kritischen Resümee, die linguistischen „Mittel zur adäquaten Erfassung der Oberflächenerscheinungen in der Vielfalt ihrer konkreten Realisierung . . . bereitgestellt . . . Eine syntaktische Analyse . . . erfüllt diese Bedürfnisse natürlich in keiner Weise. Eher wäre es ein Grenzbereich zwischen Linguistik und Stilistik, der sich dieses Problems anzunehmen hätte“ (295).

Uta Quasthoff geht es „um eine substantielle Erfassung des Gegenstandes . . . und nicht um eine Operationalisierung im sozialwissenschaftlichen Sinn“ (20). Zugleich ist ihre Analyse streng auf die Auseinandersetzung mit dem Stereotyp in seiner wissenschaftlich fixierten Form beschränkt; „denn es ist leicht einsehbar, daß insbesondere dem Versuch, wissenschaftlichen Zugang zu einem Phänomen mit Hilfe neuer methodischer Ansätze zu finden, eine möglichst genaue Beschreibung des Gegenstandes mit Hilfe traditioneller Kategorien vorausgehen muß“ (30). Von der umgangssprachlichen Verwendung des Stereotyps, die es „zur Beschreibung monotoner, sinnentleerter Wiederholungen gebraucht“, „sieht“ sie ausdrücklich „ab“, weil das „Moment der Wiederholung“ für den sozialwissenschaftlichen Begriff „nicht mehr in gleicher Weise konstitutiv ist“ (17). Ein Rückgriff auf diese von der Sozialwissenschaft abservierte Konnotation des Stereotypbegriffs hätte ihr bei dem Problem etwa des „small talk“ (194) oder der „Stereotypie bei Vorurteilsfreien“ . . . (Adorno . . .)“ (106) oder auch bei der Analyse des Zusammenhangs von harmlosen und gefährlichen Stereotypen möglicherweise von Nutzen sein können. Der im Begriff selbst gelegene Widerstand gegen seine ideologiekritische Aufdröselung zum historisch je anders bestimmten Einzelfall wäre durch diesen Rückgriff auf die dem Stereotyp zugrundeliegende Erfahrung der abhandeln gekommenen Erfahrung stärker thematisiert worden. Ilse Bindseil (Berlin/West)

Eykman, Christoph: Denk- und Stilformen des Expressionismus u. s. A. Francke Verlag, München 1974 (192 S., br., 14,80 DM).

Eykmans Untersuchungen zum literarischen Expressionismus, Einzelanalysen zu sieben verschiedenen Themenbereichen, erheben den Anspruch, „das gesamte dichterische wie nicht-dichterische Schrift-

tum der Expressionisten“ (7) in die Betrachtung einzubeziehen und aus der Fülle von Einzelbeobachtungen eine „geistige ‚Topographie‘“ (8) herauszuarbeiten, die sich als „typisch expressionistisch“ (ebd.) erweise. Die unterschiedlichen Bereiche sind nebeneinander aufgereiht, relativ willkürlich und ohne engeren Zusammenhang: So finden sich Bemerkungen zur Problematik des politischen Dichters im Expressionismus (I. Kap.), Ausführungen zur Sozialphilosophie (II.) und Theologie (IV.) der Epoche, zu den Motiven Weltende und Jüngstes Gericht (III.), zum „Märchen im Expressionismus“ (VI.), zum „Pantomimisch(en) als Strukturelement im expressionistischen Drama“ (VII.) und — im großen Zugriff — einige Anmerkungen zum Thema „Das Ich, die Dinge und die Wirklichkeit im deutschen Expressionismus“ (V.).

Der methodologische Standpunkt des Verfassers ist dadurch gekennzeichnet, daß er „ein künstlerisches Werk in einem weiten Kräftefeld situiert (. . .), in welchem überindividuelle Impulse verschiedenster Art wirksam sind“ (7), wobei freilich die „überindividuellen Impulse“ nicht näher bestimmt werden und damit der bisweilen deutlich zutage tretende konzeptionslose Arbeitsstil Eykmans begründet wird; eine Menge von Zitaten werden mit erklärendem, kommentierendem Text versehen und die Ergebnisse am Ende eines jeden Kapitels auf knapp einer Seite zusammengefaßt. Die Ausführungen über „Das Ich, die Dinge und die Wirklichkeit im deutschen Expressionismus“ (108—124) sind Textausschnitte von mehr als zehn Autoren, die die Ansicht stützen sollen, die Wirklichkeit sei für die Expressionisten das große Chaos, und die Abwendung von der Außenwelt verlaufe „in Richtung auf eine tieferliegende wesenhafte Innenschicht“ (124) bis zur „völligen Eliminierung der gegenständlichen Erscheinungswelt“ (ebd.). Die Chance wurde vertan, das Problem der Realitätsbezogenheit bzw. Realitätsferne im historisch-sozialen Kontext zu diskutieren, d. h. die Bedingungen für den konstatierten Wirklichkeitsverlust aus dem Verhältnis von Kunst und imperialistischer, wilhelminischer Gesellschaft abzuleiten. Diese Kritik gilt auch für andere Kapitel des Buches. Wenn Eykman zur „Sozialphilosophie des Expressionismus“ (28—43) die philosophisch-theologischen Grundlegungen zum ‚Gemeinschafts‘- und ‚Gesellschafts‘verständnis oder zum ‚Massen‘-Bild einiger Expressionisten aufweist, so bleiben diese Angaben unvollständig und bedürfen einer Interpretation, weil von der konkreten geschichtlichen Situation abstrahiert wird. Es scheitert ferner der Versuch des Verfassers, die Problematik des politischen Dichters im Expressionismus nur aus den individuellen Äußerungen, Vorstellungen und nebulösen Theoremen einzelner Autoren herauszuarbeiten, ohne daß z. B. auf die Beteiligung von Schriftstellern an revolutionären Prozessen Ende des Ersten Weltkrieges eingegangen wird und ohne den widerspruchsvollen Selbstklärungsprozeß zu beleuchten, in den viele Expressionisten eintraten, als sie 1918/19 mit der politischen Wirklichkeit konfrontiert wurden, persönliche Erfahrungen während der Revolution machten und ihr Verhältnis zur Arbeiterbewegung neu

bestimmten. Hinzu kommt, daß Eykman vor allem die Positionen Hillers, Pinthus', Bechers, Werfels untersucht, nicht aber beispielsweise Leonhard, Kanehl, Herrmann-Neiße, Mühsam. Wieso gerade Ernst Toller die „große Ausnahme eines politisch aktiven Expressionisten“ (27) sein soll, bleibt unklar.

Positiv hervorzuheben ist allerdings die Tatsache, daß der Verfasser nicht von vornherein die Problematik des politischen Dichtertums abqualifiziert, wie das sonst in der Expressionismus-Forschung gängig ist, die ein Sich-Ausschließen von Kunst und Politik postuliert.

Das umfangreichste Kapitel, zur „Theologie des Expressionismus“ (63—107), präsentiert in erster Linie kommentierte Textbeispiele, ohne daß wesentliche Erkenntnisse gewonnen werden, die über Allgemeinplätze hinausgehen: religiöses Ideengut wird „überwiegend zur Chiffre für menschliche Ohnmacht und Erniedrigung einerseits, wie für die Projektion eines neuen, vollkommenen Menschen andererseits“ (107).

Die beiden letzten Untersuchungen zum expressionistischen Märchen und zum Pantomimischen im expressionistischen Drama thematisieren weniger Bekanntes und sind Ergänzung der bisherigen Forschung. Aber im Kontext des Buches stellen beide Kapitel einen Fremdkörper dar, weil sie Spezialuntersuchungen sind, die in einem Werk, das Studierenden als Einführung in den Expressionismus dienen will (vgl. Vorwort), im Grunde nichts zu suchen haben. Es scheint, als ob einzelne Aufsätze zu einem Buch zusammengefügt sind, das den etwas anspruchsvollen Titel als Lockmittel benutzt.
Hermann Korte (Bochum)

Kerker, Armin: Ernst Jünger und Klaus Mann. Gemeinsamkeit und Gegensatz in Literatur und Politik. Beitrag zur Typologie des literarischen Intellektuellen. Bouvier-Verlag, Bonn 1974 (136 S., br., 16,80 DM).

Anhand zweier politisch wie literarisch so konträrer Figuren wie Jünger und Mann einen Beitrag zur „Typologie des literarischen Intellektuellen“ leisten zu wollen, muß auf den ersten Blick unstatthaft erscheinen: während Jünger den „militärischen Jargon poetisierte“ (H. Heißenbüttel) und mit der Gestaltung des Fronterlebnisses auf die Schaffung einer neuen, heroischen Rasse zielte, war Klaus Mann ein „radikal kritischer Beobachter und Beurteiler seiner selbst und damit seiner Zeit, der die Gefährdung der Demokratie als eigne Bedrohung nahm und danach zu handeln versuchte“ (45); während Jünger aufgrund seiner Affinität zum Faschismus ein politisches Mandat angeboten bekam, gehörte Klaus Mann zu den ersten Emigranten nach 1933.

Aber trotz aller offensichtlichen Verschiedenheit in der politischen Programmatik bleibt beiden doch ein gemeinsamer Nährboden. Jünger wie Mann sind bürgerliche Intellektuelle, die eine historische Umbruchsituation, den Niedergang des Bürgertums, bewußt erleben und darauf auf ihre Weise reagieren: der eine durch Flucht in den Faschismus, der das bürgerliche Prinzip im Elitedenken konserviert und zugleich überhöht; während für den anderen die historisch progressiven Elemente des Bürgertums richtungsweisend werden und ihn so zum bürgerlich demokratischen Kämpfer gegen den Faschismus prädestinieren.

Gleichwohl ist Manns Haltung nicht ohne Widersprüche, sie lassen sich anhand einer Stelle in seinem Aufsatz „Jugend und Radikalismus“ belegen: „Mit Psychologie kann man alles verstehen, sogar Gummiknüttel. Ich wende sie aber nicht an, diese Psychologie. Ich will jene nicht verstehen, ich lehne sie ab. Ich zwinge mich zu der Behauptung, daß das Phänomen des hysterischen Nationalismus mich nicht einmal interessiere. Ich halte es für nichts als gefährlich. Darin besteht mein Radikalismus.“ Obschon sich in diesem Zitat politische Hellsichtigkeit verbirgt, benutzt Kerker es zu Recht als einen Beleg für die Gefährlichkeit einer intellektuellen Haltung, der die Vorrangigkeit des Geistes als ausgemacht gilt: Mann zwingt sich angesichts des drohenden Faschismus lediglich zu einem „unbeteiligten Desinteresse“. Der Überzeugung vom Primat des Geistes in der Geschichte ist der Antifaschismus Manns, der trotz seiner Bedeutung für die demokratischen und revolutionären Kräfte ein bürgerlicher bleibt, ebenso verhaftet wie das Beharren auf überkommenen Herrschaftsansprüchen Jüngerscher Provenienz. Entsprechend findet Mann nicht zu einer begrifflichen Denk- und Redeweise sowie zu einer verbale Protesthaltung übersteigenden politischen Haltung, die allein dem Faschismus angemessen wäre — sondern er bleibt bei jener unverbindlich-moralisierenden Ablehnung des Faschismus stehen, die ihn die Faszination der „Neuen“ auf die Massen nicht verstehen läßt.

Was Jünger betrifft, so begnügt sich Kerker freilich nicht mit den bisher referierten Charakterisierungen. Gerade weil dessen Werk so verharmlosend als „dichterische Gestaltung des Kriegserlebnisses“ bezeichnet wird, gerade weil aus Anlaß der Verleihung des Schillerpreises gesagt werden konnte, Jünger erscheine als ein Dichter und Philosoph, der „menschliche Maße sichern möchte“ und der „einer humanen Welt verpflichtet sei, in der Erkenntnis und Entwurf in eins“ fielen — gerade deswegen erscheint es wichtig, der Feststellung von Konflikten Jüngers mit dem Nazismus und der Verweigerung seiner Indienstnahme durch das Regime die Bemerkung nachzuschicken, daß die „Affinität seiner den Krieg heroisierenden, die Nation mystifizierenden Bücher zur nationalsozialistischen Ideologie“ (91) auf der Hand liegt. Kerker belegt des weiteren, inwiefern sich Jüngers Weltbild vom nazistischen unterscheidet und daß seine Bücher „den Boden für das Kommende vorbereiteten, indem sie ihre

Leserschaft mit dem faschistischen Bazillus infizierten“ (93). Wenngleich sich Jünger jeder offenen Mitarbeit entzogen hat, so nicht aufgrund konträrer weltanschaulicher Positionen, sondern eher als Folge seines intellektualisierten Elitebegriffs, dessen Kennzeichen die Berührungsangst mit den Massen ist, wie sie in zynischer Weise in Jüngers Satz zum Ausdruck kommt, er halte das „Schreiben eines einzigen guten Verses für verdienstvoller, als sechzigtausend Trottel zu vertreten“ (101).

Gerade weil Kerkers Darstellung die beiden Autoren prototypisch vor dem Hintergrund entscheidender geschichtlicher Etappen betrachtet und nicht bei formalästhetischen Überlegungen stehenbleibt, wird Kerker seinem Anspruch gerecht, einen Beitrag zur Typologie des literarischen Intellektuellen leisten zu wollen, der das Problem bürgerlicher Intellektualität im Hinblick auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Bezüge klärt. Manfred Bosch (München)

Prümm, Karl: Die Literatur des Soldatischen Nationalismus der 20er Jahre (1918—1933). Gruppenideologie und Epochenproblematik, 2 Bde. Scriptor Verlag, Kronberg 1974 (445 S. u. 132 S., br., 72,— DM).

Karl Prümm unternimmt in seiner Dissertation den Versuch, das literarische und publizistische Werk Ernst Jüngers bis zum Sieg des Faschismus in Deutschland zu analysieren. Jünger erscheint ihm als der wichtigste Vertreter einer Schriftstellergruppe „Soldatischer Nationalismus“, deren Theoreme in den zwanziger Jahren stigmatisch um den mythisierten, von realen gesellschaftlichen und historischen Bezügen abgelösten Weltkrieg, verbindendes Ereignis und gruppenkonstituierendes Dauerthema, ranken. Zu ihr gehören neben Ernst auch Friedrich Georg Jünger, Schauwenker, E. v. Salomon, Hielscher, Beumelburg u. a. In losen Zirkeln zusammengeschlossen, organisationsfeindlich und esoterisch, zentriert um Zeitschriften mit die Gruppenideologie prononciert widerspiegelnden Namen wie „Vormarsch“ und „Arminius“, sind sie ein Teil der konservativen und rechtsradikalen Bewegungen der Weimarer Republik, wenn sie auch an politischen Aktionen weniger beteiligt und wohl in erster Linie ideologische Anreger, nicht selten sogar auch infolge eklatanter, aus elitärer Ignoranz entstandener Fehleinschätzungen Unruhestifter im eigenen Lager sind. Prümms Zuordnung der genannten Autoren zur Gruppe „Soldatischer Nationalismus“ erscheint vor allem unter historischen Gesichtspunkten gerechtfertigt zu sein, und zwar als Fixierung jener „Gruppe von Frontliteraten um Jünger und Schauwenker“ (76), die in der „glorifizierten Retrospektive auf den Krieg“ (74), im „Rückgriff auf heroische kollektive Leistungen“ (ebd.) ihr irrational begründetes Heil suchten und mit einer Fülle von Kriegsbüchern im Literaturbetrieb der Weimarer Republik aufwarteten.

Die antibürgerliche Gebärde der Gruppe, deren antiliberalistisches, elitär-aristokratisches, autoritätsfixiertes Konzept Prümm offenlegt, entlarvt er als Ausdruck eines romantisierenden Abenteuerverständnisses, das trotz vehementer Leugnung und haßerfüllten Tiraden auf den (freilich nie sozial und ökonomisch bestimmten) ‚Bürger‘ die eigene Bürgerlichkeit nicht verleugnen kann: „Die politischen Konzeptionen des Soldatischen Nationalismus sind nur verständlich aus der geistigen und psychologischen Disposition des Bürgertums, überschreiten in keinem Falle diese Vorstellungswelt und kollidieren daher auch nicht mit den realen bürgerlichen Interessen“ (62). Prümm analysiert, nachdem er den politischen und ideologischen Kontext aufgewiesen hat, die Werke Jüngers. Er kritisiert die bürgerliche Forschung, deren Selbstverständnis bisweilen eine gewisse Konformität mit Jüngers Anschauungen nicht leugnen kann und die vor dem Meister versagt bzw. sich von dem angeblich ‚großen Stilisten‘ ins Bockshorn jagen läßt.

Der Verfasser untersucht Jüngers „Stahlgewitter“, in denen das rauschhaft empfundene Faszinosum des Kriegserlebnisses zuerst thematisiert wird. Es folgt die Interpretation von „Kampf als inneres Erlebnis“, in denen Jünger um eine theoretische Rechtfertigung des Krieges, stilisiert zur „idealen Lebensform“ (166), bemüht ist. Die Politisierung des Kriegserlebnisses 1925 („Das Wäldchen 125“, „Feuer und Blut“) führt zur „Konzeption einer militarisierten Gesellschaft“ (207); sie ist „als radikaler Gegenentwurf zur stabilisierten parlamentarischen Demokratie gedacht“ (ebd.).

Um den literarischen Kontext des Jüngerschen Werkes und des „Soldatischen Nationalismus“ aufzuzeigen, setzt der zweite Band der Arbeit mit einer Untersuchung zur Neuen Sachlichkeit ein, die „als dominante literarische Richtung der Stabilisierungsphase“ (219) der Weimarer Republik verstanden wird.

Noch wichtiger ist der Abriß zur politischen Publizistik Jüngers 1925—33. Jüngers gescheitertes Engagement in der „Standarte“ des „Stahlhelm“ und der häufige Wechsel der Gazetten machen deutlich, wie kompliziert und widersprüchlich die publizistischen Aktivitäten des „Soldatischen Nationalismus“ sind; vor allem aber werfen sie Licht auf das politische Unverständnis und die grotesken politischen Fehleinschätzungen eines Autors, der 1926, als die rechtsradikalen Grüppchen und Bünde relativ bedeutungslos sind, zur ‚Revolution‘ von Rechts („Schließt Euch zusammen!“) aufruft: „Jünger hofft eine gewaltige Schlachtreihe zustande zu bringen, in die sich der Jungdeutsche Orden, der Bund Oberland, die NSDAP und die verschiedensten Gruppen der Jugendbewegung willig einordnen“ (339). Der „Soldatische Nationalismus“ bleibt letztlich auf eine kleine Öffentlichkeit beschränkt, auf die „Kommunikation einer hermetisch nach außen abgeschlossenen Minorität“ (354), die sich selbst ins politische Abseits drängt. Das Verhältnis zur NSDAP ist in diesem kontextuellen Rahmen zu betrachten: Man wendet sich gegen eine Massen-

partei, erhebt Anspruch auf Führung, verwirft kompromißlos jedes taktische parlamentarische Lavieren; auf der anderen Seite sind ideologische Gemeinsamkeiten nicht zu übersehen. Vor allem auf den linken Flügel der NSDAP hat der „Soldatische Nationalismus“ gewirkt. Nach 1933 bleibt die literarische Wirkung Jüngers und seiner Gefährten, und von 1939 an erleben die Kriegsbücher eine neue Renaissance. Wie konfus und irrational Jüngers Weltanschauung ist, macht noch einmal das letzte Kapitel über den „Arbeiter“ (1932) klar. Jünger geht wieder vom Krieg aus; diesmal jedoch ist es der ‚Arbeiter‘, der ihm zum ‚Krieger‘ inmitten gewaltiger Produktionsschlachten wird, eingebunden in ein starres Führer-Gefolgschaftschema. Das „militaristische Utopia“ (425) soll 1933 Wirklichkeit werden, auch wenn Jünger schmerzlich die Divergenzen zu seinen Vorstellungen feststellen muß. Jünger zieht sich zurück, entwickelt seine „Selbstinterpretation eines neutralen Protokollanten“ (407), eines Seismographen; mit dem Rückzug auf die (vor 1933 verhaßte) Innerlichkeit, so Prümm, hat sich der Bürger Jünger endlich gefunden.

Hermann Korte (Bochum)

Rehbein, Franz: Das Leben eines Landarbeiters. Luchterhand Verlag, Darmstadt u. Neuwied 1973 (336 S., br., 12,80 DM).

Rehbeins Erinnerungen sind erstmals 1911 erschienen. 1955 wurden sie unter dem Titel ‚Gesinde und Gesindel‘ zur Zeit der landwirtschaftlichen Kollektivierung in der DDR neu ediert. Der Anlaß der neuerlichen Auflage in der Bundesrepublik ist da unspezifischer, nicht wenig dürfte eine diffuse Sehnsucht nach der ‚Naivität‘ proletarischer Anfänge eine Rolle spielen. Doch gerade die Konstellationen, unter denen Rehbein sein Leben schriftlich fixiert, zeigen an, daß die Anfänge so schlicht und ‚unmittelbar‘ nie waren.

Rehbein verliert im Alter von 28 Jahren bei einem Arbeitsunfall den rechten Arm. Das ändert schlagartig seine Lebensperspektive: zunächst ins Armenhaus gestoßen, dann als Journalist für die Sozialdemokratie, der er bereits angehört hatte, nimmt er Abstand zur Reflexion über das, was das Leben eines Landarbeiters ausmachte. Es gibt einen Satz des buckligen G. Ch. Lichtenberg, daß Mißgestaltete zur Autobiografie geradezu prädestiniert seien — und viele — auch proletarische — Lebensbeschreibungen legen nahe, das zu bestätigen. Was jedoch für Lichtenberg eine frühe leidvolle Erfahrung mit der Norm des bürgerlich Normalen als Schicksal der Individuation war, zeigt hier seine lupenrein soziale Verfaßtheit. Rehbein kommentiert den Unfall lapidar: „Arbeiterschicksal“ (285; vgl. die Charakterisierung der Tuberkulose als Klassenkrankheit in der Autobiografie des Fabrikarbeiters Bromme, rez. in: AS 2, 297 f.).

Für Rehbein (wie auch für Bromme) kommt eine andere — zentrale — Erfahrung sozialen ‚Schicksals‘ hinzu: vorenthaltene Qualifizierung durch Bildung. Beide müssen aufgrund materieller Schwie-

rigkeiten der Familie weiterführende Schulausbildung abbrechen. Wie wichtig für Rehbein dieser Umstand ist, geht nicht nur aus dessen breiter Schilderung, sondern auch aus seiner Begründung ‚Wie ich Sozialdemokrat wurde‘, hervor: „Ich las überhaupt gerne“ (288). Lektüre — als Opiat und als Erkenntnismittel — spielt in seiner Darstellung der Genese von Klassenbewußtsein eine große Rolle. Für ihn wird gerade die Unselbstverständlichkeit von Bildung ständiges Moment praktischer Erfahrung der Klassenlage (20 f., 79 ff., 114, 201, 287). Zwar kommen die Anstöße zu politischen Konsequenzen aus den unmittelbaren sozialen Konflikten (255, 285, 289), daß diese jedoch artikuliert und in Organisation wirksam werden, ist durchaus Funktion des Interesses an der — vorenthaltenen — Bildung (292).

Rehbein schreibt nicht naiv und ‚frischweg‘. Er will sozialdemokratisch agitieren — und das heißt: behutsam überzeugen. Er hält lange hinter dem Berge, Klassenhaß etwa heißt z. B. „merkwürdige Gedanken“ (255). Ländliche Bildhaftigkeit (z. B. 23, 214), Formelhafes von Traktatliteratur (18) und Elemente ‚gediegener Allgemeinbildung‘ (156) mischen sich. Versöhnende Ironie wechselt mit bissiger Desillusionierung (58, 72 f., 113). Darin reflektieren sich bei Rehbein die Widersprüche der damaligen Sozialdemokratie, der Bildungsoptimismus wie die Hoffnung auf die ‚große Industrie‘. Beispiele alltäglicher Trivialität zeigen jedoch, daß er daraus keine Dogmen macht. So schreibt Rehbein etwa über den Fraß, den er als Landarbeiter vorgesetzt bekam, bemerkt dann, „daß die Margarine damals im Aussehen und Geschmack noch bedeutend widerlicher war, wie etwa heutzutage, wo diese Mängel durch verbesserte Fabrikationsmethoden mehr und mehr ausgeglichen sind“ (105), begnügt sich aber nicht mit solchem Fortschritt, sondern will Butter.

Was hier das Detail zeigt, wird an der Lebensbeschreibung insgesamt wirksam. Rehbein adressiert sich zwar, den Intentionen des Verlags (Diederichs) und der Sozialdemokratie gleichermaßen folgend, werbend an bürgerliches Publikum, aber er bleibt unmißverständlich. Er geht in der Schilderung oft vom Bewußtseinsstand bürgerlicher Leser, von Klischees über Landschaft und Landleben aus (28, 131), desillusioniert diese aber kompromißlos, wo die skandalösen Arbeitsbedingungen in Rede stehen (74 f., 145).

Man kann Rehbeins Bericht als Dokument der Veränderung landwirtschaftlicher Produktion unter kapitalistischen Bedingungen und als Modell der Proletarisierung der Landbewohner lesen. Rehbein durchläuft in absteigender Linie alle Formen der Landwirtschaft, vom ostelbischen Agrarkapitalismus über holsteinische Gutswirtschaft bis hin zu tieffeudaler Kleinbauernwirtschaft, er ist Saisonarbeiter, Knecht und Unterpächter, bis er schließlich als Arbeiter an der Dampfdreschmaschine und in der Zuckerfabrik zur direkt industriell bestimmten Form von Landarbeit übergeht (93 f., 108, 128, 149, 211 f., 241 ff., 270 f.). Die Einförmigkeit der Ausbeutungsverhältnisse unter den wechselnden Formen der Landwirtschaft läßt Be-

wußtsein über die Zugehörigkeit zum Proletariat entstehen. Rehbein sieht ein, daß das „Sklaventum“ (242) in der Landwirtschaft nur durch die organisierte Emanzipation des Proletariats aufzuheben ist.

Die Qualität der Lebensbeschreibung Rehbeins macht aus, daß er nicht ein bloßes Schnittmodell kapitalisierter Landwirtschaft zusammenstellt, sondern sehr plastisch Reflexe im Alltag, in Essen und Trinken, im Wohnen und in der Sexualität — und immer wieder in den Bildungsbedingungen — einbringt. Dabei drückt sich bei Rehbein durchaus die Widersprüchlichkeit zunehmend bewußter Erkenntnis und emotionaler Sehnsüchte aus, wenn er wehmütig notiert, wie es ihm beim ‚Mittelbauern‘ so sehr gefallen habe (91), oder: „Es ist eben doch ein Unterschied, ob man es mit toten oder lebenden Produkten eines Berufszweiges zu tun hat. Man lebt und fühlt mit der Natur ...“ (154).

Die Charakteristik des Buches wäre nicht vollständig, würde nicht auf Rehbeins Erfahrungen mit der ‚Schule der Nation‘ hingewiesen. Die Darstellung der Militärzeit nimmt nicht zufällig sehr breiten Raum ein (168 ff.): „Wenn ich noch nicht Sozialdemokrat gewesen war — dort beim Militär bin ich’s geworden“ (289).

Das Nachwort von K. W. Schafhausen ist, abgesehen von gelegentlicher gewaltsamer Aktualisierung, sehr instruktiv.

Erhard Schütz (Essen)

Mann, Heinrich: Ein Zeitalter wird besichtigt. Claassen Verlag, Düsseldorf 1974 (750 S., Ln., 38,— DM).

Dieses Werk, von Heinrich Mann im amerikanischen Exil geschrieben und im Juni 1944 abgeschlossen, wurde 1946 in Stockholm veröffentlicht, ein Jahr darauf auch im Aufbau-Verlag, Berlin, verlegt. In den westlichen Besatzungszonen und später der BRD blieb es dreißig Jahre lang ungedruckt und ungelesen; die vorliegende Ausgabe ist somit für die BRD eine Erstausgabe. Sie beinhaltet neben dem Text der Stockholmer Originalausgabe einen sorgfältig zusammengestellten und hilfreichen Anhang, der von der 1973 erschienenen Neuauflage des Aufbau-Verlags übernommen wurde und Paralipomena, informative Nachbemerkenungen von Walter Dietze und Gotthard Erler, einen ausführlichen Zeilenkommentar zum „Zeitalter“ sowie Namens- und Werkregister enthält.

„Ein Zeitalter wird besichtigt“ ist kein übliches Memoirenwerk, keine Sammlung von beliebigen Erinnerungen. Heinrich Mann verbindet vielmehr die Geschichte der eigenen Person mit der Betrachtung der politischen und kulturellen Ereignisse und Entwicklungen im Verlaufe seines Lebens, mit Reflexionen über Vergangenheit, Zeitgeschichte und Zukunft. Dabei versucht er, das für ihn Wesentliche der gesellschaftlichen Entwicklung hervorzuheben und dieses Wesentliche zugleich im historischen Detail, im individuellen Erleb-

nis anschaulich zu machen. Eine Vielfalt von Darstellungsformen wird eingesetzt: historische Rückblicke, aktuell-politische Kommentare, Porträts von Persönlichkeiten, autobiographische Passagen, fiktive Geschichten und Szenen wechseln einander ab und werden verbunden zur Besichtigung der Epoche.

Die Entstehungszeit 1943/44 prägt das Buch. Die Kritik des deutschen Faschismus, seiner großindustriellen Hintermänner durchzieht die Darstellung. Heinrich Mann, seit seiner Emigration im Februar 1933 einer der bedeutendsten Repräsentanten des deutschen Antifaschismus und Vorkämpfer der Einigung aller Hitlergegner, seit Konstituierung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront 1936 dessen Vorsitzender und in dieser Funktion wie in anderen unermüdlich tätig, faßt im „Zeitalter“ nicht nur seine Auffassungen über Genese und Wesen des deutschen Faschismus zusammen, sondern betont zugleich die politisch-moralische Überlegenheit der Anti-Hitler-Koalition aus Sowjetunion und Westalliierten und sagt ihren militärischen Sieg voraus.

Mit dem bevorstehenden Ende des Faschismus wird für Heinrich Mann das besichtigte Zeitalter abgeschlossen werden — „dies Zeitalter kommt zum Schluß und Übergang“ (485). Diesen Übergang „nach neuen besseren Zuständen der Menschen und Dinge“ (302) erkennt der Autor vor allem in der Sowjetunion: „Ein neuer Mensch, ein anderes Zeitalter nehmen ihren Anfang hier“ (509). Heinrich Mann, der lange Jahre in der Französischen Revolution und ihren Folgen das Vorbild seiner literarischen und politischen Tätigkeit gesehen hatte, erkennt seit den antifaschistischen Erfahrungen der dreißiger Jahre, daß in der Oktoberrevolution das Erbe der bürgerlichen Revolution aufgehoben wird: „... hat die alte Revolution ihre volle Gegenwart wiedererlangt — bei der neuen, die sie fortsetzt... Sie haben die Französische Revolution nicht nachgeahmt; in ihrer selbstgewachsenen, ihnen auferlegten haben sie versucht, die Fehler der Vorgängerin zu ertappen und ihnen zuvorzukommen... Eine neue Revolution wird sich sozialistisch nennen...“ (37, 33). Das Bekenntnis zur bürgerlich-revolutionären Vergangenheit wird also verbunden mit dem zur proletarisch-revolutionären Zukunft. Der Übergang Heinrich Manns vom bürgerlichen zum sozialistischen Humanismus, dessen einzelne Schritte sich in den antifaschistischen Streitschriften und Essays der dreißiger Jahre nachverfolgen lassen, ist beim Schreiben des „Zeitalter“ abgeschlossen; das Buch ist gerade darum von großer Bedeutung, weil es die Ergebnisse dieser Entwicklung enthält.

Grundlage von Heinrich Manns Bekenntnis zum Sozialismus ist nicht ein dialektisch-materialistisches Weltbild — „das Geistige“ wird auch im „Zeitalter“ als „das Primäre“ angesehen, „es hat in der Geschichte den Vortritt“ (193). Das „Geistige“ wird aber ebenso wie die zentralen Begriffe „Sittlichkeit“ und „Moralität“ rigoros politisch gefüllt und, so verstanden, zum Gradmesser der humanisti-

schen Qualität von Gesellschaften. Die Herstellung sozialer Gerechtigkeit sieht Heinrich Mann als (unentbehrliche) Voraussetzung des Sozialismus an („Ein Land, das Arme und Reiche hat, ist nicht frei“, 40), „als Mittel, als Handgriff“ (132). Erst die auf dieser materiellen Grundlage sich eröffnenden Möglichkeiten zur Entwicklung neuer zwischenmenschlicher Beziehungen, zur Bewahrung, Popularisierung und Fortführung kultureller Traditionen werden jedoch als Verwirklichung der Idee der Oktoberrevolution akzeptiert: „Statt Kommunismus sage man Moralität; der Kommunismus als Technik der Einrichtungen wäre kein Gegenstand der erregten Neugier. Seine sittlichen Hintergründe sind es“ (82).

Die historischen und zeitgenössischen Ereignisse und Persönlichkeiten, die Heinrich Mann im „Zeitalter“ behandelt und wertet, sind zahlreich und vielfältig; auch Fehleinschätzungen und Widersprüche im Detail sind darunter. Die westalliierten Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition und ihre politischen Führer Churchill, Roosevelt und de Gaulle werden allzu positiv gesehen; die sowjetische Nationalitätenpolitik wird mit dem britischen Commonwealth auf eine Stufe gestellt; Bismarcks Sozialgesetzgebung wird ebenso wie der sozialreformerische Beveridge-Plan glorifiziert. Solche Fehlurteile haben vielschichtige Ursachen: idealistische Elemente in Heinrich Manns Weltanschauung wie die Überbetonung von Intellektuellen als Träger gesellschaftlicher Veränderung spielen eine Rolle; durch die während der Entstehungszeit des Buches dominierende Frontstellung gegen den Faschismus werden Unterschiede der Hitler-Gegner zurückgedrängt und Einsichten in den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratien überlagert. Uwe Naumann (Hamburg)

Dittberner, Hugo: Heinrich Mann. Eine kritische Einführung in die Forschung. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1974 (232 S., br., 12,80 DM).

Dittberner stellt sich in seinem Literaturbericht vor allem die Aufgabe, „einen einführenden informativen Überblick über die Forschungssituation“ (7) zu geben. Er referiert und kommentiert alle ihm zugänglichen Untersuchungen über die Person und die Werke Heinrich Manns (Buchpublikationen, Dissertationen, wichtige Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelbänden), auch die Ergebnisse der DDR-Literaturwissenschaft. Wer sich mit Heinrich Mann wissenschaftlich beschäftigen will, hat in Dittberners Buch eine große Hilfe und Arbeitersparnis.

Den Kommentaren Dittberners zu den referierten Arbeiten ist allerdings nur zum Teil zuzustimmen. Daß es sich zum Beispiel bei der Arbeit von Hanno König um „das bisher wichtigste Werk der Forschung zu Heinrich Mann“ (48) handeln soll, ist wohl doch übertrieben. Dittberner übernimmt inhaltlich weitgehend Königs Argumentationen und unterliegt in der Folge teilweise der Gefahr, den Politiker Heinrich Mann und den Moralisten Heinrich Mann undialektisch einander gegenüberzustellen, obwohl gerade Heinrich

Manns Lebensweg ein Paradigma für die zunehmende Synthese von Moral, Politik und konsequentem Humanismus ist, gipfelnd in Heinrich Manns Bekenntnis zum Sozialismus und seinem aktiven Engagement für eine deutsche Volksfrontpolitik.

Unbewiesen bleibt Dittberners Behauptung, mehrere Beiträge der wissenschaftlichen Konferenz der DDR anlässlich Heinrich Manns 100. Geburtstag 1971 würden „unter dem Konstruktionszwang ihrer Tendenz oder der Naivität ihrer Erfahrungsurteile“ (177) leiden. Naivität herrscht vielmehr bei ihm selbst teilweise vor, zum Beispiel in seiner Kritik an einem Aufsatz von Wilhelm Girnus, in der Dittberner meint, die geringe Verbreitung von Heinrich Manns Werken in der BRD hänge nur sehr indirekt mit dem hiesigen Gesellschaftszustand zusammen, „mindestens ebenso mit der Entwicklung von Lesegewohnheiten nach dem Zweiten Weltkrieg (der größeren Anlehnung an den angelsächsischen Kulturraum)“ (67). Wie sehr gerade die Rezeption Heinrich Manns in der Bundesrepublik politisch motiviert und insofern direkt mit den gesellschaftlichen Verhältnissen verknüpft ist, zeigt sich, wenn man in dem Sammelband „Heinrich Mann 1871/1971“ (Bestandsaufnahme und Untersuchung, Ergebnisse der Heinrich-Mann-Tagung in Lübeck, München 1973 — der Band ist in Dittberners Arbeit noch nicht berücksichtigt) nachliest, wie die offizielle „Ehrung“ der BRD zum 100. Geburtstag Heinrich Manns aussah. Insbesondere der Tagungsleiter und Herausgeber Klaus Matthias beschimpft in seinen Beiträgen Heinrich Mann in übelster Manier; so wertet er dessen positive Äußerungen zur Sowjetunion als Zeichen „einer kritiklosen Anbetung des sowjetischen Terror-systems“ (402), sagt Heinrich Mann einen „Hang zu Perversitäten“ (395) nach, führt die „notorische Wirkungslosigkeit vieler Bücher Heinrich Manns“ auf „künstlerisch-sprachliche Mängel“ (395) zurück, wobei er verschweigt, daß diese „Wirkungslosigkeit“ auf die BRD beschränkt ist, während in der DDR über 3 Millionen von Heinrich Manns Büchern verkauft sind. Auch wenn längst nicht alle Tagungsreferenten derartige Ausfälle vortrugen — daß ein Mann wie Matthias in der BRD Heinrich Manns 100. Geburtstag ausrichten und die Tagungsreferate edieren durfte, ist wohl ein deutliches Indiz für den engen Zusammenhang von politischen Verhältnissen und literarischer und wissenschaftlicher Rezeption. Wenn Heinrich Mann in der BRD vielerorts noch immer diffamiert statt gewürdigt und geschmäht statt gelesen wird, dann vor allem deshalb, weil er seit der bitteren Erfahrung des deutschen Faschismus für die politische Einheit der Arbeiterbewegung, für die Entmachtung eben der Großindustriellen und Militärs eingetreten ist, die in der BRD wieder an der Macht sind. Wilhelm Girnus in dem von Dittberner kritisierten Aufsatz: „Die Bundesrepublik aber ist nichts anderes als die historische Nachgeburt all dessen, wogegen der Lübecker Patriziersohn mit seiner brillanten Feder als Antipode in die Arena des 20. Jahrhunderts getreten ist... Würde die dort etablierte Macht sein Vermächtnis akzeptieren — und sei es auch nur als Lippenbekenntnis — sie würde sich damit selbst ins Gesicht schlagen.“

Obwohl, wie diese Beispiele zeigen, Dittberners Bewertungen einzelner Arbeiten nicht immer zutreffen, bleibt der erhebliche Informationswert seines Buches festzuhalten, zumal das Inhaltsreferat der jeweiligen Untersuchung bei Dittberner stets Vorrang vor der Kommentierung hat. — Um den Gebrauchswert des Buches zu erhöhen, sollte bei einer zweiten Auflage ein Register der behandelten Werke Heinrich Manns hinzugefügt werden. Uwe Naumann (Hamburg)

Zimmermann, Peter: *Der Bauernroman. Antifeudalismus — Konservativismus — Faschismus.* Metzlersche Verlagsbuchhandlung und Carl Ernst Poeschel Verlag, Stuttgart 1975 (277 S., Ln., 45,— DM).

Die von der nationalsozialistischen Propaganda produzierten Vorstellungen waren aufgrund ihrer inneren Widersprüchlichkeit und aufgrund der sozialen Funktion des Faschismus, die Fortsetzung der monopolkapitalistischen Herrschaft zu gewährleisten, nicht in sozialanalytischen Begriffen kommunizierbar. Gerade deshalb fiel der Literatur in entscheidendem Maße die Aufgabe zu, die Mittelschichten für die imperialistischen Zielsetzungen der Monopolbourgeoisie zu gewinnen.

Zimmermanns Untersuchung gilt dem Bauernroman, einem Genre, das bedingt durch die Struktur der nationalsozialistischen Ideologie im Zentrum der nationalsozialistischen Literaturbemühungen stand: Die bäuerliche Existenz nämlich galt den proletarisierten oder doch von der Proletarisierung bedrohten Mittelschichten als Sinnbild des Noch-nicht-Industriellen, als Symbol von Besitz und Eigentum schlechthin. An die bäuerliche Existenz hefteten sich die Illusionen dieser Schichten, die dem Faschismus die Parole von der „Rückschollung“ der „Entschollten“ aufs Wort glaubten. Im Gegensatz zu den meisten bisher vorliegenden Untersuchungen zur faschistischen Literatur (als negativstes Beispiel gilt immer noch Wulfs Dokumentation „Literatur und Dichtung im Dritten Reich“) versucht Zimmermann, die „Einheitlichkeit des Entwicklungsprozesses der bäuerlichen Epik des 19. und 20. Jahrhunderts erneut bewußt zu machen“ (6). Der erste Teil seines Buches behandelt daher in drei Kapiteln die drei Phasen jener Entwicklung, deren Ursprung er um 1830 ansetzt. In die erste Phase (1830—1870) fällt die konservative Umprägung dieses zunächst progressiven Genres. Zschokkes „Goldmacherdorf“, dessen Wirkung bis in die Gründungsjahre der Bundesrepublik hineinreicht, wird analysiert als aufklärerisch-didaktischer Bauernroman, der humanistische Ideale demonstriert am Aufstieg eines Dorfes, dessen Bewohner es unter der Führung eines aufgeklärten Schulmeisters zu materiellem und sittlichem Reichtum bringen. Immermanns „Oberhof“ und die Romane Gotthelfs, des „Ahnherren der Heimatkunst“ (Bartels), leiten die „konservative Bauerndarstellung“ ein, die bestimmend wird für die zweite Phase (1871—1918). In ihr wird die Bauernliteratur zum „Kernstück der

Heimatkunstabewegung“, deren wichtigstes Merkmal — die Schriften eines Adolf Bartels geben darüber in eindeutiger Weise Auskunft — die antidemokratische Tendenz ist. In diese Phase fallen Löns „Wehrwolf“, Frenssens „Jörn Uhl“, die Romane der Ganghofer, Rosegger, Sohnrey, Bartels etc. Die dritte Phase schließlich interpretiert Zimmermann als Höhepunkt der in den beiden ersten Phasen angelegten Tendenzen. Aus eben diesem Grunde setzt er den Beginn des völkischen Bauernromans nicht um 1933, sondern um 1919 an. Gegenüber der Tendenz manchen Beitrags zur Literatur des deutschen Faschismus, diese als Ausdruck des „Führerwillens“ zu begreifen, kann Zimmermann so die Kontinuität der Bauernliteratur und ihrer Funktionen sichtbar machen: „So lassen sich zwei Hauptfunktionen der faschistischen Literatur ausmachen: Einmal sollte sie zur Verschleierung des Widerspruchs von antikapitalistischem Programm und prokapitalistischer Praxis der NSDAP beitragen, zum anderen hatte sie die ungebrochene Präsenz der Klassegegensätze zu verschleiern und die Illusion der harmonisierten Volksgemeinschaft zu fördern. Indem sie die Aufmerksamkeit von innenpolitischen Antagonismen ablenkte und auf ein nach außen verlagertes Feindbild richtete, diente sie der ‚Mobilmachung der Massen wider ihre eigenen Bedürfnisse‘, was dem Interesse all jener Fraktionen und Schichten der deutschen Bourgeoisie entsprach, die von der erneuten Stabilisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse profitierten“ (153).

Besonders wohltuend ist, daß Zimmermann nicht bei Spekulationen über die gesellschaftspolitische Funktion der Bauernepik stehenbleibt, sondern sie jeweils im Zusammenhang mit konkreten agrarpolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungen interpretiert und dabei seine Thesen nicht willkürlich anhand einzelner Romane, sondern vielmehr anhand ganzer Romangruppen belegt. Diese Arbeitsweise ermöglicht ihm manche aufschlußreiche Neuinterpretation. So stellt sich z. B. heraus, daß es zwischen dem Roman „Der Büttnerbauer“ (1895) des ursprünglich vom Naturalismus her kommenden von Polenz und Romanen wie Roseggers „Jakob der Letzte“ und Moeschlins „Der Amerika-Johann“ nicht nur strukturelle, sondern auch funktionale Parallelen gibt. In den drei Romanen wird der „Einbruch des mobilen Kapitals“ in die Landwirtschaft beschrieben, also eine zunächst antikapitalistische Position eingenommen, die dann allerdings durch eine konservative, d. h. an vorindustriellen Verhältnissen orientierte Lösung zurückgenommen wird. Zimmermann kann so zeigen, daß von Polenz' Roman ausgesprochen restaurative Züge aufweist, während fast alle Abhandlungen über den Naturalismus ihm eine sozialdemokratische Tendenz andichten.

Daß hier eine äußerst gründliche und theoretisch fundierte Studie vorliegt, zeigt auch der zweite Teil des Buches, der manche These des ersten Teils statistisch abstützt und außerdem Auskunft gibt über Beruf, Herkunft und Produktion der Autoren. Schließlich findet sich dort auch eine nahezu vollständige Liste der zwischen 1837 und 1964 veröffentlichten Bauernromane. Gerd Weyers (Amsterdam)

Soziologie

Hofmann, Inge: *Bürgerliches Denken. Zur Soziologie Emile Durkheims.* Athenäum Verlag, Frankfurt/M. 1973 (212 S., br., 22,— DM).

Hofmanns Buch enthält eine grundlegende Kritik an Methode und Inhalt der soziologischen Schriften Durkheims. Die Autorin bezieht dabei nicht nur Durkheims umfangreiche Arbeiten in ihre Untersuchung ein, sondern greift auch auf kleinere, z. T. wenig bekannte Veröffentlichungen (zahlreiche Rezensionen, Tagungsbeiträge u. a.) zurück. Sie geht aus vom Selbstverständnis Durkheims über das methodische Vorgehen und zentrale Kategorien seiner Arbeiten und weist überzeugend nach, daß dieses Selbstverständnis und die reale gesellschaftliche Funktion von Durkheims Soziologie einander widersprechen. Sie zeigt im einzelnen auf, wie Durkheims Schriften objektiv antimaterialistisch und antisozialistisch gerichtet sind und sich als spezifischer Ausdruck bürgerlichen Bewußtseins im Frankreich der Dritten Republik erweisen.

Hofmann erkennt dabei innerhalb von Durkheims Schriften eine Entwicklung von einem widersprüchlichen Frühwerk, in dem die Möglichkeit einer repressionsfreien Gesellschaft noch zugestanden wird, zu einer Soziologie, die Zwang als für jede Gesellschaft notwendig und konstitutiv ansieht; sie interpretiert diese Entwicklung in Durkheims Denken als gesellschaftlich bedingt, nämlich als „Ausdruck des Umschlags des rationalistischen Bewußtseins des liberalen Bürgertums in das auf irrationale Autoritäten sich berufende Bewußtsein des späten Bürgertums“ (34).

Die Arbeit ist insofern verdienstvoll, als sie einen Klassiker der Soziologie einer differenzierten und systematischen Kritik unterzieht. Eine solche umfassende Kritik war ein besonderes Desiderat angesichts des Einflusses, den Durkheim noch heute auf maßgebliche bürgerliche Soziologen wie Rene König und Talcott Parson ausübt.

Kritisch anzumerken bleibt, daß Hofmann Durkheim zu wenig im Kontext der Methoden- und Ideengeschichte der Soziologie betrachtet; der Akzent ihrer Untersuchung liegt so eindeutig auf der Kritik, daß die Frage nach dem positiven Anteil Durkheims an der Herausbildung der Soziologie als eigenständiger Wissenschaft in den Hintergrund rückt. Daß Durkheim hierbei nämlich trotz aller notwendigen Einschränkungen Verdienste zukommen, indem er etwa als erster eine umfassende Untersuchung über den Selbstmord als soziales Problem angestellt hat, hat z. B. der sowjetische Soziologe I. S. Kon in seinem Buch „Der Positivismus in der Soziologie“ herausgearbeitet.

Kritisiert werden muß auch, daß Hofmanns Buch im wesentlichen auf eine ideologiekritische Negation der Soziologie Durkheims beschränkt bleibt; die genaue methodische und inhaltliche Position der Autorin wird nicht deutlich gemacht. Gelegentliche Verweise auf Schriften von Adorno und Horkheimer deuten auf ihre Affinität zur Kritischen Theorie hin, lassen aber noch keine Analyse ihrer eigenen Auffassungen zu, so sehr auch einzelne Formulierungen dazu herausfordern, z. B. die Bezeichnung der „modernen“ Gesellschaft als „tendenziell postindividuelle Herrschaftsgesellschaft“ (119). Schließlich fehlt ein Register der wichtigsten behandelten Begriffe und Problemstellungen.

Uwe Naumann (Hamburg)

Fürstenberg, Friedrich (Hrsg.): Industriesoziologie II. Die Entwicklung der Arbeits- und Betriebssoziologie seit dem Zweiten Weltkrieg. Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1974 (320 S., br., 34,— DM).

Fürstenberg differenziert den Gegenstand der Industriesoziologie nach drei Seiten hin: Arbeitsstrukturen und Arbeitsverhalten; Sozialorganisation des Betriebes; Industrielle Arbeitsbeziehungen. Zu jedem Problemkreis hat er Aufsätze oder Buchauszüge zusammengestellt, die thematischen und wissenschaftstheoretischen Pluralismus dokumentieren sollen. In einem abschließenden Kapitel wird die soziologische Methode durch Aufsätze von Herkommer und Silverman selbst zum Gegenstand.

Im Kapitel über Arbeitsstrukturen und Arbeitsverhalten findet der Leser Georges Friedmanns Typologie der Fließarbeit nach technologischen, psychologischen und soziologischen Gesichtspunkten. Eine Fallstudie von Hans-Wolfgang Stieber veranschaulicht Kooperations- und Kommunikationsformen einer Arbeitsgruppe im Walzwerk. Subjektive und objektive Dimensionen von Arbeitszufriedenheit gewichtet eine empirische Studie sowjetischer Sozialforscher aus dem Jahre 1967. Einem speziellen Aspekt der Arbeitszufriedenheit, nämlich der Einstellung der Lohnarbeiter zu „ihrem“ Betrieb, sind Auszüge aus der bekannten Arbeit von Goldthorpe und Mitarbeitern über den „wohlhabenden“ Arbeiter in England gewidmet.

Den Abschnitt über die Sozialorganisation des Betriebes leitet der Herausgeber mit seinem eigenen Aufsatz über die betriebliche Sozialstruktur ein, der in gedrängter Form die positivistisch verengte Perspektive einer auf Harmonie und Integration angelegten Industriesoziologie veranschaulicht. Die Verbundenheit des Autors mit Unternehmerpositionen gegenüber Problemen der industriellen Arbeitswelt stellt ein betriebswirtschaftlicher Beitrag Landwehrmanns

unter Beweis, der im gleichen Erkenntnisinteresse wie Fürstenberg nach optimalen Zielsetzungen industrieller Führung unter den Bedingungen fortschreitender Automatisierung fragt. Herbert Wiedemanns empirisch fundierte Darstellung der „Meisterkrise“ im Rationalisierungsprozeß und Hans Paul Bahrdts historisch orientierte Analyse des Widerspruchs von technisch determinierten Kooperationsformen und bürokratischer Hierarchie repräsentieren demgegenüber eine eher kritische Sicht industrieller Sozialorganisation.

Im dritten Kapitel isoliert Fürstenberg im Sinn der Dahrendorfschen Systematik Phänomene des sozialen Konflikts als „industrielle Arbeitsbeziehungen“. Neben Horst Bosetzky's anregendem Versuch, Betriebsverfassung als graduelle Abstufung der Machtverteilung unter dem Gesichtspunkt der Demokratisierung zu begreifen, steht das Bemühen Gerhard Leminskys, das Montanmitbestimmungsmodell gegen Dahrendorfs „Konflikttheorie“ zu verteidigen. Siegfried Brauns Thesen zur Soziologie des Streiks, vor dem aktuellen Hintergrund spontaner Arbeitsniederlegungen verfaßt, erklären die wachsende Konfliktbereitschaft der Lohnabhängigen als „industrielle Unruhe“ im Kontext enttäuschter Konsumerwartungen bei relativer Stabilität des institutionellen Rahmens der kapitalistischen Gesellschaft. Dieser letzte thematische Schwerpunkt des Bandes ist noch am ehesten in der Lage, Interesse an den literarischen „Dokumenten“ der Industrie- und Betriebssoziologie vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Problemstellungen zu wecken.

Zweifellos kann Fürstenbergs Anthologie für sich beanspruchen, einem wachsenden Interesse an industriesoziologischer Problematik entgegenzukommen. Wer aber bereit und in der Lage ist, den stattlichen Preis von 34,— DM für eine solche Textsammlung zu bezahlen, sollte eine sorgfältigere Edition beanspruchen können. Mit einem detaillierten Literatur- und Schlagwortverzeichnis kann es da wohl kaum getan sein. Die knapp vierzehneitige Einführung des Herausgebers gewinnt ihren Wert nicht aus der behaupteten Analyse von Richtungen und thematischen Schwerpunkten der Industriesoziologie im Kontext des gesellschaftlichen Wandels, sondern allenfalls, weil sie die Unfähigkeit einer affirmativen Sozialwissenschaft abermals unter Beweis stellt, industrielle Herrschaft und die Krise ihrer Legitimation begrifflich überhaupt nur zu erfassen. Friedrich Fürstenberg hat seinen Sammelband am interessierten Publikum vorbeiproduziert: Wer sich bereits intensiver mit Fragen der industriellen Arbeitswelt beschäftigt hat und auf eine Zusammenstellung wichtiger, aber schwer zugänglicher Texte hofft, findet die Häufung des Bekannten — zudem in oft zerstückelter Form. Wer aber an einem ersten Problemüberblick interessiert ist, dem verweigert der Herausgeber die Preisgabe seiner Selektionsgesichtspunkte und — im Fall der Buchauszüge — die wenigstens skizzenhafte Einordnung der Bruchstücke in ihren thematischen Gesamtzusammenhang.

Jürgen Prott (Hamburg)

Kurucz, Jenö: Industriephysiker und Industrieherrn. Ergebnisse einer Befragung promovierter Industriephysiker. Im Selbstverlag des Autors, Saarbrücken 1975 (125 S., br., 15,— DM).

Nachdem 1972 eine Arbeit von einer Saarbrücker Forschungsgruppe unter Leitung von Kurucz über das Selbstverständnis promovierter Industriechemiker unter dem Titel ‚Jenö Kurucz (Hrsg.): Das Selbstverständnis von Naturwissenschaftlern in der Industrie‘ (besprochen im Argument 82, 839) erschien, liegt nun das Ergebnis einer entsprechenden Untersuchung über Physiker vor, die von Kurucz selbst durchgeführt wurde.

An dem vorliegenden Bändchen fällt zunächst auf, daß es im Selbstverlag des Autors erschienen ist, also in einer für wissenschaftliche Publikationen ungewöhnlichen Form. Diesen Umstand erklärt Kurucz im Vorwort durch die schlechten Erfahrungen, die er im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der vorangegangenen Chemikerstudie sammeln mußte: denn dort hatte die chemische Industrie, nachdem ein Vorbericht über die Studie erschienen war, versucht, die Publikation der Erkenntnisse durch Druck auf die Gesellschaft Deutscher Chemiker zu verhindern, in deren ‚Verlag Chemie‘ sie veröffentlicht werden sollte.

Da Kurucz durch seine dort offenbar gewordene Unbotmäßigkeit gegenüber den Interessen der Industrieherrn eine Erschwerung seiner Arbeit einerseits bei der Beschaffung von Forschungsmitteln erfuhr und er andererseits damit rechnete, daß sich die Industrie weigern würde, ihm organisatorische Hilfe zu leisten, mußte er von vornherein auf den Anspruch der Durchführung einer Untersuchung verzichten, die allen Postulaten der Repräsentativität genügt. Mit den ihm erreichbaren, aussagebereiten Physikern unterschiedlicher Altersgruppen und verschiedener Tätigkeits- und Branchenbereiche führte er insgesamt 102 Interviews durch. Zur Eruierung des Selbstverständnisses der Interviewpartner wurde ein Fragenleitschema entwickelt, das ihnen durch offene Fragen, durch Ermöglichung von Stellungnahmen zu vorgestellten Thesen etc. „Lust zur Selbstdarstellung wecken sollte“ (25).

Unter den verschiedenen Komponenten des Selbstbewußtseins beschränkt sich Kurucz auf die Erhellung der Überlagerung des von dieser Teilgruppe der wissenschaftlich-technischen Intelligenz im universitären Sozialisationsprozeß erworbenen ‚Leistungsbewußtseins‘ mit den ‚Erfolgserswartungen‘, welche nach dem Eintritt in den Beruf des Industriephysikers als subjektive Vorstellungen über die Modalitäten des eigenen Arrivierens durch Erfahrung des privatwirtschaftlichen Rationalitätsprinzips geprägt sind. Die erste der diesbezüglich gebildeten zentralen Hypothesen lautet: „Junge Industriephysiker, die die Normen der Wissenschaft in höchstem Grade verinnerlicht haben, machen in den ersten Berufsjahren die Erfah-

rung, daß sie ihre Berufsaufgabe nicht bewältigen können, wenn sie Verstöße gegen die Normen der Wissenschaft konsequent vermeiden wollen. Sie geraten in einen anomischen Zustand“ (25). Dies wird durch die Untersuchung in modifizierter Weise bestätigt (38—44). Die zweite wesentliche Hypothese, daß vom Erlebnis der Arbeitgeberwillkür und der Statusverschlechterung ein Solidarisierungseffekt ausgehe (27), kann deshalb nicht bestätigt werden, weil es den befragten Physikern noch an jenem „virulenten Gruppenerlebnis“ (78) fehle, wie es in anderen Gruppen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz bereits vorhanden sei.

Die reichhaltig illustrierendes Material präsentierende Arbeit behandelt außerdem u. a. die „Spiegelung der faktischen Auslesemechanismen im Bewußtsein der Befragten“, das „Betriebliche Standortproblem der Befragten und ihre Einstellung zur Unternehmerseite“, die „finanziellen und übrigen Erfolgserwartungen“ sowie ihr „politisches Bewußtsein und Berufsethos“.

Gerade für aufgeschlossene Physiker, aber auch für die Diskussion des Standortes der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz bezüglich des traditionellen Kerns der Arbeiterklasse, wird diese Arbeit angesichts des augenblicklichen Mangels an gesicherten Kenntnissen über Lage und Bewußtsein dieser Gruppe, einen nicht unerheblichen Stellenwert beanspruchen dürfen. Und dies trotz der durchgehenden Ausklammerung einer Bezugnahme des Autors auf die Kategorien der marxistischen Gesellschaftstheorie und des damit verbundenen Verzichts auf eine Einbindung des empirisch gewonnenen Wissens in einen systematischen Zusammenhang.

Da diese Arbeit im Selbstverlag erschienen ist, wird sie vermutlich nicht im Buchhandel frei verfügbar sein. Die Adresse des Autors lautet: Prof. J. Kurucz, 6601 Scheidt, Parkweg 14.

Lutz Hieber (Hannover)

Osen, Lynn M.: *Women in Mathematics*. The MIT Press, Cambridge (Ma.) 1974 (XII, 185 S., geb., 5.95 \$).

Das Buch besteht aus einer Reihe biographischer Skizzen von Frauen, die wegen ihrer mathematischen Begabung bekannt geworden sind. Die Zeitspanne reicht vom alten Griechenland bis etwa zum 2. Weltkrieg. Im vorletzten Kapitel werden allerdings geschwind einige Namen für die Nachkriegszeit aufgeführt. Den acht Frauen, die offenbar nach Meinung der Verfasserin besonders hervorgetreten sind, ist jeweils ein ganzes Kapitel gewidmet. Großzügig räumt Osen Äußerlichkeiten Platz ein, die wissenschaftliche Arbeit dieser

Frauen erwähnt sie dagegen nur kurz, ohne sie zu erläutern. Die erste der acht Frauen ist Hypatia, die um das Jahr 400 in Alexandria gelebt hat, die letzte Emmy Noether (1882—1935). Diese ist nun die einzige, die in der Forschung berühmt geworden ist. Sie war maßgeblich am axiomatischen Aufbau der Algebra beteiligt, und ihr Name dürfte auch diplomierten Mathematikern geläufig sein, während die anderen eher Sache von Wissenschaftshistorikern sind. Zum Schluß wehrt sich die Verfasserin gegen die Benachteiligung der Frau und die zähen Vorurteile, die einer Mathematikerin bzw. Naturwissenschaftlerin im Wege stehen. Das sind in der Tat brennende Fragen und hätten eine ausführliche Erörterung verdient — statt einiger wehleidiger Ausführungen (163 ff.). Das Buch ist trotzdem wichtig, weil es eine Pionierleistung ist. Wer sich mit der Problematik Geschlecht/Mathematikbegabung befassen will, findet hier, was die weiblichen Mathematiker angeht, einiges historische Material schon zusammengetragen. Gianfranco Accardo (Berlin/West)

Terray, Emmanuel: Zur politischen Ökonomie der „primitiven“ Gesellschaften. Zwei Studien. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1974 (187 S., br., 18,— DM).

Die marxistische Aufarbeitung ethnologischer und anthropologischer Sachverhalte ist nicht zufällig in Frankreich und in den angelsächsischen Ländern unvergleichlich weiter als bei uns — eine späte „Frucht“ des Kolonialismus. Den apologetischen Ideologien über primitive Gesellschaften folgten kritische Theorien über Nicht-Klassengesellschaften; während das Forschungsinteresse in den sozialistischen Ländern eher auf das welthistorische Problem eines „nicht-kapitalistischen“ Weges der „Dritten Welt“ gerichtet ist.

Terrays Studien reflektieren den bisherigen Ertrag der kritischen ethnologischen Forschungen, am Beispiel einer Feld-Analyse über die afrikanischen Gouros wird die Fruchtbarkeit eines marxistischen Vorgehens diskutiert. Vordem aber wird die „ursprüngliche“ marxistische Konzeption von „Urgesellschaft“ anhand der Engelsschen Verallgemeinerung von Morgans Untersuchungen rekonstruiert. Bekanntlich wurde Lewis H. Morgans „Ancient Society“ (1877, dt. 1891) ausdrücklich in „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ (Engels) verwandt und zudem von Marx exzerpiert. Dadurch entstand mancherorts das Vorurteil, Engels habe die evolutionistische Einbettung, die Morgan seinen Ergebnissen zugefügt hatte, schlicht übernommen; aus der Marxschen Dialektik des Geschichtsprozesses sei eine platt fortschrittsgläubige Schematisierung durch den „späten“ Engels geworden (so E. Lukas).

Terray zerschlägt diese Annahme, die zudem einen gravierenden Unterschied zwischen der Morgan-Lektüre Marxens und Engels' behauptet, vermittelt des glänzenden Einfalls, erneut Morgan zu

lesen! Denn wie immer Engels' Übernahmen von Morgans Theoremen gewichtet wurden, der Evolutionismus Morgans schien verbürgt. In Abgrenzung zu Darwin, dessen Terminologie Morgan nachahmt, unterzieht Terray den Morgan-Text einer „symptomatischen Lektüre“ (Althusser). Terray beruhigt sich nicht mit der bloßen Feststellung eines simplen Evolutionismus Morgans, der sich jedem oberflächlichen Leser aufdrängt, sondern er entfaltet die widersprüchliche Geschichte der Morgan-Schriften. 1871 erscheint Morgans „Systems of Consanguinity...“, von Levi-Strauß heute als strukturalistisch gelobt, während „Ancient Society“ von 1877 bereits evolutionistisch sein soll, wie Levi-Strauß ablehnend vermerkt. In sechs Jahren vom ‚Strukturalisten‘ zum ‚Evolutionisten‘! Warum diese Wandlung? Und vor allem, wieso wurde dieser evolutionistische Text von Engels in Übereinstimmung mit Marx als authentische (Wieder)-Entdeckung der materialistischen Geschichtsauffassung gerühmt?!

Terray löst im Vergleich Darwin/Morgan letzteren von der evolutionistischen Hülle seiner Theorien ab, in denen „der Begriff der Geschichte seine Bedeutung angesichts des Begriffes der Evolution“ verliert (15). Morgan schreibt nicht *konkrete* Geschichte, sondern entwirft eine *Theorie* von Geschichte, woran strukturalistische und funktionalistische Argumentationen anknüpfen wollen — zu Unrecht (Terray 41 ff. und 59 ff.). Morgans Grundannahme einer Hierarchie gesellschaftlicher *Formen* von Privateigentum, Familie, Staat drängt „spontan-materialistisch“ zu der These, daß der entscheidende Bereich von Gesellschaft der der Produktion von Lebensmitteln sei (61, 67 ff., 53, 57). Entkleidet vom „Darwinschen Firniß“ (Terray) lassen sich Elemente der marxistischen Theorie der Gesellschaftsformationen (und ihrer Übergangsformen) aufweisen. Das Unternehmen einer solchen Lektüre ergibt, daß im 19. Jahrhundert materialistisches Denkmaterial sich nicht dialektisch verarbeiten ließ (woran der bürgerliche Standpunkt einen nicht geringen Anteil hatte), sondern als Darwinsche Evolutionstheorie verschnitten wurde. Jedoch bleibt es uneinsichtig, wieso Terrays treffende Feststellung zu Morgan, „er muß also sein Denken in eine Form gießen, die nicht dafür geschaffen ist“ (38), nicht ihrerseits auf Darwin zu münzen ist. Engels und Marx können in den Morgan-Texten deshalb Erkenntnisse für die marxistische Geschichtstheorie finden, weil sie durch die verfälschende, evolutionistische Sprache Morgans hindurch wichtige Bausteine für ihre Auffassung zu erkennen vermögen. Erkenntnisse, deren theoretische Substanz nachgerade von der heutigen Forschung bestätigt werden, wie die umfangreichen Studien zur Ethnologie von marxistischer Seite belegen.

Terray selbst referiert im zweiten Teil seiner Arbeit eine solche Studie des Anthropologen Claude Meillassoux, der mit marxistischen Kategorien eine Feldforschung bei den Gouros vornimmt. Trotz der Konzentration Meillassoux' auf den Ausschnitt eines Stammes, vermag Terray uns die Bedeutung eines solchen Vorgehens für eine

Theorie der Ökonomie nicht-kapitalistischer Gesellschaften nahe zu bringen. Bei den Gouros dominiert die gemeinsame Produktion und Verteilung der Güter. An Beispielen wie Jagd, Ackerbau, Viehzucht wird von Meillassoux die ökonomische Struktur des Stammes demonstriert. Schon unter Verwendung marxistischer Theoreme werden diese Produktivkraft-Äußerungen konsequent im Zusammenhang mit den Produktionsverhältnissen interpretiert, die auf dieser Stufe von Gesellschaft am adäquatesten als Verwandtschaftsverhältnisse ausgeformt sind. An der Konzentration der Verteilung gemeinsam produzierter Güter durch den Stammes-Ältesten versucht Meillassoux plausibel die Besonderheit der Dynamik „primitiver“ Gesellschaften festzumachen: die Zirkulation wird so — statt der Produktion — zur zentralen Kategorie, die Verteilung zerstört die gemeinsame Produktion, Elemente von Klassengesellschaft kristallisieren sich an.

Terray überspielt diese Neu-Interpretation eines Grundbestands marxistischer Theorie a) durch den Nachweis der ideologischen Funktion dieser Neuerung in der bisherigen bürgerlichen Anthropologie, b) durch die Umformulierung des Gouro-Berichtes. Er verweist auf die von Meillassoux mitgeteilte Tatsache, daß in der Ökonomie der Gouros *zwei* Produktionsweisen aufeinandertreffen. Diese Produktionsweisen, die er als kombiniertes Element des Widerspruchs von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Sinne Althussers definiert, finden Verwandtschaftsbeziehungen als Wirkungsort vor. Das Gouro-Material ermöglicht durchaus eine Meillassoux widersprechende Interpretation der Funktion des Ältesten; die unbewußte Übernahme bürgerlicher Konzepte, die „das Moment der Zirkulation vom Reproduktionsprozeß“ lösen wollen (176), ist unnötig, wenn man konsequent die Engelsschen Hinweise eines „Negativ-Ökonomischen“ bedenkt, welches die vor-kapitalistischen Gesellschaften mitbestimmt.

Doch gibt diese Skizze der Meillassoux'schen Gouro-Berichte durch Terray nicht den Reichtum der konkreten Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen wieder, die in instruktiven Tabellen (z. B. 141) abgebildet werden, weil Terray zu abstrakt das zu konkrete Material in seine Definition von Produktionsweise zwingt. Terrays Stärke im Morgan-Teil, wo er Texte auf Texte bezieht, wird zur Schwäche im Meillassoux-Referat, wo konkretes Material zur Diskussion ansteht, welches nicht allein mehrerer vergleichender Studien bedarf, sondern vor allem einer Theorie der Gesellschaftsformationen, wie sie in den umfangreichen Diskussionen in den sozialistischen Ländern (z. B. in den Veröffentlichungen des Museums für Völkerkunde, Leipzig) entwickelt wird. Ob Terray mangels Sprachkenntnissen diese Forschungen fremd sind, oder ob eine gewisse Tendenz zur theoretischen Isolation bei einigen Althusser-Schülern Ignoranz erzeugt, sei dahingestellt.

Manfred Lauer mann (Hannover)

Erziehungswissenschaften

Deutscher Bildungsrat (Hrsg.): Bildungsurlaub als Teil der Weiterbildung. Materialien. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1973 (204 S., br., 29,50 DM).

Die vorliegende Studie, die sich in die Abschnitte „Entwurf einer Empfehlung zur Einführung des Bildungsurlaubs“ (13 ff.) und „Materialien zur Weiterbildung — Grundlagen für den Empfehlungsentwurf“ (42 ff.) gliedert, stellt, wie der Vorsitzende des Deutschen Bildungsrates, Krings, in einem Vorwort betont, lediglich „Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser“ zur Diskussion und „präjudiziert in keinem Falle ‚Empfehlungen‘ der Bildungskommission“ (2).

Ohne den „gesellschaftlichen Hintergrund der aktuellen Weiterbildung in der Bundesrepublik“ (14) zu analysieren, gehen die Verfasser des Empfehlungsentwurfs (Boulboullé, Breuder u. a.) davon aus, daß die Weiterbildung zu einem „essentiellen Bedürfnis der Gesellschaft“ geworden ist, wobei sich dieses Bedürfnis ergibt „aus einem Vergleich der augenblicklich vorhandenen Lernchancen für Erwachsene sowie aus deren Vorbildung und aus den an sie gestellten Qualifikationsanforderungen“, die der Ausfüllung der „Rollen in den Arbeitsorganisationen, in der Familie und anderen Primärgruppen sowie in der Öffentlichkeit“ (15) entspringen. Da nach Meinung der Verfasser das bislang weitgehend unorganisierte Erwachsenenlernen die vorhandenen Bildungsbedürfnisse nicht befriedigt, bedarf es einer stärkeren Formalisierung und Institutionalisierung. Der Bildungsurlaub als die zeitlich begrenzte, mindestens zehn Arbeitstage pro Arbeitnehmer und Jahr dauernde und bezahlte Freistellung von „anderer Arbeit“ (24) ist für sie ein erstes (beschränkt wirksames) Instrument. Darüber hinaus stellt der Bildungsurlaub einen „Vorgriff auf ein umfassendes System der Weiterbildung“ (17) dar, da er sowohl alle Arbeitnehmer (an anderer Stelle ist sogar von der „Gesamtheit der Bevölkerung“ die Rede) erfaßt als auch mit dem Prinzip des life-long-learning „ernst mach(t), indem er Weiterbildungsmöglichkeiten nicht auf Ausnahmesituationen beschränkt, sondern fortlaufend Jahr für Jahr eröffnet“ (14).

Die Individuen haben für die Verfasser infolge unterschiedlicher sozialer Situationen unterschiedliche Bildungsbedürfnisse, denen durch die organisatorische und curriculare Ausgestaltung des Bildungsurlaubs Rechnung zu tragen sei. Organisatorisch bedürfe es der Bestimmung von „Zielgruppen“, d. h. von Gruppen, die aufgrund ihrer sozialen Lage identische Bildungsbedürfnisse haben. Wiewohl die Verfasser davon ausgehen, daß die „praktische Bestimmung“ der Zielgruppen aus der Praxis des Bildungsurlaubs selbst zu erfolgen habe (vgl. 21), versuchen sie dennoch unter Zuhilfenahme

des „Konzepts der sozialen Rolle“ — denn „Lernen im Rahmen von Weiterbildung muß ... als rollenbezogenes Lernen verstanden und organisiert werden“ (20) — Zielgruppen in den oben angegebenen „drei zentralen gesellschaftlichen Bereichen“ zu benennen, ohne allerdings — als Ergebnis dieser Bemühungen — eine konkrete Zielgruppe namhaft zu machen. Ähnlich vage und damit nichtssagend bleibt die vorgeschlagene curriculare Ausgestaltung des Bildungsurlaubs als Bestimmung von auf die Zielgruppen bezogenen Lernzielen und -inhalten: „Verfügungswissen“ und „Orientierungswissen“ als Ziele und Inhalte für die Arbeitsrolle, „Kenntnisse und Fähigkeiten, die unmittelbar relevant sind für die Erfüllung der Familienrolle“, sowie Qualifikationen „im Hinblick auf die Anforderungen an den mündigen Bürger“ (29 f.) als Ziele und Inhalte für die öffentlich-politische Rolle — wobei die „Interdependenz“ der drei gesellschaftlichen Bereiche zu berücksichtigen sei.

Überlegungen zum pädagogischen Personal, zur öffentlichen Verantwortung, zum Anerkennungsverfahren von Bildungsträgern, zur Beschränkung der Teilnahmeberechtigung in der Einführungsphase [die Verfasser nennen keinen bestimmten Prozentsatz und keinen Zeitpunkt, an dem alle Arbeitnehmer jährlich ihren Bildungsurlaub in Anspruch nehmen können sollen (vgl. 37)], zur Beratung sowie zur Finanzierung des Bildungsurlaubs [„Bildungsurlaubs-Ausgleichskasse“ (40)] schließen den Empfehlungsentwurf ab, der nicht nur als „Empfehlungsentwurf zur Einführung des Bildungsurlaubs“ von den Gesetzgebern einiger Bundesländer (Hamburg, Niedersachsen, Hessen) überholt worden ist, sondern auch in der Art und Weise seiner Empfehlungen unbefriedigend bleibt: Denn zur Lösung des Hauptproblems des Bildungsurlaubs — der organisatorischen und curricularen Ausgestaltung — wissen die Verfasser — und insoweit unterscheiden sie sich nicht von den Gesetzgebern der oben genannten Bundesländer — nicht mehr als Leerformeln, Bekenntnisse und vage Bestimmungen von Zielgruppen und Lerninhalten abzugeben, wobei sie sich auf ein nicht-hinterfragtes Rollenkonzept stützen. Die Ratlosigkeit der Verfasser gegenüber der Weiterbildung im allgemeinen und dem Bildungsurlaub im besonderen, die in ihren Ausführungen — uneingestanden — zum Ausdruck kommt, liegt vornehmlich im Verzicht auf die Analyse des gesellschaftlichen Hintergrundes der aktuellen Weiterbildung begründet.

Hans-Jürgen Fuhs (Hamburg)

Boehm, Ullrich, Michael Mende, Peter Riecker, Wilgart Schuchardt:
Qualifikationsstruktur und berufliche Curricula. Hermann Schroedel Verlag, Hannover 1974 (208 S., br., 20,— DM).

Den Autoren geht es in dieser Auftragsarbeit für das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung darum, erste Grundlagen für

die Entwicklung beruflicher Curricula zu erarbeiten. Aus der Kritik an den geltenden Ausbildungsordnungen und der traditionellen Berufssystematik leiten sie die Notwendigkeit ab, Qualifikationsanforderungen bzw. Curriculum-Elemente weitgehend unabhängig von der geltenden Berufs- und Berufsfeldgliederung zu beschreiben (27). Die Mängel der gegenwärtigen *Ausbildungsordnungen* bestünden darin, daß in ihnen keine Angabe der allgemeinen Lernziele sowie der Lehr- und Lernmethoden enthalten sei, ferner in ihrer mangelnden inhaltlichen und zeitlichen Verbindlichkeit sowie in ihrer mangelnden Aktualität (12 ff.). — An der *Stufenausbildung* als aktuellem Reformversuch wird vor allem kritisiert, daß es sich bei ihr um ein Selektionsinstrument handle. Eine zweijährige Ausbildung für die Mehrzahl stünde einer dreijährigen Ausbildung für eine Minderheit gegenüber mit der Folge gegenseitiger Konkurrenz um den Aufstieg bereits in der Erstausbildung statt solidarischen Handelns (15 ff.). — Die Mängel der *Berufsgliederung* und *Berufsstatistik* bestünden im wesentlichen darin, daß die Arbeitsplatzstruktur sich durch die ökonomisch-technische Entwicklung derart verändert habe, daß unter einer Berufsbezeichnung häufig zahlreiche verschiedene Tätigkeiten zusammengefaßt sind oder — umgekehrt — die gleiche Tätigkeit in verschiedenen Branchen mit unterschiedlichen Berufen bezeichnet wird (18 ff.).

Statt dessen wollen die Autoren Qualifikationen und Lernziele aus der „komplexen gesellschaftlichen Arbeitssituation“ herleiten (155 ff.), womit die doppelte Bestimmung des kapitalistischen Produktionsprozesses als Arbeits- und Verwertungsprozeß gemeint ist. Entsprechend komme den Qualifikationen der lohnabhängiger Erwerbstätigen ebenfalls „eine doppelte Bestimmung zu: einerseits eine technische und andererseits eine gesellschaftliche“ (29). Das heißt: die Autoren gehen nicht nur über die quantitativ-empirischen (statistischen) Analysen zur Berufsstruktur hinaus, indem sie auf die qualitativ-empirischen Bezug nehmen, sondern sie überwinden auch die Einseitigkeit dieser betriebs- und industriesoziologischen Studien, indem sie *lern-* und *arbeitspsychologische* Aspekte, vor allem aber die *gesellschaftlich formbestimmte* Seite des (kapitalistisch betriebenen) Arbeitsprozesses in ihre Überlegungen einbeziehen. Qualifikationen seien weiter zu fassen als die Summe von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die an bestimmten Arbeitsplätzen benötigt werden (75, 81 ff.). Qualifikationen *arbeitsplatzanalytisch* zu beschränken, hieße: die berufliche Grundbildung ausschließlich auf das Bezugssystem „Betrieb“ einzuengen und auf *einen*, zudem unplanbaren und sich ständig wandelnden Ausschnitt der gesellschaftlichen Realität zu begrenzen (156). Das Anspruchsniveau beruflicher Bildung auf die *technisch-instrumentellen* Anforderungen des Arbeitsprozesses zu beschränken, hieße: insbesondere von den durch die betrieblichen Herrschaftsverhältnisse bestimmten Prinzipien der Arbeitsorganisation, dem Widerspruch zwischen dem Interesse und Bedürfnis der abhängig Erwerbstätigen, sinnentleerte und auf nied-

rigstem Anspruchsniveau angesiedelte Tätigkeiten zu beseitigen, und dem Zwang des Kapitals, die Lohnkosten zu minimieren, zu abstrahieren (160, 163 f., 167).

Grundlage dieser Analyse ist eine umfangreiche Literaturlauswertung. Referiert werden Ergebnisse von Arbeiten, die in der Curriculumsdiskussion bisher wenig berücksichtigt wurden: Ergebnisse (vorwiegend westdeutscher) industrie- und betriebssoziologischer Untersuchungen (44—83); hierbei handelt es sich sowohl um makrosozialwissenschaftliche Untersuchungen (Lutz, Altmann/Kammerer etc.), ferner um Untersuchungen von Teilbereichen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses (Kern/Schumann, Oppelt/Schrick/Bremmer etc.) als auch um Arbeitsplatzuntersuchungen (Leminsky/Helfert etc.); Ergebnisse arbeits- und lernpsychologischer Studien (84—155), vor allem aus der DDR (Hacker, Lompscher, Skell etc.) (dieser Abschnitt, ebenso wie der vorige, hätte sich bestimmt, ohne an Substanz zu verlieren, kürzer fassen lassen); Ergebnisse berufspädagogischer Arbeiten aus der BRD, wie sie von Stratmann und Lempert repräsentiert werden (161 ff.), sowie Arbeiten zur polytechnischen Bildung (172 ff.), wie sie von DDR-Autoren vertreten werden (Frankiewicz etc.).

Ein grundsätzlicher Einwand ist geltend zu machen. Die gesellschaftliche Formbestimmung des (kapitalistischen) Produktionsprozesses setzt der Berufspädagogik nicht nur äußere Schranken, etwa indem bestimmte Reformen aus finanziellen Gründen oder aufgrund manifester Kapital-Interessen nicht durchgeführt werden, sondern sie schlägt sich auch in ihr selbst, im täglichen Unterricht nieder. So ist „Höherqualifizierung“ zwar ein hinreichendes, aber kein notwendiges Moment für Mobilität und Flexibilität des abhängig Erwerbstätigen im kapitalistisch betriebenen Produktionsprozeß. Hier ist die faktische *Gleichgültigkeit* des „freien“ Lohnarbeiters gegenüber dem konkreten Inhalt seiner Arbeit notwendiges und oftmals auch hinreichendes Moment für mobiles und flexibles Verhalten. Diese Fähigkeit, auch und gerade des „unqualifizierten“ Lohnarbeiters, die Bereitschaft, den Arbeitsplatz zu wechseln, ist allerdings nicht voraussetzungslos. Gleichgültigkeit, berufspädagogisch: die Fähigkeit zu Mobilität und Flexibilität, von denen zunehmend die Rede ist, war immer schon Qualifikationsbestandteil des „freien“ Lohnarbeiters. Sie besteht aus Dispositionen, Verhaltensweisen und Sozialisationsmustern, die bereits im schulischen Sozialisationsprozeß mehr oder weniger „heimlich“ *neben* und *bei* der Vermittlung inhaltlichen Wissens angeeignet werden. Befunde, wie sie in der Literatur zum „heimlichen Lehrplan“ (oft in sehr einseitiger Interpretation) enthalten sind, wären in diesem Zusammenhang kritisch zu sichten und durch Analysen dessen, was in der Institution „Schule“ wirklich gelernt wird (immer noch ein blinder Fleck in der offiziellen Curriculumforschung) zu ergänzen.

Arno Bammé (Berlin/West)

Kraft, Peter: Zur beruflichen Situation des Hauptschullehrers. Eine empirische Untersuchung zu Professionalisierungstendenzen und Störfaktoren im Volksschullehrerberuf nach Einführung der Hauptschule in Nordrhein-Westfalen. Hermann Schroedel Verlag, Hannover-Dortmund-Darmstadt-Berlin/West 1974 (221 S., br., 15,80 DM).

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit Spezialisierungstendenzen (63—96) und Störfaktoren im Professionalisierungsprozeß (122—153) sowie mit der Einstellung von Hauptschullehrern zu neuen Formen der Arbeitskontrolle (97—121): Kontrolle durch Kooperation mit Kollegen, Kontrolle durch ständige Weiterbildung etc. Kriterien einer professionalisierten Berufsausübung sind hierbei (28): „verschiedene Formen der Spezialisierung und der Arbeitskontrolle sowie die Möglichkeit einer *selbständigen* Berufsausübung, die gekennzeichnet ist durch einen geringen Anteil fremdbestimmter Handlungsanweisungen“. Ergebnisse der eigenen Erhebung sowie anderer Untersuchungen bilden die Grundlage und den Bezugspunkt der Arbeit. Bei der Erhebung des Autors handelt es sich um eine schriftliche Befragung von Hauptschullehrern in Nordrhein-Westfalen, die im Herbst 1972, also vier Jahre nach Einführung der Hauptschule, durchgeführt wurde (45). Der Fragebogen bestand aus geschlossenen Fragen (171 ff.). Ausgewertet wurden 178 Fragebogen (51 f.).

Das Buch ist empfehlenswert vor allem für Studenten der Erziehungswissenschaft, die in die technischen Probleme empirischer Sozialforschung konventionellen Typs eindringen wollen. Der Autor versteht es, die Verschränkung methodischer und inhaltlicher Probleme darzustellen. Vor allem wird dem Leser deutlich, wie mühselig es ist und welch großer Aufwand an Zeit, Arbeit und Glück erforderlich ist, um zu einem Mindestmaß an quantitativ abgesicherten Aussagen zu gelangen, und in welchem Umfang die Aussagekraft der Daten von der Interpretationsfähigkeit und dem theoretischen Bezugsrahmen des Forschers abhängt.

Die aus der Zuordnung verschiedener Daten — etwa „Geschlechts-, alters- und ausbildungsabhängige Einstellungen der Befragten zu Mitbestimmungsforderungen im schulischen Bereich“ (155 f.) oder „die Einstellung der Befragten zu den Mitbestimmungsforderungen in Abhängigkeit vom Ausmaß der Störung durch die Faktoren der Schulaufsicht“ (156 ff.) — gewonnenen Schlußfolgerungen verdichtet der Autor zu zwei zentralen Thesen (162 ff.): 1. Kollegiale Kooperation sei *Voraussetzung* erfolgreicher Professionalisierung. In Kollegien mit ausgeprägten Kooperationsformen dürfe mit einer Zunahme der selbstbestimmten Handlungsvollzüge (mit dem entsprechend vergrößerten Freiraum gegenüber einer Bevormundung durch die Schulaufsicht) bei der Bewältigung von Problemen und Konflikten im Bereich der betreffenden Schule gerechnet werden (163). 2. Der Beamtenstatus des Lehrers sei *Hindernis* erfolgreicher Professionalisierung; er ziehe beruferschwerende Auswirkungen nach sich,

die nur zu einem geringen Teil durch kollegiale Kooperation innerhalb des einzelnen Kollegiums abgeschwächt werden können. Indem sie selbst für kleinste Detailfragen Regelungen erlasse, verfüge, anordne, übe die Schulverwaltung Herrschaft aus und lähme damit jegliche Initiative auch des „schöpferischen“ Lehrers (165 f.). Folglich „kann sich der Ruf nach Veränderung nicht nur auf die Person des Lehrers beschränken, sondern muß sich auch auf die bürokratisch-hierarchische Schulverwaltung beziehen“ (166).

Zwei Thesen innerhalb des Buches sind problematisch und bedürfen der weiteren Klärung: 1. Der Verdacht, „daß eine nicht geringe Zahl der Lehrkräfte mit der resignierenden Feststellung, die Klassen seien zu groß, das Ausbleiben eigener Bemühungen um Veränderung der Schulwirklichkeit begründet“ (131). Die Klagen über die zu großen Klassen seien ein Indiz für die Unfähigkeit des Lehrers, mit Hilfe variabler Unterrichtsorganisation verschiedene Formen des Lehrens und Lernens zu realisieren (144; hierzu vgl. auch die Kontroverse mit dem GEW-Vorsitzenden Erich Frister in *Bildung und Erziehung* 2, 27. Jg., 1974, S. 115—150). 2. Ebenso wie beim Störfaktor „zu große Klasse“ gelte „für einen Teil der befragten Lehrkräfte, daß deren Klagen über unzureichende Arbeits- und Hilfsmittel eher von ihrer geringen Bereitschaft ablenken, bestimmte, nicht käufliche Lehr- und Lernmittel selbst zu erstellen bzw. zu besorgen, als daß sie auf finanzielle Defizite im Lehrmitteleat hinweisen“ (147 f.). Störungen durch unzureichende Arbeits- und Hilfsmittel seien vermutlich weniger der objektiven Situation als dem derzeitigen Unvermögen der Lehrkräfte, die Vielfalt bereits vorhandener Medien im Unterricht störungsfrei einzusetzen, anzulasten (151). — So richtig diese Schlüsse im einzelnen auch sein mögen, so lenken sie durch ihre Gewichtung, die der Autor ihnen beimißt, doch von einer viel wesentlicheren Fragestellung ab, nämlich: *warum* es zu diesen Defiziten kommt und *welche Funktion* sie im beruflichen Anpassungsprozeß des Lehrers haben. Man stelle sich einmal vor, einem Arbeiter bei Siemens, der sich über unzulängliches Werkzeug beschwert, würde entgegnet, er solle sich doch sein Werkzeug gefälligst selber von zu Hause mitbringen. Der Gedanke mutet grotesk an. Dem Lehrer aber wird ein solches Ansinnen zugemutet. Indem er in seiner Freizeit, gleichsam auf vorkapitalistischem Niveau, in handwerklicher und zumeist dilettantischer Manier mit viel Idealismus grübelt, schreibt, malt, schnippelt, Tonbandaufnahmen herstellt, Matrizen produziert — kurzum: am besten und in letzter Konsequenz sämtliches Unterrichtsmaterial gleich selbst anfertigt, soll er den Etat entlasten und sein Quentchen dazu beitragen, die objektiven ökonomischen Widersprüche im Bildungssystem zu verschleiern. Als ob er nichts Besseres zu tun hätte! Die Vernachlässigung dieses Aspektes führt den Autor dazu, die Lehrer als Individuen, gleichsam moralisch anzuklagen und ihnen (aus pädagogischem Idealismus) mehr abzuverlangen, als eine Normal-Arbeitskraft zu geben bereit sein kann. Er sitzt dem gegenwärtig aktuellen Wunschdenken auf, eine wie immer geartete „innovative Lehrerpersönlich-

keit“ könne die gesellschaftlich bedingten Schranken der Lehrarbeit in nennenswertem Ausmaß überwinden. Das Vertrauen des Autors in den Erfolg eines solch „sisyphischen Unterfangens“ (Bernfeld), das dem Lehrer letztlich nur zu einem permanent schlechten Gewissen verhilft und seine Resignation verstärkt, ist nur dadurch zu erklären, daß er von der *Funktionalität* der die Arbeit des Lehrers erschwerenden schulischen Zwänge für die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft abstrahiert. Arno Bammé (Berlin/West)

Klink, Job-Günther: Klasse H 7 e. Aufzeichnungen aus dem Schulalltag. Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbronn/Obb. 1974 (191 S., br., 7,80 DM).

Der Autor hat zehn Jahre lang als Lehrer an Grund-, Haupt- und Sonderschulen gearbeitet, anschließend weitere zehn Jahre als Hochschullehrer für allgemeine und Schulpädagogik. Um den großen Abstand zwischen Theorie und Praxis der Lehrerausbildung für sich selbst zu überwinden, ging er ein Jahr lang erneut als Klassenlehrer in die 7. Klasse einer Hauptschule. Mit seinem Buch will er an die Diskussion um das Theorie-Praxis-Verhältnis in der Lehrerausbildung der BRD anknüpfen. Er kritisiert die mangelnde Berufspraxisbezogenheit in der Ausbildung der Lehrerstudenten und stellt folgerichtig die Forderung nach einem institutionell verankerten Bezug zur Lehrpraxis auch und gerade für Hochschullehrer parallel zu ihrer Hochschullehrertätigkeit (186 ff.) auf.

Der Hauptteil der Arbeit besteht aus Unterrichtsaufzeichnungen, die während dieser einjährigen Tätigkeit entstanden sind. Es handelt sich in der Mehrzahl um Kurzprotokolle, die die Wirklichkeit der Lehrertätigkeit an der Hauptschule aufzeigen, und zwar gerade auch die alltäglichen, gleichwohl wichtigen „Nebensächlichkeiten“. Damit reiht sich das Buch — soweit es die phänomenologische Ebene betrifft — ein in die Reihe empfehlenswerter Publikationen von Wünsche (1972), Mann (1973) und Kuhlmann (1975). Kommentare, Verallgemeinerungen auch für die Praxis anderer sind allerdings selten. Gerade weil der Autor in der Lage wäre, zu interpretieren (intime Kenntnis der Klasse einerseits, denn er ist der Klassenlehrer; Kenntnis der entsprechenden wissenschaftlichen Theorien andererseits, denn er ist Professor für allgemeine und Schulpädagogik), handelt es sich hierbei um einen berechtigten Anspruch.

Dem Autor gelingt es, den Alltag des Lehrers und seine Schwierigkeiten eindringlich zu schildern — ein Punkt, der in der bisherigen PH-Ausbildung zugunsten hehrer Theorien und Modelle immer noch zu kurz kommt. Deshalb ist das Buch trotz der genannten Einschränkung auch und gerade für Lehrerstudenten empfehlenswert.
Ingrid Reschenberg (Berlin/West)

Psychologie

Holzcamp, Klaus: *Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung.* Psychologisches Institut der Freien Universität Berlin: Texte zur kritischen Psychologie, Band 1. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1975 (1973) (436 S., br., 15,80 DM).

Der Band soll Grundlagen liefern für Ausbildung und Forschung einer gesellschaftswissenschaftlich orientierten Psychologie. Geklärt werden soll die Erkennbarkeit der Welt außer uns durch die Wahrnehmung und das Verhältnis von Wahrnehmung und Denken. Das Interesse ist kein abstraktes, zur Diskussion steht die Frage, ob und wie die heutige bürgerliche Gesellschaft aus dem Vollzug des täglichen Lebens heraus mittels des Alltagsdenkens begriffen und so der Veränderung zugeführt werden kann.

Während Autoren wie z. B. Lucien Sève die Weiterentwicklung der Wissenschaft Psychologie hauptsächlich durch Überlegungen vorantreiben wollen, die direkt an die Marxschen *Ergebnisse* über den Funktionszusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft anknüpfen, liegt hier erstmals ein Werk vor, in dem das Marxsche *Verfahren* innerhalb der Einzelwissenschaft Psychologie positiv angewandt wird. Holzcamp stellt sich die Aufgabe, die heute vorfindliche Wahrnehmung, ihre Leistungsmöglichkeit und ihre Beschränktheit, durch historische Analyse, durch „Rekonstruktion“ als Resultat der Entwicklung der Menschheit aufzuweisen und zu erklären. Diese Analyse aus der materiellen Lebenstätigkeit setzt voraus, daß die biologische Ausstattung des Naturwesens Mensch erfaßt ist. Erst dann kann untersucht werden, wie sich diese biologischen Voraussetzungen innerhalb der gesellschaftlichen Entwicklung verschieden realisieren und auch verschieden geprägt werden. — Bei der folgenden Darstellung geht leider durch die notwendige Raffung gerade die Eigentümlichkeit des o. g. Verfahrens verloren, nämlich die Aufarbeitung des Materials und der Forschungsergebnisse, ihre „Aufhebung“ in der Gesamtdarstellung.

In seinem ersten Abschnitt breitet Holzcamp umfangreiches biologisches, physiologisches und ethologisches Material über die Grundeigenarten der Wahrnehmung aus.

Gestützt auf anthropogenetische Theorien und archäologische Befunde versucht Holzcamp im folgenden, den Übergang von tierischen Orientierungsaktivitäten zur spezifisch-menschlichen Wahrnehmungstätigkeit nachzuvollziehen. Der Zwang zur Entwicklung soll begriffen werden von den konkreten Lebensnotwendigkeiten her, sei es der tierischen Arterhaltung oder der sich anbahnenden gesellschaftlichen Lebenserhaltung. Der Nachvollzug selber mag hier weniger interessieren — seine Lückenhaftigkeit ist bestimmt

durch das unzureichende Wissen über diese entscheidende Epoche der Naturgeschichte —, das Resultat liefert die Erklärung für die Bedeutungshaftigkeit der Gegenstände menschlicher Tätigkeit und ihrer Wahrnehmung: Durch die Arbeit wandeln die Menschen Naturstoffe um in Gebrauchswerte, Werkzeuge und Lebensmittel, vergegenständlichen in ihnen gesellschaftliche Zwecksetzungen. Diese Bedeutungen sind daher nicht individuell und subjektiv den Gegenständen verliehen, sondern besitzen als Gegenstandsbedeutungen objektiven Charakter. Sie bilden den Inhalt und die Grundlage der individuellen Aneignung gesellschaftlicher Erfahrung, als Zwecke und Resultate gesellschaftlicher Arbeit bilden sie die Grundlage der „interpersonalen Wahrnehmung“ innerhalb von Kooperationsbeziehungen: die verschiedenen Tätigkeiten und ihre Träger werden bezogen auf das gemeinsame Dritte, die gesellschaftliche Lebenserhaltung. Auf diesen Zusammenhängen aufbauend, entwickelt Holzkamp die Herausbildung der menschlichen Sprache; aus der „Verdoppelung in sinnlich-gegenständliche Bedeutungen auf der einen Seite und Vergegenwärtigungen von zu schaffenden sinnlich-gegenständlichen Bedeutungen“ (149) entstehen Symbolbedeutungen, die die Wahrnehmung der Gegenstände durch ihren Begriff hindurch ermöglichen (so wird die Blechdose eben nicht als zylindrischer Körper aus einem bestimmten Stoff, dem dann die Bedeutung „Dose“ hinzugefügt werden muß, wahrgenommen, sondern direkt als Dose). Die Ablösung der Symbolbedeutungen, ihre Verfügbarkeit unabhängig von den sinnlichen Gegenständen macht Denken möglich, menschliche Erkenntnis wird zu bewußter, reflektierter Erkenntnistätigkeit.

An diesem Punkt der Analyse entwickelt der Autor die „gnoseologischen Implikationen“ des auf psychologischer Ebene Erforschten und versucht dementsprechend darzulegen, „wie die Fähigkeit des Menschen, in sinnlicher Erkenntnis wirkliche Eigenschaften der objektiven Außenwelt zu erfassen, aus seiner Gesellschaftlichkeit überhaupt begreiflich gemacht werden kann, und wie dabei die Bedeutung der biologischen Voraussetzungen, die sinnliche Erkenntnis als gesellschaftliche Funktion erst möglich machen, genauer zu bestimmen ist“ (61).

Die entscheidende Wende zur Beantwortung der Ausgangsfrage nach der Erkennbarkeit der Wirklichkeit erfährt die Untersuchung mit der Konkretisierung menschlicher Wahrnehmungstätigkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Die Grundeigenart der Wahrnehmung von Bedeutungsstrukturen dieser Gesellschaft liegt in folgendem: Wahrnehmung ist nicht fähig, die Gesetzmäßigkeiten und Funktionsweisen der Gesellschaft zu erkennen, die objektiv bestehenden Widersprüche werden im Gegenteil mittels Wahrnehmung verdeckt; Holzkamp spricht von der „widerspruchs-eliminierenden Funktion der Wahrnehmung“. Zur experimentellen Erforschung dieser Funktion und ihrer möglichen Bewußtmachung entwickelt er eine Reihe von zu überprüfenden Hypothesen über die Wahrnehmung innerhalb des Alltags, wie beispielsweise Geld und Waren wahrgenommen werden u. ä.

Die festgestellte Unzulänglichkeit der sinnlichen Erkenntnis wirft die Frage auf, „wie ein Denken beschaffen sein muß, in welchem die sinnliche Erfahrung ... Teilmoment einer gedanklichen Erfassung der wesentlichen Strukturmomente bürgerlicher Lebensverhältnisse ist“ (293 f.). Das „anschauliche Denken“ scheidet als Möglichkeit aus, da es in der Funktionsweise und den Organisationsprinzipien der Wahrnehmung entspricht und so die Möglichkeiten des Denkens nicht realisieren kann, nämlich die Loslösung von der sinnlichen Nähe der Gegenstände. Einen Schritt näher zur adäquaten Wirklichkeitserfassung stellt das „problemlösende Denken“ dar; indem es zu reversiblen gedanklichen Operationen fähig und auf logische Widerspruchsfreiheit gerichtet ist, kann es sich von den Beschränktheiten der Wahrnehmung und ihrer sinnlichen Evidenz lösen. Der entscheidende Mangel liegt darin, daß die im Denken auftauchenden Widersprüche nur als Denk-Widersprüche begriffen und daher auch nur im Denken aufgelöst werden können. Beide Denkformen bezeichnet Holzkamp als Stufe der „orientierenden Erkenntnis“, der im Alltag eine „utilitaristische Praxis“ entspricht im Sinne eines individuellen Zurechtkommens. Erst mit dem „begreifenden Erkennen“ ist die Durchdringung der bürgerlichen Gesellschaft ermöglicht, es hebt das „problemlösende Denken“ in sich auf, indem es logisch widerspruchsfrei die Realwidersprüche in ihrer Gewordenheit erfaßt. „Begreifendes Erkennen“ ermöglicht daher eine „kritische Praxis“, die auf die Überwindung der gesellschaftlichen Widersprüche gerichtet ist, und steht im Dienst einer solchen Praxis. Ohne Zweifel, das „begreifende Erkennen“ weist Gemeinsamkeiten mit dem Vorgehen des „wissenschaftlichen Sozialismus“ auf, ja Holzkamp konnte es nur entwickeln und darstellen, indem er den „wissenschaftlichen Sozialismus“ als gegeben voraussetzte und so die Erkennbarkeit der bürgerlichen Gesellschaft durch das Denken konstatierte. Zwar gelingt von dem entwickelteren Erkenntnisstand aus eine kritische Einordnung des Erkenntniswertes der vorhandenen Denkpsychologie, kann diese selbst als wissenschaftliche Stilisierung des Alltagsdenkens und als Befestigung der utilitaristischen Praxis begriffen werden, da sie vor allem auf Grund ihrer ahistorischen Sichtweise des Menschen im organismischen Spezifitätsniveau befangen bleibt und spezifisch-menschliche Sachverhalte unreflektiert auf biologische Gegebenheiten reduziert. Die Ausgangsfrage aber, wie das Alltagsdenken den Übergang zum gesellschaftlichen Denken vollziehen, zur Erkenntnis von Gesellschaft gelangen kann, muß durch die bloße Einführung des „wissenschaftlichen Sozialismus“ unbeantwortet bleiben. Dies Resultat ist nicht dem Verfahren geschuldet, sondern eher seiner nicht ganz konsequenten Durchführung: Denken muß als notwendiger Bestandteil menschlicher Lebenstätigkeit ebenfalls in der historischen Analyse erschlossen werden. Vor diesem Hintergrund müßte die Forschung aufweisen, welches Denken von dem heutigen Stand der Auseinandersetzung mit der Natur gefordert wird, und wie dieses „Produktionsdenken“ die Voraussetzungen und Keime zum Begreifen der gesellschaftlichen Zusammenhänge enthält.

Eine Bemerkung zur Lesbarkeit: Wie es Aufgabe der Theoretiker ist, die Nützlichkeit ihrer Theorie aufzuweisen, so sollte ihnen auch an einer umfassenden Verbreitung ihrer nützlichen Theorie liegen. Nicht nachvollziehbare Wortschöpfungen u. ä., die bei Holzkamp teilweise zu einer Privatsprache führen, sind dieser angestrebten Vermassung eher hinderlich. Thomas Waldhubel (Berlin/West)

Eschler, Erhard: Verhaltensforschung und Evolution. VEB Gustav Fischer Verlag, Jena 1974 (130 S., br., 15,20 M).

Dem Autor geht es um den Nachweis, daß die soziale Lebensweise und die psychischen Leistungen des Menschen evolutiv entstanden und als „Keimformen“, „Vorformen“ im animalischen Bereich vorhanden sind. Er untersucht die Rolle der „Geselligkeit“ in der Evolution (21 ff.) und die Vorformen psychischer Leistungen im Tierreich als Ausgangspunkte der natürlichen Entstehung des menschlichen Bewußtseins (53 ff.). Einige Ergebnisse der Verhaltensforschung werden in diesem Zusammenhang interpretiert. Im wesentlichen philosophisch-ideologiekritisch vorgehend, polemisiert er besonders gegen verschiedene Varianten neothomistisch orientierter Verhaltensforschung. Dabei wird als Grundmuster das Auseinanderreißen der Seiten eines — im physiologisch-morphologischen Bereich anerkannten, im psychischen Bereich aber geleugneten — einheitlichen Evolutionsprozesses herausgearbeitet, wobei entweder soziale Lebensformen im Tierreich mit menschlicher Sozietät identifiziert oder im Sinne nur gradueller Unterschiede verglichen werden oder aber Vorformen psychischer Leistungen im tierischen Bereich kategorisch geleugnet und damit ihre Entstehungsgeschichte und die des Menschen der Metaphysik überantwortet wird.

Demgegenüber betont der Verfasser den einheitlichen Entwicklungsprozeß im evolutiven Übergang vom Tier zum Menschen und fordert — im Anschluß an Semjonow — die Ergänzung des Begriffs der „Anthropogenese“ durch den der „Soziogenese“. Als entscheidendes Moment der Entwicklung des Menschen aus dem Tierreich wird die Arbeit — Werkzeuggebrauch und -herstellung, bewußte Umgestaltung der Natur — gesehen, wobei die „Geselligkeit“, soziale Lebensäußerungen, wie sie bei höheren Tieren und besonders Primaten von der Verhaltensforschung beschrieben werden, einen entscheidenden evolutiven Vorteil für die Herausbildung der physiologisch-morphologischen Konstitution und der psychischen und sprachlichen Fähigkeiten bedeutet. Die biologische Entwicklung vollzieht sich als gesellschaftliche. Das Verhältnis von graduellen und qualitativen Übergängen und Unterschieden in diesem Entwicklungsprozeß wird in einem gesonderten Kapitel untersucht; Anthropogenese wird als „nicht mechanisch, sondern dialektisch“, als „Einheit von Diskontinuität und Kontinuität, von quantitativen und qualitativen Entwicklungsformen“ verstanden, „die durch ihre inneren Widersprüche verursacht wird“ (112).

Bedauerlicherweise geht der Verfasser mit dem von der Verhaltensforschung gelieferten Material recht sparsam um. Seine Argumentation ist dort am überzeugendsten und interessantesten, wo die philosophische Verallgemeinerung und die Herausarbeitung seiner Grundkonzeption anhand von Einzelergebnissen erfolgt, etwa in Ausbreitung der Forschungsergebnisse zur Evolution von Kommunikationssystemen des Berliner Ethologen Tembrock (100 ff.). Desgleichen wäre eine ideologiekritische Auseinandersetzung mit der neueren, keineswegs neothomistisch orientierten Verhaltens- und besonders auch Primatenforschung hilfreich gewesen. — Einige Formulierungen sind höchst mißverständlich: „Im Anschluß an S. Freud überhaupt jeden Unterschied zwischen Mensch und Tier zu negieren und den Menschen als ein bloßes Triebwesen zu betrachten“ (9 f.), heißt Freud unterschlagen, was das Werk zahlreicher Adepten ist. Wenn von „vom Phänotyp auf den Genotyp übergegangener Veränderung“ gesprochen wird (55), so ist das ebenso lamarckistisch mißverständlich wie der Passus, in dem „Vererbbarkeit bei genügender Festigkeit der neuen Eigenschaften“ postuliert wird (83). Mißverständlich deswegen, weil sonst genetisch korrekt formuliert wird.

André Leisewitz (Frankfurt/M.)

Medizin

Blüchel, Kurt: Die weißen Magier. Das Milliarden-geschäft mit der Krankheit. C. Bertelsmann, München 1974 (437 S., Ln., 32,— DM).

Volkholz, Volker, u. a. (Hrsg.): Analyse des Gesundheitssystems. Krankheitsstruktur, ärztlicher Arbeitsprozeß, Sozialstaat. Reader zur Medizinsoziologie. Fischer Athenäum Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1974 (428 S., br., 20,80 DM).

Blüchel, ehemals Pressereferent einer ärztlichen Standesorganisation und einer pharmazeutischen Firma und schließlich Chefredakteur einer privaten Ärztezeitschrift, referiert fast ausschließlich von ihm gesammelte Presseauschnitte. Das Ergebnis ist beeindruckend, vor allem, wenn Blüchel die zynischen Stellungnahmen der Standespolitiker zu ärztlichen Kunstfehlern oder die unverfrorenen Äußerungen zur Beibehaltung des Monopols der ambulanten Behandlung durch die niedergelassenen Ärzte zitiert. Je nach dem Material, das dem Autor zugänglich war, sind die einzelnen Abschnitte seines Buches unterschiedlich dicht und anschaulich. Zu den besten Abschnitten gehören: Numerus clausus — die große Lüge, Kurz ist der Weg in die Heilanstalt, Medizinische Gutachten — ein Krebsgeschwür, Ärztliche Lotterien mit Patienten (Kunstfehler). Wie diese Überschriften, so ist die Sprache des Buches durchgängig am „Spie-

gel" orientiert, was der Lesbarkeit des doch ziemlich umfangreichen Werkes entgegenkommt. Blüchel hätte allerdings ohne Substanzverlust seine Darstellung um ein Drittel kürzen und darüber hinaus auf zahlreiche Wiederholungen verzichten können. Die Bedeutung des Buches liegt darin, daß Blüchel viele schon fast vergessenen Fälle (besonders im Gutachterkapitel) wieder in Erinnerung ruft. Geschmälert wird dies jedoch dadurch, daß es Blüchel an begründetem Urteilsvermögen gebricht, und er keinen Versuch macht, „die weißen Magier“ als Teil des Gesundheitssystems der Bundesrepublik zu begreifen.

Mangels eigenen Urteils liebt es Blüchel, zu seinen Themen die Meinungen verschiedener Autoritäten nacheinander anzuführen und es dem Leser zu überlassen, welchem Zitat er sich anschließen möchte. So kann auch der Bundesärztekammerpräsident Sewering als Kronzeuge der schlechten Mediziner Ausbildung zitiert werden, ohne daß Blüchel dessen Mitverantwortung für diese schlechte Ausbildung auch nur erwähnt oder kritisiert. Reformen des Gesundheitswesens scheinen für Blüchel eine Frage der Moral und des guten Willens der verantwortlichen Standespolitiker zu sein, ohne daß Blüchel sieht, daß deren Moral nur systemkonformes Verhalten ist. Mehr als an den guten Willen der Ärzte appellieren mag Blüchel nicht, da er mit ihnen die Furcht vor den „Sozialisierern“ teilt (144).

Wer sich eine Analyse des Gesundheitssystems der Bundesrepublik durch den medizinsoziologischen Reader erhofft, wird ebenfalls enttäuscht werden. In der Einleitung rechtfertigen die Herausgeber ihre Auswahl „wichtiger Standardtexte, Erstübersetzungen, schwer zugänglicher Texte und Originalarbeiten“ mit dem formal bleibenden Hinweis, daß daran sich eine Kritik abzarbeiten habe. Nur die Gliederung des Buches sei programmatisch. Statt wenigstens den Versuch einer kurzen Kritik zu machen, orakeln sie, daß „durch und gegen diese relevanten Materialien“ die „weitere Entwicklung der Medizinsoziologie voranzutreiben wäre“ (11).

Das Buch beginnt mit zwei Texten zur Theorie der Medizin. P. Lüth erläutert anschaulich mit Beispielen aus seiner ärztlichen Praxis, warum die naturwissenschaftliche Orientierung der Medizin durch eine gesellschaftswissenschaftliche, in seinem Sinn psychosomatische Fragestellung ergänzt werden müsse. A. Thom postuliert, daß diese Ergänzung als dialektische Negation der klassisch naturwissenschaftlichen Denkweise zu begreifen sei, was heiße, die widersprüchliche Einheit und Unterschiedenheit von Mensch und Natur systematisch zu explizieren. Einen konkreten Beitrag zu dieser Explikation leistet Thom aber nicht.

Der zweite Teil „Krankheitsstruktur und Gesundheitsverhalten“ enthält zwei resümierende Arbeiten über Methoden und Ziele der Epidemiologie (R. Coe, M. Pflantz) und eine Reihe empirischer Untersuchungen über Einstellungen zur Krankheit und Krankenverhalten. Kennzeichnend für die Methodik dieser Aufsätze ist etwa die

Feststellung, daß Arbeiter im Vergleich zu Angestellten schlechter über Krankheiten informiert sind, der Gesundheitsversorgung skeptischer gegenüberstehen „und größere Schwierigkeiten bei der Internalisierung ihrer Krankenrolle haben“ (137). Über die ökonomischen und sozialen Ursachen dieser „Schwierigkeiten“ wird jedoch kein Wort verloren, es wird so getan, als handle es sich um Naturkonstanten, denen man, wie die Autoren versichern, mit „einfallsreicheren Lösungen“ beikommen müsse. Eine Ausnahme bildet der Beitrag von zwei Mitherausgebern (Geißler, Thoma), die einen differenzierten Katalog sozialer Ursachen der Erkrankungen von Arbeitern erstellen und Ansätze zu einer Kritik des medizinsoziologischen Empirismus entwickeln.

Der dritte Teil des Buches enthält neben den bekannten Thesen H. H. Hartwachs über die mittelständische Orientierung der bundesrepublikanischen Sozialpolitik einen Vergleich der europäischen Systeme sozialer Sicherheit (Dupeyroux). Der Autor glaubt optimistisch die Tendenz feststellen zu können, daß aus sozialer Sicherheit als einem Recht des Arbeitnehmers (Sozialleistungen auf Grund einbehaltener Lohnanteile) allmählich überall ein Menschenrecht werde (Sozialleistungen für alle auch ohne vorherige Arbeit). Die Kämpfe der Arbeiterklasse, die bei der Durchsetzung von entsprechenden Forderungen immer von wesentlicher Bedeutung waren, bleiben unerwähnt. Den Entpolitisierungseffekt der Sozialversicherung thematisiert der Beitrag von J. C. Polack, der zeigt, daß die scheinbar autonome Selbstverwaltung der Sozialversicherungssysteme den Konflikt zwischen Ausbeutern und Proletariat verdeckt und ins Proletariat zurückverlagert. Dieser Widerspruch nimmt so die Form eines Konflikts zwischen Versorgungsanspruch des Individuums und finanzieller Leistungsfähigkeit des Kollektivs der Sozialversicherten an (168).

Der vierte Teil über die Zirkulation von Gesundheitsdiensten und -waren wird durch einen Beitrag P. Herder-Dorneichs eröffnet, der die Krankenversicherung der BRD nach dem Modell ökonomischer Kreislauftheorien darstellt. Zwischen „Aggregaten“ (Kassen, Ärzteverbänden, Versicherten) fließen Dienstleistungs- und Geldströme. Der Zweck solcher positivistischer Analyse liegt auf der Hand: „Versachlichung“ des Lohnraubs zu „Umverteilungsströmen“, von Konflikten und Kämpfen zu „Steuerungsmechanismen“, Entpolitisierung des Bewußtseins der Versicherten. Die beiden folgenden Aufsätze über eine stärkere Integration von ambulanter und stationärer Krankenversorgung (S. Eichhorn) sowie über größere Transparenz des Arzneimittelmarktes (E. Liefmann-Keil) liegen politisch auf der gleichen Linie: Es geht darum, „... jede politische oder ideologische Polarisierung zu vermeiden und sich zu bemühen, wertfrei zu diskutieren“, um so „die freiheitliche Struktur des Gesundheits- und Krankenhauswesens“ zu erhalten (281).

Die Aufsätze des letzten Teils über den ärztlichen und pflegerischen Arbeitsprozeß vermitteln eine korrekte soziologische und

statistische Beschreibung der Krankenpflegeberufe und ihrer verbandlichen Organisation, ohne daß jedoch eine Perspektive politischer Arbeit in diesem Bereich aufgezeigt wird.

Unter dem Aspekt, daß dieser Reader sicher von vielen Medizinstudenten gekauft wird, ist es schwer verständlich, daß die Herausgeber ihre Leser kommentarlos den überwiegend platt positivistischen und bürgerlich ideologischen Artikeln überlassen.

Michael Berger (Freiburg i. Br.)

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH (WSI): Integrierte medizinische Versorgung. Notwendigkeit — Möglichkeiten — Grenzen. WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung Nr. 32. WSI-Forum am 25. und 26. April 1975. Bund-Verlag, Köln 1975 (228 S., 19 Abb., br., 18,— DM).

Seit der ersten Studie des WSI über das Gesundheitswesen (Nr. 20: Die Gesundheitssicherung in der Bundesrepublik Deutschland, 1971) hat sich die gesundheitspolitische Diskussion vor allem wegen der verschärften Kostensituation intensiviert. Die Bereitschaft, organisatorische Veränderungen zu diskutieren, ist vor diesem Hintergrund bei allen Beteiligten gestiegen. Ein Ausdruck der gewandelten Haltung ist, daß es dem WSI gelungen ist, einen heterogenen Gesprächskreis zum Thema „Integrierte medizinische Versorgung“ über mehrere Jahre zu erhalten. Im vorliegenden Band sind die Vorträge und Diskussionen der Abschlußveranstaltung enthalten.

Das Thema „Integration“ wird durch zwei einleitende Analysen und einen Vergleich zwischen Großbritannien und der BRD begründet, in denen die Mängel des bundesdeutschen Gesundheitssystems auf Nicht-Integration, vor allem auf die starre Trennung zwischen ambulantem und stationärem Bereich zurückgeführt werden, die keine kontinuierliche, rationelle Versorgung zuläßt. Die Zielfunktion des Integrationskonzeptes lautet: Erreichung des bestmöglichen medizinischen Ergebnisses mit Hilfe optimaler Abläufe der medizinischen Versorgung. Allen vorgestellten Modellen gemeinsam ist, daß sie die Grundelemente des gegebenen Systems nicht antasten, weder die Freiberuflichkeit der Ärzte noch das Versicherungs- und Selbstverwaltungssystem. Unterschiedlich ist die Bereitschaft, neuartige Ersatz- oder Ergänzungseinrichtungen ins System einzuführen. Aus Kreisen der Ärzteschaft stammen zwei Modelle, die auf verstärkte Kooperation der niedergelassenen Ärzte untereinander (Praxisgemeinschaft) und Ausweitung ihrer Tätigkeit in den stationären Bereich hinein (Belegarztssystem, Praxisklinik) abstellen.

Im Deutschen Krankenhausinstitut wurde ein Integrationsmodell entwickelt, das die fachärztliche Versorgung an ein Diagnostik- und Therapie-Zentrum mit voll- und teilstationären Behandlungsmöglichkeiten bindet und damit einen beachtlichen Funktionszuwachs für den stationären Sektor anstrebt. Zwei Modelle haben den Anspruch,

die integrierte Versorgung einer Region mit allen medizinischen Leistungen sicherzustellen. Auf hohem Abstraktionsniveau präsentiert sich das Modell von Fehler, in dem drei Integrationskreise medizinischer Versorgung konstruiert sind: I. Diagnostik und Therapie im ambulanten Bereich, II. Diagnostik und Therapie im stationären und teilstationären Bereich, III. ergänzende Versorgung. Die Kooperation zwischen den Integrationskreisen soll eine gemeinsame Informations- und Organisationszentrale gewährleisten. Im Jahn-Modell gruppieren sich die Versorgungseinrichtungen um zwei hochtechnisierte Institutionen, das Medizinisch-Technische Zentrum, in dem hochqualifizierte nichtstationäre Diagnostik stattfinden soll, und das Zentrale Informationssystem, das die Teilung der Arbeitsabläufe auf informationstechnischem Weg kompensieren soll. Die medizinischen Dienste sollen von diesen Einrichtungen profitieren, indem ihnen rationelleres, zuverlässigeres und qualitativ besseres Handeln ermöglicht wird; andererseits werden sie jedoch in ihren traditionellen Funktionen empfindlich beschnitten (z. B. Reduktion der Krankenhausfunktion auf Therapie der Bettlägerigen, wegen Übernahme der Diagnostik durch das Medizinisch-Technische Zentrum).

Alle Modelle begegnen dem Problem mangelhafter Integration auf organisatorisch-technischer Ebene. Betrachtet man die Ursachen der Strukturdefizite des Gesundheitssystems, so stellt man u. a. fest, daß der Graben zwischen ambulanter und stationärer Versorgung aus *politisch* durchgesetzten und rechtlich abgesicherten *wirtschaftlichen* Interessen der niedergelassenen Ärzteschaft resultiert und daß auch das Sozialversicherungssystem durch ungleiche Gewichtung der Aufgabenkomplexe Vorsorge, Behandlung und Rehabilitation und durch gegliederte Trägerschaft eine integrierte Versorgung behindert. Ungeachtet dieser vielschichtigen Ursachen der Desintegration ist die WSI-Diskussion auf organisatorische Veränderungen im Rahmen der gegebenen Strukturen beschränkt. Diese eindimensionale Strategie läßt als Ausweg aus dem diagnostizierten Dilemma nur die Anwendung moderner Techniken, sei es des Management, der Datenverarbeitung oder des Gerätebaus. Daher erklärt sich der hohe Stellenwert moderner Technologien in den Modellen. Eine umfassende Evaluierung der Modelle, die eine rationale politische Entscheidung begründen könnte, ist wegen der Auslassung wichtiger Fragen nicht möglich.

Elisabeth Redlar (Berlin/West)

Heyes, Heinrich, und Gerhard Sybrecht: Das Studium der Medizin. Ferdinand Schöningh, Paderborn 1973 (96 S., br., 5,80); zit. als I.

Petersen, E.: Studienführer für das gesamte Medizinstudium. Eigendruck, Kiel 1973 (erhältlich über die medizinischen Fachbuchhandlungen in Universitätsorten) (112 S., br., 5,80 DM); zit. als II.

Immer noch erwartet den Studenten, ist er erst einmal zugelassen, in den meisten der fünfundzwanzig westdeutschen Universitäten, an

denen ein Medizinstudium möglich ist, ein organisatorisches Chaos, in dem er sich nur mühsam zurechtfindet. Trotz zaghafter Versuche einiger Universitäten, Studienberatung institutionalisiert anzubieten oder wenigstens Orientierungsseminare zu veranstalten, wird dem Studienanfänger am effektivsten von den politischen Studentengruppen, fast immer den linken, geholfen.

Die hier besprochenen Hefte versuchen, auf wenig Raum die notwendigen Informationen zu liefern. Über die wesentlichen Ausbildungsvorschriften wird durch vollständigen (I) bzw. auszugsweisen (II) Abdruck der Approbationsordnung für Ärzte vom 28. 10. 1970 informiert. Heyes und Sybrecht nehmen einen affirmativen Standpunkt zur neuen Ausbildungsordnung und den Möglichkeiten der Studenten, auf diese einzuwirken, ein: „Diese Art der schriftlichen Prüfung („multiple choice“, U. Sch.) ist begrüßenswert, da das schriftliche Examen objektiver und frei von Sympathie und Antipathie seitens der Prüfer ist“ (52). „Viele Studenten glauben nicht ernsthaft daran, daß sie an der Gestaltung des Lehrplans und des Unterrichts aktiv teilhaben könnten. Diese Annahme ist fast immer unzutreffend“ (45). Die Wirklichkeit an den Fakultäten und Fachbereichen stellt sich aus dem Blickwinkel der überdurchschnittlich ausgestatteten Hannoveraner Medizinischen Hochschule, der die Autoren entstammen, hier ziemlich verschoben dar. Daß die Verunsicherung der Studenten durch die Anonymität des Prüfenden und den nicht zu bewältigenden Inhalt der Gegenstandskataloge sich extrem erhöht hat, konnten die Autoren vielleicht nicht voraussehen. Petersen kommt in einem Vergleich mit der alten Bestallungsordnung zur Einschätzung: „Dies alles kann man als technokratische Studienreform bezeichnen zur Senkung der Kosten im Ausbildungsbereich!“ (97)

Beide Studienführer enthalten aber mehr als die Darstellung bzw. Kritik der Ausbildungsreform. Heyes und Sybrecht geben im Kapitel „Der Arztberuf“ (11–22) Hinweise auf die Weiterbildung zum Facharzt, Zahlen über die Entwicklung der Arztdichte und die Aufteilung auf die verschiedenen Facharztgruppen (Stand 1970) sowie das den Leser erwartende ärztliche Einkommen (mit allerdings veralteten — zu niedrigen — Zahlen). Petersen versucht im Kapitel „Gesundheitswesen in der BRD“ auf zehn Seiten dem Studienanfänger die wichtigsten Punkte der allgemeinen Kritik am derzeitigen System der Gesundheitsversorgung nahezubringen, indem die Mängel deutlich dargestellt werden. In seiner Analyse macht er sich allerdings häufig undifferenzierte ultralinke Positionen zu eigen, so z. B. wenn er dem DGB vorwirft, er weiche in seinem Gesundheitsprogramm vor den Landesorganisationen zurück (105), ohne zu erkennen, daß der DGB einerseits nicht mehr durchsetzen kann, als die Mehrheit seiner Mitglieder unterstützt, und ein wie wichtiger Schritt nach vorn andererseits dieses Gesundheitsprogramm schon war. So wird auch die Forderung: „Eine grundsätzliche Kritik . . . muß unserer Ansicht nach ausgehen von der Funktionsbestimmung des Gesundheitswesens in

unserem Staat und unserem Gesellschaftssystem!“ (105) nur beantwortet durch die neuerliche Aufforderung zu „Handlungseinsichten und -Aktionen“ (108), deren Begründung und Ziel nicht geleistet wird.

Petersen bringt zusätzlich eine gute Übersicht über Studienförderungsmöglichkeiten sowie allgemeine Fragen der sozialen Sicherung von Studenten. Seine auf über 60 Seiten ausgebreiteten Lehrbuchempfehlungen und -besprechungen für alle Fächer geben hinsichtlich Umfang und Preis der Werke eine gute Vergleichsmöglichkeit. Die inhaltliche Kritik geht im wesentlichen auf die Brauchbarkeit für Studenten zur Examensvorbereitung ein, ohne wissenschaftliche Positionen einzelner Autoren überhaupt in Frage zu stellen.

Udo Schagen (Berlin/West)

Dahmer, Jürgen: Ausbildungsziel: Arzt. Daten, Thesen, Stellungnahmen zur Reform des Medizinstudiums. Georg Thieme Verlag, Stuttgart 1973 (VI, 194 S., br., 10,80 DM).

Im Hauptteil des Buches finden sich die Ergebnisse einer umfangreichen Befragung, bei der 1163 Medizinstudenten des letzten Studienjahres, 1186 Ärzte und 2052 Mitglieder Medizinischer Fakultäten sich zu 26 vom Autor entwickelten Thesen zur Studienplanung und zur Definition des Ausbildungszieles ablehnend oder zustimmend und in frei formulierten Stellungnahmen äußern konnten.

Ziel der Untersuchung war es, „Wünsche und Vorstellungen über Grundanliegen der künftigen ärztlichen Ausbildung zu erfassen und für die Studienplanung zu formulieren“ „als Beitrag zur Definition eines allgemeinen Ausbildungsziels“ (11). Die Hypothese war, daß sich zwischen den einzelnen befragten Gruppen in der Beurteilung mehr als zufällige Übereinstimmungen feststellen lassen. So ergaben sich zur These 1: „Studienpläne für das künftige Medizinstudium sollen sich an einem definierten, allgemeinen und verbindlichen Ausbildungsziel ausrichten“ z. B. 92 % Zustimmung bei Studenten und Ärzten sowie 90 % bei Hochschullehrern (25). Neben Thesen zur Planung und Einteilung des Medizinstudiums sind Thesen zur grundsätzlichen Ausrichtung, zur wissenschaftlichen und methodischen sowie praktisch-ärztlichen Zielsetzung des Medizinstudiums sowie zum vorwiegend affektiv-sozialen Anteil des Ausbildungsziels formuliert. Aufgrund der Auswertungen werden die Thesen neu formuliert zusammengefaßt (168 ff.). Die These 1 z. B. lautet nun: „Studienpläne für das künftige Medizinstudium sollen sich an einem definierten, allgemeinverbindlichen Ausbildungsziel ausrichten. Die Verbindlichkeit der Studienpläne für alle Medizinstudenten beschränkt sich auf das Kernstudium; frei zu wählende Studienpläne gelten für die individuellen Studienschwerpunkte.“ Das Ziel der Untersuchung wird erreicht, die Hypothese bestätigt.

Daneben enthält die Arbeit auch eine knappe Einführung in die Fragen der Studienplanung und in die Problematik der Formulierung von Lernzielen. Der Vorschlag allerdings, den Westdeutschen Medizinischen Fakultätentag ein allgemeines Ausbildungsziel unter gegenwärtigen Bedingungen formulieren zu lassen (172 f.), scheint realitätsfern. Dem Autor ist zuzustimmen in der von ihm aufgestellten Behauptung, „daß ohne klare Zielvorstellungen jede Diskussion über Studienpläne, sinnvoll ausgewählte Lehrinhalte, die adäquate Methode der Organisation des Unterrichts oder gar verbindliche und gültige Erfolgskontrollen nutzlos ist“ (183). Sein Anliegen, „Informationen zusammenzutragen, die dazu beitragen sollen, innerhalb der Fakultäten informierte Entscheidungen zunächst über das Lernziel I. Ordnung, das allgemeine Ausbildungsziel für das Medizinstudium, zu treffen“ (183), muß allerdings solange vergebliche Hoffnung bleiben, wie diese Informationen sich nicht auch auf das gesamte, Art und Ziele der Ausbildung bestimmende, Gesundheitswesen beziehen.

Udo Schagen (Berlin/West)

Schmidt, E., W. Guthoff u. H. Müntefering: Säuglingssterblichkeit 1973. Prospektive Einzelfallanalyse im Stadtgebiet von Düsseldorf. Urban & Schwarzenberg, München - Berlin/West - Wien 1974 (222 S., br., 42,— DM).

Die Säuglingssterblichkeit in der BRD „liegt im europäischen Vergleich (bei 25 Ländern, H. A.) erst an 14. Stelle. Sie ist in den 60er Jahren von den rasch absinkenden Sterbeziffern der DDR drastisch überholt worden. Die Sterblichkeit der 2 bis 12 Monate alten Säuglinge in der BRD ist noch annähernd 3mal so hoch wie in skandinavischen Ländern“ (1). Diese Befunde sowie die Tatsache, daß in der BRD von staatlicher Seite keinerlei Analysen zur Klärung der hohen Säuglingssterblichkeit unternommen werden und die offizielle Todesursachenstatistik unbrauchbar für analytische Untersuchungen ist, veranlaßte die Autoren, für den begrenzten Raum der Stadt Düsseldorf eine Studie zur Frage der Ursachen fetoinfantiler Sterblichkeit (Todgeburten und Säuglingssterblichkeit) für das Jahr 1973 anzufertigen. An der Studie beteiligten sich alle geburtshilflichen Abteilungen und die Kinderkliniken der Stadt Düsseldorf. Fast alle verstorbenen Kinder und fast alle Totgeburten konnten sezirt werden; ebenfalls gelangten die Placentae zur Untersuchung. Mit fast allen betroffenen Eltern konnte ein Gespräch zur Klärung der Vorgeschichte des Todesfalles geführt werden. Soziale Faktoren, die zu einer hohen Sterblichkeit beitragen, konnten mit Hilfe eines Vergleichskollektivs ermittelt werden.

Im ersten Schritt der Analyse wurde nachgewiesen, daß im Untersuchungskollektiv (die Eltern der 135 Verstorbenen bzw. Totgeborenen) im Vergleich zum Kontrollkollektiv gehäuft Eltern mit geringerer Schulbildung zu finden waren. Die unteren sozialen Schichten

sowie die wenig qualifizierten Berufe waren hier entsprechend ebenfalls überrepräsentiert. So wundert es dann nicht, daß in den „sozio-ökonomisch schlecht gestellten Stadtteilen“ 3mal so viele Kinder wie in den „sozio-ökonomisch gehobenen Stadtteilen“ versterben (41). Die unehelichen Kinder hatten — ebenso wie in der gesamten BRD — ein doppelt so hohes Sterberisiko. Die fetoinfantile Sterblichkeit bei Gastarbeitern lag unter der deutscher Familien.

Im nächsten Schritt der Untersuchung wurde eine Analyse nach dem Vorbild der in der DDR auf Bezirks- und Kreisebene arbeitenden Fachkommissionen zur Untersuchung der Säuglingssterblichkeit angefertigt: Alle 135 Todesfälle wurden nach dem Gesichtspunkt der Vermeidbarkeit untersucht. 34 bedingt vermeidbare und 2 vermeidbare Todesfälle wurden ermittelt. Die meisten Ansätze zur Vermeidbarkeit liegen im medizinischen und im sozialen bzw. sozialfürsorgereichen Bereich. Dabei ist erfreulich, daß auch bei der Bestimmung medizinischer Aufgaben über die Grenzen herkömmlicher Medizin hinausgegangen wird. So wird z. B. gefordert, daß die Ärzte alles daran setzen müssen, eine uneinsichtige Mutter von der Notwendigkeit der Vorsorgeuntersuchung zu überzeugen. Beläßt es ein Arzt allein bei einem unverbindlichen Hinweis, so wird dies als eine Verletzung ärztlicher Pflichten verstanden. Zu bedenken gegeben wird jedoch, daß der Arzt bei der jetzigen Überlastung und bei dem kläglich ausgebauten Fürsorgesystem seinen Pflichten häufig nicht nachkommen kann.

Entsprechend wird bei der Diskussion der Möglichkeiten zur Senkung der Säuglingssterblichkeit der Ausbau des Fürsorgesystems besonders betont. Darüber hinaus sollen sozial Benachteiligte besondere Förderung erhalten; der Besuch der Schwangerenberatung müsse finanziell attraktiv gemacht werden. Ferner wird vorgeschlagen, ständige Arbeitsgruppen zur Klärung der Todesfälle im Säuglingsalter zu bilden. Die Arbeit, die in der BRD in Fragestellung und methodischem Vorgehen eine Pionierleistung darstellt, macht deutlich, daß die Senkung der Säuglingssterblichkeit wesentlich durch gesundheitspolitische und nicht durch rein medizinische Maßnahmen möglich ist.

Heinz-Harald Abholz (Berlin/West)

Wunderli, Jürg: Euthanasie oder über die Würde des Sterbens. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1974 (186 S., br., 19,50 DM).

Wunderli hat den Anspruch, „möglichst vielen Ärzten und Nicht-ärzten in all den heiklen, schwierigen, ja oft fast unlösbaren Fragen rund um die Euthanasie eine Hilfe“ (7) zu bieten. Das Motiv der von Wunderli propagierten Euthanasie lautet: „Sterbehilfe zur Vermeidung von qualvoller Leidverlängerung oder eines menschenunwürdigen bloßen Weitervegetierens“ (21). Es sei hier gleich gesagt, daß bezüglich der begrifflichen Klärung von „Euthanasie“ Wunderlis

Buch nichts bringt, was nicht schon Ehrhardt 1965 in „Euthanasie und Vernichtung ‚lebensunwerten‘ Lebens“ geleistet hätte. Den Begriff des „lebensunwerten“ Lebens lehnt auch Wunderli scharf ab. Er meint, daß die moderne Medizin vor dem geistigen Hintergrund der „Hedonisierung und Profanisierung“ (61) der Tendenz der „Lebenserhaltung um jeden Preis“ (37) erlegen sei. Als Alternative bietet Wunderli an: „Sterbenlassen durch Unterlassen im richtigen Moment, vielleicht auch das Bewußtsein, daß der Tod nicht nur eine Katastrophe darstellt, sondern die letzte Sinnerfüllung“ (65).

In einem kurzen historischen Abriß des Euthanasiegedankens bis hin zu den Nazi-Verbrechen spricht Wunderli von den „eugenischen und sittlich wohlgemeinten Thesen“ (78) der Professoren Binding und Hoche, die 1920 in ihrer Broschüre „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“ ausdrücklich die Ermordung von angeblich unheilbar Kranken vertreten hatten. Wunderli sieht zwar, daß v. a. bei Hoche ein zynischer Ökonomismus mit im Spiele gewesen war, fügt aber quasi-entschuldigend hinzu: „Man muß hierzu freilich bemerken, daß 1920, als die Broschüre von Binding-Hoche erschien, Deutschland um seine wirtschaftliche Existenz rang“ (83). Wunderli schildert das Problem, vor dem Ärzte täglich auf Intensivstationen stehen; die Forderung nach einem systematisch aufgebauten Netz solcher Einrichtungen wie der Unterrichtung sämtlicher Mediziner in wichtigen Sofortmaßnahmen vermißt man allerdings. Desgleichen fehlt die Wiedergabe des momentanen Diskussionsstandes innerhalb der Forschung zu Fragen wie Reanimation. Weiter spricht der Autor richtig von der Notwendigkeit der Prävention innerhalb der Medizin; hier wäre z. B. die Forderung nach einer Verbesserung der Perinatalmedizin am Platz gewesen. Trotz einiger Ansätze findet man wenig über den sozialen Tod alter Menschen in unserer Gesellschaft, statt dessen viel über den Sinn des Todes, den Wunderli als potentielle „Krönung des Lebens“ (120) bezeichnet.

Was bleibt zum Schluß als Rat für den Mediziner? Dieser mag „die Maßnahmen treffen, die zu tun er verantworten kann, ... vielleicht im äußersten Grenzfall wirklich einmal eine Erlöserspritze“ (163). So folgen zunächst vielleicht differenziert erscheinenden Betrachtungen höchst gefährliche Entlastungsversuche: „Euthanasie ist, vom Arzt aus gesehen, gelebte, tiefe Kommunikation mit dem sterbenden Du des Patienten.“ Und: „Der Wunsch nach aktiver Euthanasie sollte daher nicht mehr a priori geächtet werden.“

Vestigia terrent!

Norbert Schmacke (Bremen)

Bitter, Wilhelm (Hrsg.): Alter und Tod annehmen oder verdrängen? Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1974 (214 S., br., 19,50 DM).

In diesem Tagungsbericht sind sehr heterogene Beiträge von Medizinerinnen, insbesondere Psychiatern, Soziologen und Theologen zusammengefaßt, die 1973 in Berlin/West auf einer Tagung der „Inter-

nationalen Gemeinschaft „Arzt und Seelsorger Stuttgart“ gehalten wurden. Gesprochen wurde über Alter, sog. Euthanasie, Suizid und das Wesen des Todes. Den gemeinsamen philosophischen Ausgangspunkt macht Bitter in der Einleitung deutlich: „Die Aufklärung bereitet den Boden für den Frühkapitalismus und den Marxismus, der die extreme Verherrlichung des Diesseits, die Verwandlung irdischer Verhältnisse durch Natur und Technik anstrebt“ (21). Vor diesem Hintergrund der Einschätzung des Marxismus als vermeintlich reinsten Form der Transzendenzverleugnung bleiben dann die einzelnen Beiträge bei der Beschreibung einzelner Phänomene wie z. B. der sozialen Lage alter Menschen in unserer Gesellschaft stehen. Statt Analyse und Handlungsanweisung findet man zumeist leere Worte, so bei Jores: „Was der Mensch am Mittag des Lebens außen fand und finden mußte, soll der Mensch des Nachmittags innen finden“ (35). Specht stellt immerhin einige konkrete Forderungen auf, indem er nachweist, daß eine rein karitative Altenhilfe zu kurz greift; eine Kritik sozialökonomischer Ursachen der Isolierung alter Menschen liefert auch er freilich nicht. Um so intensiver wird in den folgenden Beiträgen die Frage von „aktiver“ und „passiver Euthanasie“ diskutiert. Hier werden zwar z. T. auch reale Probleme der Intensivmedizin wie die Indikation zur Reanimation angesprochen; eine wissenschaftliche Erörterung geht aber letztlich in philosophischen Debatten über den Sinn des Todes und Todestriebhypothesen unter. Auf einmal taucht das Wort von der „lebensunwerten Existenz“ (91) auf; niemand distanziert sich hiervon. Da findet man nebeneinander das Bekenntnis „Man darf überhaupt niemals einen Patienten aufgeben“ (88) und die Einschätzung, daß „aktive Euthanasie“ nur sehr selten nötig sei, „wenn man rechtzeitig mit der Behandlung aufhört“ (93). Ähnlich brutal nebeneinander stehen zwei für den psychiatrischen Laien recht interessante Beiträge von Hole und Pöldinger über Suizidalität, in denen auf die Notwendigkeit und Erfolgsmöglichkeiten intensiver Prophylaxe und Therapie hingewiesen wird, und die Ausführungen von Slater: „Ich glaube nicht, daß der Arzt dazu berufen ist, solche Menschen daran zu hindern, sich das Leben zu nehmen, die fest dazu entschlossen sind. Ich würde diese Freiheit sogar für einen psychotischen Menschen beanspruchen“ (145). Slater wirbt geradezu für die „Britische Vereinigung zur freiwilligen Euthanasie“. Das Buch klingt mit theologischen und philosophischen Auslassungen zum Sinn des Todes aus, so z. B.: „Erst im Tod erreicht der Mensch die totale Einheit seines Wesens“ (171).

Insgesamt: Ein gefährliches Buch, das mit Ausnahme weniger Beiträge zur Lösung der Probleme der Intensivmedizin, Psychiatrie und Geriatrie nichts beiträgt und statt dessen — sicherlich wider Willen — nicht in der Lage ist, sich deutlich von jenen fortschritts- und menschenfeindlichen Ideologien abzugrenzen, welche bereits einmal in der deutschen Geschichte mitverantwortlich waren für die sich kontinuierlich verschärfende Diskriminierung und schließliche Ermordung kranker Menschen. Norbert Schmacke (Bremen)

Geschichte

Asendorf, Manfred (Hrsg.): Aus der Aufklärung in die permanente Restauration. Geschichtswissenschaft in Deutschland. Hoffmann und Campe, Hamburg 1974 (438 S., br., 34,— DM).

Das Resümee, das der junge Hamburger Historiker im Blick auf die Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft ausspricht, ist, daß die nachaufklärerische Geschichtsschreibung in Deutschland fast ausnahmslos der ideologischen Korruptionsgefahr erlegen ist. Wie keine andere Wissenschaft, so lautet Asendorfs Verdikt, hat sie, deren herausragende Repräsentanten doch stets die vielberufene „Objektivität“ für sich in Anspruch genommen haben, sich den politischen Interessen der herrschenden Klassen „ideologisch verfügt“ (11). Anhand von insgesamt 42 programmatischen, sowohl politisch als auch methodologisch belangvollen „Schlüsseltexten“ läßt Asendorf die Aussagen von 21 exponierten akademischen Fachhistorikern vom Ausgang des 18. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, leider nur bis 1955, Revue passieren; neben bekannteren Texten bekannter Historiker (Ranke, Niebuhr, Treitschke, Droysen, Burckhardt, Meinecke, Ritter u. a.) zieht Asendorf teilweise bedeutsame, aber langvergessene Passagen aus Werken der „Göttinger Historiker“ (Schlözer, Heeren), in zwei Fällen (Lamprecht 1897, Oncken 1919) auch aufschlußreiche, bisher noch nicht veröffentlichte Brief- bzw. Nachlaßfragmente heran. Der Reader zeichnet den Weg des deutschen historischen Bewußtseins aus der Epoche der bürgerlichen (Spät-)Aufklärung, seiner Parteinahme für Entfaltung von „Vernunft“ und „Fortschritt“, über das Versagen des Liberalismus im 19. Jahrhundert, seiner Option für Machtstaat und Weltmachtstreben, über den Zusammenbruch des Zweiten Reiches, Novemberrevolution, Faschisierung und Faschismus bis hin zum Zusammenbruch des Hitlerreiches und den eher apologetischen als selbstkritischen sogenannten „Neuanfängen“ nach 1945 als einen Weg des Niederganges, als einen Abstieg aus der „Aufklärung in die permanente Restauration“. Schlözer und Heeren markieren den Beginn, Gerhard Ritter den Abschluß einer negativen Kontinuität.

Asendorf hebt hervor, daß er ganz bewußt nur die „etablierte“ akademische Zunftgeschichte zur Selbstdarstellung gelangen läßt. Außenseiterpositionen (fürs 20. Jahrhundert seien hier nur — nicht-marxistische — Autoren wie Valentin, Quidde, Kehr, Hallgarten als Beispiele genannt) will er hingegen in einem späteren zweiten Band zu Wort kommen lassen. Das eigentliche Problem des Readers liegt bereits im Prinzip der bewußten Beschränkung auf jene Historiker, die, von Ranke bis Ritter, aus dem Fahrwasser preußischer Restauration, deutschen Nationalismus oder des mitteleuropäischen Impe-

rialismus nicht mehr herausgekommen sind. Die Texte Gervinus', Th. Mommsens und des Schweizers Burckhardt korrigieren das Gesamtbild nur unwesentlich.

Sicherlich ist das Prinzip dadurch zu rechtfertigen, daß die vorgestellten Historiker im Kampf um akademische Positionen sich am ehesten hatten durchsetzen können, nicht zuletzt deswegen, weil sie, machtbefangen, am eifrigsten an der Produktion jenes „Zeitgeistes“ beteiligt waren, der den sozialen Aspirationen des deutschen Bürgertums und den politischen Manövern seiner Staatsmacht eine wirkungsvolle ideologische Legitimation zu liefern vermochte. Asendorf hat also recht, wenn er sie als „unumstrittene Wortführer ihrer Klasse“ (11) bezeichnet, womit deutlich wird, daß der Weg der deutschen Historie als der politisch von jeher am stärksten engagierten Wissenschaft letztlich der ideologisch reflektierte Weg des deutschen Bürgertums selber war. Ist also dem bereits im Titel formulierten Deszendenztheorem insofern zuzustimmen, kann die behauptete chronologische „Permanenz“ der Restauration freilich bei genauerer Betrachtung nicht als ungebrochen angesehen werden: Ranke z. B. war trotz unmittelbarster zeitlicher Nähe zu Aufklärung und bürgerlicher Revolution geistig weiter von beidem entfernt als etwa der Oncken von 1919 (273 ff.) oder selbst noch der Meinecke von 1924 (305 ff.).

Ein unverzerrteres Gesamtbild hätte es ergeben, wenn Asendorf schon in diesen Band einige Außenseiterpositionen aufgenommen hätte. Gerade die Gegenüberstellung etwa von Nationalisten und Radikaldemokraten hätte dokumentieren können, wie breit in Wirklichkeit das politische Meinungsspektrum innerhalb der bürgerlichen Geschichtsauslegung gewesen ist (und heute noch ist). Asendorf selber charakterisiert (26 ff., 35 ff.) die Bedeutung und Funktion bürgerlich-demokratischer Gruppen, die der orthodoxen Fachhistorie insbesondere deswegen ein Dorn im Auge waren, weil sie „die Kampfkraft der Klasse von innen her“ (36) zu schwächen schienen. So nahm gerade in Krisenzeiten (1844 ff., 1878/79, 1914/19, 1929 ff.), wenn es dem Bürgertum nicht nur darauf ankam, „zu erwerben . . . , sondern das Erworbene auch (zu) bewahren“ (28), der Kampf zwischen links- und rechtsbürgerlichen Historikern besonders heftige Formen an. Nicht nur Konservativen, sondern auch zahlreichen sogenannten Gemäßigten erwies sich dann die „Hülle des Rechtsstaats . . . (als) fadenscheinig“: wenn das bürgerliche Klasseninteresse es gebot, wurde aus dem Rechtsstaat stets „mehr Staat als Recht“ (29).

Ungeachtet aller politischen und wissenschaftstheoretischen Kontroversen innerhalb der bürgerlichen deutschen Geschichtswissenschaft bewegten sich die Diskussionen doch stets auf der gemeinsamen Basis eines tiefgreifenden Fundamentalkonsensus, welcher einer distinkten sozialen Interessenkontinuität seit nunmehr über 170 Jahren entsprach und noch entspricht. Definieren läßt sich dieses einmütige Interesse „als Schutz- und Trutzbündnis gegen einen Einbruch

marxistischer Auffassungen und Bestrebungen — oder was man darunter alles subsumierte — in Wissenschaft und Gesellschaft“ (41). Und es oblag bezeichnenderweise gerade den „Gemäßigten“ (Meincke, Oncken, Goetz), über das Vehikel eines wie auch immer garteten „liberalen“ Nationalismus und Integrationismus sowie einer „virtuoson Anpassungsartistik“ (43) das Interesse an der Abwehr des Sozialismus immer wieder zu beschwören und damit die Risse im bürgerlichen Lager immer wieder neu zu kitten.

Arnold Bormann (Hamburg)

Maek-Gérard, Eva, Justus Cobet, Ulrich Muhlack, Dietrich Zitzlaff:

Zur Rolle der Geschichte in der Gesellschaftslehre: Das Beispiel der hessischen Rahmenrichtlinien. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1974 (264 S., br., 15,40 DM).

Die hessischen „Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre Sekundarstufe I“ (RRL), seit Ende der sechziger Jahre im Zuge der Curriculumrevision geplant, werden seit 1972 erprobt. Einer Meldung der „Frankfurter Rundschau“ vom 2. 6. 1975 zufolge wird nach den RRL nur an 36 Schulen gearbeitet; an den übrigen Schulen seien „fachspezifische“ Entwürfe maßgeblich. Das bedeutet, daß die Fächer Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde bestehenbleiben, daß also die allgemeine Institutionalisierung des integrierten Lernbereichs „Gesellschaftslehre“ als gescheitert angesehen werden muß. Dazu beigetragen haben nicht zuletzt Historiker, die — wie die Verfasser des vorliegenden Buches — die RRL in die Nähe der „Unwissenschaftlichkeit“ zu bringen suchen. Der gemeinsame Nenner der Stellungnahmen der Autoren ist die kritische Analyse der RRL aus mit Nachdruck betonter „fachwissenschaftlicher“ Sicht. Vermutlich ist ihr erkenntnisleitendes Interesse mit beeinflußt worden durch die von ihnen behauptete Praxis der RRL-Initiatoren, universitäre „Fach“-Historiker nicht an der Konzeption zu beteiligen (12, 47, 95, 171). Da die RRL kaum noch aktuell sind, hat das Buch u. a. nur noch den Sinn, die Geschichtstheorie der Verfasser näher kennenzulernen. Diese „Theorie“ erscheint bestimmt durch eine eigenartige Mischung von zögernder und abstrakter Zustimmung zur konsequent demokratischen, praxisbezogenen Auffassung von Wissenschaft und Didaktik in den RRL einerseits und von geradezu borniertem Festhalten an traditionellen Prinzipien deutscher Geschichtswissenschaft andererseits: am isolierten „Fach“, an der „Eigengesetzlichkeit“ und „Sachstruktur“ der Geschichte (48) und vor allem an historistischer Standpunktlosigkeit. Gegenüber den angeblich „statischen Aussagen“ (106) der RRL, gegenüber „Dogma“ (108) und „Schema“ (134) beharren die Autoren auf einer „komplexen historischen Realität“ (136), die sich der rationalen, d. h. materialistischen, bei Maek-Gérard als „normativ“ abgewerteten (133 f.) Analyse entziehe.

Der zentrale Vorwurf der Autoren heißt: „Rückfall in positivistischen Objektivismus“ (77). Hier wird deutlich, daß sie sich auf interessante Weise von der üblichen RRL-Kritik unterscheiden: Es scheint, daß sie die RRL links überholen wollen. In ihrer Positivismus-Kritik, der Grundlage ihrer Argumentation, wenden sie sich gegen die „Doktrin der Geschichte als eines Dinges an sich, das losgelöst von der politisch-gesellschaftlichen Interessenlage des Historikers existiere und das dieser lediglich im nachhinein abzubilden habe“ (67). Jedoch bleibt diese Position selbst im Positivismus — in zeitgemäß pluralistischer Form — stecken. Ganz im Sinne der nebulösen „offenen Gesellschaft“ eines „kritischen Rationalismus“ plädieren die Autoren für die „notwendige Offenheit politisch-gesellschaftlichen Handelns“ (106). Mit dieser Allerweltsformel widersprechen sie aber ihrem Postulat der Interessengebundenheit des Historikers — wenn man davon ausgeht, daß verschiedene Interessen zu Konflikten führen müssen, daß also vom Historiker Parteilichkeit verlangt wird. Die Erkenntnis von der Interessengebundenheit wird zu einer modischen Neuheit, die dem alten Historismus übergestülpt wird: Hieß es einst relativistisch „Alles fließt“, so lautet nun die Parole: „Alles ist interessenbestimmt“, und damit ist der Fortschrittlichkeit Genüge getan. Die notwendige Verschiedenartigkeit der Interessen wird übersehen, das Interesse, das sich als auf demokratische Gesellschaftsveränderung zielend zu erkennen gibt, wird als „Dogma“ verschrien, und übrig und implizit anerkannt bleibt der Brei der status-quo-Interessen: Dieses Verfahren ist positivistisch. Die Autoren werfen den RRL vor, „Mißtrauen gegenüber der Geschichte zu erzeugen“ (76); dabei verwechseln sie aber „Geschichte“ mit „Geschichtswissenschaft“. Denn mit Recht und wohlbegründet erzeugen die RRL Mißtrauen gegenüber der *Geschichtswissenschaft*, wie sie noch weithin üblich und im Maek-Gérard-Buch in gelehrter und stellenweise schwerfälliger Form dokumentiert ist.

Andreas Kunze (Darmstadt)

Hoffmann, Detlef, Almut Junker, Peter Schirmbeck (Hrsg.): Geschichte als öffentliches Ärgernis oder: Ein Museum für die demokratische Gesellschaft. Das Historische Museum in Frankfurt/M. und der Streit um seine Konzeption. Anabas-Verlag, Gießen 1974 (298 S., br., 26,80 DM).

Im Oktober 1972 wurde in Frankfurt/M. das Historische Museum eröffnet; wegen seiner für die traditionelle bürgerliche Museumspraxis anstößigen — weil an einer materialistischen Gesellschafts- und Kunsttheorie orientierten — Konzeption wurde es zum Politikum. Das Buch von Hoffmann u. a. enthält: eine Dokumentation der Diskussion in der Presse; verschiedene Aufsätze zu historisch-didaktischen, politischen und kunsttheoretischen Problemen des Museums; eine ausführliche, gebildete Darstellung einiger Komplexe der vier Museumsabteilungen.

Die Verfasser der Beiträge sind wissenschaftliche Mitarbeiter des Museums und Sozialwissenschaftler, die die Konzeption des Museums begründen und gegen die zahlreichen Angriffe verteidigen. Sie verstehen das Museum als „Bestandteil eines modernen Bildungssystems“ (17): eines demokratisch legitimierten Bildungssystems, in dem museale Bildung nicht länger Konsumobjekt einer privilegierten Schicht, sondern vor allem Aufklärung und Aktionsanleitung für die Unterprivilegierten und in der bisherigen Praxis historisch-politischer Museen nur als „Volk“ Beachtetes ist. Frankfurter „Geschichte“, das heißt die ökonomische und soziale Entwicklung einer Stadt im Rahmen deutscher und europäischer Entwicklung vom 9. bis zum 20. Jahrhundert, wird im Museum nicht mehr aus der Sicht der Herrschenden — der Kirche, des Feudaladeln, des Bürgertums, der Kapitalverwerter — als eine Art „Gang durch die Geschichte unserer Stadt“ (so die FAZ, 20) wahrgenommen; vielmehr soll „die historische Bedingtheit unserer Gegenwartssituation sichtbar“ (153) gemacht werden — von einem Standpunkt her, „der nicht von irgendwoher gewonnen werden kann, sondern nur aus der Erkenntnis dessen, was für jeden einzelnen die reale, existentielle Basis bedeutet: die Grundstrukturen der Produktions- und Reproduktionsverhältnisse der Gesellschaft“ (154). Aus dieser Perspektive wird Geschichte ins Lot gebracht: Sie umfaßt auch die Emanzipationsinteressen der unterdrückten Mehrheiten.

Entsprechend dieser Konzeption der Museumsgestalter werden die Exponate nicht lediglich wehevoller Betrachtung dargeboten, sondern mit dem Ziel, dem Besucher rationale Einsichten zu ermöglichen, in einen Rahmen sozial-ökonomischer Bedingungen gestellt. Die Kunst wird ihrer Aura beraubt. Dies trifft auch auf Objekte zu, die heute als „religiöse Kunst“ bezeichnet werden, und die damit nach herkömmlicher Auffassung historischer Einordnung weitgehend entzogen sind. Die „funktionale Analyse“ (51) solcher Objekte — d. h. etwa der Hinweis, daß ein mittelalterliches Altarbild als „Selbstdarstellung“ des „wohlhabenden Bürgertums“ zu sehen ist (56 f.) — hat besonders den Protest kirchlicher Funktionäre hervorgerufen. Ihre Reaktion und die Reaktion anderer Verwalter des bürgerlichen status quo war (und ist) deshalb so heftig, weil die materialistische Geschichtsauffassung mit den didaktischen Mitteln des Museums ungewöhnlich eindringlich und buchstäblich bildhaft den Betroffenen der Geschichte nahegebracht werden kann. Auch Historiker der Universität Frankfurt, geführt von Paul Kluge, hatten sich — dies wird in verschiedenen Beiträgen dokumentiert — an der vom Museum angestrebten rationalen Erklärung unserer heutigen politischen Situation gestoßen. Sie hatten z. B. Otto Rühle — ein kurzer Passus von Rühle über das Mittelalter stand im Zentrum des Museumsstreits — als „Schriftsteller“ und nicht „wissenschaftlich ausgewiesen“ zu dequalifizieren gesucht. Zudem erfülle er nicht das (unsinnige) Kriterium der „besonderen Neuheit oder Originalität“. Das Museum betreibe „primitive neomarxistische Propaganda und „parteiliche Indoktrination“; auch der Vorwurf des „Vulgärmarxis-

mus“, häufig von konservativen, als Marx-Puristen auftretenden Kritikern materialistischer Analyse erhoben, fehlt nicht (236). Die im Museum hervorgehobene konsequent demokratische Rätebewegung am Ende des Ersten Weltkriegs, von den Gestaltern als Mittel bezeichnet, das zur „Selbstbestimmung“ der „an Autorität und Unterwerfung gewohnten Bevölkerung“ (156) hätte beitragen können, wird von den Frankfurter Historikern als „abstrakte Räteideologie“ (236) abgewertet; der hessische CDU-Vorsitzende erkannte „unzulässige ideologische Wertungen der deutschen Geschichte“ (235). Der Text zur Rätebewegung mußte geändert werden: Die Selbstbestimmungs-These wird als die Ansicht *eines* Mannes, Ernst Däumigs, hingestellt (157). So verkommt eine Feststellung, die auf der vernunftorientierten Analyse objektiver gesellschaftlicher Verhältnisse beruht, zu einer Meinung unter vielen anderen Meinungen im Nebel des Pluralismus.

Die Reaktion der Pluralisten richtet sich gegen die grundlegende Auffassung der Museumsgestalter, daß „durch die Kenntnis historischer Zusammenhänge (...) auch die gesellschaftliche Situation der Gegenwart als veränderbar begriffen werden (kann)“ (24). Das Buch von Hoffmann u. a. eignet sich dazu, diese Auffassung der Geschichtswissenschaft als Wissenschaft von der Veränderbarkeit sozialer Strukturen zu untermauern. Es ist besonders für einführende Lehrveranstaltungen in der Geschichts- und Gesellschaftslehre-Lehrerausbildung zu empfehlen. Andreas Kunze (Darmstadt)

Wollschläger, Hans: Die bewaffneten Wallfahrten gen Jerusalem. Geschichte der Kreuzzüge. Diogenes Verlag, Zürich 1973 (258 S., br., 6,80 DM).

Die Schulgeschichtsbücher entsprechen meistens ebensowenig wie allgemein-historische Darstellungen den Forderungen der demokratischen Öffentlichkeit; eine vorläufige Abhilfe bringen in dieser Situation nunmehr die Publikationen Bernt Engelmanns und, für einen spezifischen Ausschnitt der mittelalterlichen europäischen Geschichte, das anzuzeigende Buch, dessen Verfasser sich zum Ziel gesetzt hat, apologetischen Geschichtsdeutungen entgegenzutreten, vermöge deren die Kreuzzüge als Verdienst christlicher Politik und Kultur erscheinen. Immer noch gelten sie als „Folge des kirchlichen Aufschwungs und der religiösen Verinnerlichung“ oder als „großartigster Ausdruck“ der „Einheit des christlichen Abendlandes“ (dtv-Atlas bzw. Ploetz, zit. Wollschläger S. 9 f.).

Neben der Apologetik dieser Art weist Wollschläger eine ganze Serie frommer Legenden und dubiose Expektorationen zurück wie diejenigen A. Borsts, wonach die Kirche den Katharern mildtätig „den Gnadenstoß“ versetzte (zit. 184 f.), und gelangt z. B. auch zu einer Neueinschätzung der Diplomatie, Politik und Kampfweise der Mohammedaner, die vorteilhaft von den christlich-europäischen

Methoden abstachen. Die Belege, die Wollschläger in Fülle heranzieht, sind hier vielfach erstmalig aus orientalischen Quellen übersetzt, sonst aus europäischen, darunter so klare Köpfe wie der Würzburger Annalist, der erkannte: „Gewisse Lügenpropheten nämlich kamen an die Macht, Söhne Belials, Zeugen des Antichrist, welche mit eitel nichtigen Worten die Christen verführten und mit leerer Predigt das ganze Menschengeschlecht unter dem Vorwand der Befreiung Jerusalems gegen die Sarazenen hetzten. Und solche Gewalt erlangte ihre Predigt, daß nahezu aller Lande Bewohner sich in gelobter Eintracht und aus freiem Willen gleichsam zur gemeinsamen Abschachtung hingaben...“ (zit. 81), wozu man als Pendant das Wort eines arabischen Chronisten der Zeit nehmen muß: „Der Islam hat es hier mit einem Volke zu tun, das den Tod liebt...“ (zit. 109). Die Belege bewirken die ungemene Farbigekeit der Darstellung, in die sie umsichtig eingesetzt sind. Der Band füllt manche Lücken bisheriger Darstellungen aus, etwa in den Passagen über die Judenpogrome von 1096 oder die Eroberung Jerusalems 1099. Am beachtlichsten sind Wollschlägers Psychogramme der an den Geschehnissen Beteiligten; unter seinen Darstellungsmitteln die durchgehend verwendete treffende Ironie: die Kreuzfahrer des Jahres 1218, so heißt es etwa, „verminderten“ „durch eine Reihe von Schlachten und Städteverwüstungen den Unglauben“ (204). Die Darstellungsmittel erweisen das Buch als spätes Zeugnis aufklärerischer Geschichtsschreibung, wie übrigens auch der idealistische Ansatz, den Wollschläger sorglos preisgibt: „... die Christliche Metaphysik selbst —: könnte es sein, daß sie selbst zuletzt den Schlüssel gäbe für die immer engere, zur Verschmelzung drängende Nachbarschaft der Phänomene Kreuz und Krieg...?“ (188) Aus diesem Ansatz resultiert die Erklärungsmöglichkeit, die dem Verfasser oftmals als einzige zur Verfügung steht: Krankhaftigkeit oder Verrücktheit der Urheber der historischen Geschehnisse, Bestialität oder Kriminalität. Folgerichtig endet er mit dem Verdikt: „Die Geschichte der Christlichen Kirche ist die Geschichte eines Schlachtfeldes: der Apostolische Stuhl steht auf einem Massengrab“, weswegen sich die Frage stelle, ob nicht einst von einem internationalen Gerichtshof die Kirche zur „verbrecherischen Organisation“ erklärt werden müsse (224 f.).

Wolfgang Beutin (Norderstedt)

Eyck, Frank: Deutschlands große Hoffnung. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. List Verlag, München 1973 (495 S., Ln., 48,— DM).

Die Herausgabe dieser deutschen Übersetzung einer älteren englischen Arbeit war vermutlich als Beitrag zum 125. Jahrestag der deutschen Revolution von 1848 gedacht. Das wäre an sich begrüßenswert, da eine detaillierte Untersuchung der Nationalversammlung nicht vorliegt. Diese Lücke hat Eyck jedoch nicht geschlossen. Zwar bringt er viele und interessante Fakten zur konkreten Arbeit und

Zusammensetzung des Paulskirchenparlaments, es fehlt aber eine Einschätzung des Stellenwertes der Nationalversammlung für die Durchführung der bürgerlichen Revolution.

Immerhin erfährt der Leser wichtige Einzelheiten über Organisation und Durchführung der Wahlen, soziale Zusammensetzung und Auswahl der Kandidaten sowie den Einfluß konfessioneller und regionaler Besonderheiten auf das Wahlergebnis. Den größten Teil der Arbeit macht eine problemorientierte Darstellung der Debatten der Nationalversammlung aus. Dabei korreliert der Autor unter anderem die Haltung der Abgeordneten zur Frage der Volkssouveränität, bei der Bildung der Exekutive, der Diskussion der Grundrechte sowie zum Komplex Groß- oder Preußen-Deutschland mit deren politischer Orientierung, sozialer und regionaler Herkunft und Konfession. Dem verbreiteten Interpretationsmuster, daß der akademisch ausgebildete Abgeordnetentyp zu weltfremd gewesen sei, um die Revolution zu Ende zu führen, schließt Eyck sich nicht an, sondern er macht für das Scheitern der Revolution von 1848 vor allem die radikale Linke verantwortlich. Denn für sie sei „das Erreichen ihrer ideologischen Ziele wichtiger (gewesen) als die Schaffung der deutschen Einheit“ (144).

Von den Fraktionen der Paulskirche: Rechte, rechtes Zentrum, linkes Zentrum und Linke vertrat nach der Darstellung Eycks allein das rechte Zentrum, das weder ein Fortführen der Revolution noch eine Konterrevolution dulden wollte, eine erfolgversprechende Politik. Da es diesem aber nicht gelang, „die Forderungen der Linken mit der nötigen Entschiedenheit zurückzuweisen“, versuchten letztere ihre politischen Prinzipien, „die sich damals nicht verwirklichen ließen“ (453), durchzusetzen, was die Gegenrevolution auf den Plan rufen mußte. Denn die „Regierungen waren ihren Bürgern für die Wahrung von Recht und Ordnung ... verantwortlich. Sie hatten nicht das Recht, eine noch so unvollkommene bestehende Ordnung für etwas Unerprobtes aufzugeben ...“ (456).

In Fortsetzung dieses Ansatzes führt Eyck die Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König auch nicht auf dessen Klassenposition und die Abneigung gegen den „Ludergeruch der Revolution“, sondern letzten Endes darauf zurück, daß er erkannte, eine Annahme der Krone würde Deutschland und möglicherweise Europa in einen Krieg stürzen (461). Bei diesem Verständnis kann es nicht überraschen, wenn in der Literaturliste kein Werk eines marxistischen Autors auftaucht. Die Darstellung bringt im einzelnen zwar manche Neuigkeit und arbeitet den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Liberalen und Demokraten gut heraus. Interesse verdient sie aber vor allem deshalb, weil sie beispielhaft *eine* Strategie des Kampfes gegen die demokratischen Traditionen Deutschlands vorführt.

Dem Leser seien als Korrektiv die Artikel über die Fraktionen der Paulskirche im Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien (Berlin/DDR 1968) empfohlen. Jörg Berlin (Hamburg)

Binder, Gerhart, und Hartmut Wasser: Deutschland, deine Legenden. Berichtigungen zur deutschen Geschichte von Bismarck bis Brandt. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1974 (317 S., Ln., 28,— DM).

Den Verfassern geht es in erster Linie um Legenden, „die Geschichte gemacht haben oder aktuelle Politik beeinflussen: Verfälschungen historischer Tatbestände, Halbwahrheiten, Vorurteile; zeitgenössisch und nachträglich entstandene populäre Verzerrungen oder Simplifizierungen komplexer gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge mit feststellbaren Auswirkungen auf den Fortgang der Geschichte“ (8). Vorausgeschickt wird aber nicht etwa eine Charakterisierung des thematischen Hauptbegriffs, eine Definition dessen, was fortan unter „Legende“ zu verstehen sein wird; diesem Zweck dient allein die Anführung zweier Beispiele. Dieser Mangel findet seine Fortsetzung im Fehlen jeglicher analytischer Durchdringung der Legendenentstehung, der Nichtbeachtung ihrer Voraussetzungen und Bedingungen, in einer Außerachtlassung ihres sozialpsychologischen Hintergrundes und Entstehungszusammenhanges. Anstelle dessen werden, im Kontext eines durchgängigen Antikommunismus, geläufige Geschichtslegenden durch meist rhetorische Fragen — und die darin schon implizierten Antworten — „richtiggestellt“ („Die Wahrheit ist . . .“); das geht in manchen Fällen so weit, eine Legende durch eine andere, dem historischen Selbstverständnis der Autoren gemäÙere, zu ersetzen.

Versucht man, die impliziten Voraussetzungen der Verfasser etwas näher zu ergründen und ihre eigene Geschichtsauffassung zu verdeutlichen, gibt etwa die Einschätzung des deutschen Kaiserreiches durch die Autoren (im Kapitel: Rote Gefahr oder verhinderte Revolution; Der Umsturz von 1918/19) Aufschluß über ihre Vorstellung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit: „Zweifelsohne lassen sich dem Kaiserreich positive Seiten abgewinnen. Deutschland war ein Rechtsstaat. Ein gut funktionierender Beamten- und Richterapparat sorgten für Ordnung und Gerechtigkeit. Freiheit drückte sich aus in den scharfen Debatten des Reichstages, der aufgrund eines für damalige Zeiten sehr freien Wahlrechts zustande kam; ebenso in einer Publizistik, deren Berichterstattung, Satire und Karikatur auch höchstherrliche Schwächen aufs Korn nahm. Das deutsche Bildungssystem und deutsches Gelehrtentum genossen weltweites Ansehen“ (46).

Wenn angesichts der unmittelbar bevorstehenden Währungsreform Mitte 1948 die Unternehmer Rohstoffe und Waren horten, um nach erfolgter Umstellung um so profitabler die „soziale Marktwirtschaft“ beginnen zu können, liest sich dies bei Binder/Wasser so: „Und Erhard wußte, daß zu diesem Zeitpunkt bereits ganz erhebliche Aktiva vorhanden waren, auf deren Fundament man aufbauen konnte“ (237). „Er vertraute darauf, daß gutes Geld wieder gute Ware hervorbringen würde . . .“ (241).

Was als Charakterisierung geläufiger Geschichtslegenden gedacht war, gerät so unversehens zum Maßstab für die Autoren selber: „... Wesenskern politischer Legenden: sie knüpfen an historische Fakten an, verfälschen aber die Wahrheit durch Pferdehändlertricks. Einzelatbestände werden aus dem Geschehenszusammenhang gerissen und übernehmen als solche Gesamtverantwortung für den Fortgang der Geschichte. Historische Komplexität wird reduziert auf schlichte Kausalität. Was solchermaßen simplifizierter Interpretation zuwiderläuft, wird schlichtweg unterschlagen“ (79). Durchgängig herrscht eine Position, die allen jenseits der SPD den Stempel des Extremismus aufdrückt, Begriffe wie kapitalistisch, sozialistisch in Anführungszeichen gebraucht (121, 122) und Ernst Nolte gar den linken Faschismustheoretikern subsumiert (120, Anm. 13).

Eberhard Rüdtenklau (Kassel)

Hillgruber, Andreas: Deutsche Geschichte 1945—1972.

Die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik. Ullstein Verlag, Berlin/West 1974 (192 S., br., 4,80 DM).

Die vor Jahresfrist herausgestellten Bemühungen des Ullstein-Verlages um Ost-West-Verständigung auf kultureller Ebene haben seit längerem schon eine Entsprechung auf politischer Ebene in der von Walter Hubatsch herausgegebenen Taschenbuchreihe „Deutsche Geschichte, Ereignisse und Probleme“. Sollen Solschenizyns „Kontinente“ Knechtung, Überleben und Weiterblühen einer „wahren Kultur“ in den sozialistischen Ländern dokumentieren, so scheint die historische Reihe auf die wissenschaftliche Begründung und Vorbereitung einer Restitution eben jener „wahren Kultur“ in diesen Ländern — zumindest in „den Grenzen von 1937“ — angelegt zu sein. Ausgesuchten deutschen Professoren meist mit Nazi-Vergangenheit wird hier ein Forum geboten. Das bruchlose Münden der Reihe ins Hillgrubersche Werk macht vollends deutlich, daß es sich bei ihr um einen Beitrag zur Ost-West-Verständigung im Springerschen Verstande handelt. Denn als „zentrale Frage“ wird dort thematisiert, wie „die Kontinuität der deutschen Staatsnation vom Bismarck-Reich her ... über die ... sehr lange Zeit der Spaltung des Landes und ... des Lebens der Nation ... bewahrt werden“ kann (89 f.).

Ihren Ausgang muß diese Fragerichtung von der „souveränen Rechtsposition der Bundesrepublik“ nehmen, die als Staat laut Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Grundlagenvertrag „identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘“ und entsprechend „verantwortlich für das ganze Deutschland“ ist. Nun reicht aber ein Bundesverfassungsgericht-Urteil nicht aus, um die Reduktion der „deutschen Geschichte“ auf Aspekte eines fiktiven deutschen Gesamtstaates als wissenschaftlich legitimieren zu können. Deshalb bedarf zunächst die Erhebung des bei Hillgruber primär durch äußere Souveränität defi-

nierten Staates zum eigentlichen Subjekt der Geschichte der Rechtfertigung durch negative Abgrenzung: den Begriff der Gesellschaft lehnt er für die Erkenntnis des von ihm behandelten Komplexes (wie „der Gegenwart“ überhaupt) als unbrauchbar ab, bezeichnet ihn vielmehr als Ausdruck einer die „eigene Provinz zum Nabel der Welt erklärenden Auffassung“, für welche „Reformen“ im gesellschaftlichen Bereich absoluten Vorrang vor Problemen der internationalen Politik und Sicherheit des Staates“ hätten (164). Unter diesem Blickwinkel kann er den „Primat der Innenpolitik“ als „wissenschaftliche Scheinlegitimation“ abqualifizieren (ibid.) und entsprechend seinen von ihm nirgends präzise bestimmten Kategorien „Staat“ und „Nation“ den Rang zusprechen, die Instrumente historisch-wissenschaftlicher Erkenntnis zu sein. Konsequenterweise müssen die von ihm unter diese Kategorien subsumierten Fragen als um die „entscheidende Problematik der Nachkriegszeit“ kreisend erscheinen (10).

Weltpolitik, d. h. die jeweiligen Strategien und Gegenstrategien der Großmächte determinieren für Hillgruber mehr oder weniger absolut die gesellschaftlichen Bewegungen, die innenpolitische Geschichte der Bundesrepublik und der DDR. So führte z. B. „die Umstellung von ‚Kaltem Krieg‘ auf ‚Entspannung‘ in eine *existenzgefährdende* innere Krise“ der Bundesrepublik, „weil alles, was bisher seit ihrer Gründung gegolten hatte und somit zu der ... ‚Tradition‘ in der Bundesrepublik gehörte ... vielfach ins Gegenteil verkehrt werden mußte“ (89). Existenzgefährdend insofern, als die neue Ostpolitik ... die ohnehin schon zum Teil zusammengebrochenen antikommunistischen Positionen in der westdeutschen Innenpolitik noch weiter abbaute und „in der öffentlichen Meinung einer Verharmlosung des kommunistischen Systems ... Tür und Tor“ öffnete (165 f.).

Tritt hier offener als sonst im Hillgruberschen Werk der Ideologiegehalt seiner Mächtekonstellations-Konzeption zutage, legen solche Stellen, an denen sie sich in Widersprüche verfangen muß und deshalb aufgegeben wird, die politische Motivation des Verfassers bloß. Soll nämlich der SPD und FDP nachgewiesen werden, daß sie „unter dem Druck ihrer Jugendorganisationen ... von dem ... Grundkonsens aller auf dem Boden des Grundgesetzes stehender Parteien ... abrücken“ (168), wäre dies nur unzureichend mit etwaigen Verschiebungen in der Konstellation der Großmächte erklärt. Vielmehr muß, im Gegensatz zur bisherigen „Analyse“, für das Jahr 1968 „eine bis dahin nicht gekannte Verschränkung von innen- und außenpolitischen Problemen in der Bundesrepublik“ konstruiert werden. Denn aus den „Protestaktionen ‚linker‘ Intelligenzler ... hatte sich Mitte 1967 eine breite außerparlamentarische Oppositionsbewegung ... formiert“, welche „fast bürgerkriegsähnliche Verhältnisse“ herstellte (108 f.) und damit den Auftakt zur „Aufweichung der innenpolitischen Haltung gegenüber dem Kommunismus“ gab (166).

Die Scheinobjektivität und -wissenschaftlichkeit der Hillgruberschen Großmächtekonzeption erlaubt es, seine offen parteilichen tagespolitischen „Prognosen“ als den „Erfahrungshorizont des wissenschaftlich arbeitenden Historikers“ nicht sprengend, also „wissenschaftlich“ fundiert auszugeben (10). Denn aus der Ost-West-Konstellation, in welcher der Osten als das Negative schlechthin unterstellt wird, leitet er als „oberstes Gebot“ die „entschlossene und harte Verteidigung der eigenen Gesellschaftsordnung gegen Kommunisten und Mitläufer“ ab (166). Unter dieser Prämisse werden bisher tabuisierte Sachverhalte offen ausgesprochen: der Charakter der Entnazifizierung in den Westzonen wird kaum verfälscht (24, 155); daß die USA Initiatoren des Kalten Krieges waren, mehrfach hervorgehoben (18, 28); die Spaltung Deutschlands schließlich eindeutig dem auf „Westanschluß“ fixierten Adenauer-Konzept angelastet, wobei die Angebote der UdSSR zu gesamtdeutschen Wahlen und zu einem neutralen Gesamtdeutschland (bis 1955) keineswegs unerwähnt bleiben (25 f., 32 f., 66 f.). Tatsachen, die die bornierte Konzeptionslosigkeit z. B. eines Ernst Deuerlein (rez. in *Argument* 86, 497—501) verfälscht oder völlig unerwähnt läßt.

Da Hillgrubers tagespolitische „Prognosen“ im zweiten Teil des Buches eben nicht „qualitativ etwas anderes“ darstellen als der erste, „analytische“ Teil (10), der identisch ist mit dem Beitrag des Verfassers zu Rassows „Deutscher Geschichte im Überblick“ (1973), ist das Taschenbuch keineswegs überflüssig. Ein Vergleich beider Teile ermöglicht Einblick in die „Wissenschaftlichkeit“ westdeutscher Gegenwartsgeschichtsschreibung.

Peter Meisenberg (Köln)

Soziale Bewegung und Politik

Shell, Kurt L.: Das politische System der U.S.A. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1975 (196 S., br., 20,— DM).

Mit wenigen Ausnahmen repräsentierten die zahlreichen Monographien zum amerikanischen Regierungssystem, die während der fünfziger und sechziger Jahre in den Vereinigten Staaten erschienen, und die wenigen westdeutschen Standardwerke zu diesem Thema dasselbe wissenschaftliche Genre: die geistesgeschichtliche und verfassungsrechtliche Analyse des Gesamtsystems oder seiner Komponenten (Präsident, Kongreß, Supreme Court, Parteien, Pressure Groups, etc.) — zumeist im Rahmen des Comparative Government. Aus den Mängeln dieser Methodik führte erst die „revisionistische“ Wissenschaft heraus, als sie nach der Logik und Kontinuität der amerikanischen Außenpolitik fragte und ihren institutionellen Rahmen zumindest teilweise und vorläufig anhand soziologischer und ökonomischer Kategorien qualifizierte. Bis heute allerdings steht

noch das systematische Pendant zur historisch-genetischen Analyse von Charles Beard aus: eine ökonomische Interpretation des amerikanischen Regierungssystems. Nicht weil er den enormen empirischen Aufwand gescheut hätte, den ein solches Projekt voraussetzt, verzichtete Shell darauf, die fragmentarischen Ergebnisse der „revisionsistischen“ Wissenschaft zur Soziologie und politischen Ökonomie des amerikanischen Systems abzurunden. Daran hinderte ihn vielmehr das Axiom, „daß politische Institutionen und politische Macht Eigengewicht und Eigengesetzlichkeit besitzen, daher nicht unter ökonomische Kategorien subsumiert werden können“ (7). Auch wenn er folglich die Verfassungsentwicklung und das Funktionieren des Regierungssystems von ihrem sozialökonomischen Substrat löst und das ideologische Moment als eigentliche Determinante einfügt, sprengt seine Darstellung doch den Rahmen der Institutionenlehre. Denn immerhin kommt darin der soziale und ökonomische Kontext des politischen Systems — bürgerliche Gesellschaft und kapitalistische Wirtschaft — zum Vorschein. Daß es sich dabei eben nicht um ein bloßes Szenarium, sondern um Kausalverhältnisse handelt, erhellt vor allem aus Shells Kapitel über die Genese und Entwicklung des Parteiensystems; werden doch hier die klassenspezifischen Affinitäten, auf die Republikaner und Demokraten zählen können, historisch und soziologisch transparent. Was an dieser sonst so differenzierten Analyse allerdings auch frappt, ist der Umstand, daß Shell den großen Parteien erst „einen breiten bürgerlich-kapitalistischen Konsens“ (77) unterstellt und ihnen dann am Schluß des Kapitels die erfolgreiche Intention bescheinigt, die „Interessen zumindest der Mehrheit des Volkes wahrzunehmen“ (94). So gesehen, wäre also letztlich die Identität zwischen politischer Artikulation und sozialen Interessen perfekt, das Traumziel der repräsentativen Demokratie erreicht. Weiter als in der verfassungsgeschichtlichen Einführung klaffen die sozialgeschichtlichen und verfassungsrechtlich-institutionellen Komponenten der Darstellung in den folgenden Kapiteln über den Gesetzgebungsprozeß und die Rolle des Präsidenten auseinander. Zwar erfährt der Leser, daß die Zunahme der Staatsinterventionen während des New Deal und die außenwirtschaftliche Expansion der Nachkriegszeit den amerikanischen Regierungsprozeß veränderten. Wie sich aber das politische System mit dem Übergang zum organisierten Kapitalismus wandelte, illustriert Shell nur am Detail, statt diesen Vorgang systematisch zu beschreiben. Daß er die institutionelle Expansion und den operativen Vorsprung der Exekutive gegenüber dem Kongreß nur hier und da vermerkt, die organisatorisch perfektionierte Liaison zwischen Big Business und Big Government nicht genauer untersucht und den militär-industriellen Komplex unerwähnt läßt, verwundert um so mehr, als er grundsätzlich unterstreicht, wie eng „in den USA Staat und Gesellschaft miteinander integriert“ seien (142). Ihren tieferen Grund mögen diese Versäumnisse in der unausgesprochenen Vorstellung haben, daß der politische Prozeß den Wandel der Staatsfunktionen als bargaining-Prozeß —

wie ihn Shell immer wieder apostrophiert (z. B. 107, 120, 148) — sowohl innerhalb der Regierung als auch im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft mitsamt seinen pluralen und egalenden Dispositionen überdauert hat. Ob es dabei angesichts der Probleme des sozialen und politischen Wandels, die er im letzten Kapitel eindringlich beschreibt, auch in Zukunft bleiben wird, bezweifelt Shell jedoch (171 f.). Den kritischen Einwänden gegen dieses Buch ist unbedingt summarisch anzufügen, daß es eine Fülle wichtiger Informationen und Erkenntnisse vor allem jenen Lesern bietet, denen die Materie in ihren historischen, rechtlichen und soziologischen Grundzügen schon vertraut ist. Als „Einführung“ in das politische System der USA eignet es sich weniger, weil es zu viele elementare Kenntnisse voraussetzt und dem Leser, der darüber nicht verfügt, passagenweise unverständlich bleiben dürfte.

Frank Niess (Heidelberg)

Michels, Peter M.: Bericht über den politischen Widerstand in den USA. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1974 (186 S., br., 6,— DM).

Der vorliegende Band besteht aus zwei Teilen: einer kurzen Einleitung des Autors und einer umfangreichen Sammlung von Dokumenten (Interviews, Berichte, Reden und Programme). Michels skizziert zunächst in seinem knappen Bericht die Entwicklung der verschiedenen oppositionellen Gruppen unter den Studenten, aktiven Soldaten, Veteranen und politischen Gefangenen. An dieser Einführung frap্পiert am meisten, wie schnell der Autor mit Prognosen bei der Hand ist, die sich eigentlich für jeden, der die amerikanischen Verhältnisse auch nur von ferne kennt, verbieten müßten. So beschließt er zum Beispiel das Kapitel über „die Opposition aus der Armee“ mit der gewagten These: „Fest steht, daß mit den aus Vietnam zurückgekehrten . . . GIs . . . ein ungeheures Potential freigesetzt wurde, das vor allem unter der anhaltenden wirtschaftlichen Rezession . . . eine systemverändernde Kraft ausüben und dazu beitragen könnte, eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den USA zu bewerkstelligen“ (17 f.). (Vgl. hierzu die sehr viel vorsichtigere Prognose von Howard Levy, einem Initiator des United States Servicemen's Fund, USSF, 92.) Dabei ist doch in Wirklichkeit ein großer Teil der „New Left“ und anderer Gruppen, die den politischen Widerstand in den USA gegen Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre trugen, schon längst versprengt oder von der Entpolitisierungswelle — vor allem an den Universitäten — in neue Subkulturen abgetrieben. Und die Organisierung der amerikanischen Arbeiterklasse hat trotz Rezession, Arbeitslosigkeit, Inflation und sinkender Reallöhne so wenig Fortschritte gemacht, daß sich der Leser fragen muß, wo der Autor, der seinen Bericht wohl vor nicht allzu langer Zeit verfaßte, seine Prognosen hernimmt. Eine Analyse des politischen Widerstands in den USA aus heutiger Sicht kommt

auf die großen Manifestationen der Antikriegs-Bewegung, die Rassenkämpfe und Gefängnisrevolten folgten, zu registrieren und ihre Ursachen zu ergründen. Da sie zum Teil in der Theorie, Praxis und Sozialstruktur des Widerstands selbst zu suchen sind, läge es nahe, eine soziologische Analyse zu versuchen. Aber das ist nicht die Absicht des Verfassers, der nur fragmentarisch über die Genese, Motivation, organisatorische Struktur, Geschichte und Aktionsweise einiger ausgewählter Gruppen berichten will. Methodisch fällt an diesem Bericht selbst auf, daß er den zivilen Widerstand, den vor allem die Studentenbewegung repräsentierte, ohne Kommentar zugunsten der Gefängnisbewegung und der Opposition aus der Armee vernachlässigt, und daß er zu viel von dem vorwegnimmt, was in den authentischen Texten folgt, als daß seine eigentliche Funktion als Einleitung — nämlich auf die dokumentarischen Details systematisch hinzuführen — noch gewahrt wäre. Und an der Auswahl der Dokumente stört, daß sie der Einleitung nicht genau entspricht, da sie überhaupt keine Materialien über die studentische Protestbewegung und nur zwei Texte zum zivilen Widerstand gegen den Vietnamkrieg und zum Kampf der ethnischen Minderheiten in den USA enthält. Kritik ist an all dem allein schon deshalb zu üben, weil der Titel des Buchs einen Gesamtüberblick suggeriert. Dafür allerdings erfährt der Leser um so mehr über die GI-Bewegung, die im Mittelpunkt der Dokumentation steht. Nachdem viele Soldaten ihre subjektiven Erfahrungen mit dem barbarischen Krieg in Vietnam und mit der Repression des Militärapparats gemacht hatten, versuchten sie diese schon von 1967 an — vor allem die Deserteure und Veteranen — in kollektive Aktionen umzusetzen. Erste Ergebnisse waren gewerkschaftliche Organisationen wie die American Servicemen's Union (ASU) oder der United States Servicemen's Fund (USSF), die zwar den Rassismus in ihren eigenen Reihen überwinden konnten, aber doch alle — mehr oder weniger intensiv — mit einem anderen Problem zu kämpfen hatten: Während das Gros der Zivilisten in der Bewegung, die in manchen Organisationen zu dominieren versuchten, aus dem Mittelstand stammte, rekrutierte sich die Mehrheit der aktiven Soldaten oder ehemaligen GIs aus der Arbeiterklasse (84). Aus diesem sozialen Kontrast entstanden viele Mißverständnisse und Spannungen, die die Bewegung spalteten und schließlich lähmten. Sicherlich gehörte zu den objektiven Faktoren, die bewirkten, daß der politische Widerstand in den USA abebbte, statt sich auszuweiten, auch die mittelständische Herkunft der radikalen Bewegung insgesamt.

Frank Niess (Heidelberg)

Junne, Gerd, u. Salua Nour: Internationale Abhängigkeiten. Fremdbestimmung und Ausbeutung als Regelfall internationaler Beziehungen. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1974 (170 S., br., 9,80 DM).

Den Autoren geht es um die Ausarbeitung des Begriffs ‚Abhängigkeit‘ zu einer Kategorie, mit der — in Abhebung vom ökonomischen

Begriff der Ausbeutung — die Gesamtheit der die Abhängigkeit konstituierenden Relationen zwischen Gesellschaften (und nicht nur zwischen Staaten) erfaßt werden kann. Entfaltet wird der nach Kapital, Arbeit und Wissen gegliederte Begriff entsprechend der geschichtlichen Entstehung zwischengesellschaftlicher Abhängigkeit, der Expansion des Kapitalismus. Dies geschah zunächst in der Form des Warenverkehrs, weitete sich dann zum Kapitalexport; beides wird schließlich gesichert auf der historisch fortgeschrittensten Stufe des restriktiven Informationsflusses zwischen imperialistischen Zentren und unterentwickelten Peripherien. Da die zeitlich vorgängigen Entwicklungsphasen die immer wieder zu reproduzierende Basis der nächsthöheren Phase abgeben, wird in der *Gesamtheit* dieser Stufen das System des modernen Imperialismus gesehen. Eine solche Sicht schließt die Dichotomie der Imperialismustheorie Galtungs aus, welche *neben* dem „ökonomischen“ einen „Kommunikations“- und „kulturellen“ Imperialismus isolieren will.

Trotz des der geschichtlichen Entwicklung korrelierenden Aufbaus der Kategorie ‚Abhängigkeit‘ wird lediglich der *Verkehr* der Zentren mit den Peripherien zum Gegenstand genommen. Das macht diesen Begriff zwar zu einem Instrument der Messung von Umfang und Qualität von Abhängigkeitsverhältnissen, jedoch kann Unterentwicklung bzw. Abhängigkeit von ihm nicht gefaßt werden als ein dynamischer Prozeß der Eingliederung nicht-kapitalistischer Gesellschaften in den Reproduktionsprozeß des Kapitals und damit deren Transformation in Anhängsel der Interessen und Bedürfnisse der Metropolen. Zur Notwendigkeit wird der Verkehr mit nicht-kapitalistischen Ländern erst durch die Produktivkraftentwicklung der industriellen kapitalistischen Zentren. Diese Entwicklung gibt nach wie vor der Reproduktion von Abhängigkeit ihre innere Dynamik. Da die Autoren darauf kaum eingehen, kann es ihnen auch nur ansatzweise gelingen, die durch die Expansion des Kapitals zustande gekommenen Strukturen der unterentwickelten Länder zu beschreiben — nicht aber (und das wäre für einen analytischen Begriff ‚Abhängigkeit‘ zu fordern), sie zu erklären. Eine solche Erklärung ist jedoch insofern unverzichtbarer Teil der Untersuchung des Reproduktionsprozesses von Abhängigkeit, als die (deformierten) ökonomischen Strukturen der unterentwickelten Länder nicht nur Produkte, sondern auch wesentliche Bestimmungen dieses Prozesses sind.

Die Beschränkung eines nur auf den Verkehr abstellenden Ansatzes wird in dem den Faktor Arbeitskraft behandelnden Kapitel „Migration und Personenverkehr“ deutlich. Untersucht werden hier die aus der Beschäftigung ausländischer Gastarbeiter, dem Tourismus und dem internationalen „brain drain“ resultierenden Abhängigkeitsverhältnisse. Das Brachliegen potentieller Arbeitskraft bzw. deren Dequalifizierung in den unterentwickelten Ländern infolge ihrer spezifischen Wirtschaftsstrukturen fällt als eigenes Objekt aus

der Analyse heraus. Wobei auf der Hand liegt, daß dieser Sachverhalt unmittelbar Einfluß nimmt auf die Kontinuierung der Dependenzverhältnisse.

Im letzten Kapitel ziehen die Autoren eine „Bilanz des Imperialismus“. Sie versuchen hier aufzuweisen, daß die Kosten der imperialistischen Länder für die Aufrechterhaltung der Abhängigkeitsverhältnisse (Militärausgaben, Entwicklungs„hilfe“) die Vorteile daraus (Exportmärkte, Rohstoffquellen usw.) tendenziell bei weitem übersteigen. Daraus wird auf eine bald einsetzende generelle Umorientierung imperialistischer Strategie auf die Schlüsselländer der „3. Welt“ und die sozialistischen Staaten geschlossen. Trotz einiger für diese These sprechender Anhaltspunkte im gegenwärtigen Verhalten der imperialistischen Staaten scheint mir der Schluß auf eine generelle Umorientierung voreilig. Denn entgegen ihrer vorhergehenden Untersuchungsweise (S. 21 wird festgestellt, daß die neue Arbeitsteilung „*ebenso* eine zwischengesellschaftliche wie konzerninterne“ ist), argumentieren Junne/Nour hier ausschließlich auf der *zwischenstaatlichen* Ebene imperialistischer Politik und lassen die sich ausweitende Tätigkeit der multinationalen Konzerne außer acht.

Peter Meisenberg (Köln)

Cabral, Amilcar: Die Revolution der Verdammten. Der Befreiungskampf in Guinea-Bissau. Herausgegeben, übersetzt und eingeleitet von Hans U. Stauffer. Rotbuch Verlag, Berlin 1974 (142 S., br., 6,— DM).

In diesem schmalen Band sind zahlreiche Reden und Aufsätze Cabrals zusammengetragen und z. T. erstmals übersetzt worden, so daß die Rezeption von und Auseinandersetzung mit seinen aus der Praxis des Befreiungskampfes gewonnenen Theorien entscheidend erleichtert wird. Wenn bislang überwiegend Frantz Fanon als der wichtigste Theoretiker der afrikanischen Revolution gilt, so liegt das nicht zuletzt daran, daß sein Hauptwerk „Die Verdammten dieser Erde“ eine ungemein große Verbreitung gefunden hat und auch die erste Arbeit war, die den antikolonialen Kampf Afrikas auf eine theoretische Basis gestellt hat.

Cabrals Analysen der Sozialstruktur Guinea-Bissaus (13 ff., 40 ff., 80 ff.) sind in der praktischen Absicht angefertigt, der PAIGC in ihrem Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus als Grundlage zu dienen und zu taktisch und strategisch angemessenen Aktionen beizutragen. Derartige Analysen sind um so nötiger, als „dieser Mangel an Theorie, um nicht zu sagen das vollständige Fehlen revolutionärer Theorie bei den nationalen Befreiungsbewegungen . . . eine der größten, wenn nicht die größte Schwäche unseres Kampfes gegen den Imperialismus dar(stellt)“ (42).

Über die aktuelle Bedeutung für Guinea-Bissau hinaus sind diese Aufsätze als Beispiele und Ausgangspunkte einer marxistischen Beschäftigung mit der Unterentwicklung Schwarzafrikas anzusehen; deren Untersuchung und Kritik ist vor allem durch Samir Amin im ökonomischen Bereich geleistet worden, während das Feld der politischen Analyse bisher fast ausschließlich der etablierten Politikwissenschaft vorbehalten war.

Cabrals eigener Beitrag zu einer Klassenanalyse Schwarzafrikas ist in seiner Positionsbestimmung des Kleinbürgertums zu sehen, dessen entscheidende Rolle im revolutionären Kampf vor und nach der Unabhängigkeit im Zentrum seiner Theorie steht. Für ihn ist „die einheimische Kleinbourgeoisie die einzige soziale Schicht . . . , die fähig ist, ein reales Bewußtsein von der imperialistischen Herrschaft zu erlangen und den von dieser Herrschaft geerbten Staatsapparat zu leiten“ (57). Gleichzeitig aber ist er sich der Ambivalenz der sozialen Position dieser Schicht bewußt, die dazu führt, daß sie sich „entweder mit dem Imperialismus und den reaktionären Schichten im eigenen Land verbünden (kann), um sich selbst als Kleinbürgertum zu erhalten, oder (sie) kann sich mit den Arbeitern und Bauern verbünden, die ihrerseits die Macht an sich nehmen werden, um die Revolution zu machen“ (25 f.). Die nationalistische und revolutionäre Potenz des Kleinbürgertums ist also niemals a priori zu bestimmen, sondern muß durch die Untersuchung seiner Politik während des antikolonialen Kampfes und danach ermittelt werden. Da das Dilemma dieser Schicht in der Alternative besteht, „die Revolution zu verraten oder als Klasse Selbstmord zu begehen“ (59), ist eine positive Lösung an diesem Scheideweg von der Bewußtseinsentwicklung entscheidend abhängig; dies wiederum erklärt die Bedeutsamkeit einer ideologisch konsistenten Führung und Partei im Kampf gegen Kolonialismus und Neokolonialismus.

Vor- wie Nachwort sind von der rapiden Entwicklung Portugals und der erfolgten Unabhängigkeit Bissaus überholt worden. Dennoch muß die Behauptung des Herausgebers, daß „ein Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vom Weiterbestehen der wirtschaftlichen Ausbeutungsmöglichkeiten im südlichen Afrika und in den portugiesischen Kolonien . . . abhängig ist“ und eine Unabhängigkeit der Kolonien den Kontakt zwischen Südafrika und Europa u. U. unmöglich machen würde (10), als zu undifferenziert und pauschal bestritten werden. Zum einen unterschätzt sie in gefährlicher Weise die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus, zum anderen widerstreitet sie genau derjenigen Art von historisch konkreter Analyse, von der sich Cabral eine Unterstützung Afrikas durch die europäische Linke versprach (28 ff.). Reinhard Körner (Berlin/West)

Schulze, Willi: *Liberia. Länderkundliche Dominanten und regionale Strukturen.* Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1973 (397 S., br., 44,— DM).

Der Verfasser legt mit diesem Buch eine nicht nur für Geographen ergiebige Fundquelle vor. Er hat ausgezeichnetes statistisches Mate-

rial dargelegt, in wesentlichen Zügen die Geschichte Liberias referiert und zudem den Versuch gemacht, die Rückwirkungen der ökonomischen Entwicklung auf die Gesellschaftsstruktur zu betrachten.

In einem Abschnitt über die „liberianischen Rückwanderer (settlers)“, die sich zum größten Teil aus von der Sklaverei befreiten Negern aus den USA zusammensetzten, zeigt Schulze auf, daß die Staatsgründung Liberias ein Akt der Vereinigten Staaten war. Ohne amerikanische Hilfe — in Form von finanzieller und vor allem militärischer Unterstützung — hätte die Kolonisierung des Landes nicht stattfinden können. Umfangreiches Material belegt die Abhängigkeit der Rücksiedler von den USA.

Die Unterwerfung der Eingeborenenbevölkerung betrachtet Schulze aus einer auch noch heute weitverbreiteten Sicht. So spricht er bspw. davon, daß „eines der schwersten Massaker an den Kolonialisten“ (46) nicht verhütet werden konnte, führt jedoch nicht die militärischen Aggressionen der Kolonialisten gegen die dort sesshafte Bevölkerung und den Raub ihrer Ländereien durch ungleiche Verträge an. Weitere Formulierungen dieser Art finden sich: „die feindlichen Eingeborenen“ (54), „kriegerische Grebo“ (46). Auch vergißt Schulze nicht zu erwähnen, daß der 1971 verstorbene Präsident Tubman „unter seinen Vorfahren Verluste durch Eingeborenenkriege zu beklagen hatte“ (58). Dagegen werden andere Tatsachen übergangen bzw. verfälscht, vor allem in der Frage der „Integration und ethnischen Verschmelzung“ (56) der Rücksiedler (oder sogenannten Ameriko-Liberianer) mit der Eingeborenenbevölkerung. Zwar erfährt man, daß der Eingeborenenbevölkerung „längere Zeit hindurch ... das Wahlrecht strikt verweigert“ wurde (56), nicht angegeben wird jedoch, wie die „Ameriko-Liberianer“ mit brutalen Steuereinzahlungsmethoden in der Zeit von 1911—1925 die in der Subsistenzwirtschaft lebenden Völker in die moderne Geldwirtschaft preßten und so hervorragende Bedingungen für die Rekrutierung billiger Arbeitskräfte durch die Firestone Company schafften, die ab 1926 in Liberia die größten Plantagen der Welt errichtete. So fehlt auch die Charakterisierung der liberianischen Armee als Handlanger imperialistischer Interessen. Schulze begnügt sich mit der Darstellung der schließlichen Gewährung allgemeiner Wahlrechte — im Einparteienstaat — für die gesamte Bevölkerung, die seiner Meinung nach zwar noch nicht zum Ziel der „volle(n) Integration sozialer und politischer Art“ (59) geführt hat, aber offenbar auf dem besten Weg dahin ist. Selbst die Politik des Präsidenten King (1920—1930) wird als Integrationspolitik beschrieben. King betrieb jedoch Zwangsrekrutierung und Sklavenhandel von Eingeborenen nach Fernando Po in der Zeit vor 1929 — so jedenfalls urteilte eine Völkerbundskommission 1930. Kings „Integrationspolitik“ stand unter dem Zeichen der möglichst raschen und billigen Eingliederung von Arbeitskräften in die kapitalistische Produktionsweise und nicht unter dem der Gleichheit und Freiheit für die Eingeborenenvölker, wie Schulze sie darzustellen versucht.

Auf die dominierende Rolle des Eisenbergbaus für die Wirtschaft des Landes geht Schulze ausführlich ein. Er kennzeichnet im einzelnen die ausländischen Konzerne, die Herkunft ihres Kapitals und schlüsselt die Einkünfte der Regierung aus Profitbeteiligungen und Konzessionsgebühren auf; so wurden 1969/70 ca. 11 Tsd. liberianische und ausländische Arbeiter bei den vier großen Erzkonzernen beschäftigt, die damit ca. 10 % der gesamten Lohnempfänger Liberias ausmachten (90/91) und ca. 70 % des gesamten Exportwertes erarbeiten. Daten über die Beschäftigtenzahl, Sozial- und Lohnstruktur und Sozialeinrichtungen einzelner Konzerne sind angegeben. Ebenso ausführliches Material wird über die Kautschukwirtschaft geliefert, die sehr arbeitsintensiv ist und ca. 43 % der gesamten liberianischen Beschäftigten im Geldsektor umfaßt.

Wie in allen Teilen des Buches fehlen in der Darstellung der wirtschaftlichen Situation des Landes Analysen der besonderen Form der Unterentwicklung in Liberia. Die Expansion des Kautschuk- und Erzsektors wird nicht in Relation zu den durch die „open-door policy“ (Konzessionsverträge der liberianischen Regierung mit ausländischen Konzernen bei freiem Profittransfer, Steuererleichterungen, billige Arbeitskräfte, zahme Gewerkschaften usw.) entgangenen Entwicklungsmöglichkeiten gesehen. Die Rolle des Staates als Interessensvertretung der ausländischen Konzerne wird nicht beleuchtet. Liberia hat sich den Weltmarktbedingungen ausgeliefert, hat sehr geringen Einfluß auf die Exportpreise und Nachfrageschwankungen und besitzt keine eigene Währung, da es sich „freiwillig“ dem US-Dollar angeschlossen hat. Das alles klammert Schulze in seiner Darstellung aus. Er registriert — doch lange nicht alles —, fragt aber nicht nach den Ursachen.

Auch in seiner relativ ausführlichen Darstellung der bundesdeutschen Entwicklungshilfe gelangt Schulze nicht über Aufzählungen hinaus. Kenner der Problematik der öffentlichen Entwicklungshilfe werden jedoch reiches Material zur Charakterisierung dieser „Hilfe“ finden. Ein Beispiel: „Entsendung einer deutschen Forstmission zum Zwecke einer Inventur der Nationalforste“ (323). Diese Inventur wurde als zurückzuzahlende „Hilfe“ an den liberianischen Staat vergeben. Es entstand für Liberia daraus kaum Nutzen, denn bis heute existiert kein Sägewerk unter liberianischer Führung. Der gesamte Holzabbau wird von ausländischen Unternehmen betrieben, die den Staat an den Profiten beteiligen. Die Komplementarität von ausländischen Privatinvestitionen und öffentlicher Entwicklungshilfe ist in Liberia geradezu in Reinform anzutreffen.

Der kritische Leser wird seinen — auch theoretischen — Nutzen aus den Informationen des Buches ziehen, wenn der Autor selbst auch weit davon entfernt ist, auf seinem Material eine geschichts- und sozialwissenschaftliche Analyse aufzubauen.

Robert Kappel (Bremen)

Katholizismus in Lateinamerika. Verlag Wiener Institut für Entwicklungsfragen, Wien 1974 (68 S., br., 15,80 DM).

Vor einigen Jahren äußerte Fidel Castro, daß die Katholiken Lateinamerikas ein revolutionärer Faktor seien, der an Bedeutung gewinne, während Stagnation das Kennzeichen vieler lateinamerikanischer kommunistischer Parteien sei. In der vorliegenden Broschüre veröffentlicht das Wiener Institut Dokumente von revolutionären Christen, die eine wichtige Rolle im ideologischen Umgestaltungsprozeß spielen, weil sie sowohl dem „konservativen Traditionalismus“ des Rechtskatholizismus als auch der „gemäßigt-reformistischen Richtung“ in der Kirche eindeutig widersprechen. Dagegen stellen die Christen — „durch das persönliche Vorbild von Camilo Torres beeinflusst“ (67) —, die in marxistische Parteien und Bewegungen eintreten und mittels der Kirche eine Veränderung des Bewußtseins der Massen anstreben, einen wichtigen Partner für das Proletariat dar, wie die Bewegung „Christen für den Sozialismus“ insbesondere während der Regierung der Unidad Popular in Chile beweist.

Mögen die Äußerungen des brasilianischen Bischofs Dom Helder Camara Eindeutigkeit noch vermessen lassen, so am Beispiel der prinzipiellen Gewaltlosigkeit, so geht dagegen die Erklärung der brasilianischen Bischöfe des Nordostens vom 6. Mai 1973 zwar von einem theologisch begründeten Emanzipationsanspruch aus, spitzt sich aber auf eine Analyse der „Realität des Menschen im Nordosten“ zu. „Es ist unsere Pflicht als Hirten, über die menschlichen Probleme zu sprechen, deshalb auch über politische, wirtschaftliche und soziale Fragen, in dem Maße, in dem der Mensch im Spiel ist und Gott gefordert wird“ (9). Die Analyse beschäftigt sich mit Pro-Kopf-Einkommen, Arbeit, Ernährung, Wohnungsproblemen und Gesundheit. Für die Bischöfe ist die private Aneignung des Mehrwerts und die Reinvestition des Kapitals in anderen Regionen Ursache für die Situation des größten Elendsgebietes der westlichen Welt. Kritisiert wird hier auch die bisherige Bündnispolitik der Kirche mit der Oligarchie. „Wir haben keine Angst, auch auf dem religiösen Gebiet anzuerkennen, daß wir uns weit von der Perspektive Gottes entfernt haben, der Mensch geworden ist, um den Menschen das Maß aller Dinge werden zu lassen“ (15). Die Unterentwicklung des Nordostens bewirkt die Unterdrückung des Menschen, die ihrerseits das „Brasilianische Wunder“ entmythologisiert, das basierend auf Terror „die Förderung der Nichtbedürftigen zum Ergebnis hatte“ (23).

Die Erklärung „Bischöfe für den Sozialismus“ repräsentiert den gesamten peruanischen Episkopat. Erfolge des reformistischen Militärregimes werden anerkannt, trotzdem wollen sich die Bischöfe nicht als Teil des Systems mit ihrer Kirche sehen, vielmehr darauf achten, daß Menschlichkeit das Veränderungsziel sei. Dazu gehört der Aufruf zur Solidarität in der Arbeiterklasse. Über die politische Forderung nach mehr Demokratie kommen die Bischöfe zu einer

begründeten Ablehnung des Kapitalismus und fordern den Sozialismus. „Die Bischöfe lehnen allerdings gewisse historische Sozialismen ab wegen ihres Bürokratismus, ihres Totalitarismus oder wegen ihres militanten Atheismus“ (35).

„Nur durch die Erringung der wirtschaftlichen und politischen Macht kann die Klasse, die heute ausgebeutet wird, eine qualitativ andere Gesellschaft aufbauen, eine sozialistische Gesellschaft, in der es weder Unterdrücker noch Unterdrückte gibt, eine Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Möglichkeiten der Selbstverwirklichung besitzen“ (42), heißt es im Schlußdokument des Kongresses „Christen für den Sozialismus“, an dem 1972 in Santiago über 400 Christen teilnahmen. Der Aufruf zu solidarischem Kampf an der Seite der Ausgebeuteten wird durch eine klassenanalytische Darstellung der „lateinamerikanischen Wirklichkeit“ gestützt. „Durch die Botschaft des Evangeliums motiviert, gliedern sich Christen in proletarische Gruppen und Parteien ein, ohne mehr Rechte und Pflichten als jeder andere Revolutionär zu beanspruchen. Christen, die sich zum Sozialismus bekennen, sehen im nationalen und kontinentalen Proletariat die Avantgarde der Befreiungskämpfe in Lateinamerika“ (47). Sie halten es mit den Worten Che Guevaras: „Wenn die Christen es wagen, ein umfassendes revolutionäres Zeugnis abzulegen, wird die lateinamerikanische Revolution unbesieglar sein, weil die Christen bisher erlaubt haben, daß ihre Lehre von den Reaktionären als Werkzeug gebraucht wird“ (55).

Ekkehard Kurth (Berlin/West)

Heinrich, Brigitte, und Jürgen Roth: Partner Türkei oder Foltern für die Freiheit des Westens? Rowohlt Verlag, Reinbek 1973 (156 S., br., 3,80 DM).

Das vorliegende Buch ist eine Kampfschrift gegen den Terror in der Türkei, der auf die Machtübernahme der Generäle vom 12. 3. 1971 folgte. Es ist der „proletarisch-revolutionären Bewegung der Türkei und allen politischen Gefangenen“ (7) gewidmet. Es informiert im Zeitungsstil ausführlich über die Verfolgung von Sozialisten und Studenten in den Jahren 1971—72. Eine befriedigende Analyse der türkischen Innenpolitik und ihrer politischen und ökonomischen Beziehungen zum westlichen Bündnissystem zur Erklärung der Hintergründe des Militärputschs — siehe Buchtitel — leisten die Autoren nicht.

Fast ein Drittel des Buches nimmt das Kapitel über die „Entstehung und Expansion des Osmanischen Reiches“ ein, das jedoch kaum zur Erklärung der jüngsten politischen Entwicklung beiträgt. Die dort enthaltenen allgemeinen Informationen kann der Leser besser den zahlreichen Türkei-Monographien aus der Weimarer Zeit (Ernst Jäckh, Kurt Ziemke u. a.) entnehmen. Der Rest des Buches enthält

als Folge des Informationsmangels viele Fehleinschätzungen politischer Ereignisse. So haben die Autoren eine anscheinend einfache Erklärung für den ersten Militärputsch in der türkischen Geschichte: „Das Hauptanliegen der Putschisten vom Mai 1960 lag . . . nicht allein darin, ein korruptes System abzulösen, sondern in gleichem Umfang in der Sehnsucht der Bourgeoisie, die zivilen und militärischen Bürokraten wieder in ihre Regierungsmacht zurückzubringen“ (64). Die Putschisten hatten in Wirklichkeit keine gemeinsame gesellschaftliche Basis — wie unterstellt —, weil sie politisch sehr heterogene Ziele verfolgten und ihre einzige Gemeinsamkeit in ihrer Frontstellung gegen die Menderes-Regierung lag. Von den Verfassern werden sie als eine „Gruppe von fortschrittlichen kemalistischen Armeeoffizieren“ (64) bezeichnet, in Unkenntnis der Tatsache, daß Oberst Türkeş, der Vorsitzende der hier als „militant-reaktionär“ bezeichneten „Nationalen Aktionspartei“ (bessere Übersetzung: Partei der nationalen Bewegung), der informelle Führer dieser Gruppe war.

Unklar bleiben auch die Hintergründe des zweiten Militärputschs vom 12. März 1971. Sehr ausführlich berichten die Autoren über die Stärkung der demokratischen und sozialistischen Kräfte in den 60er Jahren. Unerwähnt bleibt jedoch die Spaltung der türkischen Linken in die „sozialistische Strategie“, die unter der Führung der Arbeiterpartei (TIP) einen linksreformistischen Kurs verfolgte und in die „proletarisch-revolutionäre Bewegung“, die eine Volkskriegstrategie der pro-maoistischen Studentengruppierungen vertrat. Diese zwei Hauptströmungen der Linken bekämpften sich gegenseitig und isolierten sich von der Arbeiterschaft, was erklärt, daß sie ohne ernsthaften Widerstand von den neuen Machthabern unterdrückt werden konnten. Im Buch ist jedoch nur von der letztgenannten Fraktion die Rede, der die gesamte türkische Linke pauschal zugeordnet wird. Diese unterstellte Einheit (die Autoren preisen seitenlang die großen Erfolge von Land- und Fabrikbesetzungen usw.) läßt den Leser fragen, wie es denn zu der reibungslosen Durchführung der Machtübernahme der Generäle kommen konnte. Über die von den Generälen geplanten Wahlen von 1973 schreiben die Autoren: Auch „dann, wenn, was nicht zu erwarten ist, 1973 allgemeine Wahlen stattfinden, (werden) diese an der jetzigen politischen Situation, an dem Terror und der Unterdrückung nichts ändern“ (147). Diese Wahlen fanden jedoch statt, und die Regierung Ecevit hat eine allgemeine Amnestie erlassen. Inzwischen wurden fünf legale sozialistische Parteien gegründet. Für eine solche Entwicklung ist kein Erklärungsansatz zu finden.

Seine Verbreitung — inzwischen vergriffen — verdankt dieses Buch seiner Rarität: Es ist das einzige im deutschsprachigen Raum, das auf die Ereignisse von 1971 folgte. Das bleibt zugleich einziges Verdienst der Autoren: „Das Schweigen und das Verschweigen der sich liberal und demokratisch gebärdenden bundesrepublikanischen Öffentlichkeit über die Militärdiktatur Türkei wird mit diesem Buch durchbrochen werden“ (10 f.). Sefik Alp Bahadır (Berlin/West)

Jura

Hassemer, Winfried: *Theorie und Soziologie des Verbrechens*. Ansätze zu einer praxisorientierten Rechtsgutslehre. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1973 (268 S., br., 14,80 DM).

Hassemer, Professor für Rechtstheorie, Rechtssoziologie und Strafrecht, versucht in dem vorgelegten Werk „Leitlinien einer Kriminalpolitik und ein Verständnis vom strafrechtlichen Rechtsgut zu erarbeiten, das auf die Fundierung strafrechtlicher Verhaltensnormen in gesellschaftlichen Kriminalisierungsfaktoren achtet“ (9). Zu diesem Zwecke stellt er in der ersten Hälfte seines Buches eine kategoriale Systematik der Rechtsgutslehren dar, die im wesentlichen bisherige Theorien vom Rechtsgut unter dem Aspekt der Systemimmanenz bzw. -transzendenz und dem der Rechtsgutsträgerschaft beleuchtet. Während systemimmanente Rechtsgutskonzepte den „Begriff des Rechtsguts als die schlichte Summe der im StGB formulierten Schutzobjekte“ (19) fassen und vorwiegend ein systematisches Interesse haben, zielen systemtranszendente Konzepte ab auf eine kritische Analyse der „Wahl der Schutzobjekte durch das materielle Strafrecht“ (19). Hassemers spezifisches Interesse besteht nun in der Klärung der Frage, welche Faktoren diese Wahl der Schutzobjekte durch den Gesetzgeber einer Gesellschaft und die damit gegebene Kriminalisierung menschlichen Verhaltens bestimmen: „Eine (biologisch-) soziologische Erforschung der Delinquenz ist so lange unkritisch, erreicht so lange nicht die in einer Gesellschaft wirksamen Delinquenzbedingungen, als nicht der Frage, warum Menschen Verbrechen begehen, die Frage vorausgeht, warum Menschen Handeln als Verbrechen bestimmen“ (40). Sowohl den bisherigen Theorien vom Rechtsgut als auch den soziologischen Theorien abweichenden Verhaltens wirft er vor, diese Frage nicht gestellt zu haben.

Doch welche Antwort gibt er selbst? Der Autor unterscheidet drei wesentliche Momente, deren Auftreten notwendig zur strafrechtlichen Fixierung eines Rechtsguts führt: a) die Häufigkeit abweichenden Verhaltens, b) die Intensität des Bedürfnisses nach den durch abweichendes Verhalten verletzten oder gefährdeten Gütern („Bedarfsintensität“) und c) die Verletzung der normativen gesellschaftlichen Verständigung. Nun ist es gewiß keine Neuigkeit, daß Gesellschaften abweichendes Verhalten oft erst dann sanktionieren, wenn es mit einer gewissen Häufigkeit (die im einzelnen schwer zu quantifizieren ist) auftritt, oder daß sie seltene Güter besonders intensiv schützen. Desgleichen ist der Schutz gesellschaftlicher Normen durch das Strafrecht ein bekanntes Phänomen. Doch eine Rarität unter nichtmarxistischen Rechtsguttheoretikern ist die Anerkennung der Tatsache der Abhängigkeit der Rechtsgutsbildung vom Stand der gesellschaftlichen Entwicklung: „Es gibt keine übergeschichtlichen

Rechtsgüter, und es gibt keine Funktionsbeziehungen zwischen Rechtsgütern, die dem geschichtlichen Wandel und der Beeinflussung durch eine sich wandelnde Gesellschaft nicht unterworfen wären“ (227 f.). Den Einwand, daß es überhistorische Rechtsgüter (z. B. das menschliche Leben, Gesundheit, Freiheit) in allen Gesellschaften gebe, weist er als abstrakt zurück, da sich nachweisen lasse, daß diese Rechtsgüter nicht in allen Gesellschaften auf gleiche Weise geschützt werden.

Am Beispiel des Rechtsguts „Eigentum“ führt er aus, daß dieses zwar einen übergeschichtlichen Kern aufweise, insofern es die „Möglichkeit der Nutzung von lebensnotwendigen Sachen“ (234) bezeichne, doch er fügt an, daß dieser Eigentumsbegriff keine bestimmte Verteilung des Eigentums präjudiziere: „Warum der Mensch, um sich zu verwirklichen, das Recht haben muß, andere für immer nach seinem Willen von der Nutzung bestimmter — nämlich in seinem Eigentum befindlicher — Sachen auszuschließen, ist zuerst einmal nicht einzusehen. Bedingung personaler Selbstverwirklichung könnte ebenso eine ‚Nutzungsordnung‘ sein, die sicherstellt, daß die vorhandenen Gegenstände zeitweise oder wechselweise nach individuellem Bedarf genutzt werden“ (236). Die Anerkennung der gegenwärtigen Eigentumsordnung durch das Strafrecht (der BRD) beruhe auf einer Wert-erfahrung, die, „wie jede normative gesellschaftliche Verständigung auf gesellschaftlichen Voraussetzungen, hier auf der Wirtschaftsordnung des Privateigentums“ (236) basiert. — Zugleich wird jedoch das formale Denken des Verfassers deutlich, das der Frage nach der historischen Berechtigung der kapitalistischen Produktionsweise aus dem Weg geht.

Gerd Ziob (Berlin/West)

Röhler, Waldemar: Die Arbeitszeit. Arbeitszeitregelungen für Arbeitnehmer unter Einschluß der gleitenden Arbeitszeit. Erich Schmidt Verlag, Freiburg i. Br. 1973 (352 S., br., 34,— DM).

Die Verankerung des Buches von Röhler über „Die Arbeitszeit“ in den Grenzen der herrschenden bürgerlichen Arbeitsrechtslehre wird durch zwei Zitate charakterisiert: Es „wird . . . bewußt auf eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den divergierenden Meinungen verzichtet“ (5) und „. . . im Arbeitsleben gilt als selbstverständlich, daß der in einen Betrieb eintretende Arbeitnehmer die allgemein geltende Art des Betriebsablaufs, in den er eintritt, hinzunehmen hat“ (26). Damit hat sich der Autor zwei ideologische Säulen gesetzt, zwischen denen er nicht mehr genug Platz hat, die herrschenden Rechtfertigungslehren kritisch anzugehen, sich mit der sozialen und allgemeinpolitischen Bedeutung der Arbeitszeit-Normen auseinanderzusetzen oder die Erfahrungen der täglichen Praxis zu bewerten.

Innerhalb dieses Rahmens findet der Autor jedoch zu einem beachtenswert ausgewogenen Standpunkt, der sich klar abhebt von der

hundertprozentigen Unternehmertreue gewisser schon in der Zeit des Faschismus tätiger Arbeitsrechtslehrer. Diese Haltung zeigt sich zum Beispiel an der Frage, ob die Arbeitsvorbereitung bereits zur Arbeitszeit gehört — einer Frage, die einem Teil der Literatur Anlaß zu Spitzfindigkeiten bietet. So soll etwa das Aufräumen des Arbeitsplatzes dazugehören, die persönliche Vorbereitung wie Umkleiden etc. aber nicht. Röhler vertritt den Standpunkt, daß grundsätzlich alles zu Arbeitszeit gehört, was nach betrieblicher Übung und konkreter Vereinbarung dazugerechnet wird.

In der Frage der Mitbestimmung tritt Röhler der abseitigen Auffassung entgegen, „Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit“, über die der Betriebsrat nach § 87 Abs. 1 Nr. 2 Betriebsverfassungsgesetz mitbestimmt, seien etwas anderes als die „Dauer der täglichen Arbeitszeit“, über die der Betriebsrat dann kein Mitbestimmungsrecht haben soll. Röhler vertritt demgegenüber die allein dem Betriebsverfassungsgesetz entsprechende volle Mitbestimmung des Betriebsrats in allen Fragen der Arbeitszeit.

Gemessen am Selbstverständnis einer „Orientierungshilfe“ (5) ohne wissenschaftliche Auseinandersetzung ist das Buch vollständig, d. h. es behandelt praktisch alle mit der Arbeitszeit zusammenhängenden Probleme, soweit sie juristisch erfaßt sind. Daß dies zur Bewältigung der Praxis allerdings zu wenig ist, zeigt sich an verschiedenen Stellen, etwa bei der Vier-Tage-Woche, die lediglich in einer Fußnote als zulässig erwähnt wird. Hier wären Ausführungen zu den bisherigen Erfahrungen und zu den Rechtsauffassungen von Gewerkschaften und Unternehmern notwendig gewesen. Auch hätte die Problematik der „Erholungszeiten“ bei Akkord- und Fließbandarbeiten, die in den Tarifauseinandersetzungen eine gewisse Rolle spielen, erwähnt werden müssen.

Zusammen mit dem Kommentar von Denecke-Neumann zur Arbeitszeitordnung entspricht das Buch dem Stand von Anfang 1973, dem derzeit aktuellsten in der Spezialliteratur zum Arbeitszeitrecht. Der Anhang enthält die wichtigsten Vorschriften des Arbeitszeitrechts, ist aber weniger vollständig als bei Denecke-Neumann.

Hans Olbert (Bremen)

Heilbronner, Robert L., u. a.: Im Namen des Profits oder Fahrlässigkeit als Unternehmensprinzip. Berichte zur Wirtschaftskriminalität in den USA. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1973 (196 S., br., 4,80 DM).

Während in den sozialistischen Staaten Wirtschaftskriminalität mit schweren Strafen belegt wird, geraten bei uns „White collar“-Straftäter eher in die Sympathiezone cleverer und findiger Geschäftsleute; ihre Verstöße gegen bestehende Gesetze werden zu meist lediglich als Kavaliersdelikte gewertet, wenn nicht sogar als

Zeichen kapitalistischer Tüchtigkeit. Das Fehlen eines Wirtschaftsstrafgesetzbuches und einer Kriminalstatistik für Wirtschaftsstrafsachen in der Bundesrepublik ist nur ein weiteres Indiz. Während in der BRD bislang aber auch kaum sich auf konkrete Beispiele stützende Publikationen über Wirtschaftsverbrechen erschienen sind, ist dieses Problem in den USA schon häufiger Gegenstand wissenschaftlicher und journalistischer Arbeiten gewesen. Ein Beispiel dafür ist der vorliegende Band, in dem von sechs amerikanischen Journalisten exemplarisch einige aufsehenerregende, wahrscheinlich nur die Spitze eines Eisbergs darstellende Fälle von Wirtschaftskriminalität in den USA zusammengetragen worden sind.

Sie stehen alle unter dem Leitwort des Aufsichtsratsvorsitzenden James M. Roche von General Motors: „Geplante Kurzlebigkeit ist meiner Meinung nach ein anderes Wort für Fortschritt“ (28).

Diesem Fortschritt wollte General Motors beispielsweise lange Zeit durch Materialverschlechterung und bewußt eingeplante Konstruktionsmängel beim Bau seiner Schulbusse dienen (29—46). Auch als sich die Unfälle und Reparaturen häuften, waren die Detroitter Automanager einzig um die Vertuschung der Fehlerquellen bemüht und weigerten sich strikt, den das Leben von Schulkindern permanent gefährdenden Bus aus dem Verkehr zu ziehen. Der linksliberale New Yorker Wirtschaftswissenschaftler Robert L. Heilbronner schockt gewiß viele seiner bürgerlichen Kollegen mit der These, daß es sich „bei den Begebenheiten in diesem Buch um Greuelthaten wie in *My Lai* handelt“ (157). Daß diese „Greuelthaten“ dem Schoße der kapitalistischen Ordnung entspringen und nur auf extreme Weise die inhumane Logik eines ökonomischen Systems widerspiegeln, lassen gleichfalls weitere Beispiele in dem Band deutlich erkennen. So verheimlicht der Goodrich-Konzern — einzig um den termingebundenen Auftrag einer US-Fluggesellschaft nicht zu verlieren —, daß eine seiner Flugzeugbremsen eine glatte Fehlkonstruktion war. Auf Anordnung der Konzernleitung wurden von den um ihre Arbeitsplätze bangenden Ingenieuren mehrere Tests gefälscht, die klar ergeben hatten, daß die von Goodrich konstruierte Vierscheibenbremse viel zu klein war. Eine Neukonstruktion wurde jedoch aus Zeitgründen nicht mehr in Angriff genommen und die defekte Bremse einschließlich aller gefälschten Testbögen kurzerhand an die Fluggesellschaft ausgeliefert. Wie nicht anders zu erwarten war, verursachte die Bremse schon bei den ersten Flugversuchen eine Reihe von — allerdings relativ glimpflich verlaufenen — Unfällen (10—27). Aufnahme in den Band haben u.a. auch die weltweit Proteste auslösenden Napalmgeschäfte von Dow Chemical gefunden, dessen Management die Produktion dieser grauenvollen Terrorwaffe jahrelang mit dem zynischen Argument verteidigte: „*Der einfache Bürgersinn* verlangt von uns, daß wir unsere Regierung und unser Militär mit den Produkten beliefern, die sie brauchen . . .“ (102, Hervorhebung N. S.). Es ist fast überflüssig, zu sagen,

daß die nachgewiesenermaßen kriminellen Handlungen dieser drei genannten Konzernleitungen bis heute von keinem Gericht der USA mit angemessenen Strafen belegt wurden.

In einem zweiten Teil des Taschenbuches legt sich Heilbronner die Frage vor, „wie die Macht der Konzerne zurückzudrängen ist und die Firmenangestellten zur Verantwortung gezogen werden können“ (165). Eine ernsthafte antikapitalistische Perspektive wird jedoch nicht sichtbar. Reale sozialistische Alternativen werden von ihm mit der saloppen Behauptung ignoriert, auch in den sozialistischen Staaten würden die Unternehmen gewinnorientiert arbeiten und sich jeder wirksamen Kontrolle entziehen (182). Die Arbeiterklasse seines eigenen Landes ist dem Herrn Professor aus New York gleichfalls nicht geheuer, denn er zeigt sich sehr „beeindruckt“ von den Thesen amerikanischer Politologen, nach denen die Arbeiter tatsächlich wirtschaftlich überhaupt nicht mitbestimmen wollen, „ihre Mitbestimmungsenergien gehören ihren Familien, ihren lokalen Interessen und ihren politischen Mitgliedschaften außerhalb des Betriebes“ (183). An der Welt und der für Heilbronner ewigen Gewinnsüchtigkeit ihrer Menschen verzweifelnd, schrumpft der eingangs angedeutete Reformimpetus letztlich zu der phrasenhaften Forderung nach „Umweltkontrolle und einer bescheidenen Achtung der Verbraucherinteressen“ zusammen (181). — Dies Buch mit seinen sorgfältig recherchierten und zum Teil packenden Reportagen hätte fürwahr einen besseren theoretischen Teil verdient.

Norbert Steinborn (Berlin/West)

Ökonomie

Fizel, Henryk: Einführung in die Theorie der Planwirtschaft. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1973 (304 S., Ln., 59,— DM; br., 49,— DM).

Mit dem Titel, der vom 1970 geschriebenen polnischen Original übernommen wurde, erhebt Fizel den Anspruch, den Unwissenden mit der Wissenschaft der Planwirtschaft vertraut zu machen. In Wirklichkeit stellt er lediglich eine Anzahl mathematisch formulierter *Optimierungsverfahren* bereit, die auf bestimmte ökonomische Probleme anwendbar sind, ab und zu mit einem Kommentar versehen, der Anwendung oder fehlende Anwendung der entsprechenden Modelle in der sozialistischen Wirtschaftspraxis kritisiert.

Dem *Sozialwissenschaftler*, der vom Text Einführung in Probleme und Funktionsweise der Planwirtschaft hofft, wird nicht geholfen. *Erstens* setzt der Text einen restriktiven, traditionell neoklassischen Ökonomiebegriff voraus, der Wirtschaften als das Haushalten mit knappen Ressourcen alternativer Verwendungsmöglichkeiten be-

schreibt. „Wirtschaftlich“ wird im Text immer synonym gebraucht mit der „Minimierung der Knappheit“ und nicht mit der Maximierung des gesellschaftlichen Reichtums. *Zweitens* führt das starre Ökonomiepostulat zur begrifflichen Verselbständigung der wirtschaftlichen Entscheidungsebene gegenüber anderen gesellschaftlichen Entscheidungssphären. Gerade das, was eine *Einführung* leisten müßte, nämlich die Aufklärung der komplizierten Wechselwirkung von politischen, sozialen und ökonomischen Entscheidungen im *Planungsprozeß* wird damit von vornherein unmöglich. *Drittens* ist der Text geeignet, Vorurteile zu bestätigen, insbesondere das Märchen von der guten großen Rechenmaschine, die im Sozialismus die Planungsprobleme schon lösen wird. *Experten* der Planwirtschaft nützt der Text vermutlich auch nicht viel. Zu erwähnen bleibt der Abschnitt zur optimalen Verteilung der Investitionsmittel, der das Problem der Iteration zwischen den Entscheidungen der Subsysteme (Betriebe oder Abteilungen) und der Zentrale aufnimmt, ferner das Kapitel zur Programmierung der Produktion, das im Modell der Verflechtungsbilanz (Leontiefs Input-Output-Analyse) versucht, die (herkömmlicherweise konstant gehaltenen) technischen Koeffizienten selbst einer Wahl alternativer Technologien zu unterziehen. Für den *Studenten* ist der Text unbrauchbar, da er den begrifflichen Apparat, „das Instrumentarium“ als bekannt voraussetzt. Dem *Fachmann der Operationsforschung* (der Wissenschaft von der Anwendung formalisierter Entscheidungskalküle) bringt der Text vermutlich nichts Neues; aber auch als Handbuch ist er nicht brauchbar, da nicht entsprechend systematisiert.

Michael Masuch (Amsterdam)

Zauberman, Alfred: *The Mathematical Revolution in Soviet Economics.* Oxford University Press, London 1975 (XIV, 62 S., geb., ca. 18,— DM).

Die Klassiker des Marxismus haben sich über die künftige sozialistische Gesellschaft sehr vorsichtig geäußert. Eine Theorie der Planung stand der jungen Sowjetmacht nicht zur Verfügung und mußte erst entwickelt werden. Zunächst schien es so, als ob dabei der Mathematik eine große Rolle zukommen würde, doch gegen 1930 verbannte man sie aus der Ökonomie. Zauberman vermutet, die Verbannung sei erfolgt, um die Widersprüchlichkeit politischer Entscheidungen nicht offenbar werden zu lassen (6). Die Abwendung von den mathematischen Methoden war so scharf, daß 1939 die bahnbrechende Arbeit zur linearen Optimierung des sowjetischen Ökonomen Kantorovich unbeachtet blieb und erst 20 Jahre später auf dem Umweg über die USA in der Sowjetunion heimisch wurde (17). In der Praxis war das System der materiellen Bilanzen das Hauptwerkzeug der Planung. Eine materielle Bilanz ist die Gegenüberstellung von Einsätzen und Ausstößen eines bestimmten Gutes in physischen Mengen. Die verschiedenen materiellen Bilanzen waren anfänglich nicht aufeinander abge-

stimmt (7). Die theoretische Möglichkeit hierzu ergab sich mit der Einführung der Input-Output-Analyse durch Wassily Leontiew, einem Russen, der in den 20er Jahren in Moskau gearbeitet hatte und später die amerikanische Staatsbürgerschaft erwarb. Auch diese Methode mußte bis in die 50er Jahre warten, um in der Sowjetunion zur Anwendung zu gelangen. Mittlerweile waren bereits die ersten elektronischen Rechenanlagen gebaut worden. Die mathematische Revolution, wie Zauberman sie nennt, war nun auch in der SU nicht mehr aufzuhalten: um 1960 werden die Widerstände gegen die Mathematisierung der Ökonomie zurückgedrängt. Es entfaltet sich eine intensive wirtschaftstheoretische Arbeit unter Heranziehung komplizierter mathematischer Methoden.

Das Buch berichtet nicht nur über die Geschichte der Anwendung der Mathematik in der sowjetischen Theorie und Praxis der Planung, es gibt auch eine Übersicht über die Modelle und Verfahren, die den Ertrag der mathematischen „Revolution“ ausmachen. Die Ausführungen sind nur verbal und angeblich auch für den Laien gedacht. Sie sind allerdings so kurz und gedrängt, daß man rätseln muß, wenn man nicht einiges Vorwissen hat. Gestreift werden u. a. folgende Problemkreise: dynamische Input-Output-Analyse; Maximierung einer Zielfunktion unter Nebenbedingungen; Probleme des zeitlichen Planungshorizonts; die Volkswirtschaft als ein kybernetisches System; Verzögerungen bei der Erfassung und Bearbeitung empirischer Daten.

Gianfranco Accardo (Berlin/West)

Pokrytan, A. K.: Produktionsverhältnisse und ökonomische Gesetze des Sozialismus. Eine methodische Studie zur Analyse und zur Theorie. Akademie Verlag, Berlin/DDR 1973 (294 S., br., 7,50 M).

Die zwei Jahre nach der sowjetischen Erstausgabe erschienene Übersetzung verändert die Diskussion einer ‚Methodologie der politischen Ökonomie des Sozialismus‘ nachhaltig, die ‚in den Kinderschuhen steckt‘, wie W. Schließer in seiner achtseitigen Rezension Pokrytans selbstkritisch anmerkt (Wirtschaftswissenschaft 8/73). Bekanntlich folgt in der Marxschen Theorie der Sozialismus als Gesellschaftsformation auf den Kapitalismus; eine Theorie der ökonomischen Struktur des Sozialismus hätte anzuzeigen, welche veränderten Gesetze wirksam geworden sind, wenn die Trennung von Produzenten und Produktionsmittel aufgehoben ist. Indirekt läßt eine Theorie der ökonomischen Gesetze des Sozialismus auf die Elemente im Kapitalismus schließen, die *materiell* den Sozialismus vorbereiten. Pokrytan versteht es, diesen Zusammenhang der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie und der zu schaffenden ‚Politischen Ökonomie des Sozialismus‘ einsichtig zu machen. Am Beispiel der Eigentums-Problematik — „ob man den ökonomischen Inhalt des Eigen-

tums als selbständiges Element . . . ansehen kann, oder aber ob das Eigentum seinem ökonomischen Inhalt nach nichts anderes darstellt als die Gesamtheit der ökonomischen Beziehungen . . ." (18) — demonstriert Pokrytan die Notwendigkeit eines methodologischen Vorgehens, das bewußt dialektisch verfährt, prozeßhaft, nicht dinglich. Der mit methodischen Fragen unvertraute Leser wird von den Überlegungen zu Theorie/Praxis, Wesen/Erscheinung, abstrakt/konkret und zum Verhältnis logisch/historisch profitieren.

Die grundlegende These Pokrytans ist aus einer intensiven Lektüre des ‚Kapitals‘ gewonnen: „Die unmittelbare gesellschaftliche Form und die Wertform sind . . . unvereinbare Gegensätze“ (62). Die Beweisführung rekonstruiert den historischen Verlauf des Kapitalismus unter dem Aspekt einer zunehmenden Vergesellschaftung, die materiell sich in der Großproduktion realisiert. Werden Faktoren wie die Ökonomie des fixen Kapitals, die Verwissenschaftlichung der Produktion, die Funktion des Finanzkapitals einbezogen, so wird sichtbar, daß bereits in der Entwicklung des Kapitalverhältnisses die absolute Herrschaft der Wertform brüchig wird: die Regulierung der Produktion über den Markt wird untergraben, Planung, wenn auch in kapitalistischer Weise, nötig.

Das Entstehen von Elementen einer Gesellschaftsformation in einer anderen, vorhergehenden, wird in der Ausdifferenzierung des Begriffes ‚Produktionsverhältnis‘ theoretisch reflektiert, wenn Pokrytan zwischen *Ausgangsproduktionsverhältnis* (APV), *grundlegendem Produktionsverhältnis* (GPV) und der *Grundkategorie* des Produktionsverhältnisses (GKPV) unterscheidet. Die Fruchtbarkeit dieses heuristischen Modells wird Streitbar, oft polemisch anhand zweier Gesellschaftsformationen erprobt:

a) Kapitalismus: APV ist die Warenform des Produkts, die zeitlich weit vor dem Kapitalismus entstanden ist (86); GPV ist das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, das auf Privateigentum an Produktionsmitteln und an ‚freier‘ Arbeitskraft gründet (99); GKPV ist die Kategorie des ‚Mehrwerts‘ (102).

b) Sozialismus/Kommunismus: APV ist der unmittelbar gesellschaftliche Zusammenhang der Produktion, „d. h. unmittelbar gesellschaftliche Charakter der Arbeitstätigkeit“ (95); GPV ist die „unmittelbare Zusammenarbeit als Methode (Form) zur Verwirklichung der vollen ökonomischen Gleichheit“ (107); GKPV ist die Kategorie des Nettoprodukts (113).

Eine Hauptschwierigkeit liegt darin, daß die Abstraktionsebenen des Modells nicht unmittelbar erkennbar sind, weniger weil dies prinzipiell für gesellschaftliche Gesetze gilt, sondern weil im Sozialismus noch nicht die Gesetze der *gesamten* Formation Sozialismus/Kommunismus wirken. Im Sozialismus bestehen ökonomische Beziehungen, die über die *Ergebnisse* der Arbeit, nicht direkt über

die Tätigkeiten des Arbeiters, vermittelt werden; Ergebnisse in Sachform, in fremder, indirekter Form, kurz in der Form des gesellschaftlichen Zusammenhangs, der über die Warenform vermittelt ist. „Das ist schon keine Waren- oder Wertbeziehung mehr, aber auch noch keine vollentwickelte unmittelbar gesellschaftliche Beziehung“ (126). Die Gesetze der Ökonomie der entwickelten kommunistischen Formation drücken sich „im Sozialismus unvollständig und begrenzt“ (128) aus. Grundzug der Gesetzes-Formulierung bleibt die Frage nach der Proportionalität der Verteilung gesellschaftlicher Arbeit. Sie erst erlaubt die Herausarbeitung der formationsspezifischen Gesetze. Pokrytan thematisiert die Leistung des Marxschen Proportionalitätstheorems, das es ermöglicht, den einheitlichen Prozeß Mensch/Natur zu erfassen. Erst danach wird die Besonderheit des Gegensatzes von unmittelbarer und mittelbarer Herstellung des gesellschaftlichen Zusammenhangs herausgeschält. Vereinfacht: Vergesellschaftung über Arbeit oder über Tausch.

„In der Ausdrucksform des Wertes wird die Herrschaft des Allgemeinen über das Einzelne fixiert“ (160). Diese Feststellung verbietet die Anerkennung eines ‚sozialistischen Typs von Warenproduktion‘, sie zwingt aber nicht zur antinomischen Vorstellung N. A. Cagolovs, der Warenproduktion und Sozialismus für unvereinbar hält (vgl. 168, 177). Beide Auffassungen entspringen einem „abstrakt theoretischen Herangehen an die Wirklichkeit“ (179) bzw. „apriorischen Vorstellungen über den Sozialismus“ (42). Pokrytans Vorschlag einer dialektischen Methodologie vermag die Strukturveränderungen der sozialistischen Gesellschaften zu erhellen, weil er die Kontinuität mit der früheren kapitalistischen Gesellschaft sorgsam herausstreicht. Seine Perspektive ist die entfaltete kommunistische Gesellschaftsformation, der Sozialismus wird als Übergangsgesellschaft begriffen, die allerdings *die* Elemente des Kapitalismus bewahrt, die bereits unvereinbar mit der privatkapitalistischen Hülle sind. Es verwundert nicht, daß Pokrytans Arbeiten in der BRD nicht wahrgenommen werden, auch und gerade nicht von den Kritikern, die Warenproduktion und Sozialismus für unverträglich halten, ihre ‚Originalität‘ wäre schlagartig verdunstet.

Die Rezension erörtert den gewichtigen Teil 2 des Buches nicht, weil beispielsweise die Annahme des ‚Nettoprodukts‘ als Grundkategorie des kommunistischen Produktionsverhältnisses hierzulande von Experten allein beurteilt werden kann. Für uns zentral ist Pokrytans Gedanke: Der Sozialismus ist ökonomisch „eine Zusammenfassung von Elementen der Warenproduktion und der unmittelbar gesellschaftlichen Produktion; er ist aber gleichzeitig weder Warenproduktion noch unmittelbar gesellschaftliche Produktion. Das ist eine Warenproduktion, die aufhört, Warenproduktion zu sein, d. h. die schwindende Warenproduktion ist. Gleichzeitig ist es unmittelbar gesellschaftliche Produktion, die sich im Zustand ihres Werdens befindet“ (189).

Manfred Lauer mann (Hannover)

Mathematik und Naturwissenschaften

Wittgenstein, Ludwig: Bemerkungen über die Grundlagen der Mathematik. Herausgegeben von G. E. M. Anscombe, R. Rhees und G. H. von Wright. Revidierte und erweiterte Ausgabe. Schriften 6. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1974 (446 S., geb., 58,— DM).

Der Band ist eine Auswahl aus Schriften Wittgensteins, die größtenteils auf die Jahre 1937—1944 zurückgehen und — in einer engeren Auswahl — erstmalig 1956 veröffentlicht wurden. Ihre Aufnahme war recht zurückhaltend, und es ist nicht anzunehmen, daß sich daran etwas ändern wird. Dies hat seine Gründe: Die „Bemerkungen“ sind wirklich lose Bemerkungen. Durchgehende Ausführungen sucht man vergebens. Der Text ist eine lange Folge kurzer Abschnitte ohne Überschriften. Man findet kaum Antworten auf angeschnittene Fragen, und das scheint sogar gewollt zu sein: „In der Philosophie ist es immer gut, statt einer Beantwortung einer Frage eine *Frage* zu setzen“ (147). Viele der Fragen, die anstelle positiver Äußerungen die Entfaltung eines Gedankenganges darstellen sollen, sind nichts als Abschweifungen (dabei ist mildernd zu berücksichtigen, daß hier Rohmaterial vorliegt). Selbst die Hauptthemen sind nur schwer zu erkennen, werden jedenfalls nicht systematisch untersucht. Solche Themen sind das Unendliche, konstruktive Verfahren, die Einstellung zum Widerspruch.

Über die unendlichen Mengen fehlt dem Verfasser selbst elementares Wissen: Belege etwa auf S. 264, 272, 289. So türmen Zwerge Goldmünzen auf, eine auf der anderen, so viele, wie es Kardinalzahlen gibt. Was wäre dann . . . ? Nichts wäre dann. Und nicht deswegen, weil die Physiker der Meinung sind, das Aktuell-Unendliche gäbe es nicht, sondern schon, weil die Kardinalzahlen nicht abzählbar sind. Die Herausgeber hätten Wittgenstein einen Dienst erwiesen, wenn sie diesen Teil der Manuskripte im Archiv hätten ruhen lassen.

Bei der Betrachtung konstruktiver Verfahren steht Cantors Diagonalverfahren zum Beweis der Überabzählbarkeit der reellen Zahlen stark im Vordergrund. Üblicherweise wird dieser Beweis nicht als konstruktiv angesehen, denn er konstruiert nichts als einen Widerspruch. So liegt die Frage nach dem Gegensatz konstruktiver und nicht-konstruktiver Verfahren von vornherein schief. Aber Wittgenstein hat auch deswegen nichts dazu zu sagen, weil er den Aufbau des Zahlensystems im Auge hat und mit seiner Überraschung befaßt ist, daß die reellen Zahlen Eigenschaften haben, die die natürlichen und die rationalen Zahlen nicht haben. Er ist z. B. geradezu davon fasziniert, auf der Diagonale einer Tabelle reeller Zahlen eine reelle Zahl ausfindig machen zu können, die in der Tabelle nicht vorkommt. Und konstruieren kann er immer auch eine reelle Zahl, die zwischen

zwei vorgegebenen liegt. Demnach liegen zwischen je zwei unendlich viele. Das wurmt den Verfasser sehr, aber wo ist das Problem außer in seiner nicht abklingenden Überraschung? Später wendet er sich seitenlang (307 ff.) dem euklidischen Beweis zu, daß es keine größte Primzahl gibt. Wie stünde es bloß mit der Mathematik, wäre dieser Beweis nicht konstruktiv? Die Frage ist außerordentlich schwer zu beantworten. Der Beweis ist nämlich *nicht* konstruktiv: weder Euklid noch sonst ein Mathematiker haben je behauptet, daß $p! + 1$ eine Primzahl ist, falls p eine Primzahl ist.

Am stärksten ist Wittgenstein auf die Rolle des Widerspruchs in einem Beweis bzw. auf den Widerspruch als Ablehnung eines bewiesenen Ergebnisses aufmerksam geworden: „Mein Ziel ist es, die *Einstellung* zum Widerspruch und zum Beweis der Widerspruchsfreiheit zu ändern“ (213). Widerspruch heißt hier gleichzeitiges Aufrechterhalten einer Behauptung und ihrer Verneinung. Der Verfasser verkennt nicht, daß aus A und $\text{non-}A$ jedes beliebige Ergebnis folgt (377), scheint trotzdem die Hinnahme von Widersprüchen dulden oder gar als allgemeine wissenschaftliche und soziale Regel empfehlen zu wollen. Es stört ihn nicht, daß die Entwicklung der Mathematik auch in voneinander getrennten Kulturen ausnahmslos zu der Forderung der Widerspruchsfreiheit geführt hat, ja daß eigentlich die Suche nach Widerspruchsfreiheit von Anfang an und überall ein Motor der Forschung gewesen ist. Gewichtiger ist ein anderer Aspekt der Widerspruchsproblematik: „Ich habe einmal, ohne es zu wissen, über einen versteckten Widerspruch geschlossen. Ist mein Resultat nun falsch, oder doch unrecht erworben?“ (374) „Wenn der Widerspruch so gut versteckt ist, daß ihn niemand merkt, warum sollen wir nicht das, was wir jetzt tun, das eigentliche Rechnen nennen?“ (375) „Und wie, wenn man den Widerspruch zwar gefunden, sich aber weiter nicht über ihn aufgeregt und etwa bestimmt hätte, es seien aus ihm keine Schlüsse zu ziehen“ (376)?

Solche Fragen sind neu und so schnell lassen sie sich m. E. nicht ausloten. Berücksichtigen muß man natürlich, daß Widersprüche irgendwann einmal offenbar werden können und dann sofort den Impuls zu ihrer Überwindung auslösen. Aber was, wenn sie nicht offenbar werden? Die Mathematiker haben sich mit einer derartigen Fragestellung kaum beschäftigt, und es ist daher schade, daß Wittgenstein eine Antwort nicht einmal andeutet, nachdem er die Fragen aufgeworfen hat. Er hat dazu eine eigenartige Einstellung: „Unsere Krankheit ist die, erklären zu wollen“ (333).

Gianfranco Accardo (Berlin/West)

Otte, Michael, u. a. (Hrsg.): Mathematiker über die Mathematik. Springer-Verlag, Berlin/West-Heidelberg-New York 1974 (481 S., br., 24,— DM).

Es handelt sich um 18 zum Teil bisher unveröffentlichte Beiträge in vier Kapiteln geordnet: Mathematische Abstraktion und Erfah-

rung; Methoden und Struktur der Mathematik; Probleme der Anwendung von Mathematik; Mathematische Wissenschaft und Unterricht. Da der Band in einer Reihe „Wissenschaft und Öffentlichkeit“ erscheint, sollten die Aufsätze wohl dem gebildeten Laien verständlich sein. Nur wenige von ihnen sind es, und bei zweien muß man fragen, wieso sie in die Sammlung aufgenommen wurden. Einmal handelt es sich um R. Thoms „Katastrophen-Theorie“ (Kap. 1), der zwar nicht technisch gehalten ist, aber ein breites fortgeschrittenes Wissen voraussetzt, das selbst Diplom-Mathematiker nicht haben; und zum anderen um G. Kreisels „Die formalistisch-positivistische Doktrin der mathematischen Präzision im Lichte der Erfahrung“ (Kap. 1), für dessen Verständnis eine vertiefte Beschäftigung mit formaler Logik notwendig ist. Von den übrigen Beiträgen können hier nur einige erwähnt werden. J. v. Neumann („Der Mathematiker“, Kap. 1) und A. Alexandrow („Mathematik und Dialektik“, Kap. 1) betonen, daß Mathematik keine willkürliche Spielerei ist, sondern ihre Probleme aus der Realität bezieht. N. Bourbaki („Die Architektur der Mathematik“, Kap. 2) erläutert den Begriff Struktur und die Hauptstrukturen der heutigen Mathematik. W. Böge („Gedanken über die Angewandte Mathematik“, Kap. 3) improvisiert über die Krise der math. Statistik, der math. Ökonomie und der math. Physik, aber sein Herangehen an den Fragenkreis Kausalität und Wahrscheinlichkeit mittels der Kategorienlehre scheint neue Möglichkeiten zu eröffnen, auch wenn Böge selbst seine Versuche noch als vage bezeichnet.

Im letzten Kapitel streiten sich R. Thom und J. Dieudonné über den Mathematik-Unterricht an den höheren Schulen. Thom weist anhand von Beispielen nach, daß die formale Logik der Alltagssprache nicht gerecht wird und daß sie daher nicht eingetriggert werden sollte — mit dem Anspruch, die einzig richtige Denkweise zu sein. Außerdem verteidigt er mit Entschiedenheit die euklidische Geometrie, weil er darin den eigentlichen Bezug zur Realität, also die eigentliche Lernmotivation sieht. Dieudonné kritisiert auch die Sterilität und Abstraktion, mit der die neue Schulmathematik vielfach vermittelt wird. Für ihn sind das jedoch keine zwangsläufigen Begleiterscheinungen des neuen Stoffes, sondern nur Symptome mangelnder didaktischer Qualifikation. Bezüglich der euklidischen Geometrie stellt er klar, daß er sie beibehalten will — als lineare Algebra im zwei- bzw. dreidimensionalen Raum, was trotz des algebraischen Gewandes einen starken Rückgriff auf die Anschauung erlaubt. Das Interessanteste bei den beiden ist m. E. ihre Einigkeit in einem erkenntnistheoretischen Punkt. Obwohl sie offenbar ganz anders denken (mehr „außermathematisch“ Thom, mehr „innermathematisch“ Dieudonné), bekennen sie beide zu einer platonischen Sichtweise. Mathematik ist für sie ein Weg zum platonischen Himmel, und sie sind sogar der Meinung, die meisten bedeutenden Mathematiker würden genauso denken (377 f., 408).

Gianfranco Accardo (Berlin/West)

Bulthaup, Peter: Zur gesellschaftlichen Funktion der Naturwissenschaften. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1973 (139 S., br., 5,— DM).

„Systematische Kategorien und historische Entwicklung einer Naturwissenschaft“ möchte Bulthaup „an der Chemie als Modell“ vorführen (64—84). Dabei wird berichtet, wie die ursprünglich spekulativen Begriffe „Element“ und „Atom“ durch die chemische Wissenschaft und Technik „nachträglich den Charakter der Widerspiegelung struktureller Eigenschaften der beobachteten Gegenstände bekommen“ (81). Letzteres ist eine materialistische Aussage und entspricht der Alltagserfahrung eines Chemikers, der gelernt hat, Eigenschaften der untersuchten Gegenstände derart im chemischen Lehrbuch widergespiegelt zu sehen, daß aus den dort stehenden Formeln beobachtbare Reaktionen voraussagbar sind. Unmittelbar darauf widerruft Bulthaup diese Aussage: „Begriffe wie Element und Atom sind keine Beschreibung von Sachverhalten, sondern Reflexionsformen der Subjektivität“ (81). Den offenen Widerspruch zwischen „Widerspiegelung struktureller Eigenschaften beobachteter Gegenstände“ und „... keine Beschreibung von Sachverhalten“ übergeht er mit der Erklärung, spekulative Begriffe wie „Element“ oder „Atom“ bei den Vorsokratikern seien zu wissenschaftlichen dadurch geworden, „daß die Spekulation empirisch objektiviertes Material sich aneignet“ (82). Durch die Formulierung, daß *die* Spekulation, als Subjekt, sich „objektiviertes“, nicht objektives „Material“ aneignet, wird der tatsächliche Vorgang einer Objektivierung der Begriffe umgedeutet in den idealistischen Prozeß einer Rückkehr von objektiviertem Material ins Subjekt. Bulthaup faßt gesellschaftliche Arbeit, speziell wissenschaftliche Arbeit als „*Entfremdung*“ (wobei er gesellschaftliche Arbeit wieder mit kapitalistisch vergesellschafteter gleichsetzt) (vgl. 91 f.). Noch zentraler als „Entfremdung“ ist für Bulthaup der Begriff „*Herrschaft*“: den Umstand, daß in der Wissenschaft die Subjekte den „Normen“ wissenschaftlicher Arbeit folgen, nennt er „ein in die Wissenschaft übergegangenes Herrschaftsverhältnis, ohne daß den Subjekten, die als besondere notwendige Elemente dieser Allgemeinheit sind, erlaubt wäre, die spezifische Form dieser Allgemeinheit nach freier Übereinkunft selbst zu bestimmen“ (132). Hier werden wissenschaftliche „Normen“ mit Herrschafts-„Normen“ gleichgesetzt, als wären jene nicht in erster Linie Produkte einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Natur, sondern schlecht ideologische Erscheinungsformen innergesellschaftlicher Unterdrückung.

Ermöglicht wird diese Gleichsetzung dadurch, daß Bulthaup die im dialektischen Materialismus wesentliche Dialektik von Freiheit und Notwendigkeit nicht kennt; Freiheit ist für ihn nicht Einsicht in die Notwendigkeit, nicht Praxis aufgrund erkannter Gesetzmäßigkeiten, sondern immer nur Freiheit *von* Notwendigkeit. Zum Beispiel referiert Bulthaup Kants dritte Antinomie (Determinismus versus Willensfreiheit) und übersetzt sie in folgendes: einerseits ist „die Auto-

nomie der Subjektivität“ den „partikularen Naturzusammenhängen“, wie sie in Naturwissenschaften formuliert werden, „vorgeordnet“, also dem dort auftretenden Determinismus gegenüber „frei“; andererseits findet aber das „empirische Subjekt“ seine Autonomie in der wissenschaftlich-technischen Praxis negiert (Entfremdung, Herrschaft s. o.). Daß Bulthaup generell Gesetze und Normen als „Herrschaft“ ablehnt, ob es sich nun um juristische Gesetze, um Naturgesetze oder um ökonomische handelt, und sie alle gleichermaßen „ideologiekritisch“ ablehnt, zeigt sich auch, wenn er „zum Problem des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus“ Stellung nimmt (53—64). Er möchte die Geltung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten auf die Periode des Kapitalismus beschränkt wissen; dieser sei selbst nicht nach solchen Gesetzen entstanden, sondern durch „Gewalt“ (61 f.), nämlich durch die der ursprünglichen Akkumulation. „So bleibt der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus auch die Seite der Unbestimmtheit, auf der sich die über den Kapitalismus hinausweisenden emanzipativen Tendenzen konstituieren“ (62). Denn erst im entwickelten Kapitalismus „besteht ein notwendiger Zusammenhang von Produktionsverhältnissen und Entwicklung der Produktivkräfte. Diesen Zusammenhang rückwärts der ganzen Geschichte zu imputieren hieße, den dialektischen Materialismus auf den wie immer historisch ausgelegten mechanischen zurückzunehmen und noch die Möglichkeit von Freiheit zu bestreiten“ (63). Deutlich wird hier Freiheit mit (diesmal ökonomischer) „Unbestimmtheit“ identifiziert, wird zu Freiheit von (historischer) Notwendigkeit.

Im übrigen ist „zur gesellschaftlichen Funktion der Naturwissenschaften“ von Bulthaup vor allem zu erfahren, daß sie durch Atombombe und ökologische Krise an dem Ast sägen, auf dem die Menschheit sitzt (18). Mehrmals (26, 139) werden die Naturwissenschaftler zur Bildung eines politischen Bewußtseins aufgefordert, das sich „Herrschaft“ nicht länger gefallen läßt.

Michael Springer (Berlin/West)

Büchel, Wolfgang: Gesellschaftliche Bedingungen der Naturwissenschaft. C. H. Beck Verlag, München 1975 (183 S., br., 14,80 DM).

„Der Einfluß der Naturwissenschaft auf die moderne Gesellschaft ist bekannt; daß auch umgekehrt die Gesellschaft die Naturwissenschaft beeinflusst, wird zwar vor allem von *marxistischer* Seite nachdrücklich betont, scheint aber bisher nur in einzelnen *Spezialuntersuchungen* genauer behandelt zu sein“ (9). Wolfgang Büchels Arbeit versteht sich als Füllung dieser doppelten Lücke: als *nicht-marxistische Globaluntersuchung* des Verhältnisses von Naturwissenschaft und Gesellschaft, vom Altertum bis ins 20. Jahrhundert.

Für Büchel gilt es, die These zu bestätigen, daß „die Naturwissenschaft aus einer doppelten Wurzel entspringt: aus dem philosophisch-

spekulativen Verlangen nach Selbst- und Weltverständnis und aus dem praktisch-technischen Interesse der Befriedigung der elementaren Lebensbedürfnisse“ (172). Mit Scheler wird dem „spekulativ-philosophischen Element“ eine gewisse „Oberklassen-Mentalität“, dem „praktisch-technischen Interesse“ eine gewisse „Unterklassen-Mentalität“ zugeordnet. Naturwissenschaft entsteht als Resultat ihres Zusammenschlusses; wie Scheler sagt: als „Kind der Vermählung von Philosophie und Arbeitserfahrung“ (12).

Das 1. Kapitel macht einen Gang durch die Geschichte, um diese These zu belegen. In Mesopotamien und in Ägypten, wo aus Verwaltung, Handel und Zeitmessung die ersten Ansätze von Mathematik und Astronomie entstanden, konnte der Übergang zur „abstrakten, allgemeinen Theorie“ nicht vollzogen werden, da das Philosophieren „noch ganz im Mythologischen“ (22) befangen war. Erst in Griechenland fand sich jene „Einstellung, die dem Geistigen, Abstrakten, Allgemeinen den Vorrang einräumt gegenüber dem Materiellen, Konkreten, Sinnlich-Anschaulichen“ (27), fand sich also jenes philosophisch-spekulative Moment, das in der Verschmelzung mit empirisch-technischem Interesse bei Thales zur Grundlegung der theoretischen Mathematik führte. Andererseits blieben aber gerade die Naturwissenschaften in der weiteren Entwicklung Griechenlands relativ zurück: der zunehmende Einsatz von Sklaven in der Produktion führte zu einer gesellschaftlichen Geringschätzung der Handarbeit, die der Entwicklung einer „experimentellen Wissenschaft“ (37) entgegenstehen mußte. Dagegen war die Hochschätzung der körperlichen Arbeit im westlichen Mönchtum, die humanitäre Intention des Christentums, den Menschen von unwürdiger Fronarbeit zu befreien, eine wesentliche Triebfeder der vormittelalterlichen technologischen Entwicklung in Westeuropa. Arabischer Einfluß in Spanien und Süditalien eröffnete in Westeuropa neuen Zugang zur wissenschaftlichen und philosophischen Tradition Griechenlands (Aristoteles). So kam es schließlich im Ausgang des Mittelalters durch die Verbindung von Humanismus und aufstrebendem Handwerkertum (Frühkapitalismus) zur Grundlegung der neuzeitlichen Naturwissenschaft.

Das zweite Kapitel greift die Kontroverse zwischen Borkenau und Grossmann über die Entstehung des neuzeitlichen „mechanistischen“ Denkens unter der Fragestellung: empirisch-rationale oder psychologisch-soziologische Grundlegung der Naturwissenschaft? wieder auf. In einer knapp gehaltenen Auseinandersetzung mit den sich anti-positivistisch verstehenden wissenschaftstheoretischen und wissenschaftsgeschichtlichen Auffassungen von Kuhn, Toulmin und Hanson entwickelt Büchel seine Auffassung einer „Koexistenz“ von kumulativ sich entwickelndem formalem Apparat naturwissenschaftlichen Wissens mit ständig wachsendem empirischem Gehalt und, aufgrund psychologisch-soziologischer Bedingungen, revolutionär sich veränderndem philosophischem Weltbild, in dem gesellschaftliche Interessen ständig konkurrieren mit dem zutiefst wesensgemäßen menschlichen Bemühen um „Selbst- und Weltverständnis“ (172).

Im dritten Kapitel, „Die Naturwissenschaft in einer Gesellschaft an den ‚Grenzen des Wachstums‘“ setzt sich Büchel von der Position der Notwendigkeit eines qualitativen technischen Fortschritts aus mit der „Technikkritik“ der Frankfurter Schule (der als Vorläufer Marx zugeordnet wird) und der „Fortschrittsgläubigkeit“ des Dialektischen Materialismus (dem als Vorläufer Engels und Lenin zugeordnet werden) auseinander. Es fallen hier Undifferenziertheit und offensichtlicher Mangel an Kenntnis der einschlägigen Quellentexte auf.

Das 4. Kapitel diskutiert die „Verantwortung des Naturwissenschaftlers“ im Hinblick auf die technische und die ideologische Verwertung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse. Hier rächt sich, daß Büchel den Anspruch der Begründung eines Weltbilds durch Wissenschaft und damit die Begründbarkeit des Einflusses eines Weltbilds auf die Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnis nicht aufrechterhält. Er gibt damit die Kriterien für die Beurteilung gesellschaftlichen Interesses an wissenschaftlicher Erkenntnis und ihrer Verallgemeinerung aus der Hand. Es bleibt die Warnung vor ideologischer Indienahme. So kann sich Wolfgang Büchel am Ende auch nur besorgt fragen, ob nicht heute die vergleichende Verhaltensforschung, deren anthropologische Folgerungen von „linken soziologischen Kreisen“ heftig abgelehnt werden, einem ähnlichen Schicksal entgegentreibe wie „die russischen Genetiker und die deutschen und russischen Physiker“ (161).

Wenn Büchel meint, am Leitfaden der Schelerschen „Vermählungs-These“ das geschichtliche Material ordnend, sowohl materialistische als auch idealistische Einseitigkeit vermeiden zu können — so zählt er dabei den Preis, die geschichtlich sich entwickelnde „gesellschaftliche Bedingtheit“ der Naturwissenschaft begriffslos auf den Nenner eines ontologisch fundierten Theorie-Praxis-Dualismus zu bringen, der zum Motor der Wissenschaftsentwicklung erklärt wird. Historisch gefaßt, hätte die Sache einen gewissen Sinn; ebenso im Hinblick auf die Struktur wissenschaftlicher Arbeit. Statt dessen wird aber vom Dualismus zwischen geistigem und praktischem Interesse als anthropologischer Naturkonstante ausgegangen, der sich in der Klassenstruktur einer Gesellschaft gewissermaßen sozial reproduziert und im „naturwissenschaftlichen Zeitalter“ schließlich zu zerbrechlicher Versöhnung kommt. Diese Position zwingt Büchel zu eklektischem Vorgehen; an keiner Stelle seiner Arbeit werden als Resultat der Untersuchung wenigstens Elemente einer Theorie der gesellschaftlichen Bedingtheit der Naturwissenschaft sichtbar.

Hans-Jörg Rheinberger (Berlin/West)

Hempel, Carl Gustav: Philosophie der Naturwissenschaften. dtv Wissenschaftliche Reihe, München 1974 (157 S., br., 5,80 DM).

Die Geschichte des logischen Empirismus ist vor allem eine Geschichte ständiger Zunücknahmen, Korrekturen und Einschränkungen.

gen dessen, was ursprünglich zum Grundbestand dieser „einzig wissenschaftlichen Philosophie“ gerechnet wurde. Man mag diese Korrekturen als Ausdruck wissenschaftlicher Redlichkeit ansehen, die einem stichhaltigen Gegenargument stets den Vorzug vor dogmatischer Bewahrung gibt; vor allem aber sind sie Anzeichen dafür, wie unrealistisch und im Ansatz verfehlt die ursprünglichen Auffassungen des „Wiener Kreises“ waren.

C. G. Hempel gehörte dem „Wiener Kreis“ an und ist einer derjenigen, die zur Evolution des logischen Empirismus Entscheidendes beigetragen haben. Sein 1966 in den USA erschienenes Bändchen „Philosophie der Naturwissenschaften“ zieht gewissermaßen das Fazit aus dem, was vom logischen Empirismus nach all seinen Wandlungen noch übriggeblieben ist. Trotz aller Bereitschaft zur Korrektur an offenkundig unhaltbaren Positionen war Hempel nie bereit, vom Programm des „Wiener Kreises“ abzurücken; in der aktuellen wissenschaftstheoretischen Diskussion in den USA steht Hempel auf der Seite derjenigen, die dieses Programm gegen alle wissenschaftshistorisch und „pragmatisch“ orientierten neuen Strömungen verteidigen.

Das Grunddogma des „Wiener Kreises“ war das Sinnkriterium; mit seiner Hilfe sollte eine eindeutige und endgültige Ausscheidung aller „sinnlosen“, d. h. unwissenschaftlichen weil „metaphysischen“ Sätze aus der Wissenschaft erreicht werden. Nur die Sätze sollten noch als empirisch sinnvoll gelten können, die auf Beobachtungsergebnisse zurückführbar sind. Da sich dieses Sinnkriterium bald als unhaltbar herausstellte, wurde es mehrfach grundlegend modifiziert; bei Hempel nun finden wir es endgültig verabschiedet: ausdrücklich betont er, daß es unmöglich ist, „eine scharfe Trennungslinie zwischen Hypothesen und Theorien zu ziehen, die prinzipiell überprüfbar sind, und solchen, die es nicht sind“ (49). Die Tragweite dieser Äußerung wird erst deutlich, wenn man bedenkt, daß das Sinnkriterium ein Grundpfeiler des logischen Empirismus insofern war, als es die Forderung nach der Überprüfung der theoretischen Sätze der Wissenschaft einzig durch die Sinneserfahrung beinhaltete. Hempels Abrücken vom Sinnkriterium ist daher (zumindest in der Tendenz) ein Abrücken vom Empirismus überhaupt, denn die Überprüfung einer Theorie kann nun nicht mehr rein empiristisch erfolgen; statt dessen wird die Auffassung vertreten, „daß die Glaubwürdigkeit einer Hypothese H zu einem gegebenen Zeitpunkt streng genommen von den relevanten Teilen des totalen Wissens zu jener Zeit abhängt, darunter von sämtlichen Beobachtungsergebnissen, die für die Hypothese relevant sind und von sämtlichen zu diesem Zeitpunkt akzeptierten Hypothesen und Theorien, die irgendeinen Einfluß auf sie haben“ (66).

Es fragt sich, ob Hempel angesichts derart fundamentaler Zurücknahmen des ursprünglichen Programms noch zu Recht als logischer Empirist bezeichnet werden kann. Reduziert man diese Frage nicht auf ein bloßes Bezeichnungsproblem, so muß man jedoch feststellen,

daß Hempel, trotz aller Einschränkungen am Programm des „Wiener Kreises“, dessen positivistische Prämissen keiner Kritik unterzieht. So wird die fundamentale Reduktion seiner gesamten Ausführungen nicht thematisiert, geschweige denn der Rechtfertigung für nötig empfunden: wie der logische Empirismus, so reduziert auch Hempel die Philosophie der Naturwissenschaften auf ihre Methodologie. Es bedarf kaum einer Erwähnung, daß der positivistischen Furcht vor der „Metaphysik“ als erstes jegliche Reflexion auf das Verhältnis von Wissenschaft und Objektivität der Realität zum Opfer fällt; die Grundfrage der Philosophie gilt nach wie vor als „Scheinproblem“. Gegenstand von Hempels Überlegungen sind ausschließlich die Struktur und die Überprüfung von fertigem Wissen. Kommt einmal — wie aus Versehen — die *Genese* von Erkenntnis in den Blick, so heißt es ebenso lapidar wie unschuldig: „Die Entdeckung eines wichtigen, fruchtbaren mathematischen Theorems erfordert ebenso wie die Entdeckung wichtiger, fruchtbarer Theorien in den empirischen Wissenschaften erfinderische Schöpfungskraft; sie verlangt phantasievolles, scharfsinniges Raten“ (29). Wer hätte das gedacht? Aber damit nicht genug: der gesamte Problembereich der Beziehungen zwischen Naturwissenschaften und Gesellschaft wird ignoriert. Ein einziges Mal wird erwähnt (8), daß naturwissenschaftliche Ergebnisse in der Praxis angewendet zu werden pflegen. Hempel nimmt es mit Verwunderung zur Kenntnis.

Kurt Bayertz (Bremen)

Löther, Rolf: *Biologie und Weltanschauung. Eine Einführung in philosophische Probleme der Biologie vom Standpunkt des dialektischen und historischen Materialismus. Reihe Wissenschaft und Weltbild. Verlag Hubert Freistühler, Schwerte/Ruhr 1972 (130 S., br., 4,50 DM).*

Die Reihe „Wissenschaft und Weltbild“ ist den philosophischen Problemen des Zusammenhanges zwischen marxistischer Philosophie und Einzelwissenschaften gewidmet und will jeweils eine einführende Orientierung geben. Der vorliegende Band befaßt sich mit philosophischen Aspekten verschiedener Forschungsbereiche der modernen Biologie, wobei Löther eingangs herausstellt, daß insbesondere die Molekulargenetik „das Bild von der lebenden Natur und die Methodik ihrer Erforschung“ revolutionierte (10) und damit zu weitreichenden weltanschaulichen Schlußfolgerungen Anlaß gab. So ist die Zeit der Spekulation über den Ursprung des Lebens und den Verlauf der Evolution endgültig vorbei. Der Revolution in der Wissenschaft steht die wachsende Rolle der Biologie als Produktivkraft gegenüber, vor allem in Landwirtschaft, Medizin, Pharmaproduktion, technischer Konstruktion usw., als Destruktivkraft dagegen z. B. in der biologisch-chemischen Kriegführung (12). Damit ergeben sich

völlig neue Probleme, die von der bürgerlichen Ideologie nicht bewältigt werden können. Löthers eindringliche Warnung vor krassen Fehleinschätzungen der Biologie ist daher sehr ernst zu nehmen: „Vom Sozialdarwinismus irreführende Biologen empfehlen die genetische Manipulation des Menschen als Mittel, um seiner vorgeblichen Degeneration zu begegnen und ihn dem technischen Fortschritt anzupassen“ (13). Löther sieht hierin vor allem eine Ablenkungsfunktion, die von den gesellschaftlichen Wurzeln der Probleme heutiger kapitalistischer Gesellschaften wegführen soll und so illusionäre, fatalistische, kulturpessimistische und sogar rassistische Einstellungen fördert (14).

Die vielfältigen Forschungsprobleme der Biologie systematisiert Löther dann mit Hilfe des Begriffs „Semaphoront“ (Merkmalsträger), dem sinnlich-gegenständlichen Erkenntnisobjekt in der Biologie. Der Semaphoront als organismisches Individuum bedeutet einen Knotenpunkt in dem Netzwerk der Beziehungen zur übrigen Natur, von dem aus vier allgemeine Forschungsrichtungen definiert werden können, die sich jeweils mit bestimmten Grenzwissenschaften berühren: 1. die Struktur des Semaphoronten selbst (Chemie, Physik, Quantenmechanik), 2. seine individuelle Entwicklung (Genetik), 3. die Zugehörigkeit zu einer Population (Geographie) und 4. deren Entwicklung, also der Evolution (Astronomie, Geologie, Gesellschaftswissenschaften) (17).

In den folgenden vier Kapiteln, die den genannten Aspekten des Semaphoronten analog aufgebaut sind (24), werden die jeweiligen philosophischen Aspekte der Organisation lebender Systeme, der Ontogenese, ökologischer Systeme und der Evolution erörtert. In dem ersten Kapitel gelingt es ihm, an Begriffen wie Teleologie, Determinismus, biologische Zweckmäßigkeit u. a. zu zeigen, daß es einer dialektisch-materialistischen Theorie bedarf, um die konkreten Lebensprozesse zu beschreiben. „System‘ und ‚Entwicklung‘ sind die beiden Schlüsselbegriffe zum Erfassen des Wesens des Lebens“ (41). Im nächsten Kapitel (Ontogenese) geht es um das Problem der individuellen Vererbung erworbener Eigenschaften, also die Konzeption der unvermittelten Vererbung, die z. B. durch T. D. Lyssenko in der SU zu schwerwiegenden Fehlern in der Genetik geführt hatte (48). Tatsächlich ist heute gesichert, daß es eine biologische Vererbung erworbener Eigenschaften (wozu etwa die „Intelligenz“ zu rechnen wäre) nicht gibt. Das dritte Kapitel behandelt Organismus und Umwelt (Biosphäre). Hier geht es Löther hauptsächlich darum, menschenfeindliche „Theorien“ zurückzuweisen, die aus der (falschen) „biologistischen Übertragung von Aussagen aus der Verhaltensforschung auf die menschliche Gesellschaft“ gewonnen werden und dabei völlig von der gesellschaftlichen Arbeit des Menschen absehen (71), die ihn gerade von der übrigen Natur unterscheidet. Anhand von zahlreichen anschaulichen Beispielen stellt Löther die „Grundformen der Organisation der lebenden Natur“ dar (76 ff.). In dem Kapitel über die Evolution informiert der Autor zunächst über den

neuesten Forschungsstand und leistet dann eine Kritik neothomistischer Anschauungen, in denen heute vitalistische Mystifikationen fortleben (90 ff.).

Das letzte Kapitel schließt ausdrücklich an den wichtigen Aufsatz von Engels, „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“, an. Rassistische Behauptungen über die „Natur“ des Menschen weist Löther als „kriminellen Unsinn“ zurück (109); alle Rassenfragen sind ihrem Wesen nach Klassenfragen (109). So kann und darf auch der Mensch nicht genetisch verbessert werden (110 ff.), weil es für eine — dann nur irreversible — „Verbesserung“ gar keinen Maßstab gibt (116); vielmehr muß er seine Gesellschaft *bewußt* so gestalten, daß seine natürlichen Existenzbedingungen gesichert und die Produktivkräfte zum Nutzen der Menschheit weiterentwickelt werden können.

Peter M. Kaiser (Münster)

Portmann, Adolf: An den Grenzen des Wissens. Vom Beitrag der Biologie zu einem neuen Weltbild. Econ Verlag, Wien-Düsseldorf 1974 (264 S., 18 Abb., Ln., 26,— DM).

Portmanns wissenschaftliches Interesse als klassischer Morphologe galt jahrzehntelang der Entwicklungsgeschichte der Tiere, später auch des Menschen. Seine „Einführung in die vergleichende Morphologie der Wirbeltiere“ ist zu einem Standardwerk in der zoologischen Literatur geworden. Als Ziel des vorliegenden Buches sieht Portmann es an, „aus der Sicht eines der Morphologie gewidmeten Forscherlebens die Entwicklung einiger wichtiger biologischer Theorien in der Zeit meines Wirkens dar(zu)stellen und die damit verbundenen Ansichten über Grundfragen der Daseinsgestaltung (zu) überprüfen“ (7).

Sein Augenmerk in diesem Rückblick gilt vor allem der biologischen Gestalt- und Verhaltensforschung sowie ihrem Beitrag zur Theorie der natürlichen Evolution, die mit Darwin ihre erste gültige Formulierung gefunden hat und seitdem vor allem durch die Ergebnisse der Chromosomenforschung, der Mutationstheorie, der Molekularbiologie und der Populationsgenetik zu einer Synthese weiterentwickelt worden ist, die heute gewöhnlich als Neodarwinismus bezeichnet wird. Portmann hat gerade in den Diskussionen über Anpassungswert und Selektionsvorteil bestimmter morphologischer Strukturen von Lebewesen immer wieder vor voreiligen Schlüssen und Verallgemeinerungen gewarnt, was ihm allzuoft als Antidarwinismus ausgelegt worden ist. Gegen die These einer absoluten Korrespondenz von Form und Funktion führt er die Existenz organischer Gestaltungen ins Feld, die sich einer Erklärung durch bloße Funktionalität im (Über-)Lebensprozeß entziehen, und deren evolutive Entwicklung mithin nicht unmittelbar ihrem „Arterhaltungswert“ geschuldet zu sein scheint. Portmann formuliert hier ein Problem, das er dennoch begrifflich nicht deutlich genug faßt: die Erkenntnis

des Selektionswerts einer organischen Struktur erklärt zwar, warum die betreffende Art sich in der Evolution hat durchsetzen können, nicht aber den Mechanismus ihrer (autonomen) Morphogenese. Die Biologie steht heute bei der Erforschung der inneren Entwicklungsgesetzmäßigkeiten organischer Gestaltungen erst am Anfang. Im Rahmen der als gesichert geltenden „Annahme, daß sich das Leben allmählich aus einfachsten Stufen zu höheren Gestalten entwickelt hat“ (74), kann es sich also mit jeder neuen Erkenntnis auf diesem Gebiet als notwendig erweisen, auch „für Teilprobleme der Evolutionslehre die Aufgabe einer Synthese und ihrer Erneuerung zu leisten“ (75), wie Portmann zu Recht bemerkt.

Wenn Portmann sich dann aber, anstatt von seinem Standpunkt Aufgaben für die weitere Erforschung vor allem der molekularen Prozesse der Morphogenese zu formulieren, zurückzieht auf die ehrfürchtige Kontemplation einer „rätselhaften verborgenen Innerlichkeit“, die sich „im Äußeren in ihrer Eigenart“ als „Selbstdarstellung“ des Organismus manifestiere (138), so transformiert er damit die wissenschaftlich legitime Haltung, auf noch Unerklärtem als Problem zu insistieren, genau in ihr Gegenteil: in eine letztlich wissenschaftsfeindliche Ideologie des Staunens vor dem Geheimnisvollen.

Jenseits von „christlicher Heilslehre“ und „positivistischer Naturforschung“ (227) versucht Portmann ein Menschenbild biologisch zu rekonstruieren, dessen Wurzeln sich einerseits aus der Analyse organischer Gestalten mit ihrer Nähe zum phänomenologischen Gestaltismus nähren, andererseits aus dem Irrationalismus rückwärts-gewandter Sozialutopien angesichts der Möglichkeiten und Drohungen der „modernen Technik“. Diese beiden Momente fließen zusammen in dem von Portmann gezeichneten Bild vom „Theater des Lebens“, angesichts dessen zwei Standorte eingenommen werden können: der Standort hinter der Bühne, dem es um die verborgenen Mechanismen des „Lebensspiels“ zum Zwecke seiner Beherrschung geht, und der Standort des Beschauers, dem es auf das Erleben seiner Gestalten ankommt. Von letzterem Standpunkt aus plädiert Portmann für eine „mächtig erneuerte wahre Naturfreude“ (254), welche gegen die vorherrschende „Biotechnik“, die mit ihrer Ausrichtung auf die Produktion von „Herrschaftswissen“ „uns vor die äußerste Bedrohung unseres Daseins geführt hat“, jene „innere Umstimmung des Geistes der Naturforschung“ hervorbringen soll, die ein „Heilswissen erstrebt, das unser gefährdetes Leben wieder menschenwürdig macht“ (229). Daß er seine Vorstellungen unbelastet von jeder gesellschaftlichen Standortbestimmung des Wissenschaftlers entwickelt und ihm der gesellschaftliche Charakter des Wissenschaftsprozesses ganz aus dem Blickfeld bleibt, macht dieses liebevoll geschriebene Buch zu einem Manifest der Ausweglosigkeit einer ehrlichen humanistischen Haltung, der ein zutiefst konservatives, ungeschichtliches und ungesellschaftliches Menschenbild entspricht.

Hans-Jörg Rheinberger (Berlin/West)

Uexküll, Jakob von: Theoretische Biologie. Mit einem Vorwort von Rudolf Bilz. Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1973 (378 S., br., 12,— DM).

Die „Theoretische Biologie“ des 1944 verstorbenen Leiters des Hamburger Instituts für Umweltforschung und Mitbegründers der vergleichenden Physiologie erschien erstmals 1920. Der Autor, der Forschung als „Kunst der Fragestellung“ (4) versteht, unternimmt den Versuch, das „Gerüst“ der Wissenschaft Biologie, das dem Menschen beim Einblick in die Natur Halt geben soll (4), neu zu formulieren, da seiner Meinung nach Chemie und Physik, denen es bisher entlehnt worden war, „das Planmäßige als Naturfaktor nicht (kennen). Die Biologie besteht aber in der Aufstellung eines Gerüsts von Lehrsätzen, die das Planmäßige als Grundlage des Lebens anerkennen“ (5). Dementsprechend lautet Uexkülls Definition der Biologie: „die Lehre von der Planmäßigkeit alles Lebendigen“ (292). Diese Planmäßigkeit besteht nach Uexküll darin, daß es in der Welt (des Biologen) nur Erscheinungen gibt, „die auch durch das Medium des Subjekts aufeinander wirken“ (48). Vom Subjekt unabhängige Naturgesetze, wie sie von Chemie und Physik gefordert würden (95, 156), lehnt Uexküll ab: „Alle Wirklichkeit ist subjektive Erscheinung“ (9).

Von diesem theoretischen Ausgangspunkt her, bei dem Uexküll sich explizit auf Kant bezieht, systematisiert er nun die Beziehungen unserer Sinnesorgane und des Zentralnervensystems zur Umwelt (Raum, Zeit) sowie „die Beziehungen anderer Subjekte (der Tiere) zu den Gegenständen“ (10). Er gelangt dabei zu formalisierten Handlungsschemata (301 ff.) in Form von subjektiven Funktionskreisen, die zwar alle ineinandergreifen, aber: „Für jedes einzelne Tier . . . bilden seine Funktionskreise eine Welt für sich, in der es völlig abgeschlossen sein Dasein führt“ (150).

Mit diesen Darstellungen, die vom konkreten damaligen Wissensstand der Biologie ausgehen, hat Uexküll zwar mit zur Entwicklung der Kybernetik beigetragen, sie verdienen aber nur noch historisches Interesse, zumal die Terminologie, die er einführt, sich nicht durchgesetzt hat und auch nicht durchsetzen konnte. So definiert er „Umwelt“ als aus „Merkwelt“ (Summe der Merkmale der Reize, die auf das Tier einwirken) und „Wirkwelt“ (Wirkungen, die das Tier auf die Außenwelt ausübt) bestehend (150 f.); oder: „Die Leiter z. B. ist nicht ein bloßes Wirkding, das wir zum Klettern benutzen, sondern auch ein Merkding, das wir sehen und fühlen“ (321); oder z. B. die sophistische Unterscheidung von „Ding“, „Objekt“ und „Gegenstand“, Begriffe, die bei Uexküll eine je spezifische Bedeutung haben (122 f.).

Ganz unzulässig ist auch die Entgegensetzung von z. B. Chemie und Physik einerseits und Biologie andererseits bei der Deutung der belebten Natur. Uexküll stellt die Biologie als übergreifend dar bzw. als *richtige* Art der Naturanschauung (48—50, 295). Das führt ihn dazu, aus einer philosophischen bzw. theoretischen Abstraktion wie dem „Bauplan“ des Organismus einen „immateriellen Naturfaktor“

zu konstruieren, den nur die Biologie einzuführen in der Lage sei (156 und passim). Obwohl Uexküll den Vitalismus ablehnt (316), führt er ihn hiermit wieder ein: „Ohne die Anerkennung dieser Naturkraft bleibt die Biologie ein leerer Wahn“ (214). Unverständlich bleibt auch, warum der Chemie, Physik und dem Darwinismus unterstellt wird, sie lehnten jede Entwicklung und Planmäßigkeit prinzipiell ab (263, 289), wo gerade Darwin es war, der den Entwicklungsgedanken erstmals eingeführt hat.

Diese und noch weit mehr Ungereimtheiten und Fehler des Autors lassen sich keineswegs nur aus der historischen Situation erklären, denn die dialektisch-materialistische Philosophie war schon wesentlich weiter gekommen.

Was soll also diese Neuveröffentlichung? Ideologische Verwirrung stiften? Tatsächlich bestätigt sich dies in dem Vorwort des Psychiaters Bilz, der gerade den für einen Naturwissenschaftler haarsträubendsten Unsinn Uexkülls reproduziert wie z. B. den Satz: „Die einzige Autorität, auf die sich ein Lehrsatz stützt, ist nicht die Natur, sondern der Forscher, der seine eigene Frage selbst beantwortet hat“ (V und 3). Allerdings hat der Unsinn durchaus Methode: Bilz ist Vertreter einer Paläoanthropologie, die ausdrücklich an C. G. Jungs Archetypen anschließt, während der zitierte Satz andererseits nahtlos in das Konzept des Neopositivismus hineinpaßt, der versucht, das Wahrheitsproblem in der Autorität der scientific community aufzulösen. Daß „die Sätze Uexkülls ... Fundgruben der Erkenntnis (sind)“, wie Bilz meint (VIII), ist dann wohl nur im Sinne metaphysischer Erkenntnistheorie zu verstehen; jedenfalls können die Naturwissenschaften in ihrer Praxis nur materialistisch vorgehen, auch Uexküll muß in seinen Arbeiten die Wirklichkeit als objektiv gegeben voraussetzen. Über die Frage, ob die Natur vor dem Menschen bereits existierte (was Uexküll und Bilz verneinen müßten), streitet heute niemand mehr; allerdings steht und fällt damit jeglicher Subjektivismus.

Peter M. Kaiser (Münster)

- Chapeville, François:** Biochemie der Vererbung. dva-Seminar. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1974 (104 S., br., 12,80 DM).
- Gottschalk, Werner:** Mutationen. Mechanismen der Evolution, dargestellt an Beispielen aus dem Pflanzenreich. dva-Seminar. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1974 (136 S., br., 12,80 DM).

Die „neue Informationsreihe“, wie sie der Verlag bezeichnet, wendet sich an Gymnasiasten der Oberstufe, Studenten, Lehrende und Berufspraktiker. Dabei wird Wert gelegt auf die Berücksichtigung neuester Erkenntnisse der Wissenschaft.

Chapeville stellt die auf molekularer Ebene sich abspielenden Vererbungsmechanismen dar, die allerdings über moderneres Lehrbuchwissen nicht hinausgehen, wie die Literaturübersicht erkennen läßt (98), was nach der Intention der Reihe auch richtig ist.

Gottschalks Anliegen ist es, an Pflanzenbeobachtungen (er ist Botaniker und Direktor des Instituts für Genetik der Universität Bonn) zu zeigen, wie die „unermeßliche Vielfalt an Formen, die im Erbgut der betreffenden Individuen festgelegt ist“ (8), entstanden ist. Er stellt das konkrete Material der Evolution dar, die verschiedenen Gen-Mutationen und ihre Folgen sowie den Einfluß des Menschen auf die Evolution bei gewissen Haustieren und Kulturpflanzen.

In einem kurzen Ausblick wird betont, daß „Evolutionforschung heute nicht mehr im morphologischen Vergleich verschiedener Formen besteht. Sie versucht vielmehr, aktiv in das Geschehen einzugreifen und die Aufklärung dieser komplizierten Gesetzmäßigkeiten mit Hilfe experimenteller Methoden zu betreiben“ (132). Der Autor bezweifelt, daß ein derartiges Eingreifen in das *menschliche* Erbgut nach dem heutigen Forschungsstand, der weit hinter den gängigen Spekulationen etwa von G. R. Taylor zurückliegt, Aussicht auf Erfolg haben wird (133).

Peter M. Kaiser (Münster)

Blätter für deutsche und internationale Politik

2 '76

K. D. Bredthauer: Ende der Entspannung?

T. Thomas: Angola, Südafrika und die NATO

E. Gärtner: „Nord-Süd-Dialog“ und neue Weltwirtschaftsordnung. Zur Pariser Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit

A. Leitolf: Völkerrechtliche Aspekte der Echeverria-Doktrin. Zur Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung

N. Paech: Die Krise im Libanon

H. Apel: Zwanzig Fragen an Andrej Sacharow. Ein offener Brief

R. Rudenko: Die Nürnberger Prozesse — 30 Jahre danach (II)

K.-H. Braun: Zum Entwicklungsstand der „kritischen Psychologie“. Ein Literaturbericht

G. Kade: Krise der Marktwirtschaft — oder mehr?

Wirtschaftsinformation

Dokumente zum Zeitgeschehen

21. Jahrgang, Februar 1976, Heft 2

3 '76

J. Huffs Schmid: Effektivierung und Demokratisierung der Wirtschaft. Perspektiven alternativer Wirtschaftsgestaltung

G. Leithäuser: Durchsetzbarkeit und Zweckbindung staatlicher Wirtschaftspolitik

H. Schui: Öffentliche Verschuldung und Konjunkturbelebung

L. Knorr: Das Weißbuch, die Politik der Bundesregierung und die KSZE

K. Bayertz: Der Popperboom in der SPD

J. Kuczynski: Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht

V. Weyel: Dekolonisierung oder Ablenkung von fortbestehender ökonomischer Abhängigkeit?

A. A. Galkin: Die Ideologie des Faschismus und der Neofaschismus

Wirtschaftsinformation

Dokumente zum Zeitgeschehen

21. Jahrgang, März 1976, Heft 3

Erscheint monatlich. Einzelheft 5,— DM, im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,— DM. Bestellungen über Buchhandel oder Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51

Demokratische Erziehung

2 '76

Zur Gesamtschulentwicklung — Erfahrungen und Argumente

J. Damberg / K. Albersmann /
F. Heidenreich / J. Walbersdorf:
Elternarbeit in der Gesamtschule

K. Goehrke: Warum bleibe ich
Lehrer an der Gesamtschule?

H. D. van Holst: Einige Anmer-
kungen zur Propaganda gegen
die Gesamtschule

G. Schefer: CDU-Bildungspolitik
auf hauseigenem Prüfstand

W. Nagel/G. Schmitz/W. Weiß:
Probleme der Schulverfassung in
Freiburg-Haßlach

R. Schulte/P. Werner: Neue Stu-
dienmaterialien zur Arbeitslehre

D. Görs: Arbeitslehre — zur Dis-
kussion um eine interessenbezo-
gene Konzeption

V. Gazerro: Die schulische Be-
treuung von Italienerkindern in
der BRD

D. Danckwerts: Die aktuelle öko-
nomische Lage und die Entwick-
lung des Bereichs staatlich orga-
nisierter Reproduktion

2. Jahrgang, März 1976, Heft 2

Erscheint alle zwei Monate. — Einzel-
heft 5,— DM, im Jahresabo 3,50 DM,
für Schüler, Studenten, Wehrpflicht-
und Ersatzdienstleistende 3,— DM. —
Bestellungen über Buchhandel oder
Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirg-
str. 115, 5000 Köln 51

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRT-
SCHAFT UND POLITIK

2 '76

Parteien im Herrschaftssystem der BRD

G. Judick: Zur Funktion der eta-
blierten Parteien in der BRD

H. Adamo: Zur Politik der CDU/
CSU im Bundestagswahlkampf
1976

H. Brender: F.D.P. — eine „dritte
Kraft“?

R. Eckert: Zwei Klassenlinien in
der SPD

F. Krause: SPD — Geschichte —
Traditionen

G. Herde: Neofaschistische Grup-
pierungen in der BRD

G. Weiß: Maoistische u. a. Split-
tergruppen

J. H. v. Heiseler: Jugend und
Parteien

P. Beu: Probleme des Verhältnis-
ses von Gewerkschaften und Par-
teien

Zur Entwicklung in Portugal. In-
terview

G. Benser: Vor 30 Jahren —
Gründung der SED

W. Gerns: Das Märchen von der
Restauration des Kapitalismus in
der Sowjetunion

14. Jahrgang, März/April 1976, Heft 2

Erscheint alle zwei Monate. — Einzel-
heft 4,— DM; auch im Abo erhältlich.
— Bestellungen über Buchhandel oder
Verlag Marxistische Blätter, Heddern-
heimer Landstr. 78a, 6000 Frankfurt/M.

NEUES FORVM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



265/266

Portugal

C. Frey: Kapitalistisches Morgen-
grauen. November 1975 in Lissa-
bon

G. Nenning: Realität und Zukunft
in Portugal. Antwort an M. Sie-
gert u. a.

Sozialdemokratie

F. Geyrhofer: Krieg den Hütten,
Friede den Palästen! SPD-Partei-
tag in Mannheim

Die SPD hat für jeden etwas. In-
terview mit H. Wiczorek-Zeul

R. Vahrenkamp: Es geht nicht
ohne Krach. Die Krise in der BRD

J. P. Sartre: So bin ich. Ein auto-
biographisches Interview

H. G. Helms: Wer war Bruno
Bauer?

Dokumentation: Berufsverbote in
Österreich?

G. Nenning: Die griechische Jun-
ta und *Die Presse*

H. Pataki: Kreuz mit Haken. Zum
Volksbegehren der *Aktion Leben*

23. Jahrgang, Januar/Februar 1976,
Heft 265/266

Erscheint in 12 Heften im Jahr, z. T.
in Doppelheften. — Einzelheft 6,50 DM,
44.— öS, im Jahresabo 4,41 DM, 30.—
öS. — Bestellungen über Buchhandel
oder Neues Forum, Museumstr. 5,
A 1070 Wien

DAS ARGUMENT 96/1976 ©

22

B. v. Greiff: Wo der Gegensatz
zwischen Idealismus und Mate-
rialismus nicht sitzt

L. Müller: Die Wertlosigkeit der
Arbeit der Kinderaufzucht und
ihre Folgen für das Bewußtsein
der Frauen

C. Hopf/W. Hopf: Gleichgültigkeit
und Identifikation als Kategorien
der Analyse vom Klassenbewußt-
sein

M. Itoh: Die Entwicklung der Kri-
sentheorie bei Marx

M. P. Buddeberg: Wer herrscht
in den „nachkapitalistischen“ Ge-
sellschaften und warum?

R. Damas: Zur Reproduktion von
Herrschaft in nachkapitalistischen
Gesellschaften

W. Luthardt: Zur Formel vom
„sozialen Rechtsstaat“

B. Schultz: Ökonomische Voraus-
setzungen bäuerlicher Interessen-
vertretung in der BRD (Teil 1)

6. Jahrgang, März 1976, Heft 1

Erscheint viermal im Jahr. — Ein-
zelheft 9.— DM, im Abo 7.— DM. —
Bestellungen über Buchhandel oder
Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98,
1000 Berlin 30

psychologie heute

1 '76

Schlaf

M. M. Mitler: Schlaf und Schlaflosigkeit

G. Keller/W.Keller: Meinungshörer-Studie. Wer gewinnt die Bundestagswahl?

K. Jensen: Der Zauberlehrling in der Verhaltenstherapie. Über Carlos Castaneda

E. Reichwald: Ein Wunderkind kommt in die Jahre: Kongreßbericht über Verhaltenstherapie

P. Zimbardo u. a.: Das Mauerblümchen. Über Schüchternheit

J. R. Heiman: Die Erbse unter der Prinzessin und was Frauen sonst noch erregt

U. Lehr: Wohin mit älteren Arbeitnehmern

2 '76

Autismus und Psychoanalyse

Gespräch mit B. Bettelheim

B. Bettelheim: Laurie

L. Schreibman/R. Koegel: Autismus und Verhaltenstherapie

H. D. Schmidt: Einstellungen und offenes Verhalten

C. Donig: Graphologie — Genau so schlecht wie andere diagnostische Verfahren

H. Kleinsorge: Psychisch Behinderte im Industriebetrieb

R. Runge: Geburtswenhen als bedingte Reflexe

B. Fittkau/F. Schulz von Thun: Über Kommunikationstraining

A. Janov: Revolution der Psyche — Zur Urschrei-Therapie

3. Jahrgang, Januar 1976, Heft 1

3. Jahrgang, Februar 1976, Heft 2

Erscheint monatlich. — Einzelheft 5,— DM (7,— sfr) + 1,— DM Versandkosten. Jahresabo 45,— DM. Bestellungen über Buchhandel und Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

<i>Ritter, Joachim (Hrsg.):</i> Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 2 u. 3 (<i>H.-M. Lohmann</i>)	283
<i>Churchman, C. West:</i> Die Konstruktion von Erkenntnissystemen (<i>Th. Brandt</i>)	285
<i>Ashby, W. Ross:</i> Einführung in die Kybernetik (<i>E. Sens</i>)	287

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Chomsky, Noam:</i> Thesen zur Theorie der generativen Grammatik (<i>H. Stenzel</i>)	289
<i>Borbé, Tasso (Hrsg.):</i> Kritik der marxistischen Sprachtheorie N. Ja. Marr's (<i>W. Kühnert</i>)	291
<i>Quasthoff, Uta:</i> Soziales Vorurteil und Kommunikation (<i>I. Bindseil</i>)	293
<i>Eykman, Christoph:</i> Denk- und Stilformen des Expressionismus (<i>H. Korte</i>)	295
<i>Kerker, Armin:</i> Ernst Jünger und Klaus Mann (<i>M. Bosch</i>)	297
<i>Prümm, Karl:</i> Die Literatur des Soldatischen Nationalismus der 20er Jahre (1918—1933) (<i>H. Korte</i>)	299
<i>Rehbein, Franz:</i> Das Leben eines Landarbeiters (<i>E. Schütz</i>)	301
<i>Mann, Heinrich:</i> Ein Zeitalter wird besichtigt (<i>U. Naumann</i>)	303
<i>Dittberner, Hugo:</i> Heinrich Mann (<i>U. Naumann</i>)	305
<i>Zimmermann, Peter:</i> Der Bauernroman (<i>G. Weyers</i>)	307

Soziologie

<i>Hofmann, Inge:</i> Bürgerliches Denken. Zur Soziologie Emile Durkheims (<i>U. Naumann</i>)	309
<i>Fürstenberg, Friedrich (Hrsg.):</i> Industriesoziologie II (<i>J. Prott</i>)	310
<i>Kurucz, Jenő:</i> Industriephysiker und Industrieherrn (<i>L. Hieber</i>)	312
<i>Osen, Lynn M.:</i> Women in Mathematics (<i>G. Accardo</i>)	313
<i>Terray, Emmanuel:</i> Zur politischen Ökonomie der „primitiven“ Gesellschaften (<i>M. Lauerermann</i>)	314

Erziehungswissenschaften

<i>Deutscher Bildungsrat (Hrsg.):</i> Bildungsurlaub als Teil der Weiterbildung (<i>H.-J. Fuhs</i>)	317
<i>Boehm, Ullrich, Michael Mende, Peter Riecker, Wilgart Schuchardt:</i> Qualifikationsstruktur und berufliche Curricula (<i>A. Bammé</i>)	318
<i>Kraft, Peter:</i> Zur beruflichen Situation des Hauptschullehrers (<i>A. Bammé</i>)	321
<i>Klink, Job-Günther:</i> Klasse H 7e (<i>I. Reschenberg</i>)	323

Psychologie

<i>Holzkamp, Klaus: Sinnliche Erkenntnis (Th. Waldhubel)</i>	324
<i>Eschler, Erhard: Verhaltensforschung und Evolution (A. Leisewitz)</i>	327

Medizin

<i>Blüchel, Kurt: Die weißen Magier (M. Berger)</i>	328
<i>Volkholz, Volker, u. a. (Hrsg.): Analyse des Gesundheitssystems (M. Berger)</i>	328
<i>WSI: Integrierte medizinische Versorgung (E. Redlar)</i>	331
<i>Heyes, Heinrich, u. Gerhard Sybrecht: Das Studium der Medizin (U. Schagen)</i>	332
<i>Dahmer, Jürgen: Ausbildungsziel: Arzt (U. Schagen)</i>	334
<i>Schmidt, E., W. Guthoff u. H. Müntefering: Säuglingssterblichkeit 1973 (H.-H. Abholz)</i>	335
<i>Wunderli, Jürg: Euthanasie oder über die Würde des Sterbens (N. Schmacke)</i>	336
<i>Bitter, Wilhelm (Hrsg.): Alter und Tod annehmen oder verdrängen? (N. Schmacke)</i>	337

Geschichte

<i>Asendorf, Manfred (Hrsg.): Aus der Aufklärung in die permanente Restauration. Geschichtswissenschaft in Deutschland (A. Bormann)</i>	339
<i>Maek-Gérard, Eva, Justus Cobet, Ulrich Muhlack, Dietrich Zitzlaff: Zur Rolle der Geschichte in der Gesellschaftslehre: Das Beispiel der hessischen Rahmenrichtlinien (A. Kunze)</i>	341
<i>Hoffmann, Detlef, Almut Junker, Peter Schirmbeck (Hrsg.): Geschichte als öffentliches Ärgernis. Das Historische Museum in Frankfurt (A. Kunze)</i>	342
<i>Wollschläger, Hans: Die bewaffneten Wallfahrten gen Jerusalem (W. Beutin)</i>	344
<i>Eyck, Frank: Deutschlands große Hoffnung (J. Berlin)</i>	345
<i>Binder, Gerhart, u. Hartmut Wasser: Deutschland, deine Legenden (E. Rüdtenklau)</i>	347
<i>Hillgruber, Andreas: Deutsche Geschichte 1945—1972 (P. Meisenberg)</i>	348

Soziale Bewegung und Politik

<i>Shell, Kurt L.: Das politische System der USA (F. Niess)</i>	350
<i>Michels, Peter M.: Bericht über den politischen Widerstand in den USA (F. Niess)</i>	352

<i>Junne, Gerd, u. Salua Nour: Internationale Abhängigkeiten (P. Meisenberg)</i>	353
<i>Cabral, Amilcar: Die Revolution der Verdammten (R. Körner)</i>	355
<i>Schulze, Willi: Liberia (R. Kappel)</i>	356
<i>Katholizismus in Lateinamerika (E. Kurth)</i>	359
<i>Heinrich, Brigitte, u. Jürgen Roth: Partner Türkei oder Foltern für die Freiheit des Westens (S. A. Bahadir)</i>	360

Jura

<i>Hassemer, Winfried: Theorie und Soziologie des Verbrechens (G. Ziob)</i>	362
<i>Röhler, Waldemar: Die Arbeitszeit (H. Olbert)</i>	363
<i>Heilbronner, Robert L., u. a.: Im Namen des Profits oder Fahrlässigkeit als Unternehmensprinzip (N. Steinborn)</i>	364

Ökonomie

<i>Fizel, Henryk: Einführung in die Theorie der Planwirtschaft (M. Masuch)</i>	366
<i>Zauberman, Alfred: The Mathematical Revolution in Soviet Economics (G. Accardo)</i>	367
<i>Pokrytan, A. K.: Produktionsverhältnisse und ökonomische Gesetze im Sozialismus (M. Lauerermann)</i>	368

Mathematik und Naturwissenschaften

<i>Wittgenstein, Ludwig: Bemerkungen über die Grundlagen der Mathematik (G. Accardo)</i>	371
<i>Otte, Michael, u. a. (Hrsg.): Mathematiker über die Mathematik (G. Accardo)</i>	372
<i>Bulthaupt, Peter: Zur gesellschaftlichen Funktion der Naturwissenschaften (M. Springer)</i>	374
<i>Büchel, Wolfgang: Gesellschaftliche Bedingungen der Naturwissenschaft (H.-J. Rheinberger)</i>	375
<i>Hempel, Carl Gustav: Philosophie der Naturwissenschaften (K. Bayertz)</i>	377
<i>Löther, Rolf: Biologie und Weltanschauung (P. M. Kaiser)</i>	379
<i>Portmann, Adolf: An den Grenzen des Wissens (H.-J. Rheinberger)</i>	381
<i>Uexküll, Jakob von: Theoretische Biologie (P. M. Kaiser)</i>	383
<i>Chapeville, François: Biochemie der Vererbung (P. M. Kaiser)</i>	384
<i>Gottschalk, Werner: Mutationen (P. M. Kaiser)</i>	384